

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

77. Sitzung

Hannover, den 7. März 1985

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	7181	Kuhlmann (CDU), Berichterstatter	7197
Krankenhausversorgung in Niedersachsen — Große Anfrage der CDU vom 6. 2. 1985 — Drs 10/3849	7181	Dr. Riege (SPD)	7198
Lindhorst (CDU)	7181	Dr. Rohloff (Grüne)	7199
Schnipkoweit, Sozialminister	7183, 7194	Dr. Hruska (FDP)	7200
Köbler (SPD)	7187	Menges (CDU)	7201
Dr. Rohloff (Grüne)	7189	<i>Beschluß</i>	7204
Dr. Hruska (FDP)	7190	(Erste Beratung: 53. Sitzung am 16. 5. 1984)	
Meyer (Twistingen) (CDU)	7192	Zweite Beratung: Umweltschutz als Staatsziel im Verfassungsrang — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 10/2429 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen — Drs 10/3848	7204
Zweite Beratung: Beanstandungen von Amtshandlungen der Zahnärztekammer Niedersachsen — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/2352 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen — Drs 10/3784	7196	Maatmann (CDU), Berichterstatter	7204
		Frau Garbe (Grüne)	7206

Fischer (Buxtehude) (FDP)	7207
Herbst (CDU)	7209
Dr. Holtfort (SPD)	7211
Fruck (Grüne)	7213
Remmers, Minister der Justiz	7213
Kreuzer (SPD)	7214

Beschluß

(Erste Beratung: 56. Sitzung am 22. 6. 1984)

Zweite Beratung: Kündigung der Verwaltungsvereinbarung über die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden durch die von CDU und CSU regierten Bundesländer — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/2202 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst — Drs 10/3891

Schmidt (SPD), Berichterstatter	7215
Frau Pistorius (SPD)	7216
Graetsch (FDP)	7217
Fischer (Göttingen) (CDU)	7218

Beschluß

(Erste Beratung: 50. Sitzung am 30. 3. 1984)

Zweite Beratung: Stilllegungsverfahren für AKW Lingen I — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/1658 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/3922

und

Zweite Beratung: Genehmigungsverfahren für das Brennelemente-Zwischenlager Stade — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/1659 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/2986 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/3923

Meinsen (Grüne), Berichterstatter	7219
Arens (SPD)	7221
Dr. Lippelt (Grüne)	7222
Hasselmann, Minister für Bundes- angelegenheiten	7223
Rau (FDP)	7224
Dr. Stratmann (CDU)	7224

Beschluß

(Erste Beratung: 33. Sitzung am 14. 10. 1983)

Zweite Beratung: Verhandlungen zwischen Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/2878 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/3926

Rau (FDP), Berichterstatter	7226
Fruck (Grüne)	7226
Senff (SPD)	7227
Küpker (FDP)	7229
Gellersen (CDU)	7230

Beschluß

(Erste Beratung: 59. Sitzung am 12. 7. 1984)

„Neue Armut“ in Niedersachsen — Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. 1. 1985 — Drs 10/3767

Dr. Riege (SPD)	7231
Schnipkoweit, Sozialminister	7234, 7260
Dr. Rohloff (Grüne)	7240
Rau (FDP)	7242
Lindhorst (CDU)	7243
Dr. Albrecht, Ministerpräsident	7247
Ravens (SPD)	7249
Dr. Hruska (FDP)	7252
Mombaur (Grüne)	7253
Silkenbeumer (SPD)	7253
Dr. Remmers (CDU)	7256
Hirche (FDP)	7258
Meinsen (Grüne)	7260

Zweite Beratung: a) Luftfremdstoffbelastung im Wald — Antrag der Fraktion der CDU — Drs 10/458 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 10/3254 — b) Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zur Bekämpfung des Waldsterbens — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/1851 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen — Drs 10/3927 — Änderungsantrag der Fraktion der SPD — Drs 10/3966

(Erste Beratung: a) 11. Sitzung am 25. 1. 1983; b) 38. Sitzung am 8. 12. 1983)

und

Zweite Beratung: Umweltprobleme des Straßenverkehrs — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/1642 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/3925

Dr. Duensing (CDU), Berichterstatter	7262, 7276
Haselbacher (CDU), Berichterstatter	7263
Bartels (SPD)	7264, 7279
Frau Garbe (Grüne)	7267
Hildebrandt (FDP)	7267
Dr. Freytag (CDU)	7268
Bruns (Reinhausen) (SPD)	7271
Grösch (Grüne)	7273
Rau (FDP)	7275
Hasselmann, Minister für Bundes- angelegenheiten	7277
Meinsen (Grüne)	7278
Beschluß	7279

(Erste Beratung: 32. Sitzung am 13. 10. 1983)

Zweite Beratung: Ausbau des Mittellandkanals — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/2515 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/3924

Rau (FDP), Berichterstatter	7280, 7283
Schultze (SPD)	7281
Dr. Lippelt (Grüne)	7282
Döscher (CDU)	7284
Beschluß	7285

(Vorwegüberwiesen am 10. 4. 1984)

Erste Beratung: Rücktritt vom Amt des Landtagspräsidenten — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/3802

Meinsen (Grüne)	7285
Dr. Remmers (CDU)	7286
Ravens (SPD)	7287
Hirche (FDP)	7289, 7291
Grösch (Grüne)	7290

Ausschußüberweisung

Nächste Sitzung	7291
-----------------------	------

Vom Präsidium:

Vizepräsident Kreibohm (SPD)
Vizepräsident Warnecke (CDU)
Vizepräsident Bosse (SPD)

Schriftführer Baldauf (CDU)
Schriftführer Brunkhorst (CDU)
Schriftführerin Frau Flick (CDU)
Schriftführer Luiken (CDU)
Schriftführer Meyer (Twistring) (CDU)
Schriftführer Reinemann (CDU)
Schriftführer Teysen (CDU)
Schriftführerin Frau Heyer (SPD)
Schriftführerin Frau Lemmermann (SPD)
Schriftführerin Frau Lewandowsky (SPD)
Schriftführer Neese (SPD)
Schriftführerin Frau Garbe (Grüne)
Schriftführer Rehkopf (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Dr. Albrecht (CDU)	Staatssekretär Meyer, Staatskanzlei
Minister des Innern Dr. Möcklinghoff (CDU)	Staatssekretär Dr. Heidemann, Ministerium des Innern
Minister der Finanzen Dr. Ritz (CDU)	
Sozialminister Schnipkoweit (CDU)	Staatssekretär Dr. Freiherr von Richthofen, Sozialministerium
Kultusminister Oschatz (CDU)	
Minister für Wirtschaft und Verkehr Frau Breuel (CDU)	Staatssekretär Prof. Dr. Hellwege, Ministerium für Wirtschaft und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Glup (CDU)	Staatssekretär Frau Dr. Meseke, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Minister der Justiz Remmers (CDU)	Staatssekretär Rehwinkel, Ministerium der Justiz
Minister für Bundesangelegenheiten Hasselmann (CDU)	Staatssekretär Haabengier, Ministerium für Bundesangelegenheiten
	Staatssekretär Dr. Börner, Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Beginn: 9.01 Uhr.

Vizepräsident Warnecke:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 77. Sitzung im 26. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der Zehnten Wahlperiode. Das Präsidium entbietet allen schon Anwesenden einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident! — Arens [SPD]: Das könnte er auch per Handschlag machen!)

— Das könnte man! — Ich sehe mich nicht in der Lage, zu diesem Zeitpunkt schon die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen. Das wird zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt.

Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 28: Krankenhausversorgung in Niedersachsen — Große Anfrage der Fraktion der CDU — Drucksache 10/3849. Danach setzen wir die Beratungen ab Punkt 13 in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Der Tagesordnungspunkt 11 wird nach dem Tagesordnungspunkt 27 beraten. Die Sitzung soll gegen 19 Uhr enden.

Wir hören nunmehr geschäftliche Mitteilungen durch den Herrn Schriftführer.

Schriftführer Brunkhorst:

Von der Landesregierung hat sich der Minister der Finanzen, Herr Dr. Ritz, bis zum späten Nachmittag entschuldigt. Weiterhin haben sich entschuldigt von der Fraktion der CDU Präsident Brandes, die Abgeordneten Briese und von Soosten, von der Fraktion der SPD die Abgeordneten Backhaus, Dreesmann und Kasimier und von der Fraktion der Grünen der Abgeordnete Grösch für den Vormittag und der Abgeordnete Neddermeyer.

Vizepräsident Warnecke:

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Krankenhausversorgung in Niedersachsen — Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. 2. 1985 — Drs 10/3849

Für die Beratung dieser Großen Anfrage stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 50 Minuten zur Verfügung. Die Begründung kann bis zu sechs Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen dabei folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu zwölf Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu sechs Minuten.

Diese Große Anfrage wird eingebracht und begründet durch den Abgeordneten Lindhorst. Ich erteile ihm das Wort.

Lindhorst (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich unsere Große Anfrage heute morgen vor einem so großen fachkundigen Publikum einbringen darf.

(Zurufe.)

— Ich hatte gedacht, die Schreier seien zu Hause geblieben!

(Schultze [SPD]: Das nennen Sie Schreier?)

Ich habe meine Kollegen, die sonst immer nach vorne kommen, nicht gesehen. Deswegen dachte ich, wir könnten das heute morgen in aller Ruhe behandeln.

Meine Damen und Herren! Die vorliegende Große Anfrage gibt meiner Fraktion die Gelegenheit, Fragen zur Krankenhauspolitik in Niedersachsen in einen größeren Zusammenhang zu stellen, Bilanz zu ziehen, Entwicklungen darzustellen, Perspektiven aufzuzeigen und eingetretene Fehler eventuell zu korrigieren.

(Dr. Rohloff [Grüne]: Ihr macht doch keine Fehler!)

Wir wollen aber vor allen Dingen wissen, was die Landesregierung zunächst einmal rein finanziell für unsere Allgemeinkrankenhäuser getan hat, damit wir Vergleiche zwischen diesem Bereich und unseren niedersächsischen Landeskrankenhäusern ziehen können. Wir wollen sehen, ob die gestern aufgezeigten guten Zahlen bei den Landeskrankenhäusern auch heute bei den anderen, allgemeinen Krankenhäusern stimmen und zutreffen, ob heute ein ähnliches Feuerwerk wie gestern abgezogen werden kann, ob es Parallelen zwischen den enormen Leistungen der Landesregierung im Bereich der Landeskrankenhäuser und der allgemeinen Krankenhäuser gibt.

(Zuruf von Dr. Rohloff [Grüne].)

Meine Damen und Herren! Das Land legt 1985 das größte Ausbauprogramm für Krankenhäuser in seiner Geschichte auf. Mit 191 Millionen DM Barmitteln und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von vielen Millionen DM sollen in jedem zweiten Krankenhaus Neu- oder Umbaumaßnahmen durchgeführt werden. Hier ist zu fragen, wer welche Mittel in den letzten Jahren aufgewandt hat. Wir wissen, daß aber immer noch Anträge auf Baumaßnahmen in Höhe von einer Milliarde DM auf Halde liegen. Wenn wir das nötige Geld hätten, könnten wir den Krankenhäusern in Nie-

Lindhorst

dersachsen eine Milliarde DM für Baumaßnahmen zur Verfügung stellen. Die finanziellen Anstrengungen müssen also fortgesetzt werden, damit die niedersächsischen Krankenhäuser leistungsfähig und wirtschaftlich arbeiten können. Die niedersächsischen Patienten sollen nach unserer Auffassung die gleichen Chancen auf Heilung haben wie andere Bundesbürger. Dafür brauchen wir nicht nur moderne Krankenhäuser, sondern auch hingebungsvolles Pflegepersonal, bestausgebildete Ärzte und Geräte, die an der Spitze der Technik stehen. Wir wissen aber auch, daß alle diese Faktoren — mögen sie im einzelnen auch alle stimmen — nur in der Summe, in der Gesamtheit größtmögliche Gewähr für ein hohes Maß an guter gesundheitlicher Versorgung bieten können.

Wir wissen, daß Größe und modernste Technik nicht das einzige in der Krankenhauspolitik sind. Noch immer hat das Land viele kleinere Krankenhäuser aufzuweisen, die von den Patienten gern aufgesucht werden. Die Belegungszahlen dieser Krankenhäuser beweisen das. Auch wenn ein kleineres Krankenhaus nicht in den Bedarfsplan aufgenommen worden ist, wird von den Patienten oftmals mit den Füßen abgestimmt. Diese kleinen Krankenhäuser geben den Patienten oftmals mehr Wärme und Geborgenheit als große, zum Teil seelenlose Mammutbauten.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Auch ihre Pflegesätze sind wesentlich niedriger als bei den anderen Krankenhäusern.

(Zustimmung von Schlotmann [CDU] und von Dr. Hruska [FDP].)

Das sollte den Krankenkassen unserer Meinung nach zu denken geben.

Aus all diesen Gründen muß sich die CDU verstärkt dieser Krankenhäuser annehmen. Es ist nur natürlich, daß sich gerade kleinere Krankenhäuser in Privathand befinden; denn ein Privatmann kann nicht ein Krankenhaus mit 300 oder 400 oder 500 Betten vorhalten.

(Dr. Hruska [FDP]: Könnte vielleicht, aber will er nicht!)

— Es ist auch schwierig, das zu machen, Herr Dr. Hruska. Er will es wahrscheinlich auch nicht, aber, wie gesagt, ich glaube, es ist nur natürlich — nicht nur aus finanziellen Gründen —, daß sich gerade kleine Krankenhäuser in Privathand befinden.

Privatkrankenhäuser sind und bleiben für die CDU ein unverzichtbares Element in der Krankenhausversorgung. Sie gehören zur Pluralität in diesem Bereich. Die Ausgewogenheit zwischen

öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern muß in Niedersachsen gewährleistet bleiben.

Meine Damen und Herren! Zur Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit gehört die Planung. Haben wir in Niedersachsen z. B. zu viele oder zu wenige Krankenhäuser, zu wenige oder zu viele Betten? Wo stehen sie? Welche Fachabteilungen haben die Krankenhäuser? Muß es Strukturveränderungen geben? Wie viele und welche Betten müssen insgesamt abgebaut werden? Stimmt die Aussage, daß, wo ein Bett ist, auch ein Patient hineinkommt? Fragen über Fragen, die die Landesregierung heute beantworten soll. Das ist ja der Sinn einer Großen Anfrage. Die CDU-Fraktion fragt erst, bevor sie Behauptungen aufstellt, handelt also nicht so, wie es die SPD-Fraktion heute nachmittag tun wird, die erst behauptet und dann eine Große Anfrage nachschiebt.

(Biel [SPD]: Daß hier so ein Quatsch erzählt wird!)

— Herr Biel, ich habe das gemacht, damit Sie wieder aufwachen! — Meine Damen und Herren! Sparsamkeit und Gesundheit sind keine Gegensätze. In der Bundesrepublik wurden 1982 rund 208 Milliarden DM für den Gesundheitssektor ausgegeben; 45 Milliarden davon entfielen auf den Krankenhausbereich. Es ist zu fragen: Findet die Kostenexplosion vornehmlich in diesem Bereich statt? Gerade in diesen Tagen — das wissen wir alle — müssen wir wieder erleben, daß die Krankenkassen ihre Beitragssätze erhöhen. Die CDU meint, daß die Kostendämpfung im Gesundheitswesen eine Daueraufgabe ist. Wir können damit nicht aufhören, sondern wir müssen in unseren Bemühungen ständig fortfahren. Im Krankenhausbereich sind vor allen Dingen die Fallkosten besondere Indikatoren. Die Verweildauer jedoch ist ein größerer Indikator, der zum Fetisch geworden ist. Ein Arzt sagte mir neulich: Sagen Sie mir, wie ich die Statistik manipulieren soll, und ich tue das.

Ich sehe, daß die rote Lampe schon wieder aufleuchtet. Das geht ja doch ganz phantastisch schnell. Ich nehme aber noch ein, zwei Minuten in Anspruch.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, das Krankenhausneuerordnungsgesetz vom 1. Januar 1985 gibt den Krankenhäusern in besonderem Maße die Chance auf Kostendämpfung. Wichtig an diesem Gesetz ist zunächst einmal, daß es endlich gelungen ist, wenigstens auf einem Sektor die Mischfinanzierung abzuschaffen. Das beseitigt in diesem Bereich eine unnötige bürokratische Ebene und gibt

den Ländern damit mehr Zuständigkeit und mehr Verantwortung. Das ist auch unter dem Gesichtspunkt der Aushöhlung der Kompetenz der Länderparlamente für uns Abgeordnete von besonderer Bedeutung.

Mit dem Krankenhausneuordnungsgesetz, meine Damen und Herren, werden für die Zukunft gespaltene Pflegesätze eingeführt. Es gibt eine Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Es gibt die Chance, daß die Krankenhäuser in der Tat besser, sparsamer und wirtschaftlicher arbeiten. Das war das Ziel der CDU, und deswegen freue ich mich, daß dieses Gesetz in Kraft getreten ist.

Meine Damen und Herren! Ein letztes Wort zu dem vierten Abschnitt unserer Großen Anfrage, zur Humanität im Krankenhaus. Ich habe Ihnen vorhin schon einmal gesagt, daß die kleinen Krankenhäuser oftmals wichtiger als die großen sind. Trotzdem muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die CDU auf die Medizinische Hochschule hier in Hannover und auf das Klinikum, das in Göttingen gebaut worden ist, stolz ist. Wir brauchen natürlich diese großen Krankenhäuser. Aber darum herum muß ein Kranz von kleineren und mittleren Krankenhäusern vorhanden sein. Ich glaube, daß das hier in Niedersachsen gelungen ist.

Wir haben 1979 eine Große Anfrage zu mehr Menschlichkeit im Krankenhaus eingebracht. Wir fragen heute die Landesregierung: Was hat sie in der Zwischenzeit getan? Ist mehr Menschlichkeit im Krankenhaussektor eingetreten? Ich darf in diesem Zusammenhang an die blauen Schwestern erinnern — die Farbe spielt in diesem Fall keine Rolle —, die ehrenamtlich, z. B. in der Medizinischen Hochschule, tätig sind. Es ist zu fragen, ob auf diesem Sektor das ehrenamtliche Element verstärkt werden kann.

Ich möchte abschließend noch einmal betonen: Wir wollen Fragen stellen, und ich hoffe, daß unsere Landesregierung gute und passende sowie vorwärtszeigende Antworten darauf geben wird.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Kollegen Lindhorst für die Einbringung und Begründung der Großen Anfrage. Die von ihm freimütig zusätzlich in Anspruch genommene Redezeit geht natürlich der CDU-Fraktion verloren. — Die Große Anfrage der Fraktion der CDU wird vom Herrn Sozialminister beantwortet. Ich erteile ihm das Wort.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Erstens. Ich bin der Meinung, daß der Saal schon erheblich voller wäre, wenn nur alle Kolleginnen und Kollegen, die mich im letzten Jahr wegen ihres Krankenhauses belästigt haben — kann man fast sagen —, anwesend wären.

(Dr. Rohloff [Grüne]: Belästigt? — Weitere Zurufe.)

— Manche ja. Wenn man das jetzt sieht — — —

(Biel [SPD]: Wissen Sie, das ist Ihre Arbeit! — Weitere Zurufe und Unruhe.)

— Ja, aber — — —

(Milde [SPD]: Ich habe Sie belästigt, und ich bin auch da, Herr Schnipkoweit!)

— Ich habe doch gesagt, Herr Kollege Milde — — —

(Unruhe.)

Zweitens. Ich habe gestern den Fraktionen die Antwort auf die Große Anfrage zur Verfügung gestellt, damit sie sich vorbereiten können.

Meine Damen und Herren! Wichtigstes Ziel der Krankenhauspolitik ist es, jedem Bürger im Krankheitsfall unabhängig von seinem Einkommen und seiner sozialen Stellung die Aufnahme in ein leistungsfähiges Krankenhaus zu ermöglichen. Dies gilt auch und gerade in einer Zeit, in der Krankenhauspolitik nahezu ausschließlich unter dem Aspekt der Kostenexplosion im Gesundheitswesen betrachtet und von dem Bemühen um Kostendämpfung bestimmt wird. Die Landesregierung hat vom Zeitpunkt ihrer Amtsübernahme im Jahre 1976 an mit ganzer Kraft an der Verwirklichung dieses Zieles gearbeitet.

Die Antwort auf die Große Anfrage der CDU zur Krankenhausversorgung in Niedersachsen macht deutlich, daß beachtliche Erfolge erzielt werden konnten. Niedersachsen verfügt heute über eine gut ausgebaute, den Bedürfnissen der Bevölkerung und den medizinischen Erfordernissen gleichermaßen gerecht werdende Krankenhausstruktur.

Meine Damen und Herren, dies war nicht immer so. Allein der bauliche Zustand der Krankenhäuser in Niedersachsen, den die Landesregierung bei ihrer Amtsübernahme vorfand, ließ — dies ist sehr vorsichtig umschrieben — erhebliche Wünsche offen. Ich denke dabei beispielsweise an die Städtischen Kliniken in Braunschweig, an das Nordstadt-Krankenhaus oder an das Heidehaus in Hannover, an die Verhältnisse in Oldenburg oder

Schnipkoweit

anderswo im Lande. Teilweise waren es schlimme Zustände, die wir vorgefunden haben.

(Rehwinkel [SPD]: Jetzt geht es schon wieder los!)

— Meine Damen und Herren, ich spreche jetzt nicht über die Landeskrankenhäuser, sondern ich habe von den Akutkrankenhäusern gesprochen; nicht mehr und nicht weniger. Wer das nicht wahrhaben will, der kann ja jetzt noch ins Nordstadt Krankenhaus gehen, der kann jetzt noch ins Heidehaus gehen, der kann in manches andere Krankenhaus gehen, in dem wir jetzt bauen. — Nun bin ich weit davon entfernt, die Verantwortung für diese Zustände — die Landeskrankenhäuser ausgenommen — allein den damaligen Landesregierungen und ihren Sozialministern zuzuweisen. Zu viele Faktoren von unterschiedlicher Gewichtung hatten zu diesen beklagenswerten Zuständen geführt. Die Tatsache, daß sich die mit dem Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes 1972 von allen verbundenen Erwartungen an das finanzielle Engagement des Bundes bei weitem nicht erfüllt haben, ist dafür ebenso ursächlich gewesen wie die fehlerhafte Grundkonzeption der Krankenhauspolitik der Landesregierungen vor 1976, die im wesentlichen von der Konzentration der Finanzmittel auf den Neubau kostspieliger Kliniken bestimmt war. Es gehört deshalb zu den Leistungen dieser Landesregierung, hier das Ruder herumgeworfen und der Sanierung der vorhandenen Substanz sowie der Bewahrung der gewachsenen und bürgernahen Struktur des Miteinanders von großen und kleinen Krankenhäusern Vorrang eingeräumt zu haben.

Infolge der Zusagen früherer Landesregierungen war der finanzielle Handlungsspielraum im Investitionsbereich für Krankenhäuser gleich Null. Hätten wir ab 1976 alles das verwirklicht, was im mehrjährigen Krankenhausbauprogramm von 1973 zugesagt und eingeplant war, wir hätten auf Jahre hinaus keine müde Mark für die Aufnahme neuer, selbst dringender Maßnahmen zur Verfügung gehabt. Wenn es nicht gelungen wäre, in schwierigen Verhandlungen mit allen Beteiligten bei den schon zugesagten Projekten erhebliche Abstriche zu machen, wenn die Rückführung vom Wünschenswerten auf das Notwendige nicht auf das Verständnis der Beteiligten gestoßen wäre, wenn wir nicht weniger dringliche Maßnahmen ganz oder teilweise hinausgeschoben hätten und wenn es nicht in einer gewaltigen Kraftanstrengung gelungen wäre, die ausfallenden Bundesmittel, soweit dies irgendwie zu leisten war, durch Landes- und kommunale Mittel zu ersetzen, dann hätte es in den letzten Jahren in Nie-

dersachsen im Krankenhausbau kaum einen sichtbaren Fortschritt gegeben.

Ich will gern hinzufügen: Wenn die Landesregierung nicht über die Anstrengungen im allgemeinen Krankenhausbereich hinaus die Sanierung der Landeskrankenhäuser zu ihrem Herzensanliegen gemacht hätte, dann wäre die Beseitigung der menschenunwürdigen Zustände nicht innerhalb weniger Jahre möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU.)

1,56 Milliarden DM für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, davon allein 546,7 Millionen DM aus Mitteln des Landes und der Kommunen, darüber hinaus mehr als eine halbe Milliarde DM für die Sanierung der Landeskrankenhäuser, davon allein 414,4 Millionen DM seit 1976, mithin in den Jahren 1973 bis 1984 über 2 Milliarden DM für Krankenhausbaumaßnahmen in Niedersachsen,

(Beifall bei der CDU)

dies sind Zahlen, die sich sehen lassen können, meine Damen und Herren.

(Rehwinkel [SPD]: Das wird jedes Jahr mehr!)

Meine Damen und Herren, es ist nur konsequent, wenn für 1985 das umfassendste Jahreskrankenhausbauprogramm in der Geschichte des Landes aufgestellt worden ist. Für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten stehen 191,9 Millionen DM bereit. Mit diesen Mitteln werden in 85 Krankenhäusern des Landes schon begonnene Baumaßnahmen abgeschlossen oder weitergeführt werden. Für weitere 50 Krankenhäuser wird 1985 der Startschuß zum Beginn dringend notwendiger Baumaßnahmen gegeben werden. Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß in mehr als der Hälfte aller geförderten Krankenhäuser Niedersachsens 1985 Baumaßnahmen abgeschlossen, weitergeführt oder neu begonnen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es erfüllt die Landesregierung mit Genugtuung, daß in einer für das Land schwierigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Situation mit diesen Mitteln zugleich auch ein wichtiger und sinnvoller Beitrag zur Verbesserung der konjunkturellen Lage des niedersächsischen Baugewerbes und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich geleistet wird.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat die Krankenhauspolitik der damaligen Bundesregierung hart kritisiert. Sie hat es aber keineswegs bei der Kritik bewenden lassen. Vielmehr

hat sie schon frühzeitig gemeinsam mit den übrigen unionsgeführten Landesregierungen auf eine Neuordnung der Krankenhausfinanzierung gedrungen und eigene Vorstellungen entwickelt. Die Landesregierung hat dabei vom Anfang bis zum Ende der Diskussion und unabhängig von der Frage, wer jeweils in Bonn regiert hat, beharrlich und zäh darum gekämpft, die Handlungsfreiheit bei der Krankenhausplanung und der Krankenhausfinanzierung für das Land zurückzugewinnen und die Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern aufzulösen.

(Zustimmung bei der CDU.)

Dies ist nach harten Verhandlungen mit dem Bund gelungen. Meine Damen und Herren, ich sage es mit aller Offenheit: Diese Entwicklung war von dem Augenblick an unausweichlich geworden, an dem der Bund die Vertragsgrundlage des als Jahrhundertwerk gefeierten Krankenhausfinanzierungsgesetzes, kaum drei Jahre nach dessen Inkrafttreten, verlassen und seine Mittelzuweisungen drastisch gekürzt hatte. Vor allem darauf ist zurückzuführen, daß im Krankenhausbereich ein so gewaltiger Handlungsbedarf entstanden ist. Es gehört zu den Tatsachen, daß erst die jetzige Bundesregierung diesen Abwärtstrend stoppte und die Bundesmittel, wenn auch in bescheidenem Rahmen, wieder aufstockte.

(Beifall bei der CDU.)

Auch wenn die Landesregierung dies als einen richtigen und notwendigen Schritt begrüßt hat, so konnte dies doch nicht ihre Grundentscheidung beeinflussen. Wir wollten die ganze Verantwortung, meine Damen und Herren. Wir waren nicht länger bereit, in diesem wichtigen landespolitischen Feld von finanzpolitischen Entscheidungen des Bundes abhängig zu sein, für die wir obendrein im Lande die Prügel zu beziehen haben. Wir wollten hier dann auch die Verantwortung tragen. Wir haben sie bekommen, und wir werden sie nutzen. Die Landesregierung hat mit dem Jahreskrankenhausbauprogramm 1985 gezeigt, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt ist. Sie ist bereit, dieser Verantwortung entsprechend auch in Zukunft zu handeln und sich möglicher Kritik zu stellen.

Es gehört ferner zu den Erfolgen der Landesregierung, daß im Zuge der Neuordnung der Krankenhausfinanzierung auch die Mitwirkungsrechte der unmittelbar Beteiligten verbessert, die Stellung von Leistungserbringern und Kostenträgern bei der Pflegesatzfestsetzung gestärkt sowie Möglichkeiten zu mehr Wirtschaftlichkeit im Krankenhausbereich eröffnet werden konnten. Die Landesregierung hätte diese Erfolge nicht oder nicht

in diesem Umfange erzielen können, wenn sie sich nicht, unbeschadet bisweilen unterschiedlicher Auffassungen über den einzuschlagenden Weg, mit allen unmittelbar Beteiligten im Ziel einig gewußt hätte. Es ist deshalb für die Landesregierung eine selbstverständliche Pflicht, ihren Partnern, der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft, dem Landesverband der gesetzlichen Krankenversicherungen, den kommunalen Spitzenverbänden im Lande und dem Ausschuß des Verbandes der privaten Krankenversicherungen, ein herzliches Wort des Dankes für die gute,

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

konstruktive und faire Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren zu sagen.

(Beifall bei der CDU.)

Es mag als sichtbares Zeichen dieser guten Zusammenarbeit gelten, daß im Rahmen der notwendigen Anpassung der vorhandenen Krankenhausbetten an den tatsächlichen Bedarf seit 1978 über 6 000 Krankenhausbetten nahezu völlig geräuschlos und fast in jedem Fall im Einvernehmen mit den betroffenen Krankenhausträgern abgebaut, umstrukturiert oder stillgelegt werden konnten.

(Dehn [SPD]: Hier mal zwei, da mal zwei in einer Abteilung, ohne daß das etwas bringt!

— Lindhorst [CDU]: Es war schön, als du noch draußen warst!)

— Wissen Sie, Herr Kollege, ich wünschte mir, daß dann, wenn tatsächlich ein Krankenhaus geschlossen oder nur eine Abteilung umstrukturiert werden soll, einmal ein Landtagsabgeordneter an der Seite des Sozialministers stünde. Von Ihrer Seite habe ich bei derartigen Anlässen noch niemanden gesehen.

(Zustimmung bei der CDU.)

Wissen Sie, selbst wenn man nur eine einzige Abteilung dichtmacht, gehen Sie mit auf die Barrikaden und tragen die Fahnen gegen die Landesregierung. So sieht es doch aus.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dehn?

Schnipkoweit, Sozialminister:

Von mir aus gern!

Dehn (SPD):

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich an Ihrer Seite stehe, wenn es darum geht, die Abteilung Geburtshilfe in Lehrte zu schließen?

Schnipkoweit

Schnipkoweit, Sozialminister:

Hoffen wir das Beste. Warten wir einmal ab.

(Dehn [SPD]: Da brauchen Sie nicht abzuwarten!)

— Na gut.

Vizepräsident Warnecke:

Herr Minister, eine weitere Zusatzfrage möchte der Kollege Lindhorst stellen.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ich habe Zeit. Von mir aus gern.

Lindhorst (CDU):

Ist Ihnen bekannt, daß die SPD im Landkreis Hannover aufgeheult hat, nachdem wir die Abteilung Dermatologie in Laatzen geschlossen hatte, daß Herr Dehn dagegen gestimmt hat?

(Scheibe [SPD]: Mensch, macht doch eure Kommunalpolitik beim Kreistag!)

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ich kann den Kollegen Bertram als Zeugen aufrufen, der wegen der Schließung dieser Abteilung bei mir war. Das hat im Landkreis Hannover einen ganz schönen Zirkus gegeben. Wenn es um notwendige Schließungen geht — ich sage das noch einmal; da geht es auch quer durch alle Fraktionen —, dann muß sich der Minister meist auf sich selbst und seine Mitarbeiter verlassen. In den meisten Fällen besteht keine Bereitschaft, wirklich mitzumachen. Das ist doch ein Tatbestand, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von Dehn [SPD].)

— Ja, warten wir ab.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die begründete Hoffnung, daß diese Atmosphäre der vertrauensvollen Zusammenarbeit auch bei den jetzt anstehenden Problemen — z. B. Novellierung des Niedersächsischen Krankenhausfinanzierungsgesetzes, Erarbeitung einer Niedersächsischen Verordnung über die Bildung einer Schiedsstelle im Zusammenhang mit der Neuordnung des Verfahrens über die Pflegesatzfestsetzung und Erarbeitung der dringend notwendigen Novelle zur Bundespflegesatzverordnung — einvernehmliche Lösungen ermöglicht.

Meine Damen und Herren, wo Licht ist, ist auch Schatten. Mit großer Sorge verfolgt die Landesregierung den ungebrochenen Anstieg der Kosten im Gesundheitswesen. Das gilt in besonderer

Weise für die Krankenhauskosten, die nach wie vor den größten Anteil an den Gesamtaufwendungen für die Gesundheit darstellen. Ich sage mit allem Freimut: Die Grenze der Belastbarkeit der Versicherten und Arbeitgeber ist erreicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Ich wiederhole, was ich dazu bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu sagen habe. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß in allen Bereichen unseres Gesundheitswesens — auch im Krankenhausbereich — Einsparungen möglich sind, ohne daß die Qualität der Versorgung leidet. Die Landesregierung appelliert deshalb erneut an alle Beteiligten, die ihnen gegebenen Möglichkeiten zu nutzen. Das gilt vor allem für die mit dem Krankenhausneuordnungsgesetz des Bundes vom 1. Januar 1985 an eröffneten Möglichkeiten. Die Landesregierung ist der Überzeugung, daß die nun vorgesehene Einführung budgetierter Pflegesätze bei gleichzeitigem Wegfall des Gewinn- und Verlustausgleichs zu einem größeren Maß an Wirtschaftlichkeit führen wird. Mit der Einführung der Vorkalkulation von Pflegesätzen konnte das Selbstkostendeckungsprinzip im Grundsatz gewahrt bleiben. Es wird allerdings nicht mehr möglich sein, das Selbstkostendeckungsprinzip in einen Selbstkostenerstattungsanspruch umzuformen. Dem entspricht es, daß bei vorkalkulierten Selbstkosten künftig mögliche Gewinne dem Krankenhaus verbleiben, mögliche Verluste aber auch von ihm getragen werden müssen.

Der weiteren Anpassung der vorhandenen Krankenhausbetten an den tatsächlichen Bedarf kommt auch künftig große Bedeutung zu. Die Landesregierung wird dabei auf dem von ihr eingeschlagenen Weg der Flexibilität und des engen Zusammenwirkens aller Beteiligten fortschreiten. Die Bedarfsplanung von Krankenhausbetten ist eine dauernde Aufgabe und kein Selbstzweck. Dies bedeutet heute wie gestern, daß die Landesregierung dort, wo Betten vorgehalten, aber nicht in Anspruch genommen werden, auf den Abbau drängen wird. Dies bedeutet aber auch, daß sich die Landesregierung dort, wo sich Leistungsfähigkeit und Leistungswille in hohen Patientenzahlen niederschlagen, einer Erhöhung der Bettenzahl nicht verschließen wird. Niemand in diesem Lande hat Anspruch darauf, Betten bezahlt zu bekommen, die nicht belegt werden können. Jeder soll aber auch wissen, daß Leistung und Können anerkannt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung weiß, daß Leistung und Können gerade im Krankenhaus nicht technokratisch oder

bürokratisch meßbare Größen sind. Es ist eine Tatsache, daß die Inanspruchnahme eines Krankenhauses wesentlich vom Ruf abhängt, den das Krankenhaus in der Bevölkerung genießt. Der Ruf eines Krankenhauses aber wird entscheidend von dem Geist mit bestimmt, in dem die im Krankenhaus arbeitenden Menschen ihre Aufgabe erfüllen. Die Antwort auf die immer wieder aufgeworfene Frage, ob unsere Krankenhäuser in genügendem Maße auf die Bedürfnisse der Patienten eingehen und über eine Atmosphäre der Menschlichkeit verfügen, hängt eben nicht nur von den baulichen, organisatorischen und medizinisch-technischen Gegebenheiten ab. Entscheidend kommt es vielmehr auf die individuelle Einstellung vor allem der Ärzte und der Pflegekräfte zu ihrem Beruf an.

Das Bewußtsein für diese Tatsache wird nach Einschätzung der Landesregierung dabei am besten durch die Erhaltung der Vielfalt unterschiedlicher Krankenhausträger geschärft. Die Landesregierung wird deshalb alles in ihren Kräften stehende tun, um die gewachsene Struktur der Krankenhausesversorgung in Niedersachsen mit ihrem Miteinander von kleinen und großen sowie von Krankenhäusern in konfessioneller, privater und öffentlich-rechtlicher Trägerschaft zu erhalten.

(Beifall bei der CDU.)

Pluralität im Krankenhausbereich ist nicht nur das Bekenntnis zur Vielfalt unterschiedlicher Träger. Sie ist auch ein Bekenntnis zur Freiheit des Bürgers, ein Krankenhaus aufzusuchen, das ihm im Falle einer Krankheit nicht nur eine optimale medizinische Versorgung, sondern auch eine seinen ethischen und religiösen Grundüberzeugungen entsprechende Betreuung gewährt.

Die Tatsache, daß Niedersachsen nach einer vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichten Statistik mit einem Anteil der Krankenhausbetten in freigemeinnütziger und privater Trägerschaft in Höhe von 42,7 % den dritthöchsten Wert im Bundesgebiet aufweist, zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Mit Ihrer aller Hilfe, meine Damen und Herren, kann das Fortschreiten auf diesem Weg nicht mißlingen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Herrn Sozialminister für die Beantwortung der Großen Anfrage namens der Landesregierung. — Eine Besprechung hat nach § 45 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung zu erfolgen, wenn eine Fraktion oder zehn anwesende Abgeordnete es verlangen. Diese Voraussetzung ist er-

füllt. Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Abgeordnete Köbler.

Köbler (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle paar Jahre versucht die Regierungspartei, durch Anfragen an den zuständigen Minister wieder einmal einige Dinge besonders positiv herausstellen zu lassen.

(Zustimmung bei der SPD und von Dr. Rohloff [Grüne].)

In der Antwort auf die heute zur Beratung stehende Anfrage der CDU hat Minister Schnipkowitz wieder Gelegenheit gehabt, sich und die Regierung Albrecht

(Lindhorst [CDU]: Besonders positiv darzustellen!)

ins richtige Licht zu rücken.

(Zurufe von der CDU: Mit Recht!)

Ob ihm das allerdings gelungen ist, das wollen wir erst einmal feststellen,

(Zustimmung bei der SPD)

denn jeder dritte Satz, der hier gesprochen wurde, endete mit dem Landeskrankenhaus. Hier scheint seine besondere Stärke zu sein. Das gilt aber offenbar nicht für die Akutkrankenhäuser in unserem Lande.

(Zustimmung bei der SPD.)

1979 wurde die Große Anfrage der CDU zum Thema „Mehr Menschlichkeit im Krankenhaus“ behandelt. Auch damals hatte der Minister Schnipkowitz Gelegenheit, besonders tief in die Tasche zu greifen und vieles herauszuholen. Was ist aber davon übriggeblieben? Heute können wir feststellen: Nichts, aber auch gar nichts ist von diesen ganzen Problemen übriggeblieben.

(Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: Das müssen Sie aber begründen!)

Heute liegt wiederum eine Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema Krankenhäuser vor, insbesondere zum Krankenhausbedarf, zum Krankenhausbau, zur Kostenentwicklung und zum Humanitären im Krankenhaus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben in Ihrem Vortrag heute morgen eine Fülle von Daten zum Krankenhausbereich vorgetragen, über die man sicherlich noch im einzelnen diskutieren kann und diskutieren muß. Die vielen Daten dürfen aber nicht den Blick für die grundsätzlichen Fragen der Krankenhauspolitik verstellen.

(Lindhorst [CDU]: Welche sind das?)

Köbler

Ich werfe Ihnen drei grundsätzliche Versäumnisse vor. Erstens. Ihre Krankenhauspolitik ist konzeptionslos.

(Beifall bei der SPD. — Zustimmung von Dr. Rohloff [Grüne].)

Für die Krankenhausträger im Lande fehlt jegliche Orientierung, wie sie dem Anspruch gerecht werden sollen, die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser zu erhalten und dennoch die Kosten zu senken.

Meine zweite Kritik betrifft die Methode, mit der Sie den Krankenhäusern Investitionsmittel gewähren. Ihre Bereitwilligkeit, notwendige Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, koppeln Sie häufig an die Forderung, daß das betreffende Krankenhaus Betten abbaut.

Damit komme ich zu meinem dritten Kritikpunkt, Herr Minister. Sie beziehen offenbar die Folgekosten des Bettenabbaues in Ihre Überlegungen nicht ein.

(Beifall bei der SPD.)

Sie bauen hier fünf und dort sieben Betten ab, ohne daß dies zu Einsparungen führt. Sie haben nach Ihren Statistiken in den letzten sechs Jahren mehr als 6 000 Krankenhausbetten abgebaut,

(Oestmann [CDU]: Halten Sie das denn für falsch, Herr Köbler?)

ohne daß dies zu Einsparungen geführt hat.

(Meyer [Twistingen] [CDU]: Das liegt am Krankenhausträger! Der muß das machen!)

Sie wissen genausogut wie ich, daß Kosteneinsparungen nur dann wirklich möglich sind, wenn ganze Abteilungen oder Krankenhäuser insgesamt aus der Förderung genommen werden.

(Lindhorst [CDU]: In Alfeld!)

Niemand will das. Das wissen wir alle. Sie nicht, und wir haben auch Bedenken. Trotzdem muß man über diese Dinge diskutieren; zumindest die erforderlichen Einsparmaßnahmen müssen auf den Tisch.

Vizepräsident Warnecke:

Herr Kollege Köbler, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hampe?

Köbler (SPD):

Ja. Bitte schön, Herr Hampe!

Hampe (CDU):

Herr Kollege Köbler, ist Ihnen bekannt, daß das Krankenhaus in Alfeld seitens des Ministeriums

in den letzten Jahren gut bedacht wurde und daß es auch in Zukunft gut bedacht werden wird?

(Zuruf von der SPD: Es geht doch nicht nur um Alfeld!)

Köbler (SPD):

Sie wissen aber auch, Herr Hampe, daß das Krankenhaus in Alfeld 25 Betten abbauen mußte, damit es überhaupt in die Förderung hineinkam.

(Beifall bei der SPD. — Hampe [CDU]: Eine weitere Zwischenfrage, Herr Präsident! — Weitere Zurufe von der CDU. — Dehn [SPD]: Wollen Sie damit sagen, Herr Köbler sei käuflich, oder was? — Unruhe.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will aber nicht nur Kritik üben, sondern auch einen positiven und konstruktiven Beitrag leisten. Wenn wir die Leistungsfähigkeit unserer Krankenhäuser erhalten und dennoch die Kosten begrenzen wollen, dann müssen wir die Leistungsangebote der Krankenhäuser mit den Beteiligten in den einzelnen Regionen abstimmen. Beim Bettenabbau muß künftig unbedingt beachtet werden, daß damit wirklich Kostensenkungen eintreten. Schließlich müssen wir der Tatsache Rechnung tragen, daß nicht die Bettenhäuser, sondern die Labors und die Röntgenabteilungen, also die Bereiche, in denen teure medizinische Geräte eingesetzt werden, für die Kostenentwicklung maßgeblich sind. Deshalb muß das Bemühen um Kostensenkung viel stärker hierauf ausgerichtet werden.

(Hampe [CDU]: Das geschieht jetzt in Alfeld!)

— Ach, lassen Sie doch Alfeld weg, Herr Hampe! Alfeld ist im Vergleich zu den großen Krankenhäusern ein ganz kleines Krankenhaus.

(Hampe [CDU]: Das muß man aber doch sagen! Sie können sich doch nicht hier hinstellen und kritisieren und kassieren das große Geld! — Gegenruf von Dehn [SPD]. Weitere Zurufe. — Unruhe.)

Ich gehe davon aus, daß uns bald, Herr Minister, ein neuer Krankenhausbedarfsplan vorgelegt wird, der gerade auch den betroffenen Krankenhäusern deutlich macht, wohin Ihre Krankenhauspolitik geht. Wir alle im Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen sind daran interessiert zu erfahren, welche Krankenhäuser noch umgebaut und erweitert werden müssen, wie viele es insgesamt sind und welche Krankenhäuser in der Reihenfolge drankommen. Niemand weiß das.

(Lindhorst [CDU]: Doch! Die Liste liegt im Ausschuß!)

Der Minister hat es in seiner Tasche, und nur er selbst bestimmt, was in diesen Fragen geschieht.

(Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: Die Liste haben wir alle! — Gegenruf von Dr. Riege [SPD]: Das ist noch nicht im Ausschuß!)

— Wenn das im Ausschuß wäre, dann wäre es eine schöne Sache. Es ist aber nicht der Fall.

(Zurufe.)

Wir erwarten jedenfalls, daß fundierte Vorschläge gemacht werden, über die wir beraten können, damit wir mitentscheiden können, was in diesen Fragen zu geschehen hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Hampe [CDU]: Die sechseinhalb Millionen werden gestrichen; ich sage dir das! — Lindhorst [CDU]: Diese Liste ist im Ausschuß verteilt worden mit Priorität 1, 2 und 3! — Gegenruf von Dehn [SPD]. — Unruhe.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Professor Dr. Rohloff.

Dr. Rohloff (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in meiner Fraktion intern Wetten darüber abgeschlossen, wie oft der Sozialminister wohl noch die fußballspielenden Ratten auf den Böden der Landeskrankenhäuser hier noch wird antanzen lassen. Heute morgen war es schon fast wieder soweit. Es kann ja noch kommen.

(Beifall bei den Grünen. — Hampe [CDU]: Die spielen jetzt Handball! — Lindhorst [CDU]: Die ganze Politik der Grünen ist eine einzige Meckerei!)

Sie müssen sich mal etwas Neues einfallen lassen, Herr Minister. Daß die Krankenhäuser insgesamt in Niedersachsen bei Ihrer Regierungsübernahme in einem bejammernswerten Zustand waren, bekommen wir auch ständig zu hören. Sie lenken damit doch nur davon ab, daß Ihnen ein Konzept zur Gesundheitsversorgung und zur Gesundheitsvorsorge fehlt. Sie verengen das Problem doch auf einige Punkte, nämlich Kostendämpfung in diesem Bereich, medizinische Leistungsfähigkeit, wie Sie es in Ihrer Anfrage nennen, und Krankenhausbettenzahl; oder Sie rühmen sich damit, daß Sie in der MHH einige Spezialgebiete haben, die internationales Ansehen genießen. Das reicht eben nicht aus. Von einer Gesundheitspolitik auf Bundesebene wie auf Landesebene kann wirklich nicht die Rede sein.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang einmal das „Deutsche Ärzteblatt“ zitieren. Da heißt es — das ist nicht gerade sehr schmeichelhaft —: „Bisher wurschtelt die Bundesregierung ohne gesundheitspolitisches Konzept. Sie führt im Grunde nur die einfältige Kostendämpfungspolitik ihrer sozial-liberalen Vorgänger fort.“ Das steht in Nummer 31 vom 17. August 1984.

Die Unzulänglichkeit dieser Gesundheitspolitik wird besonders an folgenden Punkten deutlich. Erstens. Es gibt ein eindeutiges Übergewicht eines kurativen Ansatzes gegenüber dem präventiven. Das heißt, auf dem Gesundheitssektor lag und liegt der Schwerpunkt auf der Heilbehandlung statt auf der Gesundheitsförderung und der Krankheitsverhütung. Weiterhin herrscht eine Übertechnologisierung auf Kosten einer patientenorientierten Behandlung vor. Das heißt, vor allem in den hochindustrialisierten Ländern sind die Dienste und die Einrichtungen einseitig auf die Sekundär- und Tertiärversorgung ausgerichtet, und das auf Kosten der Primärversorgung. Das habe ich mir nicht einfach einmal so ausgedacht, sondern das sind Gedanken, die in der WHO-Studie — Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000 — zu finden sind, die, meine ich, sehr ernst genommen werden müssen, wenn man sich Gedanken macht über die Entwicklung neuer dringend erforderlicher gesundheitspolitischer Konzepte, und vor allen Dingen, wenn es um Gesundheitsprobleme geht, die uns eine fortschreitende Umweltzerstörung bescheren. Ich nenne nur einige wenige: zum Beispiel Nierenschäden durch hohe Cadmiumrückstände, Blutbildveränderungen durch Bleirückstände, Krebsauslösung und Erstickungsgefahr bei Kleinkindern durch Nitratbelastung des Wassers, Leukämie, insbesondere bei Kindern, durch radioaktive Strahlung, Allergien durch chemische Umwelt und Verseuchung im Außen- wie im Innenbereich. Angesichts dieser Probleme reicht es eben nicht, über Bettenkapazitäten und über ein bißchen Humanisierung im Krankenhaus nachzudenken.

(Zustimmung von Frau Garbe [Grüne].)

Kennzeichen des Versorgungssystems in der Bundesrepublik und auch hier bei uns in Niedersachsen — das sagte ich eben — ist vor allen Dingen der kurative Ansatz, aber das reicht eben nicht. Der Anteil der Ärzte, die frei praktizieren, ging übrigens von 62 % im Jahre 1960 auf 43 % im Jahre 1981 zurück. Entsprechend stieg der Anteil der Krankenhausärzte. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Patientenzahlen steigen, was unter anderem zum Beispiel mit der Tatsache zusammenhängt, über die wir kaum nachdenken, daß wir nämlich beginnendes Leben, also Gebur-

Dr. Rohloff

ten, und das Sterben aus den Familien herausgenommen und in Krankenhäusern ghettoisiert haben.

(Lindhorst [CDU]: Jetzt sind die Grünen auch noch Anwalt einer besseren Familienpolitik! Ich lache mich tot!)

So zielt auch die Große Anfrage der CDU lediglich auf die Krankenhausproblematik ab. Wer davon ausgeht, daß Sie Ihrem Minister durch die Große Anfrage die Möglichkeit geben wollten, sein gesundheitspolitisches Konzept vorzustellen, der sieht sich leider enttäuscht.

Dennoch möchte ich noch ganz kurz auf einige wenige Dinge hinweisen. Bei den öffentlichen Krankenhäusern, also bei den Krankenhäusern mit den größten Bettenzahlen, ist ein Hang zur Gigantomanie zu erkennen. Gerade die öffentlichen Krankenhäuser sind ja durch Ihre Politik entstanden bzw. gefördert worden. Wenn Sie weiterhin stolz darauf verweisen, daß Sie in diesem Jahr 700 Millionen DM für den Krankenhausbau aufgelegt haben, und gleichzeitig vermerken, daß Sie damit auch die Baukonjunktur beleben, machen Sie deutlich, daß Gesundheitspolitik bei Ihnen ein Anhängsel der Wirtschaftspolitik ist.

(Lindhorst [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Ein gesundheitspolitisches Konzept ist einfach nicht erkennbar.

(Hampe [CDU]: Das können Sie auch nicht erkennen!)

Und wenn Sie auf Seite 8 Ihrer Antwort sagen, daß ein Nachholbedarf existiere, geben Sie automatisch zu, daß bisher zu wenig getan wurde.

Zum Schluß noch ein Wort zur Humanisierung im Krankenhaus. Diese spielt bei der Großen Anfrage — das muß man leider sagen — nur so etwas wie eine Appendix-, eine Wurmfortsatzrolle. So mußte dann auch die Antwort entsprechend dürftig ausfallen. Sie deuten ja auch schon Möglichkeiten der Verbesserung an. Wenn die Kernaussage aber sinngemäß lautet, der Geist in einem Krankenhaus sei für die Humanität entscheidend, dann kann ich nur sagen: Der Geist weht da, wo er will, und oftmals auch gar nicht.

(Lindhorst [CDU]: Bloß bei den Grünen nicht!)

Ich will damit sagen, daß die Patienten in diesem Versorgungssystem so gut wie gar nicht vorkommen. Nur dann, wenn man sie zur Kasse bittet, entdeckt man sie wieder.

Deshalb hat Gesundheitspolitik auch hinsichtlich des angedeuteten Wandels von Gesundheitspro-

blemen und einer fest betonierten Struktur im institutionellen Bereich die Aufgabe — ich sage einmal —, soziale Experimente und Innovationen zu fördern. Wir schlagen deshalb einen Fonds in Höhe von 1 % des Sozialbudgets vor, finanziert aus den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen.

(Lindhorst [CDU]: Also wieder Mischfinanzierung!)

— Natürlich ist das eine Mischfinanzierung; Sie müssen aber erst einmal abwarten, was wir damit erreichen wollen! — Das sind insgesamt ungefähr 5 Milliarden DM.

(Lindhorst [CDU]: Der Zweck heiligt die Mittel!)

Mit diesen Mitteln können unbürokratisch und auch unter Beteiligung der Betroffenen neue Wege in der Gesundheitspolitik gegangen werden.

(Lindhorst [CDU]: Genau das Gegenteil ist der Fall!)

Das bietet darüber hinaus die Chance, neue Formen des administrativen und auch des parlamentarischen Umgangs mit Ressourcen und Ideen im Gesundheitswesen einzüben. — Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen. — Hampe [CDU]: Dann brauchen wir aber mit Sicherheit eine neue Behörde! — Gegenruf von Dr. Rohloff [Grüne]: Nein!)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Hruska.

(Hildebrandt [FDP]: Jetzt zur Sache! — Hampe [CDU]: Er wird das gut machen, davon bin ich überzeugt!)

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe hier schon anlässlich der Haushaltsdebatte vor 14 Tagen ausgeführt, daß die FDP das Krankenhausbauprogramm begrüßt und daß sie insbesondere die verstärkten Investitionen, die hierdurch frei werden, und ihre Folgewirkungen anerkennt und unterstützt.

(Zustimmung bei der FDP.)

Die FDP unterstützt das Programm, obwohl in der Öffentlichkeit häufig die Frage gestellt wird, was denn eine solche Ausweitung des Krankenhausbauprogrammes mit der vorhandenen Bettenüberkapazität und der damit verbundenen Notwendigkeit, Betten abzubauen, zu tun hat.

Ich verteidige trotz dieser Anwürfe die Politik, die hierzu im Lande betrieben wird, und zwar deshalb, weil die vorhandenen Betten nicht immer im richtigen Bereich, nicht immer an der richtigen Stelle und nicht immer so vorhanden sind, daß sie auch ökonomisch vernünftig betrieben werden können. Viele der Krankenhausbauten haben ja eine Rationalisierung der Arbeitsabläufe zur Folge und können damit auch zu kostengünstigeren Pflegesätzen beitragen. Auch aus dem Grunde, daß wir Krankenhausbetten in Bereichen haben, in denen es eine Überkapazität gibt, während in anderen Bereichen noch ein Nachholbedarf besteht, müssen wir dieses Bauprogramm unterstützen.

Wenn ich nun aber Kritik anmelde, dann zu dem Bereich, in dem der Bettenabbau durchgeführt wird. Die Kritik hierzu habe ich auch schon durch die Antwort auf meine Kleine Anfrage, die ich dazu einmal gestellt habe, bestätigt gefunden, und zwar in der Richtung, daß der Bettenabbau — Herr Minister, Sie haben das selbst gesagt — möglichst geräuschlos und im Einvernehmen mit den Kommunen vonstatten geht. Es ist auf der einen Seite sicherlich begrüßenswert, daß das im Einvernehmen mit den Kommunen geschieht. Auf der anderen Seite wird da aber oft der Weg des kleinsten Widerstandes beschritten, der nicht immer mit dem Weg identisch ist, der auch die größten Einsparungen — das, was mit dem Bettenabbau gewollt ist — bringt.

Sie haben gefragt, wo denn die Unterstützung der Landtagsabgeordneten bliebe, wenn Sie diesen Bettenabbau konsequenter — damit gestehen Sie ja ein, daß Sie das nicht in jedem Fall konsequent machen — betreiben und nicht nur da und dort ein, zwei Betten einsparen, sondern ganze Abteilungen und ganze Krankenhäuser schließen würden. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn das zu einem Erfolg führt, werden Sie mich in solchen Fällen auf Ihrer Seite finden, und Sie werden die FDP-Fraktion auf Ihrer Seite finden.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Ich brauche ja bloß das Beispiel Bad Lauterberg zu nennen, wo unsere Fraktion im Kreistag auch mit meiner Unterstützung und trotz der Schläge, die wir draußen bekommen haben, und trotz der Resolutionen von Krankenpflegern und von Ärzten unsere Linie beibehalten hat und gesagt hat: Das Krankenhaus in Bad Lauterberg soll geschlossen werden, und zwar insgesamt geschlossen werden.

(Zuruf von der SPD.)

Sie sehen also, daß es auch hier im Landtag Unterstützung für Sie geben wird, wenn Sie konsequent sind.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Ich möchte Sie deshalb ermutigen, solche Schritte häufiger zu machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Der Krankenhausbettenabbau sollte außerdem vernünftigen Umstrukturierungen dienen, die dann auch das zur Folge hätten, was Sie angesprochen haben, nämlich mehr Humanität in den Krankenhäusern.

Nun komme ich zu den Ausführungen von Herrn Lindhorst — über die ich mich sehr gefreut habe —, daß nämlich die kleinen Krankenhäuser bzw. die privaten Krankenhäuser — die kleinen befinden sich ja häufig in Privatbesitz — beispielhaft vorangingen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Herr Lindhorst, Sie wissen, daß ich in dieser Hinsicht mit Ihnen und mit einem Großteil der CDU-Fraktion einiger bin, als wir beide es mit Ihrem Minister sind.

(Zuruf von Lindhorst [CDU].)

Auch wenn der Herr Minister am Ende seiner Rede so ganz vorsichtig angedeutet hat, daß Niedersachsen in der Pluralität der Träger, hinsichtlich der freigemeinnützigen Träger und hinsichtlich der privaten Träger, in der Bundesrepublik vorne sei, dann sage ich: Dies genügt noch nicht ganz, wir müssen noch weiter nach vorne.

(Zustimmung von Rau [FDP].)

Denn, Herr Lindhorst, Lippenbekenntnisse für die privaten Träger allein genügen nicht. Wir müssen vielmehr sehen, wo den privaten Trägern im Einzelfall — darüber haben wir dann noch viel zu diskutieren — Schwierigkeiten gemacht werden.

Vizepräsident Warnecke:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lindhorst?

Dr. Hruska (FDP):

Ja, gerne.

Lindhorst (CDU):

Herr Dr. Hruska, ist Ihnen bekannt, daß hier in der Stadt Hannover die Bertaklinik in Übereinstimmung mit den Krankenkassen mit 75 Betten

Lindhorst

in den Krankenhausbedarfsplan aufgenommen wird? Das ist ein Beispiel, wie Sie es erwähnt haben.

Dr. Hruska (FDP):

Das ist ein Beispiel, über das ich mich freue. Wir werden aber auch andere Beispiele nennen können, bei denen es anders ist. Leider sehe ich gerade die rote Lampe aufleuchten,

(Heiterkeit)

so daß das jetzt nicht mehr geht.

Einen Schlußsatz, Herr Präsident, möchte ich doch noch sagen dürfen. Ich freue mich, daß wir durch die Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zu mehr Kostenbewußtsein im Krankenhausbereich kommen. Der Weg ist in die richtige Richtung beschritten worden, nur Herr Minister, Sie haben gemeinsam mit den Bundesländern, die Änderungsvorschläge zu den Vorstellungen von Minister Blüm eingebracht haben, diesen Weg in die richtige Richtung verlangsamt. Sie haben etwas abgestoppt.

Wenn Sie es als Triumph feiern, daß Sie das Selbstkostendeckungsprinzip mit einigen unionsgeführten Ländern erhalten haben, dann sage ich Ihnen: Das Selbstkostendeckungsprinzip ist eines der Prinzipien im Krankenhausbereich, das die Krankenhäuser teuer macht. Deswegen müssen wir es soweit wie möglich abbauen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zuruf: Völlig richtig!)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Josef Meyer.

Meyer (Twistringen) (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Reaktion auf die Antwort zu der Großen Anfrage der CDU-Fraktion macht erstens deutlich, daß die Oppositionsfraktionen in diesem Hause überhaupt keine Alternative für eine verbesserte Politik aufzeigen,

(Zustimmung von Lindhorst [CDU] — Rau [FDP]: Können Sie nicht zuhören?)

und zweitens, daß die eingeschlagenen Wege in der Krankenhauspolitik in Niedersachsen überall zu spürbaren Erfolgen geführt haben und daß wir auf diesem Weg fortschreiten sollten.

(Zustimmung bei der CDU. — Rau [FDP]: Er hat die ganze Zeit sein Manuskript gelesen!)

Herr Köbler, es tut mir leid, daß Sie hier zwar Dinge angesprochen haben, die krankenhauspoltisch landesweit Bedeutung haben, dabei aber übersehen haben, daß die Entscheidungen, die Sie hier moniert haben, nach wie vor in den Bereichen der Krankenhausträger getroffen werden müssen. Da entziehen Sie sich Ihrer Verpflichtung, diese Dinge einmal vor Ort deutlich zu machen und politisches Rückgrat zu zeigen.

(Zustimmung bei der CDU. — Zuruf von Dehn [SPD].)

Das fällt auch uns in manchen Bereichen schwer, aber wenn wir eine vernünftige Krankenhauspolitik fortsetzen wollen, dann müssen wir auch einmal den Mut zu unpopulären Maßnahmen haben. Das gilt für alle Fraktionen und besonders für Ihre Fraktion, weil Sie im Lande umhergehen und sagen, daß hier nichts funktioniere.

(Zuruf von Dr. Riege [SPD].)

Der Bürger spürt aber insgesamt, daß diese Politik richtig ist.

(Beifall bei der CDU. — Kruse [CDU]: Genau so ist es!)

Zu den Grünen kann ich — wie bei allen politischen Feldern — nur sagen: Das, was politisch machbar, was finanziell machbar ist, haben Sie nicht als Alternative aufgezeigt, sondern Sie haben eine Vorstellung entwickelt, die überhaupt nicht machbar ist.

(Zuruf von Dr. Rohloff [Grüne].)

Insofern ist hier wieder einmal grüne politische Träumerei aufgezeigt worden, mit der wir uns laufend auseinandersetzen müssen.

(Hampe [CDU]: Grünes Gespinne ist das!)

Wir sind im Grundsatz dankbar, daß diese Landesregierung und insbesondere Herr Minister Schnipkoweit in der Krankenhauspolitik politische Priorität gesetzt haben und daß das Handeln nach dieser Priorität auch in Zukunft fortgesetzt werden kann.

(Beifall bei der CDU.)

Der Bürger wird es auch verstehen, daß das in Zukunft fortgesetzt werden muß. Deswegen werden wir in dieser Verantwortung auch weiter so fahren. Wir werden hierfür auch um das Vertrauen bei den Bürgern bitten, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU]. — Hampe [CDU]: Wir werden es bekommen!)

Wer mit offenen Augen durch das Land geht, muß feststellen, daß in diesen Bereichen eine Menge geschehen ist. Es ist aber ganz klar, daß

selbstverständlich auch wir noch Wünsche haben, die von heute auf morgen nicht erfüllt werden können, daß auch wir in unseren Reihen Leute haben, die nicht zufrieden sind, weil es da oder dort einmal zu Verbesserungen gekommen ist, die natürlich zu Lasten anderer gegangen sind. Aber, Herr Köbler, wenn wir einmal Ihrer Forderung folgen wollten und Sie Ihre Vorstellungen von einem langfristigen Krankenhausbauprogramm deutlich machen müßten, dann würden Sie bei den Diskussionen, die wir dann im Ausschuß führen müßten, mit Sicherheit bei Ihren eigenen Kollegen auflaufen, wenn Sie sagen müßten, wer denn nun einmal wo und wann und zu welcher Zeit erste Priorität genießen soll.

Wir müssen einmal deutlich machen, daß wir viele Kommunen haben, die verantwortungsvolle Krankenhauspolitik im Lande Niedersachsen und mit dem Land Niedersachsen betrieben haben. Wir müssen aber auch deutlich machen — auch darauf wird sich unsere Politik in Zukunft einmal stützen müssen —, wer wo andere Dinge in die politische Priorität gesetzt hat. Wir können zwar überall notwendige begrüßenswerte Dinge installieren, aber dafür sind dann die Krankenhäuser in vielen Bereichen auf der Strecke geblieben. Wenn wir uns im Lande umsehen, stellen wir fest, daß das besonders auch in den Regionen deutlich geworden ist, in denen Sozialdemokraten viele Jahre lang regiert haben. Das muß hier einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Zustimmung bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Gucken Sie sich mal Diepholz an, wie lange das gedauert hat!)

— Diepholz ist auf dem Wege — — —

(Dr. Riege [SPD]: Inzwischen, es hat aber 30 Jahre gedauert!)

— 30 Jahre, meine Damen und Herren! Im Landkreis Diepholz hat die CDU aber erst seit fünf Jahren eine absolute Mehrheit, und jetzt ist es glücklich!

(Beifall bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Die CDU hat aber immer regiert, das wissen Sie doch!)

Meine Damen und Herren! Die Schwierigkeiten, die wir insgesamt in der Krankenhauspolitik vorfinden, liegen natürlich im Kostenbereich. Ich bin dankbar, daß im Lande ein Umdenken vorherrscht dahingehend, daß man überall und über viele Dinge nachdenken kann und auch nachdenken muß, weil sie zwar von der Ausstattung her wünschenswert sind, aber ihre Finanzierung schwierig ist. Wir müssen also Wege finden, auf denen wieder vernünftig gegangen werden kann.

Denn was hilft es uns, wenn wir überall Ein- und Zweibettzimmer schaffen, dafür aber im Lande nur fünf oder zehn oder 15 Krankenhäuser im Jahr bedienen können, weil das alles zu kostenintensiv wird? Ich glaube, daß der Ansatz, den der Minister deutlich gemacht hat, richtig ist und daß wir damit vernünftige Wege beschreiten.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Meine Damen und Herren! Ein Wort zum Thema „Krankenhauspolitik einvernehmlich mit den Kommunen regeln“. Ich glaube, daß wir alle dabei gefordert sind. Bei der Behandlung des Gesetzes zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung haben wir alle erkannt, daß wir auf diesem Wege beharrlich weitergehen müssen und nicht wieder übertriebene Forderungen einbringen dürfen. Daß dort Abstriche gemacht werden müssen, auch in Zukunft, bleibt der Politik vorbehalten. Wir sollten dazu unseren Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns intensiv darum bemühen, der Bevölkerung und den Krankenhausträgern wirklich deutlich zu machen, daß wir von heute auf morgen nicht alles leisten können und daß diese Daueraufgabe, die der Minister angesprochen hat, auch unsere Aufgabe sein muß, nämlich darüber nachzudenken, was denn in den kommenden Jahren sowohl an inhaltlichen Dingen im Krankenhausbereich als auch im Investitionsbereich notwendig und machbar ist. Ich glaube, darüber sollten wir uns im Ausschuß, wenn wir über Krankenhauspolitik reden, einvernehmlich unterhalten; denn dabei gibt es überhaupt keine Probleme, weil die Probleme in allen Regionen im Lande Niedersachsen gleich sind.

Ich bin dankbar dafür, daß der Minister noch einmal angesprochen hat, daß wir von der bisherigen Krankenhausbedarfsplanung Abschied nehmen sollten.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Wir erleben auch heute wieder in der Auseinandersetzung, daß das, was wir einmal im Plan festgelegt haben, überhaupt nicht eintreffen kann, weil Patientenströme von heute auf morgen nicht umlenkbar sind.

(Dr. Riege [SPD]: Für fünf Jahre aber doch!)

Dieser Situation müssen wir Rechnung tragen. Ich denke dabei auch an den Großraum um Bremen, in dem wir nach dem alten Plan eine erhebliche Zahl von Krankenhausbetten neu hätten installieren müssen. Diese Forderung zu erfüllen war überhaupt nicht machbar und auch nicht

Meyer (Twistringen)

notwendig, weil wir erkennen, daß gewisse Patientenströme nach wie vor in die Bereiche gehen, in die sie seit Jahren gegangen sind. Ich glaube, daß es ein richtiger Ansatz ist, wenn wir neu darüber nachdenken, und daß wir damit zu erheblichen Kosteneinsparungen für die Zukunft kommen werden.

Meine Damen und Herren! Ich kann an dieser Stelle nur sagen, daß sich das, was in der Krankenhauspolitik in den vergangenen Jahren geleistet worden ist, durchaus sehen lassen kann, daß manche Forderung auch in Zukunft berechtigt sein wird und daß wir uns gemeinsam darum bemühen sollten, diese Aufgaben für die Zukunft zu bewältigen. Ich will aber auch sagen, daß dies mit der Arbeit dieser Landesregierung durchaus machbar ist. Deswegen bitte ich, diese Politik weiterhin zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Herr Sozialminister.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur zu wenigen Fragen Stellung nehmen.

Herr Kollege Köbler. Sie haben Ihre Ausführungen damit begonnen, daß Sie gesagt haben, alle paar Jahre stelle die CDU eine Große Anfrage, um der Regierung eine Selbstdarstellung zu ermöglichen.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Nun gehen Sie mal quer durch alle deutschen Parlamente, ob Bundestag oder andere Landtage: Jede Regierungsfraktion gibt, z. B. mit einer Großen Anfrage, der Regierung die Möglichkeit, darzustellen, wo sie etwas vorzuzeigen hat. Das liegt in der Natur der Sache.

(Beifall bei der CDU. — Glogowski [SPD]:
Dann hat Herr Köbler doch recht!)

— Hat er ja auch. — Ich verspreche Ihnen eines: Wir werden im Laufe der nächsten zwölf bis 15 Monate garantiert noch Große Anfragen — die CDU-Fraktion wird das sicherlich tun — behandeln, um deutlich zu machen, was diese Landesregierung geleistet hat.

(Beifall bei der CDU. — Glogowski [SPD]:
Dann sagen Sie doch mal, welche sie stellen soll!)

— Das machen wir schon. — Meine Damen und Herren! Ich will dazu nur sagen: Wenn man

sieht, was die einzelne Regierung, ob die jetzige Bundesregierung oder die frühere oder Landesregierungen, an Broschüren druckt und verschickt usw. und was alles an Leistungen gepriesen wird, dann müssen Sie doch wohl einer Landesregierung zubilligen, daß sie, wenn eine Große Anfrage gestellt wird, die wirklich positiven Dinge darstellt.

(Lindhorst [CDU]: Die SPD ist doch bloß neidisch!)

Vizepräsident Warnecke:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Aller?

(Lindhorst [CDU]: Er möchte gern ins Protokoll!)

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ich habe nichts dagegen, wenn er fragt.

Aller (SPD):

Herr Schnipkoweit, wollten Sie, als Sie andeuten, Sie brauchten eine Große Anfrage, um sich darstellen zu können, damit zum Ausdruck bringen, daß sonst kein Niedersachsen gemerkt hätte, daß Sie positive Leistungen erbracht haben?

(Kuhlmann [CDU]: Hermann, laß dich doch auf solchen Kappes nicht ein!)

Schnipkoweit, Sozialminister:

— Doch, warum denn nicht! — Das haben wir früher schon gelernt, als wir in der Opposition waren: daß man der Landesregierung selbst mit einer Kleinen Anfrage natürlich die Möglichkeit der Selbstdarstellung gibt. Ich brauche mich nun in diesem Tagungsabschnitt bestimmt nicht darüber zu beklagen, daß ich nicht genug Möglichkeiten hätte, mich und die Landesregierung darzustellen.

(Beifall bei der CDU. — Auditor [SPD]:
Das riecht aber ganz schön nach Eichenlaub!)

Ich will wirklich ganz sachlich zur Krankenhausbedarfsplanung Stellung nehmen. Hier ist von einigen Kollegen, quer durch alle Fraktionen, über die Krankenhausbedarfsplanung gesprochen worden. Zunächst einmal, Herr Kollege Hruska, habe ich vorhin gesagt — das steht auch in meiner Antwort —, daß wir die Zahl der Betten im Einvernehmen mit den Betroffenen um 6000 abgebaut haben. Dieses Einvernehmen bezieht sich nicht unbedingt auf die einzelne Kommune, sondern es gibt ein Gesetz in Niedersachsen, in dem

festgelegt ist, daß wir einen beratenden Ausschuß haben, der bei der Aufstellung des Jahreskrankenhausbauprogramms und bei der Bedarfsplanung mitzubestimmen und mitzureden hat. In diesem beratenden Ausschuß sind die Krankenhausesellschaft, die Kassen und die kommunalen Spitzenverbände vertreten. Mit diesen ist Einvernehmen erzielt worden.

(Dr. Riege [SPD]: Wer hat denn das Gesetz gemacht?)

— Wir gemeinsam.

(Ah! bei der SPD.)

— Entschuldigung. Herr Dr. Riege, ich habe doch nicht gesagt, daß alle Gesetze, die frühere Landesregierungen gemacht haben, schlecht sind. Ich habe sogar früher, als meine Kollegen — Dr. Pohl zum Beispiel — meinten, das Parlament müsse hier noch viel mehr Einfluß haben, gesagt: Macht da nicht zuviel Einfluß rein, wir kriegen auch mal die Regierung, und dann möchten wir ja auch ein bißchen regieren können.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Das ist doch nun einmal so, das wechselt doch; Gott sei Dank wechselt das.

(Zurufe von der SPD: Gott sei Dank! —

Lindhorst [CDU]: Alle 20 Jahre! — Hampe

[CDU]: Alle 30 Jahre!)

Meine Damen und Herren, noch etwas zur Bedarfsplanung. Wir haben doch noch niemanden, vor allen Dingen keine Kommunen, insbesondere solche, die viele Krankenhäuser vorhalten, daran gehindert, Betten abzubauen. Es gibt einige Gebiete in Niedersachsen, wo die Kommunen — Landkreise und kreisfreie Städte — fast allein Krankenhäuser betreiben. Meine Damen und Herren, weder vom Landkreis Hannover noch von irgendeinem anderen Landkreis ist bisher der Vorschlag gekommen: Wir wollen ein Krankenhaus schließen. Oder: Wir wollen eine Abteilung schließen. Ich kann dazu nur aufmuntern, meine Damen und Herren. Ich kann dazu nur aufmuntern, Herr Kollege Köbler.

(Dr. Riege [SPD]: Geben Sie doch mal eine Vorgabe!)

— Herr Kollege Dr. Riege, zunächst einmal ist der örtliche Träger verpflichtet. Wenn jetzt zum Beispiel der Landkreis Hildesheim oder der Landkreis Hannover Vorschläge machen — — —

(Dr. Riege [SPD]: Hannemann, geh du voran!)

— Das ist doch nun mal ihre Aufgabe. Ich weiß, Sie möchten gern, daß der Sozialminister oder die

Landesregierung sagt, das Krankenhaus in Adorf wird geschlossen, und Sie gehen dann auf die Barrikaden und beschimpfen den Sozialminister und die Landesregierung.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Das tun wir auf keinen Fall.

Wenn der Kollege Köbler hier sagt: Wir haben da 25 Betten geschlossen — — — Ich hätte an Ihrer Stelle dieses Beispiel nicht genannt. Sie wissen doch ganz genau, daß gerade in dem Krankenhaus, das Sie angesprochen haben, aufgrund der Unfähigkeit des Chefarztes eine Abteilung über Jahre hinaus nur zu 40 % belegt war, während im Nachbarkrankenhaus Patienten monatelang auf einen Termin warten mußten. Wenn der Chefarzt oder wenn Sie nicht in der Lage sind — das war ein kommunaler Träger, und da ist er Bürgermeister —, die Dinge voreinanderzubringen, dann müssen wir natürlich handeln.

(Beifall bei der CDU.)

Es kann ja wohl nicht angehen, meine Damen und Herren, daß hier — — —

(Köbler [SPD]: Wenn das so einfach wäre, Herr Minister!)

— Das ist so einfach!

(Hampe [CDU]: Die Belegungszahlen sind interessant! — Dr. Remmers [CDU]: Der Schuß hat aber gegessen! — Zuruf von Dehn [SPD].)

— Das ist so gelaufen, Herr Kollege Dehn; das Thema ist dann ja erledigt. — Ich will nur sagen: Wenn eine Kommune Träger eines Krankenhauses ist, dann gehe ich davon aus, daß sie zunächst die Dinge vor Ort regelt. Angeblich wissen das doch die Kommunen viel besser als die Landesregierung in Hannover. Es wird uns doch immer gesagt, wir hätten keine Ahnung, wir seien viel zu weit entfernt. Ich wünschte, die Träger von Krankenhäusern — — —

(Dr. Riege [SPD]: Wenn es unangenehm wird, dann wollen Sie nicht regieren, das ist klar!)

— Nein, das ist doch gar nicht wahr, Herr Dr. Riege. Ich bin durchaus bereit, unangenehme Dinge zu tun. Sie haben mich doch schon oft genug wegen unangenehmer Dinge hier kritisiert. Ich will jetzt kein Stichwort nennen, aber gerade Sie haben doch unangenehme Dinge hart kritisiert. Ich habe nun wirklich den Mut dazu.

Noch etwas, Herr Kollege Hruska, zu der Problematik: mehr private Krankenhäuser. Was ich bis

Schnipkoweit

heute nie verstanden habe, ist, daß alle Kommunen in Niedersachsen — wahrscheinlich auch darüber hinaus — daran festhalten, jedes Krankenhausbett zu behalten. Ich habe noch keine Kommune erlebt, die von sich aus gesagt hat: Wir möchten dieses Krankenhaus loswerden, weil es erhebliche Kosten verursacht; wir übergeben es Privaten oder Freigemeinnützigen. Ich muß ganz offen sagen, ich hätte es gern — selbst bis hin zu den Landeskrankenhäusern —, wenn mehr Private und Freigemeinnützige solche Einrichtungen betrieben. Daraus mache ich kein Hehl, weil ich aus vielerlei Gründen der Meinung bin, daß die das genausogut oder besser können

(Zustimmung von Fruck [Grüne])

und daß die in den meisten Fällen auch kostengünstiger arbeiten, meine Damen und Herren. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Deshalb verstehe ich es nicht, daß so wenig Bereitschaft vorhanden ist, hier wirklich Umwandlungen vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Ich will die Diskussion nicht verlängern, ich will aber noch eines deutlich machen: Einmal haben wir durch unsere Politik dazu beigetragen, daß viele Krankenhäuser — — —

(Zuruf von Frau Lewandowsky [SPD].)

— Frau Lewandowsky, Sie bestimmen nicht, wie lange ich rede, Gott sei Dank nicht!

(Zuruf von Frau Lewandowsky [SPD].)

— Sie bestimmen nicht, wie lange ich rede, Gott sei Dank nicht. Ja, Sie können auf die Uhr sehen.

(Lindhorst [CDU]: Sie will die positive Bilanz nicht hören!)

Es ist in der Geschäftsordnung geregelt, wie lange die Landesregierung reden darf. Zerbrechen Sie sich darüber nicht den Kopf!

(Frau Lewandowsky [SPD]: Gestern haben wir so schön in der Zeit gelegen. — Aller [SPD]: Ein kleiner Grösch sind Sie! — Lindhorst [SPD]: Wir müssen in diesem Zusammenhang das Krankenhaus Bramsche erwähnen!)

Meine Damen und Herren! Ich will folgendes deutlich machen: Wenn wir nicht wirklich den Mut gehabt hätten, das mehrjährige Krankenhausbauprogramm zu ändern, dann wären viele Krankenhäuser, in denen heute beste Medizin geboten wird, z. B. im Nordstadtkrankenhaus, noch in dem Zustand, in dem sie 1974 oder 1975 waren. Nur weil wir den Mut gehabt haben, meinet-

wegen Krankenhäuser wie Osnabrück oder Herzberg zurückzustellen, war es möglich, im Nordstadtkrankenhaus, im Heidehaus oder in den Braunschweiger Krankenhäusern das zu tun, was wir getan haben.

(Zuruf von Frau Lewandowsky [SPD].)

— Ja, sogar Bramsche kommt in das Krankenhausbauprogramm, Frau Kollegin.

Lassen Sie mich ein letztes sagen. Auch folgendes unterscheidet uns von der SPD-Regierung: Wir haben dort, wo es möglich war, auch die kleineren Krankenhäuser erhalten.

(Beifall bei der CDU.)

Ich war, wie ich sagte, gestern in einem Landeskrankenhaus; aber vormittags war ich im Krankenhaus Neu Bethlehem in Göttingen, in einem evangelischen Krankenhaus. Es ist doch wohl bezeichnend, daß ein solch kleines evangelisches Krankenhaus, das neben der großen Medizinischen Hochschule ebenfalls über eine geburtshilfliche Abteilung verfügt, mehr Geburten als die Medizinische Hochschule aufzuweisen hat. Von daher ist doch wohl schon der Beweis erbracht, daß der Bürger nicht dahin geht, wo die größten Bauten und die größten Kapazitäten sind, sondern dorthin, wo er das größte Zutrauen zu Ärzten und Pflegern hat.

(Beifall bei der CDU.)

Ohne jemandem weh tun zu wollen: Wenn die CDU im Lande nicht regierte, wären garantiert mehr kleine Krankenhäuser, so um die 70, 80, 90 Betten, geschlossen worden.

(Beifall bei der CDU. — Hampe [CDU]: Wie bei den Schulen!)

Vizepräsident Warnecke:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Besprechung und stelle fest, daß die Große Anfrage der Fraktion der CDU in der Drucksache 3849 erledigt ist.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Zweite Beratung: Beanstandungen von Amtshandlungen der Zahnärztekammer Niedersachsen — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/2352 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen — Drs 10/3784

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 2352 wurde in der 53. Sitzung am 16. Mai 1984 an den Ausschuß für Sozial- und Gesund-

heitswesen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen dabei folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Berichterstatter des Ausschusses ist der Abgeordnete Kuhlmann. Ich erteile ihm das Wort.

Kuhlmann (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen empfiehlt Ihnen, den Antrag der Fraktion der SPD betreffend Beanstandungen von Amtshandlungen der Zahnärztekammer Niedersachsen abzulehnen.

(Wernstedt [SPD]: Ungeheuerlich!)

Die Beschlußempfehlung liegt Ihnen in der Drucksache 3784 vor. Mit ihrem Antrag wollte die SPD-Fraktion die Landesregierung auffordern, im Wege der Rechtsaufsicht eine Reihe von Sachverhalten, bei denen die Zahnärztekammer beteiligt ist, näher zu untersuchen, um dadurch greifbare Aufklärung zu erlangen. Verstöße gegen die Bestimmungen des Kammergesetzes für Heilberufe sollten dabei — so der SPD-Antrag — gegebenenfalls festgestellt werden. Die von den Antragstellern gemachten Vorwürfe sind im einzelnen aus der Drucksache 2352 zu ersehen. Es würde den Rahmen meiner Berichterstattung sprengen, würde ich die um jeden einzelnen Punkt geführte Diskussion hier darstellen. Ich möchte mich darauf beschränken, die grundsätzlichen Standpunkte der Fraktionen deutlich zu machen.

Der Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen befaßte sich in drei Sitzungen mit dem Antrag. Zunächst ließ er sich vom Vertreter der Landesregierung berichten, wie die Dinge aus der Sicht des Sozialministeriums zu beurteilen seien. In dieser Beratung wurde bereits deutlich, daß die Fraktionen der CDU und der FDP der Absicht der SPD-Fraktion nicht folgen würden, weil beide Fraktionen die Kritik der SPD nicht teilten. Auch die zu der Problematik durchgeführte Anhörung der Zahnärztekammer Niedersachsen, von vier weiteren zahnärztlichen Berufsverbänden, der Niedersächsischen Zahntechniker-Innung sowie der Kassenärztlichen Vereinigung brachte keine Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte. Die Zahnärztekammer Niedersachsen wies alle von der SPD-Fraktion gegen sie gemachten Vor-

würfe als unbegründet zurück. Unterstützt wurde sie in ihrer Argumentation von der Kassenärztlichen Vereinigung, dem Freien Verband Deutscher Zahnärzte e.V. und dem Arbeitskreis Soziale Zahnheilkunde. Die Vertreter des Deutschen Arbeitskreises für Zahnheilkunde sowie die Vereinigung Demokratischer Zahnmedizin bekräftigten hingegen die in dem Antrag der Fraktion der SPD gemachten Aussagen. Die Niedersächsische Zahntechniker-Innung begründete den vorgesehenen Vertragsabschluß zwischen ihrer Innung und den gesetzlichen Krankenkassen. Vor allem zeigte sie kein Verständnis für die Zahnärzte, die die geplante Lieferberechtigung ablehnten.

Als Resümee aus der Anhörung stellten die Vertreter der CDU-Fraktion im Ausschuß fest, daß vieles von dem, was in dem Antrag der Fraktion der SPD zum Ausdruck komme, so nicht zutreffe. Im übrigen sahen sie für die Landesregierung keine rechtliche Möglichkeit, hinsichtlich des Vertragsabschlusses zwischen der Niedersächsischen Zahntechniker-Innung und den gesetzlichen Krankenkassen tätig zu werden, da es sich bei den geschilderten Sachverhalten um interne Angelegenheiten handele. Seine Fraktion, so der Sprecher der CDU-Fraktion, lehne den Antrag der SPD daher ab. Der Abgeordnete der FDP sprach sich ebenso gegen den Antrag aus.

Der Vertreter der SPD im Ausschuß hingegen gab an, daß sich seine Fraktion durch die Anhörung in ihrer Auffassung bestätigt fühle. Einige Dinge seien noch problematischer, als sie in dem Antrag dargelegt seien. Die SPD-Fraktion halte ihren Antrag daher aufrecht. Der Vertreter der Fraktion der Grünen äußerte sich zustimmend zu den Anliegen der Fraktion der SPD.

Der Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen beschloß dann mit Mehrheit, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der mitberatende Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen schloß sich nach kurzer Aussprache der Empfehlung des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen an.

Ich bitte Sie, der Beschlußempfehlung in der Drucksache 3784 Ihre Zustimmung zu geben. — Danke schön.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Abgeordneten Kuhlmann für die Erstattung des Ausschußberichtes. — Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Riege.

Dr. Riege

Dr. Riege (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen hier vor zwei verfassungsrechtlichen Grundfragen; das hat die Anhörung bestätigt. Die erste Grundfrage ist die: Haben tüchtige Berufslobbyisten dann, wenn sie im Gewand von Vertretern öffentlich-rechtlicher Körperschaften auftreten, die Freiheit einer ungehemmten Interessenvertretung?

(Beifall bei der SPD.)

Die zweite Frage: Wie werden Minderheiten in solchen Zwangskörperschaften geschützt? Der Staat muß unserer Auffassung nach besonders wachsam sein, wenn perfekte und auch ausgebildete Interessenvertreter unter dem Mantel der Staatlichkeit, oder der Halbstaatlichkeit, und mit Normsetzungsbefugnis und mit Sanktionsrecht gegenüber den Berufskollegen auftreten. Besonders kritisch wird es, wenn es um Minderheiten in Zwangskorporationen geht, die über Berufsgerichtsverfahren diszipliniert werden können und werden. Meine Zweifel an solchen Berufsgerichtsbarkeiten haben sich, muß ich sagen, seit meiner eingehenden Beschäftigung mit der Zahnarztlobby in Niedersachsen erheblich verstärkt.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Dr. Rohloff [Grüne].)

Unsere sieben Beanstandungen waren wichtig und sind richtig. In einem Punkt hat sich die Kammer durch eine Neuinterpretation hinsichtlich der Weiterbildungsqualifikation der Fachhelferinnen selbst korrigiert. Aber wichtig ist für uns, daß unsere These vom Mißbrauch des berufspolitischen Mandats durchaus bestätigt worden ist.

Ein Zahnarzt, der bereits Rechtsaufsichtsbeschwerde geführt hat, sagte unter Auflistung einiger Belegstellen — ich möchte zitieren —, daß für die Herausgeber des „Niedersächsischen Zahnärzteblattes“ die Trennungslinie zwischen Gut und Böse bei den politischen Positionen des bayerischen Ministerpräsidenten liege. Alles, was rechts von Strauß beheimatet sei, stoße auf Sympathie, alles andere werde angegriffen.

(Kuhlmann [CDU]: Ist das ein Kampfblatt gegen die CDU?)

Ich finde, das sagt genug. Der Name „Breslauer Nachrichten“ ist vielleicht frei geworden. Ich möchte darauf empfehlend hinweisen.

(Zustimmung bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: Herr Dr. Riege, würden Sie das auch kritisieren, wenn die Zahnärzte SPD wählen würden?)

Eine andere Belegstelle. Herr Bunke schrieb im Aufruf zur letzten Bundestagswahl:

„So stehen wir am 6. März anlässlich der Bundestagswahlen vor einer Entscheidung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die unser Wohl und Wehe für die letzten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts beeinflussen wird.“

(Kuhlman [CDU]: Das war richtig!)

„Werden die Sozialromantiker um Herrn Brandt zurückkehren,“

(Kuhlmann [CDU]: Das war geschmeichelt für Herrn Brandt!)

„oder wird die neue Bundesregierung bestätigt, die die Wende verspricht und ökonomisch orientierte Sacharbeit statt Ideologie leisten wird?“

Parteipolitischer geht es nicht mehr. Ich meine, durch diese und andere Parteinahmen, die wir aufgelistet haben, sind die Grenzen des berufspolitischen Mandats überschritten.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Lindhorst, ich möchte Ihnen gleich die entsprechende Quellenangabe nennen. Es handelt sich um eine ganz neue Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Koblenz vom 10. Juli 1984, veröffentlicht im „Anwaltsblatt“ 1/85.

Vizepräsident Warnecke:

Herr Kollege Dr. Riege, gestatten Sie eine Zwischenfrage — — —

Dr. Riege (SPD):

Ich habe so wenig Zeit. — Zur weiteren parteipolitischen Einschätzung der Kammer ist es interessant, daß der CDU-Kreisverband Hannover-Stadt die Adrema der Kammer ohne weiteres benutzen kann, wenn es um Einladungen zu Veranstaltungen der CDU geht. Ich habe ein Belegexemplar hier.

(Dehn [SPD]: Das ist ja interessant! Der rechte Filz ist wieder unterwegs, was? — Weitere Zurufe.)

Der Minister hat bis heute keine Antwort auf die Empfehlung der Prüfkommision nach dem Sozialgesetzbuch gegeben. Der Prüfbericht kritisiert klar und deutlich die gemeinsame Herausgabe des Blattes durch Körperschaften und durch einen Interessentenverband.

(Kuhlmann [CDU]: So etwas billigt ja auch niemand!)

Dieser Prüfbericht kritisiert, daß die Öffentlichkeitsarbeit des Freien Verbandes der Zahnärzte von den Pflichtmitgliedern der Kammer subventioniert wird. Die zahlen sage und schreibe nur 100 DM pro Ausgabe. Das ist etwa der zwölfte Teil, wenn nicht sogar ein noch geringerer Teil der Kosten. Vom Interessentenverband wird also sehr, sehr wenig gezahlt.

(Zuruf von der SPD: Von den Patienten!)

Das meiste wird von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften und damit von den Zwangsmitgliedern gezahlt. Wir plädieren daher für getrennte Zeitschriften.

Dann hat sich trotz gegenteiliger Versicherungen ergeben, daß die Notfallordnung für den zahnärztlichen Notdienst für die Wochentage nicht gilt. Man redet sich heraus. Aber die Kritik der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Zahnheilkunde an dieser Notfallordnung ist richtig. Die Unterdrückung dieser Minderheitenkritik — darauf haben wir abgestellt — durch die Kammer halten wir für falsch und unrichtig.

Auch die bis zur Rechtswidrigkeit gehende Überreaktion der Standesfunktionäre — Beanstandungspunkte 5 bis 7 — bleibt nach wie vor ein Ärgernis. Das muß abgestellt werden. Nach meiner Auffassung ist es nicht nur unfein, sondern auch rechtlich bedenklich, Zahnarztkollegen aus politischen Gründen oder Amtsärzte aus reiner Rachsucht mit Berufsgerichtsverfahren oder Strafanzeigen zu überziehen.

(Beifall bei der SPD.)

Das schlimmste ist der Vernichtungsfeldzug der Zahnarztfunktionäre gegen den Handwerksstand der Zahntechniker. Auftragsboykott und Gründung eigener zahnärztlicher Labors sind die Antworten des Freien Verbandes auf gesetzmäßig vorgesehene Verträge zwischen Krankenkassen und Technikern. Auch das darf der Minister, meine ich, nicht tolerieren, insbesondere dann nicht, wenn die Juristen der öffentlich-rechtlichen Körperschaften dabei kräftig mitmischen.

Hierzu haben wir, der Kollege Silkenbeumer und ich, einen klaren Vorschlag gemacht. Wir haben den Bericht der Dentalsonderkommission bei der Hamburger Kriminalpolizei gelesen, ausgewertet und gesagt, wie in Zukunft die Vertragsbeziehungen gestaltet werden sollen. Das ist ein Bericht, den ich jedem empfehle, der heute vorschnell über die Systemfeindlichkeit junger Menschen jammert. Die Darstellung in diesem Bericht über das systemfeindliche Handeln einiger Zahnärzte, übrigens auch niedersächsischer Zahnärzte, die

offenbar die Mundhöhle zur Goldgrube gemacht haben, fällt schon auf.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wie auch immer CDU und FDP heute zu unserem Antrag stehen, was sie auch beschließen mögen — für mich hat das öffentliche Echo gezeigt, daß man dem Übermut zahnärztlicher Standesfunktionäre Widerstand entgegensetzen muß.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Sie sollten in Zukunft mehr die Grenzen bedenken, die ihnen öffentlich aufgezeigt werden; sie sollten in der Zukunft abweichendes Verhalten und abweichende Meinungen junger Berufskollegen tolerieren.

(Lindhorst [CDU]: SPD-Meinungen! — Gegenruf von Wernstedt [SPD].)

Minderheiten müssen auch in beruflichen Zwangskorporationen beachtet werden und müssen ihre Rechte genießen dürfen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Unruhe. — Lindhorst [CDU]: Ihr seid doch bloß neidisch! — Drechsler [SPD]: Ach, hör doch auf! — Dehn [SPD]: Willi, du bist ein netter Kerl; aber deine Schablonen verhindern immer alles bei dir! — Weitere Zurufe.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Professor Dr. Rohloff.

Dr. Rohloff (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag der SPD von Anfang an unterstützt, und zwar aus folgenden Gründen. Wir haben einmal durch die Anhörung und auch durch ein ausführliches Gespräch bestätigt bekommen — das hat sich auch verstärkt gezeigt —, daß der Antrag der SPD leider allzu berechtigt ist. Nun könnte man sich auf den Standpunkt stellen und sagen: Soll doch diese Berufsgruppe ihre Quereulen und Scharmützel allein austragen; sie haben ja Geld genug, um das aufwendig miteinander zu betreiben. Ich meine allerdings, dies wäre der total falsche Akzent; denn es geht hierbei um wesentlich mehr. Es geht nämlich u. a. auch um das Demokratieverständnis der Zahnärztekammer und einiger Verbände der Zahnärzte.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Für mich haben die Anhörungen und auch das Gespräch folgendes ergeben. Ich habe leider sehr

Dr. Rohloff

wenig Zeit und muß mich deshalb auf zwei Punkte beschränken. Herr Riege hat schon auf den — so sage ich jetzt einmal — Mißbrauch des berufspolitischen Mandats hingewiesen. Das ist nicht nur strapaziert worden, sondern das ist nach unserer Auffassung ganz klar dazu mißbraucht worden, CDU-Wahlhilfepolitik zu betreiben.

Das nächste geht noch einen Schritt weiter. Der Sozialminister hat die Rechtsaufsicht nach meiner Auffassung nicht wahrgenommen, wie er es pflichtgemäß hätte tun müssen. Dies wird durch das Verwaltungsgericht noch geprüft werden müssen. So ganz wohl ist dem Minister dabei wohl auch nicht gewesen;

(Silkenbeumer [SPD]: Er hat Zahnschmerzen!)

denn er hat auf eine Rechtsbeschwerde hin zum Ausdruck gebracht, die beanstandeten Verhaltensweisen seien noch gedeckt.

Warum erwähne ich dies? — An dieser Stelle kann man sehr schön deutlich machen, wie doppelzünftig die CDU argumentiert. Wenn es um den angeblichen Mißbrauch durch die Verfaßte Studentenschaft geht, die sich ein politisches Mandat anmaßt, dann pumpen Sie sich hier nämlich auf wie Maikäfer und schreien Zeter und Mordio

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD)

und lassen durch Ihre politischen Freunde Prozesse führen — siehe Göttingen —, nur weil es hier und da eine Äußerung in Form eines Flugblattes gegeben hat.

(Thole [CDU]: Was heißt „hier und da“?)

Aber in diesem viel schwerer wiegenden Fall, in dem eine potente Kammer ihre Kompetenzen überschreitet und a) einen Verband bevorzugt — so sage ich einmal — und b) andere bevormundet und sich dafür dann auch noch bezahlen läßt, ist es plötzlich ganz windstill bei der CDU. Da ist dann nichts zu hören.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Lindhorst [CDU]: Mein Gott, ich habe immer gesagt, daß die kein berufspolitisches Mandat haben!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf ein weiteres Problem hinweisen. Da mühte sich z. B. im Auftrage seines kleinen Zahnärzterverbandes jemand um eine Verbesserung des Notdienstes. Er machte Umfragen bei Praktikern, Krankenhäusern, Apotheken und Polizeidienststellen und fragte, in wie vielen zahnmedizinischen Notfällen pro Quartal es keine fachliche Hilfe gegeben habe. Daraufhin mischte sich sofort der Präsident

der Zahnärztekammer kräftig ein und riet den Angeschriebenen, keine Auskünfte auf die Umfrage zu erteilen.

Der betroffene Zahnarzt machte in der Anhörung dann auch deutlich, daß gerade der Notdienst an Abenden und Wochenenden sehr zu wünschen übriglasse. Wer wie ich in einem großen Landkreis wohnt, kann das nur bestätigen und weiß davon ein Lied zu singen. Das sei allein schon daran zu erkennen, so hat er argumentiert, daß praktische Ärzte manchmal an jedem vierten Tag Notdienst haben, während dies bei allen Zahnärzten nur an vier Tagen im Jahr der Fall sei. Hier stellt sich doch schlicht die Frage, ob sich dieser Berufsstand nicht erdreistet, möglichst ungestört in doppeltem Sinne seinen Profit machen zu wollen.

(Beifall bei den Grünen.)

Es ist auch keine Seltenheit, daß man in einem Landkreis am Wochenende ca. 30 Kilometer fahren muß, um einen zahnmedizinischen Notarzt aufzusuchen. Es ist zu fragen, ob dies nicht einen Verstoß gegen den Sicherstellungsauftrag der Zahnmediziner darstellt.

Von daher bleibt nur ganz kurz zusammenzufassen: Diese im Antrag der SPD angesprochenen Probleme mußten parlamentarisch diskutiert und behandelt werden, um nach besseren Lösungen zu suchen. — Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie ich schon in der ersten Beratung des Antrags der SPD ausgeführt habe, mögen Dinge aufgeführt sein, über die man streiten kann. Man mag darüber streiten, ob das so richtig ist oder nicht. Nur, ich habe bei all den Vorwürfen, die Sie, Herr Riege, hier aufgeführt haben, nicht gefunden, daß es eine Aufgabe der Landesregierung wäre, hinsichtlich ihrer Verpflichtungen in der Rechtsaufsicht tätig zu werden.

(Zurufe von der SPD.)

Wenn das so ist, sehe ich mich als Landtagsabgeordneter bzw. den Landtag selbst, der die Landesregierung kontrollieren soll, nicht — — —

(Weitere Zurufe von der SPD.)

— Als FDP-Abgeordneter bin ich auch Landtagsabgeordneter, Herr Bruns.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Und die Klientel darf man nicht vergessen!)

— Ich habe mit keiner Klientel etwas zu tun.

(Dehn [SPD]: Na!)

Wenn es um die Klientel ginge, Herr Bruns, würde ich ja nicht sagen, daß ich mit einzelnen Äußerungen der Zahnärzte und mit verschiedenen Verfahrensweisen nicht einverstanden bin.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Ich will nicht, was Sie mir unterstellen, die Klientel schonen, sondern ich will sagen, daß ich hier keinen Fall der Rechtsaufsicht sehe. Und wenn ich keinen Fall der Rechtsaufsicht sehe, sehe ich mich bzw. den Landtag auch nicht veranlaßt, hier als parlamentarisches Kontrollorgan tätig zu werden.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag der SPD, so wie er gestellt ist, ab.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wir fordern nicht, hier tätig zu werden. Ich will zu Punkt 6, in dem es um die Auseinandersetzung der Zahnärzte mit der Zahntechniker-Innung geht, sagen, daß ich Methoden wie die des Boykottaufrufs der Zahnärzte ablehne und verurteile. Ich sage aber, daß dies eine Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Berufsverbänden ist und nicht eine Frage des Einschreitens des Ministers. Aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag ab und stimmen der Beschlußempfehlung des Ausschusses zu.

(Beifall bei der FDP. — Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Menges.

Menges (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, dieses emotional aufgeladene Thema mit der gebotenen Sachlichkeit aus der Sicht der CDU zu behandeln, weil ich der Auffassung bin, daß man in der heutigen Zeit nicht nur Polemik betreiben sollte und daß Polemik eine Sache ist, die in dieser Angelegenheit eigentlich keinen Einzug hätte halten sollen.

Ich freue mich, daß wir ein leidiges Thema heute durch die Ablehnung des Antrags beenden können.

(Arens [SPD]: Leidiges Thema!)

Ich meine auch, daß dieser Antrag der SPD geeignet war, einen medizinischen Berufsstand sowie die Ausbildung zahnmedizinischer Helferinnen, die zahnärztliche Versorgung Niedersachsens und auch die Zahnärztekammer mit ihren offiziellen Gremien und ihrem Präsidenten in Mißkredit zu bringen.

(Lachen bei der SPD. — Auditor [SPD]: Der Antrag liegt auf dem Nerv! — Zuruf von Mombaur [Grüne]. — Dehn [SPD]: Die neue Sachlichkeit!)

Dazu darf ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, einmal folgendes sagen. Dr. Riege, der diesen Antrag für die SPD geschrieben und wahrscheinlich auch begründet hat, erhielt am 23. Juli 1984 einen Brief mit folgendem Inhalt — ich darf hieraus zitieren —:

(Silkenbeumer [SPD]: Welchen Zahnarzt haben Sie denn?)

„Der Vorstand bedauert die von Ihnen vertretene Meinung, hat aber durchaus Verständnis, daß Sie durch Ihre selbstgewählte Position, den Präsidenten zu attackieren, nicht in der Lage sind, Ihren vor dem Landtag vertretenen Standpunkt zu revidieren, selbst dann nicht, wenn die Belege eine andere Einsicht an sich gebieten.“

Ich wiederhole das: „wenn die Belege eine andere Einsicht an sich gebieten“.

(Dehn [SPD]: Wer schreibt das? — Dr. Riege [SPD]: Die Belege habe ich ja wohl vorgelesen!)

— Wenn Sie aufgepaßt hätten, wüßten Sie: Dieses schreibt der Herr Präsident der Zahnärztekammer Niedersachsens an Herrn Dr. Riege.

(Glogowski [SPD]: Der Pressespiegel der Zahnärztekammer!)

Deswegen verstehe ich nicht — es sind hier Beweisführungen vorgetragen worden —, wie sich Herr Dr. Riege noch am 23. Januar 1985 zu der Äußerung versteigen kann, die Anhörung habe gezeigt, daß sich einiges tatsächlich noch problematischer darstelle, als er selbst angenommen habe.

(Unruhe. — Zurufe.)

Das zeigt auch, daß die SPD und Herr Dr. Riege hier Einzelpunkte zu einem Antrag zusammenge-

Menges

sucht haben und dabei schlecht recherchiert haben,

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

teilweise unwahre Behauptungen aufgestellt haben und letzten Endes nur — wie sie selber sagen — aufzeigen wollten, daß Amtsträger angeblich ein berufspolitisches Mandat ausüben bzw. Mißbrauch mit ihrem Mandat treiben.

Herr Dr. Riege, ich darf Ihnen einmal folgendes sagen: Sie haben in dem Ärzteblatt zwei Dinge angesprochen, nämlich daß der damalige geschäftsführende Arzt der Bundesärztekammer in einem Interview, welches dort abgedruckt worden ist, seine Meinung dargelegt hat. Das Zahnärzteblatt hat — wie andere Organe auch — immer Artikel drinstehen, die nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers sind; das wissen Sie selber.

(Silkenbeumer [SPD]: Sie sollten mal persönlicher Referent bei der Zahnärztekammer werden!)

Wenn Sie da von einem offiziellen Organ sprechen, dann liegen Sie schlichtweg falsch.

(Silkenbeumer [SPD]: Wir liegen richtig!)

Ich meine, dafür hat es auch schon den Beweis gegeben.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Herr Abgeordneter Menges, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Riege?

Menges (CDU):

Ich erlaube keine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Riege, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich genau weiß, daß nur wieder Emotionen hineingebracht werden sollen, wo doch eigentlich Ruhe einkehren sollte.

(Beifall bei der CDU. — Lachen, Widerspruch und Unruhe bei der SPD. — Silkenbeumer [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Der einzige Punkt ist: Die Anhörung hat am 19. Dezember 1984 — — —

(Große Unruhe. — Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen einmal folgendes sagen: Wenn Sie das mit dem Zahnärzteblatt kritisieren,

(Glogowski [SPD]: Wenn Sie erst mal zur Sache kommen, dann wird es noch schlimmer!)

dann muß ich als jemand, der sich in den Betrieben befindet und der Monat für Monat die Zeitschrift der IG Metall liest, fragen: Wo wird denn hier wohl ein berufspolitisches Mandat mißbraucht?

(Beifall bei der CDU. — Große Unruhe. — Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Hier sind zwei Dinge angezogen, während wir draußen in den Betrieben stets solche Dinge erleben müssen.

(Große Unruhe. — Zurufe.)

In der Anhörung am 19. Dezember 1984 — — —

(Anhaltende Unruhe. — Glocke des Präsidenten. — Dr. Riege [SPD]: Ist die IG Metall eine öffentliche Körperschaft? — Weitere Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Warnecke:

Meine Damen und Herren, wir müssen uns ja gegenseitig auch noch verständigen und verstehen können. Ich darf Sie also bitten, den Geräuschpegel etwas niedriger zu hängen.

(Mombaur [Grüne]: Das ist sehr interessant jetzt im Augenblick! — Lindhorst [CDU]: Herr Präsident, wer schreit, hat unrecht! — Dehn [SPD]: Beißen Sie die Zähne zusammen und machen Sie weiter, Herr Kollege!)

Menges (CDU):

In der Anhörung am 19. Dezember 1984 haben Sie selbst die Diskussion mit bestritten und überdeutlich festgestellt, daß die Verletzung des berufspolitischen Mandats auch durch die Rechtsaufsicht — Ihr Vorwurf — geprüft worden ist und daß die Aussperrung von Verbänden mit 20 oder 50 Mitgliedern — entweder in der Verbandszeitschrift oder innerhalb der Kammerbildung — gegenstandslos ist und ganz klar widerlegt worden ist.

(Mombaur [Grüne]: Herr Kollege, der Zahn wird Ihnen auch noch gezogen!)

Es handelt sich hierbei um die Vereinigung der demokratischen Zahnmedizin mit maximal 20 Mitgliedern und um den Arbeitskreis soziale

Zahnheilkunde mit 50 Mitgliedern bei 4400 Kammermitgliedern.

(Zuruf von Dehn [SPD].)

Wenn der Präsident diese beiden Vereinigungen nachweislich aufgefordert hat, zu bekunden, wie viele Mitglieder sie haben und ob sie eine Vereinigung sind, und die beiden Vereinigungen das bis zum Tage der Anhörung nicht getan haben, dann können Sie diesen Vorwurf nicht weiterhin aufrechterhalten.

(Dr. Riege [SPD]: Wieso denn? — Weitere Zurufe.)

Wir haben auch über die Notfallversorgung diskutiert. Wir sind ganz klar der Meinung — wir haben dies auch festgestellt —, daß hier kein weiterer Handlungsbedarf geboten ist. Die zahnärztliche Notfallversorgung in Niedersachsen ist nach meiner Überzeugung gesichert.

(Mombaur [Grüne]: Miserabel ist die!)

Ebenso wurde die von Ihnen erhobene Kritik bei der Weiterbildung von zahnmedizinischen Helferrinnen durch die Vorlage der Fortbildungsprüfungsordnung und der Darstellung aus den zahnärztlichen Praxen eindeutig und überzeugend widerlegt.

(Dr. Riege [SPD]: Eben!)

Daß ein Amtsarzt seitens der Zahnärztekammer angezeigt wird, weil er Kindern, Eltern und auch Schulen hochgiftiges Fluor für die Prophylaxe als verabreichungsfähig und schadlos bezeichnet, fällt — so meine ich — doch auch unter die Rechtsaufsicht der Kammer.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten. — Mombaur [Grüne]: Ich wünsche Ihnen mal am Samstagabend Zahnschmerzen! — Weitere Zurufe.)

Wenn sich Zahnärzte nicht an das Gebot halten — das gilt ebenso für Rechtsanwälte und für Steuerberater —, Werbung zu unterlassen, und wenn sie gegen die Raketenstationierung Unterschriften in Zeitungen veröffentlichen, dann kann man das durchaus — das ist auch Rechtsprechung — in den Bereich der Werbung einbeziehen.

(Mombaur [Grüne]: Aber nicht für Zahnmedizin! — Zuruf von Auditor [SPD]. — Weitere Zurufe.)

Dann ist es Sache der Landesvertretung, und nicht der Parlamentsinitiative, meine ich jedenfalls,

(Zustimmung von Lindhorst [CDU] und von Dr. Hruska [FDP])

in dieser Beziehung tätig zu werden. Was Sie machen, ist doch nur ein Herausziehen von einzelnen Punkten, die ich als Abgeordneter im Wahlkreis mit einem Brief erledige. Dafür brauchen Sie eine Initiative!

(Beifall bei der CDU. — Widerspruch bei der SPD.)

Die SPD zieht dabei noch mit, während wir das in einem Brief machen, meine Damen und Herren! Daß das überhaupt eine Parlamentsinitiative geworden ist, wundert mich wirklich.

(Glogowski [SPD]: Es ist doch kein Karneval mehr! — Aller [SPD]: Das ist Ihnen peinlich! — Zuruf von Dehn [SPD].)

In einer Hinsicht wird die CDU-Fraktion volle Unterstützung gewähren. Wir werden die Zahn-techniker-Innung voll unterstützen, daß sie bei dem bewährten Modell der Arbeitsteilung bleibt.

(Dr. Hruska [FDP]: Das ist gut!)

Wir werden auch den Kassen gegenüber die Auffassung vertreten, daß die Voraussetzungen zur Kostendämpfung, nämlich die dreieinhalbjährige Ausbildung, die hervorragende Qualität und die Leistungsfähigkeit,

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP] — Aller [SPD]: Sie sind ja ganz blaß vor Aufregung, Herr Kollege!)

weiterhin sichergestellt werden müssen.

(Dr. Riege [SPD]: Ein Boykott!)

— Das ist kein Boykott, Herr Dr. Riege, das haben Sie gehört!

(Dehn [SPD]: Sie stehen kurz vor dem Schlagfluß!)

Ein Boykott wird von dem Kartellamt als eine mit Strafe bedrohte Handlung bezeichnet. Sie haben selbst gehört, daß bei einem Boykott — das ist überprüft worden — eine Strafe von 1 Million DM zu zahlen wäre. Wer würde sich denn freiwillig in eine solche Situation bringen? — Von einem Boykott kann man nicht sprechen, es handelt sich vielmehr um einen Streit, der jetzt leider auch vor Gericht ausgetragen wird.

(Zuruf von Auditor [SPD].)

— Sie haben recht! — Deswegen fordere ich hier für die CDU-Fraktion, daß dieser Streit möglichst bald beigelegt wird und daß die Arbeitsteilung weiterhin sichergestellt wird.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU]. — Aller [SPD]: Schreiben Sie auch einen Brief an die Richter?)

Menges

Meine Damen und Herren! Wenn sich hier ein Abgeordneter hinstellt und Ihre ungerechtfertigten Vorwürfe, die ich ganz klar widerlegt habe

(Lachen bei der SPD)

und die auch in der Anhörung widerlegt worden sind, kritisiert und Sie sich dann hinstellen und sagen, das sei alles nicht richtig,

(Zuruf von Dehn [SPD])

vielmehr sei Ihre Meinung der Weisheit letzter Schluß, dann muß ich Ihnen sagen: Systemveränderer behaupten immer, Ihre Meinung sei der Weisheit letzter Schluß!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Lachen und Beifall bei der SPD. — Zurufe und anhaltende Unruhe. — Glocke des Präsidenten. — Auditor [SPD]: Jetzt hat er jährlich eine Zahnbehandlung umsonst! — Heiterkeit bei der SPD. — Gegenruf von Lauenstein [CDU]. — Stock [CDU]: Nun beruhigt euch mal wieder! — Aller [SPD]: Fünf Goldkronen hat das gebracht! — Weitere Zurufe.)

Vizepräsident Warnecke:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

(Glogowski [SPD]: Danach kann auch keiner mehr reden! — Aller [SPD]: Das ist nicht mehr steigerungsfähig!)

Ich stelle nunmehr die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

(Dehn [SPD]: Wie ist denn der Herr Menges, wenn er unsachlich ist, wenn das eben sachlich war?)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3784 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 2352 ablehnen möchte, den bitte ich, das durch ein Handzeichen zu bekunden. —

(Aller [SPD]: Die haben alle Schiß vor dem Zahnarzt!)

Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Der Beschlußempfehlung des Ausschusses wurde mit Mehrheit gefolgt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 14:

Zweite Beratung: Umweltschutz als Staatsziel im Verfassungsrang — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 10/2429 — Beschlußempfehlung des Aus-

schusses für Rechts- und Verfassungsfragen — Drs 10/3848

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen dabei folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu zehn Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu fünf Minuten.

Der Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 2429 wurde in der 56. Sitzung am 22. Juni 1984 an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses wird von dem Berichtersteller des Ausschusses, dem Abgeordneten Maatmann, vorgelesen, dem ich das Wort erteile.

Maatmann (CDU), Berichtersteller:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der FDP-Fraktion in der Drucksache 2429 ist in der 56. Plenarsitzung am 22. Juni 1984 in erster Beratung behandelt und an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen zur federführenden Beratung und Berichterstattung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Umweltfragen überwiesen worden. Beide Ausschüsse haben sich damit befaßt. Sie empfehlen übereinstimmend, den Antrag abzulehnen.

(Zuruf: Nein, das stimmt nicht!)

Aus den Beratungen insbesondere des federführenden Ausschusses möchte ich Ihnen in der gebotenen Kürze berichten.

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion hat zu Beginn der Beratungen darauf hingewiesen, daß der Umweltschutz in einigen Ländern bereits als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen worden sei und daß im Bundesrat Gesetzesanträge eingebracht worden seien, die das gleiche Ziel in bezug auf das Grundgesetz verfolgten. Seine Fraktion wolle mit ihrem Antrag das Ziel erreichen, daß das Land Niedersachsen solche Gesetzesinitiativen im Bundesrat unterstütze bzw. eigene Initiativen in dieser Richtung ergreife. Im Rahmen der Beratung des Antrages solle im übrigen geprüft werden, ob der Umweltschutz auch in die niedersächsische Verfassung als Staatsziel aufgenommen werden sollte.

Der Ausschuß hat sich sodann über die im Bundesrat eingebrachten Gesetzesinitiativen unterrichten lassen. Es handelt sich einmal um einen Gesetzesantrag des Landes Hessen, der eine Ergänzung des Artikels 20 Abs. 1 und eine Änderung des Artikels 28 des Grundgesetzes vorsieht. Ferner hat das Land Schleswig-Holstein einen Ge-

setzesantrag eingebracht, nach Artikel 20 einen neuen Artikel 20a einzufügen. Der Bundesrat hat diese Gesetzesanträge zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Der federführende Rechtsausschuß des Bundesrates hat einstimmig beschlossen, dazu eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.

Die Landesregierung hat sich zu den Gesetzesinitiativen noch keine Meinung gebildet. Sie will die Beratungen im Bundesrat abwarten, die erst nach der Anhörung der Sachverständigen beginnen werden.

Die antragstellende Fraktion wurde im Verlaufe der weiteren Aussprache von den Sprechern der Fraktion der SPD unterstützt. Unter anderem wurde ausgeführt, das Land Niedersachsen solle sich berufen fühlen, initiativ zu werden. Die Vorläufige Niedersächsische Verfassung beschränke sich bekanntlich auf den organisatorischen Teil eines Verfassungswerkes, d. h. sie enthalte keinen Grundrechtskatalog. Dies sei dadurch zu erklären, daß seinerzeit bereits das Grundgesetz in Kraft gewesen sei. Wegen der Struktur der Landesverfassung sei es schwierig, den Umweltschutz als Staatsziel in die Vorläufige Niedersächsische Verfassung aufzunehmen. Aus diesem Grunde sollte das Land um so mehr bestrebt sein, die Einfügung einer entsprechenden Bestimmung in das Grundgesetz zu unterstützen.

Weiter wurde argumentiert, das Verfassungsrecht bestehe zum einen aus dem Text der Verfassung und zum anderen z. B. aus den Verfassungsinterpretationen durch das Bundesverfassungsgericht. Dies sei etwa durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts deutlich geworden, in der das Recht jedes Bürgers auf informationelle Selbstbestimmung aus dem Katalog der Grundrechte abgeleitet worden sei. Es sei wünschenswert, daß das Land Niedersachsen die Initiativen zur Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz unterstütze, um eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts insoweit überflüssig zu machen.

Die Fraktion der CDU sprach sich gegen den Antrag der Fraktion der FDP aus.

(Hirche [FDP]: Höchst bedauerlich!)

Ihre Sprecher meinten, daß eine Grundgesetzänderung im Sinne des Antrags der Fraktion der FDP — dies gelte auch für mögliche Überlegungen hinsichtlich einer Änderung der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung — nicht angestrebt werden sollte. Daraus solle aber nicht der Vorwurf abgeleitet werden, daß die Fraktion der CDU dem Umweltschutz nicht die notwendige Beach-

tung schenke; vielmehr habe sich nach Meinung der Fraktion das Bewußtsein der Bevölkerung und der Verwaltung so geändert, daß den Belangen des Umweltschutzes in ausreichendem Maße Rechnung getragen werde.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Was?)

Das Grundgesetz sollte nicht ohne triftigen Grund geändert werden. Die Bedeutung des Umweltschutzes sei in den letzten Jahren nicht nur erkannt, sondern bei der Gesetzgebung auch beachtet worden. Im übrigen lasse sich ein Staatsziel „Erhaltung der natürlichen Umwelt“ bereits aus dem Grundgesetz in der geltenden Fassung ableiten.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Das ist abenteuerlich!)

Man denke beispielsweise nur an das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit.

(Frau Garbe [Grüne]: Aber wie sieht es aus?)

Dieses Grundrecht könne auf die Dauer nur garantiert werden, wenn die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten blieben. Ähnliches ließe sich von dem im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsprinzip sagen.

Des weiteren sei darauf hinzuweisen, daß eine Grundgesetzbestimmung im Sinne des Antrags der Fraktion der FDP für sich allein genommen keinen weiteren Gewinn für den Umweltschutz mit sich brächte. Entscheidend seien die politischen Konsequenzen, die aus den jeweiligen Entwicklungen zugunsten des Umweltschutzes in allen Bereichen gezogen würden. Schließlich dürfe nicht übersehen werden, daß der Umweltschutz als Staatsziel im Verfassungsrang bei einer Reihe von Bürgern Erwartungen wecke, die nicht in vollem Umfang erfüllt werden könnten.

Ferner wurde darauf hingewiesen, daß im Falle der Ausstattung des Staatsziels Umweltschutz mit Verfassungsrang ein Ungleichgewicht zu den übrigen Staatszielen, die nicht im Grundgesetz verankert seien, entstünde. Dabei gehe es vor allem um das Staatsziel, daß jedem arbeitswilligen Bürger ein Arbeitsplatz beschafft werden solle. Dies sei ein anderes Staatsziel von außerordentlicher Wichtigkeit und Bedeutung. Da zur Zeit keines der beiden Staatsziele Verfassungsrang habe, komme es beispielsweise bei einer geplanten Industrieansiedlung zu einer gleichgewichtigen Abwägung, wobei unter Umständen gewisse Eingriffe zuungunsten des einen Staatsziels im Interesse der Verfolgung des anderen Staatszieles akzeptiert würden. Wenn der Umweltschutz als Staatsziel in die Verfassung aufge-

Maatmann

nommen werden würde, dann müßte bei einer solchen Abwägung das Recht auf Arbeit als das andere Staatsziel in den Hintergrund treten, weil eine gleichgewichtige Abwägung nicht mehr sichergestellt wäre.

Auch die Fraktion der Grünen sprach sich gegen den Antrag der FDP-Fraktion aus.

(Hirche [FDP]: Das ist das Erstaunlichste!
— Wernstedt [SPD]: Schwarz-grünes Chaos!)

Ihr Sprecher führte aus, mit einer Grundgesetzänderung im Sinne des Antrags würden bei den Bürgern lediglich Illusionen geweckt. Die Bürger gewönnen den falschen Eindruck, daß sie bei entsprechenden Vergehen aufgrund der Grundgesetzbestimmung eine Klagemöglichkeit hätten. Die Fraktion hielt es für sinnvoller, wenn die Verbandsklage eingeführt würde

(Hirche [FDP]: Das schließt sich doch nicht aus! — Fischer [Buxtehude] [FDP]: Das ist dann die Folge davon! — Wernstedt [SPD]: Man kann das eine tun und das andere nicht lassen!)

und die übrigen Fraktionen beispielsweise zum Kraftwerk Buschhaus eine andere Position einnahmen. Dies wäre für den Umweltschutz wichtiger als die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz. Man sollte im übrigen abwarten, welche Erfahrungen mit der entsprechenden Bestimmung in der bayrischen Verfassung gesammelt würden. Die bisherigen Erfahrungen seien wenig ermutigend.

(Hirche [FDP]: Baden-Württemberg hat schon vor zehn Jahren seine Verfassung geändert und Umweltschutz als Staatsziel eingeführt!)

Die Argumente pro und contra waren sodann Gegenstand der weiteren Diskussionen.

Die Abstimmung im federführenden Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen brachte schließlich mit zehn zu sieben Stimmen die Ablehnung des Antrages der FDP-Fraktion. Dem schloß sich der mitberatende Ausschuß für Umweltfragen an, wobei sich allerdings dort der Abgeordnete der Fraktion der Grünen der Stimme enthielt.

(Frau Schuran [Grüne]: Die! — Frau Garbe [Grüne]: „Die“ bitte!)

Namens des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen bitte ich Sie um Zustimmung zur Beschlussempfehlung in der Drucksache 3848.

(Beifall bei der CDU. — Kreuzer [SPD]: Die werden Sie nicht kriegen!)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Kollegen Maatmann für die Erstattung des Ausschußberichts. — Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete Frau Garbe.

Frau Garbe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich habe schon bei der Beratung im Ausschuß erklärt, daß wir es uns mit diesem Thema, Umweltschutz als Staatsziel im Verfassungsrang, nicht leichtgemacht haben. Nehmen Sie uns das bitte ab. Ich sage das schon im voraus, weil ich weiß, was von Ihnen kommen wird.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Das war im Ausschuß ganz anders!)

Nehmen Sie uns bitte ab: Wir haben intensiv beraten, und wir werden uns bei der Abstimmung unterschiedlich verhalten. Unterschiedliche Auffassungen gibt es aber auch in anderen Fraktionen, und zwar in mehreren Bundesländern.

Warum haben wir es uns so schwer gemacht? — Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat im Sommer 1984 in ihrem Entwurf eines 36. Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes gefordert: Umweltschutz muß ein gesetzlich verankertes, einklagbares Grundrecht werden. Es reicht nicht, Umweltschutz nur als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen.

Meine Herren und Damen! Die Menschenrechte — auch im Grundgesetz — sind entstanden, um gegen Gewalt, gegen strukturelle Gewalt, und Willkür zu schützen. Obwohl wir eigentlich schon ein Grundrecht auf eine intakte Umwelt haben, ist es als Konsequenz der verfehlten Umweltpolitik der letzten Jahrzehnte notwendig geworden, die elementarsten Grundrechte des Menschen, den Schutz der Natur, das Grundrecht auf sauberes Wasser, auf saubere Luft, auf giftfreie Lebensmittel usw., neu zu definieren.

(Mombaur [Grüne]: Genau!)

Peter Cornelius Mayer-Tasch hat sich in seinem Buch „Ökologie und Grundgesetz“ ausführlich mit unserem Thema auseinandergesetzt. Er meint:

„Die Geschichte und die Gegenwart des Rechtes offerieren eine hinreichende Basis für die These, daß das Recht so viel wert ist wie die Rechtsanwender. Oder auch mit anderen Worten: daß gerade Pauschalbegriffe (zu denen Staatszielbestimmungen nun einmal zählen ...) weite Freiräume für mehr oder weniger beliebige Interpretatio-

nen bieten. Anhand der äußerst unterschiedlichen Deutungen, die“

— das ist schon angeklungen —

„die Sozialklausel des Grundgesetzes im Verlauf ihrer nun 30jährigen Geschichte erfahren hat, läßt sich dies sehr schön belegen.“

Das alles sind auch unsere Überlegungen gewesen. Diese Überlegungen sind absolut nicht geeignet, daß man uns im Wahlkampf deswegen diffamiert.

Es ist nun so, meine Herren und Damen, daß sich die Landesregierung aus purem Machtanspruch und aus Ignoranz total unseren besseren Argumenten versperrt. Trotzdem haben wir uns einen gesunden Optimismus bewahrt.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Dieser Optimismus geht in diesem Punkt dahin, daß wir von der Haltung, der Umweltschutz als Staatsziel im Verfassungsrang könne nichts schaden, aber bringe auch nichts, in Mehrheit zu der optimistischen Meinung gekommen sind: Vielleicht bringt es ja hier und da doch etwas.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Fischer (Buxtehude).

Fischer (Buxtehude) (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wer dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Schutz der Umwelt, hohe Priorität beimißt,

(Fruck [Grüne]: Was sagt denn Ihre Partei zur A 26?)

wer angesichts des besorgniserregenden Zustandes unserer Umwelt dem Umweltschutz mehr Gewicht und damit einen anderen Stellenwert als bisher in der gesamten Politik geben will, kann, wenn er konsequent und ehrlich ist, heute nicht den FDP-Antrag ablehnen, den Umweltschutz verfassungsrechtlich durch eine Staatszielbestimmung im Grundgesetz zu verankern.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung von Hirche [FDP] und von Mombaur [Grüne].)

Meine Damen und Herren! Herr Fruck und seine Kollegen scheinen nicht erkannt zu haben, was eine Staatszielbestimmung überhaupt ist. Das muß man auch den Kollegen der CDU einmal sagen. Staatszielbestimmungen sind Verfassungs-

normen mit rechtlicher Bindung, die der Staatstätigkeit die fortdauernde Beachtung oder Erfüllung bestimmter, sachlich umschriebener Aufgaben vorschreiben.

(Fruck [Grüne]: Das hat doch keiner bestritten! Es kommt auf die Praxis an!)

Eine Staatszielbestimmung wendet sich in erster Linie, meine Damen und Herren, an den Gesetzgeber,

(Hirche [FDP]: Richtig!)

was nicht ausschließt, daß die Norm auch eine Auslegungsrichtlinie für die Exekutive und für die Rechtsprechung ist; darin liegt der Wert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP.)

Sie nimmt jedoch einzelne politische Entscheidungen nicht vorweg. Mit einer Staatszielbestimmung wird die Richtung gewiesen, wie etwa mit der Staatszielbestimmung sozialer Rechtsstaat in Artikel 20 des Grundgesetzes. Ein Gesetz oder eine sonstige Rechtsvorschrift, die eine Staatszielbestimmung mißachtet, ist verfassungswidrig. Das dürfen Sie doch wohl nicht geringachten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD.)

Von der Formulierung der Staatszielbestimmung hängt es ab, daß sie keine juristisch unerfüllbaren Hoffnungen weckt oder den Gesetzgeber in seiner Gestaltungsfreiheit unnötig einschränkt, andererseits aber nicht ein unverbindlicher Programmsatz bleibt. Konkrete Formulierungsvorschläge dafür, die dieses sicherstellen, liegen vor, meine Damen und Herren.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenkommission „Staatszielbestimmung/Gesetzgebungsaufträge“ unter Vorsitz von Professor Denninger ist in ihrem Bericht vom September 1983 zu dem Ergebnis gelangt — ich glaube, manche Kollegen haben in dieses Buch nicht hineingeschaut —, daß die Ergänzung des Grundgesetzes um eine Staatszielbestimmung Umweltschutz, die die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen unter den besonderen Schutz des Staates stellt, nicht nur erforderlich ist, nein, die Sachverständigen haben gesagt, es sei sogar geboten, eine entsprechende Staatszielbestimmung in das Grundgesetz aufzunehmen. Ich möchte nur noch erwähnen, daß in den Verfassungen der Länder Baden-Württemberg — seit 1976 auf Antrag der FDP — und Bayern — seit 1984 — eine ausdrückliche Staatszielbestimmung Umweltschutz enthalten ist und daß sich jetzt gerade im Lande Nordrhein-Westfalen CDU und

Fischer (Buxtehude)

SPD geeinigt haben, die Landesverfassung entsprechend zu ergänzen.

(Zurufe von den Grünen.)

Im Bundesrat haben, was hier auch erwähnt worden ist, die Länder Hessen und Schleswig-Holstein einen entsprechenden Gesetzesantrag eingebracht.

(Kreuzer [SPD]: Es ist ein Skandal, was die Grüne-Fraktion sich hier leistet!)

Wenn die CDU-Fraktion den FDP-Antrag im federführenden Ausschuß abgelehnt hat — die Landesregierung hat ja, darauf ist hingewiesen worden, eine abwartende Haltung eingenommen und hat sich eine positive Stellungnahme noch vorbehalten —, so wundert uns das eigentlich nicht, weil die CDU-Mehrheitsfraktion in der Tat mit dem Umweltschutz nicht sehr viel am Hut hat. Das ist ja gestern bei der Ablehnung unseres Antrages zur Novellierung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes mit der Einführung der Verbandsklage wieder deutlich geworden.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD. — Hirche [FDP]: So ist es!)

Wenn aber die Grünen unseren Antrag im federführenden Ausschuß abgelehnt haben, so ist das, meine Damen und Herren von den Grünen, bezeichnend für Ihre Glaubwürdigkeit in der Umweltpolitik.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD. — Kreuzer [SPD]: Genauso ist es, jawohl!)

Da nützen auch Ihre Klimmzüge nichts, die Sie, Frau Garbe, heute hier vorgeführt haben. An diesem Beispiel wird deutlich, daß sich die Grünen als selbsternannte Umweltschützer mit Alleinvertretungsanspruch verstehen

(Mombaur [Grüne]: Nein, von der Bevölkerung ernannte!)

— so stellen sie es doch draußen immer dar —, daß sie aber dann passen, daß sie dann kneifen, wenn es darum geht, konstruktiv einen unbefriedigenden Zustand zu verbessern.

(Beifall bei der FDP.)

Sie gefallen sich in der Katastrophenpolitik,

(Mombaur [Grüne]: Und Sie machen eine Katastrophenpolitik!)

im Aufbauen von Einzelfällen. Das haben Sie doch gestern mit dem Kernkraftwerk Stade wieder vorzuführen versucht, indem Sie von einem Entsorgungsnotstand gesprochen haben,

(Mombaur [Grüne]: Das weiß Gott sei Dank der Wähler besser als Sie!)

der überhaupt nicht vorhanden ist. Sie verweigern sich aber, meine Damen und Herren von den Grünen, wenn es darum geht, dem Umweltschutz generell einen besseren Stellenwert einzuräumen, hier konkret ihm Verfassungsrang einzuräumen. Das werden wir draußen den Bürgern auch sagen,

(Beifall bei der FDP)

daß Sie sich hier ganz anders verhalten, als Sie es draußen immer wieder verkünden.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD. — Hirche [FDP]: Bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes haben sie sich auch verweigert! — Zurufe von den Grünen.)

Das kann man wohl nur so verstehen, daß Sie sich nicht selbst im Hinblick auf Ihre eigenen früheren Ziele, die Sie draußen verkünden, überflüssig machen wollen. Aber machen Sie nur weiter mit Ihrer unglaublichen Umweltpolitik,

(Mombaur [Grüne]: Und machen Sie nur so weiter, dann werden Sie sehen, wo Sie landen!)

dann werden Sie schon sehen, wo Sie enden.

Meine Damen und Herren, die FDP hält an ihrer Forderung fest, die sie bereits in ihrem Freiburger Programm aufgestellt hat, dem Umweltschutz Verfassungsrang einzuräumen. Wir werden weiter dafür werben.

(Beifall bei der FDP.)

Wir sind sicher, daß sich auch die Niedersächsische Landesregierung nicht auf Dauer den besseren Einsichten der unionsregierten Länder Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg oder Bayern verschließen kann,

(Glocke des Präsidenten)

daß auch sie den Notwendigkeiten Rechnung tragen muß, auch wenn die CDU-Mehrheitsfraktion diesen Antrag heute ablehnen sollte. Die Liberalen sehen sich durch die Empfehlungen der Sachverständigenkommission in ihrer Forderung bestärkt. Bei uns hat der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen höchsten Stellenwert, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der FDP)

vergleichbar mit den bereits im Grundgesetz enthaltenen Staatszielbestimmungen.

Wenn unser Antrag heute mit der Mehrheit der CDU und der Grünen abgelehnt und damit der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zugestimmt werden sollte, dann ist damit, meine Damen und Herren — das

verspreche ich Ihnen —, dieses Thema nicht vom Tisch.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD. — Hirche [FDP]: So ist es!)

Absolute Mehrheiten wird es auf Dauer nicht geben.

(Glocke des Präsidenten.)

Bessere Einsichten, neue Mehrheiten

(Kreuzer [SPD]: Das sind ja neue Töne, Herr Fischer!)

werden dafür sorgen, daß der Umweltschutz als Staatsziel in das Grundgesetz aufgenommen wird. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Herbst:

Herbst (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ohne Zweifel ist das Bewußtsein für Umweltschutz in den letzten Jahren erheblich geschärft worden. Ohne Zweifel haben sich die Notwendigkeiten für Umweltschutzmaßnahmen klarer abgezeichnet. Wir halten diese Richtung und diese Linie nicht nur für notwendig, sondern wir halten sie auch für entwicklungsfähig. Wir sind der Auffassung, daß wir uns diesen wichtigen Fragen des Umweltschutzes ständig stellen müssen und nicht meinen sollten, daß wir auf dieser Linie und mit diesem Status schon zu zufriedenstellenden Ergebnissen gekommen wären. Diese wichtige Aufgabe wird von uns nicht verkannt. Herr Kollege Fischer, das ist nicht nur eine Deklamation. Ich meine, die jetzige Bundesregierung hat mit ihren vielfältigen Maßnahmen auf diesem Gebiet gezeigt,

(Kreuzer [SPD]: Sie hat vor allem geredet, Herr Kollege Herbst, ausschließlich geredet!)

daß auch auf diesem wichtigen Gebiet ganz konkrete und konsequente Maßnahmen in Angriff genommen worden sind.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Dann können Sie doch dem Antrag zustimmen! — Dr. Holtfort [SPD]: Ankündigungsminister Zimmermann! — Wernstedt [SPD]: Er kann doch noch nicht einmal mit dem Moped fahren!)

Ich halte es angesichts der Wichtigkeit dieses Themas auch durchaus für verständlich, daß Überle-

gungen angestellt werden, ob dieses Staatsziel, nämlich Umweltschutz wirkungsvoll zu betreiben, nicht auch Verfassungsrang haben sollte. Die Debatte über diese Sache ist ja schon seit längerer Zeit sehr lebhaft geführt worden. Sie wissen genau, daß auch hier die Befürworter und die Ablehner über alle Grenzen der Parteien hinweggehen. Frau Kollegin Garbe hat bereits darauf hingewiesen. Das unterschiedliche Verhalten in den Ländern zeigt auch, daß über die Grenzen von Parteien hinweg unterschiedliche Antworten verschieden gefunden werden.

(Wernstedt [SPD]: Dann gibt es bei Ihnen keinen einzigen, der dafür wäre?)

Das Für und Wider ist abzuwägen, wie es ja häufig in wichtigen politischen Fragen der Fall ist.

(Hirche [FDP]: Dann müßten heute zehn aus der CDU dem Antrag zustimmen! — Fischer [Buxtehude] [FDP]: Nur zehn?)

Wir haben diese Abwägung auch in unserer Fraktion und in den Ausschüssen dieses Hauses, die dazu vom Plenum benannt worden sind, vorgenommen. Sie wissen, daß wir im Ergebnis zu der Auffassung gekommen sind: Wir können diesen Antrag nicht unterstützen.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Also brauchen wir doch neue Mehrheiten!)

Wir können eine entsprechende Empfehlung an die Landesregierung nicht weitergeben.

(Vizepräsident Kreibohm übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte Ihnen unsere wesentlichen Gründe dafür nennen. Punkt 1. Unser Grundgesetz ist in der Nennung von Staatszielen außerordentlich zurückhaltend. Neben den Organisationsformen unserer Verfassungsordnung für unseren demokratischen Staat nennt unser Grundgesetz in erster Linie die Grundrechte und stellt diese in den Vordergrund und nicht die Staatsziele. Ich denke, daß die Verfassungsväter dabei gut beraten waren. Nicht nur unsere angelsächsischen Nachbarn, die ja eine größere Erfahrung mit geschriebenen demokratischen Verfassungen haben, sind in der Änderung und in der Ergänzung von Verfassungen außerordentlich zurückhaltend; auch wir sollten überlegen, ob wir in bezug auf Staatsziele unsere Verfassung einer häufigen Änderung unterwerfen. Staatsziele können sich ändern, können von Zeitströmungen bestimmt sein. Sie können sich nicht nur ändern, sie können sich auch in ihrem Schwergewicht und in ihrer Bedeutung wandeln. Wer meint, daß man Staatsziele, so wichtig sie derzeit auch sein mögen, in die Ver-

Herbst

fassung schreiben sollte, setzt sich damit der Gefahr aus, die Verfassung regelmäßig verändern zu müssen. Ich glaube, das ist ein Gesichtspunkt, den man dabei sehr wohl bedenken sollte.

Meine Damen und Herren, wenn Sie meinen, daß das Staatsziel der Erhaltung einer gesunden Umwelt mit Verfassungsrang ausgestattet werden müßte, müssen Sie dabei auch bedenken, daß dann auch andere wichtige Staatsziele in gleicher Weise behandelt werden müßten;

(Kreuzer [SPD]: Das haben wir ja auch zu erwägen gegeben, Herr Kollege!)

denn z. B. auch die Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen ist sicherlich ein Staatsziel, über das wir uns alle einig sind. Ein weiteres wichtiges Staatsziel, das in unserer komplizierten technischen Welt besondere Bedeutung erlangt hat, ist der Datenschutz. Ein anderes wichtiges Staatsziel ist die Erhaltung unseres kulturellen Erbes. Das alles sind sicherlich außerordentlich wichtige Staatsziele, die Sie dann ebenfalls mit Verfassungsrang ausstatten müßten, wenn Sie der Meinung sind, daß in unsere Verfassung wichtige Staatsziele aufgenommen werden müßten.

Zweitens. Wenn Sie dieses Staatsziel der Erhaltung einer gesunden Umwelt mit Verfassungsrang ausstatten wollen, dann müssen Sie dabei ferner bedenken — der Herr Berichterstatter hat darauf bereits hingewiesen —, daß Sie dieses Staatsziel gegenüber den anderen wichtigen Staatszielen mit einem tatsächlichen und einem rechtlichen Ungleichgewicht ausstatteten. Ich meine, daß ein Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen Staatszielen häufig besteht. Ich komme in diesem Zusammenhang auf das Staatsziel Umweltschutz und das Staatsziel Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen zurück. Wir sind uns doch sicherlich weitgehend darüber einig, daß diese beiden Staatsziele häufig in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen können. Ich meine, wir sind es unseren Arbeitnehmern und auch unserem wirtschaftlichen Gesamtwohl schuldig, zum Beispiel zwischen diesen beiden Staatszielen nicht ein Ungleichgewicht zu schaffen. Auch von daher gibt es schwerwiegende Bedenken dagegen, den Umweltschutz als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen.

Ich möchte nun noch einen dritten Punkt anführen. Wenn wir das Staatsziel Umweltschutz mit einer solch allgemeinen Formulierung in unsere Verfassung aufnehmen, werden wir es nicht mehr in der Hand haben, auf die daraus entstehenden Wirkungen entsprechend Einfluß zu nehmen. Der Herr Kollege Fischer hat in diesem Zusammenhang sicherlich zu Recht darauf hingewiesen,

daß eine solche Verfassungsbestimmung mittelbare Wirkung auf die Rechtsprechung hätte und daß ein solches Staatsziel mit Verfassungsrang von unseren Gerichten als gesetzlicher Auftrag begriffen würde. Das heißt, dieses allgemeine Staatsziel würde uns als der politisch zuständigen Instanz einen Teil unserer Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand nehmen; zum Teil würde es zu einer zusätzlichen Verrechtlichung kommen, die wir ja alle in vielen Bereichen so sehr beklagen.

(Hildebrandt [FDP]: Der Gesetzgeber mußte handeln!)

Dieser Bereich würde zusätzlich verrechtlicht und der politischen Gestaltung entzogen.

(Beifall bei der CDU.)

Auch das ist eine Tatsache, die wir für bedenklich halten.

(Hirche [FDP]: Also noch möglichst viele Gesetze abschaffen! — Kreuzer [SPD]: Das ist das Absurdeste, das ich je gehört habe!)

Schließlich und endlich möchte ich noch einen vierten Punkt zu überlegen geben.

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fruck?

Herbst (CDU):
Ja, bitte schön!

Fruck (Grüne):

Herr Kollege Herbst, ist Ihnen bekannt, daß in den Ländern, in denen diese in Rede stehende Staatszielbestimmung schon seit langer Zeit, seit historischer Zeit, vorhanden ist, der Verfall der Umwelt, auf den der Kollege Fischer so wortgewaltig abhebt, genauso rasant verlaufen ist wie in anderen Ländern?

(Dr. Schneller [CDU]: Aber nicht in Buxtehude!)

Herbst (CDU):

Herr Kollege Fruck, ein wirkungsvoller Umweltschutz ist meiner Ansicht nach — das werde ich Ihnen auch in dem vierten Punkt, den ich Ihnen gleich noch vortragen werde, im einzelnen belegen können — nicht von solch einem Staatsziel mit Verfassungsrang abhängig, sondern kann auch konsequent betrieben werden, ohne daß wir eine solche Bestimmung in die Verfassung aufnehmen. Es kommt auf den politischen Willen an, ob man das Ziel verwirklichen will. Dann

können wir das auch auf der Grundlage tun, die uns unsere gegenwärtige Verfassungsordnung gibt.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Damit komme ich zu dem vierten Punkt. Wir haben eine Verfassungsordnung, die es nicht behindert hat, daß wir Schutzgesetze auf dem Gebiet der Emissionen und der Immissionen geschaffen haben. Wir haben eine Verfassungsordnung, die es nicht behindert hat, daß wir beim Bau von Kernkraftanlagen nach dem Atomgesetz strenge Auflagen machen. Wir haben eine Verfassungsordnung, die es nicht verhindert, daß wir uns nach einem vernünftigen Bodenschutzkonzept und nach einem vernünftigen Gewässerschutzkonzept umsehen. Im Augenblick werden Überlegungen angestellt, die Abgase der Autos wirkungsvoller zu entgiften. Unsere Verfassungsordnung hindert uns in keiner Weise daran, diese Vorstellungen zu verfolgen und auch wirkungsvoll durchzuführen.

(Kreuzer [SPD] und Hirche [FDP]: Das hat auch niemand behauptet!)

Die Umsetzung der Notwendigkeit, wirkungsvoll Umweltschutz zu betreiben, ist nicht von einer neuen Verfassungsnorm abhängig, von der Aufnahme dieses Staatsziels in unsere Verfassung.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Dann können Sie dem doch zustimmen!)

Alles zusammengekommen, meine Damen und Herren, sind wir in der Abwägung von Für und Wider — ich habe eingangs aufgezeigt, daß die Debatte darüber durchaus noch im Gange ist und daß darüber noch weiter diskutiert wird —

(Kreuzer [SPD]: Wir hoffen auch, daß Sie noch dazulernen, Herr Kollege Herbst!)

in der derzeitigen Situation ganz klar der Auffassung, wir können die Aufnahme einer solchen Verfassungsbestimmung nicht empfehlen. Wir wollen einen konsequenten und wirkungsvollen Umweltschutz. Wir als christliche Demokraten wollen diese wichtige Aufgabe wirkungsvoll und verantwortlich wahrnehmen und gestalten. Aber dazu brauchen wir nicht eine solche Verfassungsbestimmung. Wir lehnen aus diesen Gründen den Antrag der FDP ab.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Holtfort, dem ich das Wort erteile.

Dr. Holtfort (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, meine Rede mit einem Kompliment an meinen Herrn Vorredner beginnen zu können. Ich freue mich über einen Debattenbeitrag, der wirklich Stoff zum Nachdenken gibt und der — so sachlich und ruhig vorgetragen — zu Überlegungen anregt.

(Zustimmung bei der SPD.)

Ja, das wollen wir doch einmal sagen. Ich hätte hier gern mehr solche ruhigen, sachlichen und das Problem vertiefende Redebeiträge.

(Beifall bei der SPD. — Schlotmann [CDU]: Wenn sich die Juristen loben, das ist immer das gleiche!)

— Nicht sich, sondern einander loben, das ist der Unterschied, Herr Kollege.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Dennoch, Herr Kollege Herbst, bin ich nicht überzeugt worden. Ich will aber auf jedes einzelne Ihrer Argumente eingehen.

(Dr. Schneller [CDU]: Es gibt immer Uneinsichtige, Herr Holtfort!)

Meine Damen und Herren! In der Tat ist es die Frage, ob die Verfassung überhaupt Staatsziele bestimmen soll. Darüber kann man gewiß streiten. Herr Herbst hat dazu einiges wirklich sehr Bedenkenswertes gesagt. Wirksamer scheinen jedenfalls Gesetzgebungsaufträge zu sein, also bestimmte Befehle an den Gesetzgeber durch die Verfassung. Das Grundgesetz kennt indessen beides. Für einen Gesetzgebungsbefehl ist der Artikel 6 Abs. 5 des Grundgesetzes — Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern — das bekannteste Beispiel. Sie wissen aber, daß der Gesetzgeber in seiner Trägheit erst durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts angespornt werden mußte, diese Verfassungsbestimmung auch zu beachten. Dieses Beispiel spricht vielleicht eher dagegen.

Das Grundgesetz enthält an vielen Stellen Staatszielbestimmungen. Sie sehen, ich habe nach dem Vorbild von Hermann Höcherl das Grundgesetz nicht unter dem Arm, aber in der Tasche. Ich möchte als Beispiele nur nennen den Artikel 79 Abs. 3 — föderative Gestaltung, Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung —, Artikel 24 und 26 — Friedensgebot —, Artikel 28 — Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

Staatszielbestimmungen sind — das hat Herr Kollege Fischer mit Recht hervorgehoben — offe-

Dr. Holtfort

ner als Gesetzgebungsaufträge, geben mehr Spielraum, aber sie binden doch immerhin Rechtsprechung und Verwaltung unmittelbar an die einmal bestimmten Ziele.

(Hirche [FDP]: Richtig!)

Manche sagen nun, sie chloroformieren nicht gerade den Bürger, aber sie können ihn ruhigstellen. Er sieht die Sache nicht mehr als seine Angelegenheit an. Er wird sozusagen eingeschläfert.

Das ist ein Argument, das auch von Herrn Grösch im Ausschuß vorgetragen worden ist und das manchmal von den Grünen gekommen ist. Mitunter kam es auch von der CDU. Auch heute ist es wieder erwähnt worden. Ich meine aber, daß im Gegenteil durch die Verfassung bestimmte Staatsziele einen Rückhalt für bestimmte Erwartungen geben. Bestimmt würde das, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, dankbar genutzt werden von den vielen Menschen, die jahrelang für die Natur kämpften und deshalb als linke Spinner abgetan wurden oder sogar Prügel bezogen.

Damit bin ich bei der Frage, ob Umweltschutz das richtige Staatsziel der Verfassung wäre. Ich kenne die Furcht aus dem konservativen Lager, die Aufnahme einer so konkret ausformulierten Staatszielbestimmung — — —

(Dr. Blanke [CDU]: Gucken Sie mal in Ihren Wahlkreis! Dazu gehören Sie auch inzwischen!)

— Was haben Sie mit meinem Wahlkreis?

(Schlotmann [CDU]: Sie gehören auch zum konservativen Lager neuerdings! — Dr. Blanke [CDU]: Gucken Sie mal in Ihren Wahlkreis!)

— Da gibt es wie in jedem Wahlkreis Konservative, Fortschrittliche und Liberale, Herr Kollege Blanke. Ich denke, daß die Sozialisten und die Liberalen nachher in der großen Mehrheit sein werden.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Sie werden es sehen; in meinem Wahlkreis ganz sicher!

(Dr. Schneller [CDU]: Sozialisten sterben aus!)

Ich kenne Ihre Furcht, daß ein so konkret ausformuliertes Staatsziel auch mißbraucht werden könnte — Herr Herbst hat darauf hingewiesen — zur Demontage anderer wichtiger Grundrechte und Bestimmungen. Das ist mir bekannt. Im Bundestag hat am 6. Juni 1984 Heribert Blens

von der CDU-Partei ausgeführt, zwar werde die Verankerung des Umweltschutzes die Eigentums-garantie im Grundgesetz nicht außer Kraft setzen können, doch bestehe die Gefahr, daß im Konfliktfall zwischen wirtschaftlichen Interessen und Umweltschutz der Umweltschutz alle anderen Gesichtspunkte totschiene. Soweit Herr Blens. Ähnlich haben sich gestern Herr Vajen zu Tagesordnungspunkt 5 und Herr Herbst im Rechtsaus-schluß geäußert.

Meine Damen und Herren! Leider haben bisher gerade im Gegenteil die wirtschaftlichen Inter-essen noch immer und stets den Umweltschutz tot-geschlagen!

(Beifall bei der SPD. — Dr. Blanke [CDU]: Das stimmt nicht! — Oestmann [CDU]: Das ist eine undifferenzierte Bemerkung!)

Umweltschutz ist zwar — das ist sicherlich ein auch von Herrn Herbst hervorgehobener bedeu-tender Fortschritt — jetzt ins allgemeine Bewußt-sein gedrungen, da selbst ein Friedrich Zimmer-mann es bei seiner Klientel für werbewirksam hält, sich als Umweltschützer darzustellen und zu posieren.

(Meyer [Twistingen] [CDU]: Er ist es! — Zuruf von der CDU: Er praktiziert Umweltschutz! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Angesichts dessen kann man daran überhaupt nicht mehr zweifeln. Herr Kollege Oestmann, Reden und Handeln sind allerdings zweierlei Dinge. Im Ernstfall hat sich leider immer wieder gezeigt, daß das Sankt-Florian-Prinzip immer noch im Vordergrund steht, wenn es ums Han-deln geht. Ich brauche das hier nicht im einzel-nen auszuführen. Einige Gebiete der Tschecho-slowakei sind schon unbewohnbar geworden; der Nordsee droht als Giftmüllkippe der Tod; die Lü-neburger Heide wird von einem ökologischen Kreislaufkollaps bedroht.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Das sind nur wenige Beispiele.

Meine Damen und Herren! Wo Fichten sterben, da droht in absehbarer Zeit auch Nutzpflanzen wie Getreide und Gemüse der Tod, weil nämlich alle Pflanzen ihren Organismus nach den glei-chen biologischen und chemischen Vorgängen aufbauen. Mit anderen Worten: Der Tod des Waldes zeigt die Gefahr für die Grundlage allen Lebens auf dem Planeten an. Deshalb, Herr Kol-lege Herbst, können wir den Umweltschutz nicht etwa mit dem Recht auf Arbeit oder mit dem Da-tenschutz gleichsetzen. Man kann sich zwar eine menschliche Gesellschaft in einem Schlaraffen-land vorstellen, in dem niemand arbeiten muß;

aber man kann sich eine menschliche Gesellschaft nicht ohne Natur, ohne Pflanzen und ohne Tiere vorstellen.

(Herbst [CDU]: Das glauben Sie doch wohl selbst nicht, Schlaraffenland!)

Meine Damen und Herren! Das Wissen um diese Dinge allein hilft leider nicht. Ich habe in der „Frankfurter Rundschau“ vom 7. Juli 1984 mit Interesse gelesen, daß die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke die Öffentlichkeit überraschte mit der Bemerkung, die Gefährdung der Umwelt durch den sauren Regen sei schon vor einem Jahrhundert erkannt worden — vor einem Jahrhundert schon! —, und die technische Machbarkeit der Rauchgasentschwefelung sei auch schon vor einem Jahrhundert öffentlich demonstriert worden. Das heißt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, für die Parole, mal abwarten, welche Erfahrungen wir in Bayern machen, ist die Zeit schon zu weit fortgeschritten. Das können wir nicht machen.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Es muß sofort gehandelt werden!

(Beifall bei der SPD.)

Aus diesem Grunde ist es geboten, den Problemdruck auf Gesetzgeber und auf Exekutive zu verstärken. Eines der Mittel dafür ist eben eine Staatszielbestimmung Umweltschutz in unserer Verfassung. Aus diesem Grunde werden wir dem Antrag der FDP zustimmen. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP.)

Ich darf annehmen, daß hier auf dem Pult die Brille meines Vorredners liegt. Ich darf sie ihm hiermit überreichen.

Vizepräsident Kreibohm:

Welch höflicher Umgang miteinander!

Herr Abgeordneter Fruck, Sie haben jetzt das Wort. Der Fraktion der Grünen stehen noch einhalb Minuten zu.

Fruck (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die Grüne-Fraktion nur noch zwei kurze Bemerkungen.

(Wernstedt [SPD]: Gibt es das in dieser Frage? — Schneller [CDU]: Eine reicht!)

Erstens. Es trifft zu, daß es in meiner Fraktion im Rahmen der parlamentarischen Beratung zu die-

sem Tagesordnungspunkt differenzierte — um nicht zu sagen: teilweise gegensätzliche — Standpunkte gegeben hat. Wir werden dennoch dieser Initiative zustimmen. Ich bedaure, daß das eingangs nicht deutlich geworden ist.

Zweitens. Wohl wissend — da sind wir mit dem Kollegen Herbst einer Meinung —, daß es primär auf den politischen Willen derer ankommt, die Verantwortung tragen, und nicht auf eine wie auch immer normierte Staatszielbestimmung, sind wir dennoch aus Gründen, die ich mangels Zeit nicht darlegen kann, für die Staatszielbestimmung dieses Belanges und stimmen insofern dieser Initiative zu.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich erteile jetzt dem Herrn Justizminister das Wort. Bitte sehr!

Remmers, Minister der Justiz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem bereits in der Berichterstattung angeklungen ist, daß sich die Niedersächsische Landesregierung noch keine endgültige Meinung in dieser Frage gebildet habe, möchte ich hier ganz kurz die Position, die die Niedersächsische Landesregierung einnimmt, erläutern. Lassen Sie mich, bevor ich das mit einigen kurzen Strichen tue, ein Bedenken äußern, das mir insbesondere gekommen ist, als der Kollege Holtfort gesprochen hat.

Sie haben unter anderem über das Waldsterben und von dem Sterben der Fichten gesprochen, und Sie haben gesagt, wenn heute die Fichten sterben, dann stirbt morgen das Getreide, und dann ist die Lebensgrundlage der Gesellschaft, der Menschen, beseitigt. Herr Holtfort, gerade dieses Beispiel macht denjenigen gegenüber, die meinen, das Grundgesetz umfasse bereits den gesamten Schutzbereich des Lebens und damit eben auch alle Lebensgrundlagen und somit auch den Umweltschutz und bedürfe keiner Erweiterung in dieser Richtung, diese Argumentation besonders schlüssig.

Wir — das sage ich für die Niedersächsische Landesregierung — begrüßen, daß der Entschließungsantrag, so wie er eingebracht worden ist, abgelehnt wird. Wir sind nämlich der Meinung, daß eine Entscheidung mehr oder weniger aus der Emotion und Stimmung heraus ohne Bedenken der Konsequenzen so nicht getroffen werden kann. Ich will nicht verkennen, meine Damen und Herren, daß wir uns insbesondere über den

Remmers

Bundesrat mit den verschiedenen Vorschlägen — wir haben ja vier Vorschläge zur Gestaltung einer solchen Formulierung im Grundgesetz — auseinandersetzen müssen. Aber jetzt zu sagen, wir würden zustimmen, und eine Aufforderung des Landtages, die Landesregierung sollte zustimmen, hielte ich für falsch. Wichtiger ist doch, daß wir zunächst einmal klären, was denn das alles bedeutet. Deswegen will ich nur darauf hinweisen, daß die damit befaßten Ausschüsse des Bundesrates Mitte dieses Jahres eine sehr umfassende Anhörung von Sachverständigen durchführen werden, die wir einfach brauchen, um zu wissen, was denn da auf uns zukommen könnte, wenn man so hoppla hopp eine solche Grundrechtsbestimmung einführen würde.

Ich könnte Ihnen den Fragenkatalog hier im einzelnen vortragen. Ich will darauf verzichten.

Ich will nur darauf hinweisen, daß in dieser Anhörung im einzelnen die rechtlichen und tatsächlichen Konsequenzen einer beabsichtigten Änderung geprüft werden. Ich bin schon der Meinung, daß man erst auf der Grundlage einer solchen sorgfältigen Erforschung überhaupt darüber nachdenken kann, wie man es machen könnte, wenn man es denn überhaupt machen will.

(Fischer [Buxtehude] [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Ich wiederhole: Die bisher vorhandenen Grundrechtsbestimmungen gehen alle davon aus, daß Leben und körperliche Unversehrtheit geschützt sind. Das alles steht nun einmal auch in einer intakten Umwelt. — Ich habe gesehen, Herr Fischer — — —

Vizepräsident Kreibohm:

Ich wollte Sie auch gerade fragen, Herr Minister.

Fischer (Buxtehude) (FDP):

Herr Minister, unterstellen Sie denn dem unionsregierten Land Schleswig-Holstein, daß es einen — um Ihre Formulierung aufzugreifen — Hoppla-hopp-Antrag gestellt hat?

(Jahn [CDU]: Es gibt ja auch eine gewisse Pluralität in der Union! — Lachen bei der SPD. — Dr. Remmers [CDU]: Gib's doch zu! — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Remmers, Minister der Justiz:

Ich wiederhole, was ich gesagt habe: Ich bin der Meinung, daß man nicht in einem Hoppla-hopp-Verfahren einen so gravierenden Eingriff in das Grundgesetz vornehmen kann. Eine sorgfältige

Abwägung der Tatsachen und der Konsequenzen ist einfach notwendig.

(Zurufe von Dehn [SPD] und von Wernstedt [SPD].)

Wir werden diese in Zusammenarbeit mit den Bundsratsausschüssen im Sommer dieses Jahres durchführen und dann auch eine weitere Meinungsbildung betreiben.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren! Es liegt mir noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Kreuzer vor. Die SPD hat noch zwei Minuten Redezeit, wie Sie wissen, Herr Kreuzer.

Kreuzer (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch auf zwei Argumente eingehen, die hier vor allem von der CDU vorgebracht worden sind.

Herr Herbst, Sie haben gesagt: Wir sind gegen die Staatszielbestimmung, weil den Politikern oder den gesetzgebenden Körperschaften dadurch die Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand genommen und die Handlungsmöglichkeiten eingengt werden. Im Ausschuß ist noch hinzugefügt worden: Wenn das in die Verfassung eingefügt wird, dann ist sozusagen der Druck weg. Dann sind die Bürger beruhigt, und dann passiert auf diesem Sektor nichts mehr. — Das ist ja eine geradezu absurde Argumentation.

(Dr. Blanke [CDU]: Aber, aber! — Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Das bedeutet nämlich nichts anderes, als daß grundlegende Problemlösungen in unserer Gesellschaft, die in der Verfassung niedergelegt sind — wie zum Beispiel Föderalismus oder kommunale Selbstverwaltung —, nur dann durchgesetzt werden könnten, wenn sie nicht in die Verfassung hineingeschrieben würden. So etwas Absurdes habe ich überhaupt noch nicht gehört!

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der FDP.)

Als zweites Argument haben Sie gesagt, Herr Herbst, daß wir, wenn wir das jetzt einfügen würden, sozusagen in die Gefahr kämen, die Verfassung regelmäßig und schnell verändern zu müssen. Dem liegt doch die Annahme zugrunde, beim Umweltschutz handele es sich um eine Art von Modeerscheinung, die vielleicht innerhalb

weniger Jahrzehnte überflüssig würde. Aber genau das ist doch hier nicht der Fall!

(Zustimmung von Schmidt [SPD].)

Wir sind doch im Verlaufe der Entwicklung unserer Industriegesellschaft und der Entwicklung unserer westlichen Demokratien langsam zu dem Bewußtsein gekommen, daß dies etwas Grundlegendes für die Bewältigung unserer Lebensprobleme ist.

(Beifall bei der SPD.)

Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal darauf zu sprechen kommen, warum hier im Hause eigentlich eine ganz interessante Meinungskonstellation herrscht: auf der einen Seite die CDU, die diesen Antrag ablehnt, und auf der anderen Seite große Teile der Fraktion der Grünen, die diese Sache ablehnen. Das ist eine ganz interessante Meinungskonstellation, meine Damen und Herren!

(Widerspruch bei den Grünen. — Meinsen [Grüne]: Warten Sie nur zwei Minuten ab, wie groß die Mehrheit ist! — Fruck [Grüne]: Ich stehe zu meinem Wort! — Glocke des Präsidenten.)

Ich sage dazu nur ganz kurz: Diese Teile der Fraktion der Grünen haben überhaupt keinen Begriff von unserer Verfassung,

(Zuruf von der FDP: Das ist richtig!)

während die CDU-Fraktion schon einen Begriff von unserer Verfassung hat und ganz genau weiß: Wenn der Umweltschutz als Staatsziel in der Verfassung steht, dann wird es ernst, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Kreibohm:

Weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren, liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

(Zuruf von Fruck [Grüne]. — Zuruf von den Grünen: Buh!)

— Herr Buhmann, können Sie sich bitte beruhigen? —

(Heiterkeit.)

Ich lasse abstimmen. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3848 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 2429 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Wer spricht sich dagegen aus? — Danke.

Wer enthält sich der Stimme? — Danke. Die Ausschlußempfehlung ist bei einigen Stimmenthaltungen mit Mehrheit angenommen worden.

(Unruhe.)

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Er betrifft die Kündigung der Verwaltungsvereinbarung über die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden durch die von CDU — — —

(Anhaltende Unruhe.)

— Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen gern sagen, was wir jetzt behandeln werden. Wenn Sie sich aber so intensiv unterhalten, dann ist mir das nicht möglich. — Darf ich Sie bitten, sich jetzt auf die Beratung zu konzentrieren, auch Sie, Herr Kreuzer, und die anderen Herren?

Also noch einmal: Wir kommen zu Punkt 15 unserer Tagesordnung:

Zweite Beratung: Kündigung der Verwaltungsvereinbarung über die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden durch die von CDU und CSU regierten Bundesländer — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/2202 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst — Drs 10/3891

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung, die sich wie folgt aufteilen: Fraktion der CDU und Fraktion der SPD jeweils bis zu acht Minuten, Fraktion der Grünen und Fraktion der FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der genannte Antrag der SPD-Fraktion wurde in der 50. Sitzung am 30. März 1984 an den Ausschuß für Wissenschaft und Kunst zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Schmidt, dem ich das Wort erteile.

Schmidt (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Beschlußempfehlung in der Drucksache 3891 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Wissenschaft und Kunst, den Antrag der Fraktion der SPD für erledigt zu erklären.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Ziel des Antrages ist es gewesen, die Landesregierung zu veranlassen, die Kündigung der Verwaltungsvereinbarung über die Filmbewertungsstelle in Wiesbaden zum 31. Dezember 1984 zurückzunehmen.

(Dehn [SPD]: Sehr gut!)

Schmidt

Der Antrag wurde im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst nur kurz beraten. Auf Wunsch der Ausschußmitglieder gab die Regierungsvertreterin einen Bericht über den derzeitigen Sachstand in der Angelegenheit. Sie führte aus, daß sich alle Bundesländer auf das Inkrafttreten einer neuen Verwaltungsvereinbarung zum 1. Januar 1985 geeinigt hätten. Da auch eine Verfahrensordnung erlassen und neue Bewertungsausschüsse berufen worden seien, habe die Filmbewertungsstelle auf neuer Rechtsgrundlage ohne Unterbrechung der Arbeit weiterarbeiten können.

Sie ergänzte diese Ausführungen mit dem Hinweis, daß für die Berufung der Beisitzer in den Ausschüssen künftig nach dem Bundesratsschlüssel verfahren werden solle. Danach könne das Land Niedersachsen entsprechend seiner Einwohnerzahl fünf der insgesamt 45 Beisitzer benennen.

Die Regierungsvertreterin ging sodann näher auf die Prädikatvergabe ein. Sie erläuterte, daß für die Vergabe des höchsten Prädikats künftig eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Keine Prädikate erhielten nunmehr Filme, „die gegen die Verfassung oder die Gesetze verstoßen oder Persönlichkeitsrechte oder das sittliche oder das religiöse Gefühl verletzen“, sowie Filme, „die der Wahlpropaganda oder in herabsetzender und herabwürdigender Weise der politischen Propaganda dienen“.

Die SPD-Ausschußmitglieder bedauerten nach diesen Ausführungen, daß der Ausschuß für Wissenschaft und Kunst den Antrag zu spät beraten habe, so daß eine Einflußnahme auf die neue Verwaltungsvereinbarung nicht mehr möglich gewesen sei.

(Dehn [SPD]: Hört, hört!)

Jetzt bleibe nur noch die Möglichkeit, die von den Bundesländern unterzeichnete Vereinbarung zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Wissenschaft und Kunst empfahl daraufhin einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

Namens des Ausschusses bitte ich Sie, der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3891 Ihre Zustimmung zu geben.

(Dehn [SPD]: Mit Zähneknirschen, nicht?)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich danke für den Bericht. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wird von der Abgeordneten Frau Pistorius eröffnet. Bitte sehr!

Frau Pistorius (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wissen es alle: Die derzeitige Landesregierung hat Probleme mit dem Medium Film und mit den Filmschaffenden im allgemeinen.

(Dehn [SPD]: Nicht nur da!)

Es war schließlich auch Ministerpräsident Albrecht, meine Damen und Herren, der bestimmen wollte, was im deutschen Film als „wertvoll“ oder auch als „besonders wertvoll“ ausgezeichnet werden sollte. Der Kollege Silkenbeumer hat im März 1984 bei der Einbringung unseres Antrags gesagt:

„Ihnen geht es eben nicht um Spitzenleistung, um künstlerische Qualität, Sie gängeln die Kultur, Sie gängeln die Phantasie, Sie gängeln die Innovation.“

(Beifall bei der SPD.)

Recht hatte er, meine Damen und Herren; denn die Historie der Kündigung dieser Verwaltungsvereinbarung beweist es.

Die Diskussion über den Film „Der Kandidat“ — Sie werden sich alle daran erinnern — war nur der Ausdruck des allgemeinen Unbehagens, das Albrecht und Strauß und die Mehrheit der CDU-Länder verspürten, wenn sie die Spruchpraxis der Filmbewertungsstelle beobachteten. Man hätte diese Filmbewertungsstelle natürlich am liebsten ganz aufgelöst; zum Glück gab es aber Leute, die das vorerst verhinderten.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen ins Gedächtnis zurückrufen, wie unsinnig und auch gefährlich die von Ministerpräsident Albrecht dann plötzlich Ende 1983 betriebene Kündigung war, der dann schließlich doch noch vier CDU-Länder folgten.

(Dehn [SPD]: Soso!)

Bereits Anfang 1980 hatten sich alle Bundesländer — alle Bundesländer! — auf eine für notwendig gehaltene Novellierung der Verfahrensordnung der Filmbewertungsstelle geeinigt — außer Niedersachsen! Niedersachsen bremste immer wieder, unterschrieb nicht, bis schließlich Hessen Ende 1981 die Verhandlungen für gescheitert erklären mußte. Dieser Feststellung wiederum hat dann Niedersachsen widersprochen;

(Zurufe: Ach!)

denn inzwischen war das eingetreten, woran Sie sich alle noch gut erinnern können: Inzwischen fühlten sich nämlich Strauß und Albrecht durch den Film „Der Kandidat“ beleidigt und verlang-

ten die Aufnahme der sogenannten Agitprop-Formel, nach der politische Filme nicht mit Prädikaten ausgezeichnet werden sollten. Im Frühjahr 1981 sind dann die Gremien der KMK aufgefordert worden, eine entsprechende Formulierung zu finden. Dies gelang — zum Glück, möchte ich sagen — nicht, weil eben die Mehrheit es nicht wollte.

Das war nun der Zeitpunkt, zu dem Ministerpräsident Albrecht ausscherte, die Verwaltungsvereinbarung für Niedersachsen kündigte und die Länder Rheinland-Pfalz, Bayern und Schleswig-Holstein schließlich folgten.

(Dehn [SPD]: Das war der erste Filmriß!)

Nun — der Kollege Schmidt hat dies als Berichtserstatter vorgetragen — hat man sich doch noch geeinigt, wenn auch nur die Ministerpräsidenten unter sich, an der KMK vorbei.

(Zuruf von Silkenbeumer [SPD].)

Ich möchte für unsere Fraktion folgendes bemerken, meine Damen und Herren. Diejenigen, die glauben, daß politische Neutralität in der Kunst erst Voraussetzung für staatliche Förderung ist, haben sich nun leider durchgesetzt. Wir bedauern dies außerordentlich und sind nach wie vor der Auffassung, daß es in der Kunst keine absoluten Maßstäbe gibt, wohl aber viele politische Aspekte. Künstler geben Denkanstöße. Sie sind nicht zur Ausgewogenheit verpflichtet. Die Kündigung und die Diskussion über die Arbeit der Bewertungsstelle haben nach unserer Auffassung der Freiheit der Kunst nicht gutgetan.

Meine Damen und Herren! Die Mehrheit des Ausschusses empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären. Dem stimmen wir zu, weil nun eine neue Vereinbarung zustande gekommen ist, weil damit die Filmbewertungsstelle weiterarbeiten kann, weil durch die Bewertung wiederum steuerliche Vorteile erreicht und damit eine bescheidene Filmförderung betrieben werden können, eine Filmförderung, meine Damen und Herren, die — wie wir alle wissen — im Lande Niedersachsen selbst nicht existiert.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Das Thema Filmförderung halten wir aber zumindest so lange für keineswegs erledigt, solange der Herr Innenminister Zimmermann selbst bestimmen möchte, wie Filme, die man fördern sollte, aussehen müssen,

(Beifall bei der SPD)

nämlich: wenig Experimente und wirtschaftlicher Erfolg als Qualitätsnachweis.

(Zuruf von Dehn [SPD].)

Wir bedauern, meine Damen und Herren, daß nach der Vereinbarung künftig eine Zweidrittelmehrheit für die Vergabe des höchsten Prädikats nötig ist. Dennoch werden wir der Empfehlung, den Antrag der SPD für erledigt zu erklären, zustimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Ihre, Herr Abgeordneter Graetsch, ist die erste. Ich erteile Ihnen das Wort.

Graetsch (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die FDP-Fraktion möchte ich zunächst einmal mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß die Beratungen im zuständigen Ausschuß für Wissenschaft und Kunst erst zu einem Zeitpunkt stattgefunden haben, als sich die Bundesländer bereits auf eine neue Vereinbarung geeinigt hatten.

(Dehn [SPD]: Lebendiger Parlamentarismus!)

Es stellt sich natürlich die Frage nach dem Sinn solcher Ausschußberatungen,

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

wenn von vornherein klar ist, daß das Ergebnis dieser Beratungen in die Willensbildung der Landesregierung gar nicht mehr einfließen kann, weil die Entscheidungen bereits gefallen sind.

(Silkenbeumer [SPD]: Das soll ja auch nicht sein!)

Wir halten dies für ein durchaus bedenkliches Verfahren, zumal zwischen der ersten und der zweiten Beratung immerhin rund zwölf Monate liegen, man es also durchaus hätte früher tun können.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Die Kündigung der Verwaltungsvereinbarung durch Niedersachsen aufgrund des damaligen Anlasses halte ich auch heute für nicht gerechtfertigt.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Ich meine, daß man den damaligen Anlaß nicht zu einem solchen Schritt hätte benutzen sollen.

(Silkenbeumer [SPD]: Gängelung der Kunst war das!)

Graetsch

Offenbar hat man versucht, mit Verwaltungsregelungen die künstlerische Freiheit zu reglementieren.

Trotzdem sehe ich es als positiv an, daß man sich zu einer neuen Vereinbarung hat durchringen können.

(Silkenbeumer [SPD]: Zähneknirschend!)

Dies ist aber wohl auch der einzig positive Aspekt, daß nämlich die Filmbewertungsstelle ohne Unterbrechung bis heute hat arbeiten können.

Die neue Vereinbarung gibt einigen Grund zur Kritik, sicherlich nicht unbedingt an der Besetzung der künstlerischen Gremien nach dem Bundesratschlüssel, obwohl ich nicht sicher bin, ob bei künstlerischen Gremien eine Besetzung nach Landesproporz das beste Mittel ist.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP]. — Silkenbeumer [SPD]: Barer Unsinn ist das!)

Trotzdem meine ich, daß nicht dies der größte Punkt der Kritik ist, sondern in der Tat eher das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit für die Prämierung als besonders wertvoll. Ich habe das Gefühl, daß man Filme ungleich behandelt. Der politisch engagierte und vielleicht auch kontrovers beurteilte Film wird es mit Sicherheit schwerer haben als ein sich an ein breites Publikum wendender Unterhaltungsfilm. Auch wenn beide künstlerisch wertvoll gemacht sind, wird der zweite es leichter haben, in einem Gremium eine Zweidrittelmehrheit zu bekommen. Ein politisch engagierter Film könnte zwar eine Mehrheit finden; eine Zweidrittelmehrheit wird für ihn aber viel schwieriger zu erreichen sein.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP]. — Dehn [SPD]: Das war doch gemeint! Das war doch der Sinn!)

Wenn man dies noch im Zusammenhang mit der des weiteren eingefügten Bestimmung über politische Filme sieht, ist klar, welche Filme es künftig bei der Bewertung schwerer haben sollen. Ich halte dies für einen gefährlichen Weg, für einen weiteren Weg, durch quasi legale verfahrens- und verwaltungstechnische Mittel die künstlerische Freiheit einzuschränken, um bestimmten Filmen das Überleben in der Bundesrepublik schwerer zu machen.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Ich möchte aber sagen, daß dies keinesfalls heißen soll, daß ein politisch kontroverser Film zwangsläufig der künstlerisch wertvollere sein muß. Dies wäre eine unzulässige Verkürzung. Aber ein solcher Film muß die gleiche Chance wie ein sich an

ein breites Publikum wendender Unterhaltungsfilm haben.

Wir meinen somit, daß die Neuregelung in weiten Teilen zu kritisieren ist. Wir könnten uns dieser Regelung nicht anschließen. Wir müssen aber zugestehen, daß durch die neue Verwaltungsvereinbarung der Antrag der SPD-Fraktion wohl als erledigt anzusehen ist; denn immerhin ist dies wenigstens ein kleiner Erfolg. Daher werden wir der Beschlußempfehlung des Ausschusses zustimmen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Fischer (Göttingen) das Wort.

Fischer (Göttingen) (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß die SPD versucht, das Rückzugsgefecht noch etwas blumig zu gestalten.

(Silkenbeumer [SPD]: Welches Rückzugsgefecht?)

Die Vorwürfe, die damals in dem Entschließungsantrag vorgetragen wurden, haben sich nicht bewahrheitet, z. B. politische Zensur. Ich darf Herrn Silkenbeumer zitieren:

„Wir würden es als Ablenkungsmanöver, meine Damen und Herren von der CDU, betrachten, wenn gesagt würde: Wir wollen ja nur neue Rechtsgrundlagen für die Filmbewertung schaffen.“

Herr Mombaur hat damals in der Debatte gesagt:

„Ich glaube nicht, daß Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsfraktion, diese Institution gänzlich aufheben oder entdemokratisieren können; aber Sie können durch diese kleinliche und unwürdige Art, vorzugehen, der Demokratie ernsthaft Schaden zufügen.“

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren! Alle diese Vorwürfe haben sich nicht bewahrheitet.

(Silkenbeumer [SPD]: Warum wurde denn dann gekündigt?)

Ich darf von dem, was wir damals vorgetragen haben, drei Schwerpunkte anführen, nämlich die Veränderung des Schlüssels der Bundesratsmehrheit entsprechend sowie die Frage der Prädikatisierung, die neben dem kulturpolitischen Effekt

natürlich handfeste wirtschaftliche Interessen wegen der Steuerfragen bedeutet.

Frau Pistorius, wenn Sie von der Agitprop-Formel gesprochen haben, dann darf man vielleicht noch darauf hinweisen — das ist der dritte Punkt —, daß es die Filmbewertungsstelle gewesen ist, die gesagt hat, daß Filme kein Prädikat erhalten sollten, die der kommerziellen Wahrnehmung oder der politischen Agitation dienen. Von daher sind die Ziele, die die Regierung und die Mehrheitsfraktion hier verfolgt haben, nämlich eine Verbesserung der Rechtsgrundlagen zu erreichen und damit auch die Spruchpraxis zu verbessern, erreicht worden.

(Dehn [SPD]: Zu verändern!)

— Zu verbessern! — Ich kann nur sagen, wenn man dies hier so im nachhinein betrachtet, dann ist der Entschließungsantrag der SPD unter dem Motto abzuhaken: Viel Lärm um nichts. — In diesem Sinne werden wir der Beschlußempfehlung zustimmen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3891 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 2202 für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe bitte! — Wer enthält sich? — Das ist einstimmig entsprechend der Empfehlung des Ausschusses beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, teile ich Ihnen mit, daß die Fraktionen übereingekommen sind, falls wir das zeitlich schaffen — ich hoffe, daß das gelingt —, den Punkt 22, der die Verhandlungen zwischen Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg betrifft, noch in der Vormittagssitzung zu behandeln.

Wir kommen nunmehr aber zu den Punkten 16 und 17:

Zweite Beratung: Stilllegungsverfahren für AKW Lingen I — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/1658 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/3922

und

Zweite Beratung: Genehmigungsverfahren für das Brennelemente-Zwischenlager Stade — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/1659 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/2986 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/3923

Für die Beratung dieser Anträge stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 50 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu zwölf Minuten, den Fraktionen der Grünen und der FDP jeweils bis zu sechs Minuten.

Die genannten Anträge der Fraktion der Grünen wurden in der 33. Sitzung am 14. Oktober 1983 an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatte für beide Punkte ist der Abgeordnete Meinsen. Herr Kollege Meinsen, ich erteile Ihnen das Wort.

Meinsen (Grüne), Berichterstatte:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den vorliegenden Drucksachen empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, die Anträge abzulehnen, mit denen die Landesregierung aufgefordert werden soll, die atomrechtlichen Verfahren zur Stilllegung und zum Einschluß des abgeschalteten Kernkraftwerkes Lingen I sowie zur Errichtung des Brennelemente-Zwischenlagers Stade unter öffentlicher Beteiligung durchzuführen.

(Stock [CDU]: Geht das so schwer über die Lippen?)

— Ich bitte um Entschuldigung; ich habe leichte Schwierigkeiten, die etwas mit meiner Körpertemperatur zu tun haben, mich verständlich zu machen.

Da es im Kern um identische Rechtsfragen geht, habe ich meinen Bericht zu beiden Anträgen zusammengefaßt. Zur Verdeutlichung möchte ich kurz erläutern, worum es geht.

Zunächst zum Kernkraftwerk Lingen. Die Betreibergesellschaft des Kernkraftwerkes Lingen I hat im Jahre 1983 die Stilllegung der Anlage sowie den sicheren Einschluß der nuklearen Anlagenteile für eine Einschlußzeit von 25 Jahren beantragt. Der spätere Abbruch des Kernkraftwerkes ist nicht Gegenstand des Verfahrens.

Die Fraktion der Grünen verlangt nun, das atomrechtliche Genehmigungsverfahren nach § 7 Atomgesetz mit öffentlicher Beteiligung durchzuführen. Die Absicht der Landesregierung, von

Meinsen

der durch die Novelle zur Atomrechtlichen Verfahrensverordnung aus dem Jahre 1982 gegebenen Möglichkeit Gebrauch zu machen, von dieser Beteiligung abzusehen, sei nicht geeignet, auch für die Öffentlichkeit den Nachweis zu erbringen, daß Stilllegung und sicherer Einschluß der kerntechnischen Anlagen unbedenklich seien.

Ähnlich verhält es sich bezüglich des Genehmigungsverfahrens für das Brennelemente-Zwischenlager Stade. Die Fraktion der Grünen hat mit ihrem Antrag in der Drucksache 1659 zunächst verlangt, die Landesregierung auch hier aufzufordern, den ursprünglich nach § 7 Atomgesetz gestellten und später in ein Begehren nach § 6 Atomgesetz umgewandelten Antrag auf Errichtung und Betrieb eines Trockenlagers für abgebrannte Brennelemente mit öffentlicher Beteiligung zu behandeln.

Im mitberatenden Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen hat sich dann aber herausgestellt, daß der ursprüngliche Genehmigungsantrag nicht umgewandelt, sondern zurückgezogen und statt dessen ein neues Verfahren bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt eingeleitet worden ist, das aber zur Zeit ruht. Daraufhin hat die Fraktion der Grünen den Änderungsantrag in der Drucksache 2986 vorgelegt. Danach soll der Landtag gegenüber den zuständigen Bundesbehörden und der Betreiberfirma die Auffassung vertreten, daß auch für dieses Verfahren eine Öffentlichkeitsbeteiligung als notwendig angesehen werde.

Die daraus resultierenden Rechtsfragen sind in den drei an der Beratung beteiligten Ausschüssen eingehend diskutiert worden. Der Ausschuß für Umweltfragen hat sich überdies intensiv mit den sicherheitstechnischen Aspekten befaßt. Dazu haben die Ausschüsse eine ausführliche Stellungnahme des Ministeriums für Bundesangelegenheiten erhalten. Das Ministerium hat dargelegt, es sei richtig, daß die Öffentlichkeitsbeteiligung nunmehr in bestimmten Fällen in das pflichtgemäße Ermessen der zuständigen Genehmigungsbehörde gestellt sei.

Im Falle des stillgelegten Kernkraftwerkes Lingen I — für das Verfahren Brennelementelager Stade sei jetzt bekanntlich die PTB zuständig — habe das Bundesratsministerium deshalb sorgfältig geprüft, anhand welcher sicherheitstechnischen Kriterien die Ermessensentscheidung zu treffen sei. Dazu habe es § 4 Abs. 2 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung als Richtschnur herangezogen. Danach könne die Genehmigungsbehörde bei wesentlicher Änderung eines Vorhabens von einer zusätzlichen Bekanntma-

chung und Auslegung absehen, wenn im Sicherheitsbericht keine Umstände darzulegen seien, die nachteilige Auswirkungen auf Dritte besorgen ließen. Dies sei insbesondere dann der Fall, wenn erkennbar sei, daß nachteilige Auswirkungen auf Dritte durch die Vorsorge gegen Schäden vermieden werden könnten. Entsprechendes gelte, wenn die sicherheitstechnischen Nachteile der Änderung im Verhältnis zu den sicherheitstechnischen Vorteilen gering seien. Aus der Sicht der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes habe das Ministerium keine nachteiligen Auswirkungen auf Dritte feststellen können. Zudem handele es sich bei den vorgesehenen Maßnahmen in allen Fällen um erprobte Techniken; es werde weder für die mit den Arbeiten betrauten Personen noch für die Bevölkerung zu zusätzlichen Strahlenbelastungen kommen. Deshalb beabsichtige man, von einer Öffentlichkeitsbeteiligung Abstand zu nehmen.

Die der CDU-Fraktion angehörenden Ausschußmitglieder schlossen sich angesichts der detailliert vorgetragenen Hinweise auf die vorgesehene technische Durchführung der Stilllegung und des sicheren Einschlusses der Anlage, aus der das strahlende Inventar bereits im wesentlichen entfernt ist, dem Votum des Ministeriums an. Demgegenüber vertraten die SPD-Vertreter die Auffassung, die Argumentation des Ministeriums habe gezeigt, daß auch ein Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung rechtlich zulässig wäre. Für sie stelle sich deshalb die Frage, welches der möglichen Verfahren das politisch klügere sei. Gerade weil Probleme der Kernenergie in der Bevölkerung leicht zu Ängsten und Verunsicherungen führten, halte es die SPD-Fraktion für geboten, mit öffentlicher Beteiligung zu entscheiden. Alles andere schaffe nur neue Verdachtsmomente.

Während die Vertreter der SPD-Fraktion und das Mitglied der Fraktion der Grünen deshalb dem Antrag im federführenden Ausschuß zustimmten, lehnte ihn die CDU-Mehrheit ab. Der FDP-Vertreter schloß sich dieser Ablehnung an.

Im mitberatenden Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen hatten sowohl Sprecher der CDU-Fraktion als auch das FDP-Ausschußmitglied darauf hingewiesen, nach allem, was an Argumenten vorgetragen sei, handele es sich unstreitig um eine Zweckmäßigkeitsentscheidung der Landesregierung, für die sie letztlich nach dem Gesetz auch die Verantwortung tragen müsse. Auch deshalb wäre es nicht richtig, wenn der Landtag in die Aufgaben der Genehmigungsbehörde eingriffe.

Lassen Sie mich jetzt noch kurz auf den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen zum Brennelementelager Stade eingehen. Die Vertreter der CDU legten dar, es sei deutlich geworden, daß der in Rede stehende Genehmigungsantrag bereits seit einiger Zeit ruhe und die Betreibergesellschaft offenkundig auch derzeit kein Interesse daran habe, ihn weiterzuverfolgen. Unabhängig von Rechts- und Zweckmäßigkeitsfragen halte sie es deshalb nicht für sinnvoll, eine Entschließung praktisch auf Vorrat zu verabschieden.

Auf den Einwand von SPD-Ausschußmitgliedern, es wäre doch begrüßenswert, wenn der Landtag grundsätzlich zum Ausdruck brächte, daß er bei derartigen Verfahren eine Beteiligung der Öffentlichkeit für erforderlich halte, räumte die CDU-Ausschußmehrheit ein, es sei sicherlich richtig, die Fragen der Beteiligung der Öffentlichkeit in diesem sensiblen Bereich im Grundsatz zu erörtern. Das solle man jedoch losgelöst von den vorliegenden konkreten Anträgen tun. Dazu erklärte der Vertreter der Fraktion der Grünen, seine Fraktion habe aus ebendiesen Gründen bewußt darauf verzichtet, mit dem Änderungsantrag eine konkrete Aufforderung an die Landesregierung zu richten, sondern sie habe eine grundsätzliche Meinungsäußerung des Landtages beabsichtigt.

Mit Mehrheit lehnte der Ausschuß auch den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 2986 ab.

Im Auftrage des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr bitte ich, die Beschlußempfehlungen in den Drucksachen 3922 und 3923 anzunehmen und damit alle drei Anträge abzulehnen. — Ich bedanke mich.

(Bruns [Emden] [SPD]: Das haben Sie aber nicht sehr überzeugend vorgetragen, Herr Meinsen! — Frau Schuran [Grüne]: Das war deine schlechteste Rede!)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege, ich danke Ihnen für die Berichterstattung und wünsche Ihnen gute Besserung. — Wir treten nun in die Beratung ein. Erster Redner ist der Abgeordnete Arens, dem ich das Wort erteile.

Arens (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Berichterstatter hat zu diesen beiden Anträgen alles Wesentliche vorgetragen und auch den Inhalt der Beratung wiedergegeben. Deshalb kann ich mich jetzt kurz fassen.

In den Ursprungsanträgen und in den Änderungsanträgen geht es ja nicht darum, ob wir nun ja oder nein zur Kernenergie sagen, sondern es geht darum, ob es sinnvoll und zweckmäßig ist, die Öffentlichkeit durch Auslegung von Unterlagen und dergleichen mehr an allen Vorgängen zu beteiligen. Wir als SPD-Fraktion sind der Auffassung, daß die Grünen hier ganz vernünftige Anträge vorgelegt haben und daß es sinnvoll wäre, die Öffentlichkeit bei allen die Kernenergie betreffenden Maßnahmen rechtzeitig zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich glaube, es ist ein bißchen sinnwidrig, wenn bei der Errichtung von Kernenergieanlagen ebenso wie bei der Errichtung von anderen Anlagen eine breite öffentliche Beteiligung vorgeschrieben ist, während dies bei Veränderungen — ich denke zum Beispiel an den Bau des Zwischenlagers in Stade — oder beim Abriß von Anlagen nach dem Atomgesetz nicht in gleicher Weise gilt. Das Atomgesetz sagt aber ausdrücklich, daß von der Bekanntmachung und der öffentlichen Auslegung abgesehen werden kann. Im Grundsatz geht es also auch davon aus, daß man die Öffentlichkeit beteiligen sollte; nur in Ausnahmefällen kann davon abgesehen werden. Ich weiß nicht, ob wir uns einen Gefallen tun, wenn wir in einem solch sensiblen Bereich die Öffentlichkeit von vornherein ausschalten und damit Mißtrauen säen. Ich glaube, dies sollten wir nicht tun.

Wir alle wissen, daß die Akzeptanz für die Kernenergie bei der Bevölkerung in der Bundesrepublik noch nicht vorhanden ist. Es gibt immer noch große Teile der Bevölkerung, die bei diesem Thema Unbehagen empfinden. Dies läßt sich auch politisch nicht in der einen oder anderen Richtung bewältigen, sondern wir stellen fest: Wenn irgendwo eine kerntechnische Anlage errichtet wird, dann sind diejenigen dagegen oder haben zumindest Bedenken, die zur Kernenergie zunächst einmal grundsätzlich ja sagen. Dieses zeigen die Proteste in allen Teilen der Bundesrepublik. Wenn dies aber so ist, dann ist es auch zweckmäßig und richtig, daß die Öffentlichkeit bei allen Maßnahmen beteiligt wird.

Von daher sind wir der Auffassung, daß man die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr ablehnen und den Ursprungsanträgen zustimmen sollte. Ich glaube, wir können hier einen Beitrag dazu leisten, in der Öffentlichkeit Mißtrauen abzubauen. Ich glaube, wir haben überhaupt nichts zu verheimlichen. Wir gehen ja auch davon aus, daß sich auch bei Nichtauslegung und bei Nichtbeteiligung der Öffentlichkeit alles in einem rechtlich einwand-

Arens

freien Rahmen vollzieht. Wenn es so ist, daß sich alle Anlagen und alle Veränderungen in einem rechtlich einwandfreien Rahmen bewegen, dann verstehe ich überhaupt nicht, weshalb die Öffentlichkeit nicht von vornherein an diesen Maßnahmen entsprechend dem Atomgesetz beteiligt werden sollte.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Man muß ja fast vermuten, daß der eine oder andere ein schlechtes Gewissen hat und deshalb die Öffentlichkeit nicht beteiligen möchte. Soviel zu diesem Sachverhalt.

Ich möchte noch einen konkreten Punkt ganz kurz ansprechen, der in unserem Gebiet an der Grenze zu Holland immer wieder eine Rolle spielt. Wenn wir mit den Holländern Gespräche führen, bemängeln diese immer — das betrifft auch das Kernkraftwerk Lingen und den Abriss dieses Kernkraftwerks —, daß sie, obwohl sie in diesem Radius wohnen, nicht an der Anhörung beteiligt werden und keine Möglichkeit haben, Einwendungen zu machen — was rechtlich natürlich richtig ist.

Die Nordrhein-Westfalen sind in dieser Beziehung viel flexibler. Sie nehmen diese Anregungen mit auf; sie beteiligen dann auch die Holländer an dem Verfahren. Wir sollten uns wirklich einmal überlegen, ob gerade in dieser schwierigen Frage politische Grenzen als rechtliche Grenzen so exakt eingehalten werden müssen, daß Holländer keine Einwendungen erheben dürfen. Statt dessen sollte ein Weg gefunden werden, Holländer — sofern von dieser Seite Einsprüche erhoben werden — an diesem Verfahren zu beteiligen, wie man es in Nordrhein-Westfalen gemacht hat. Ich halte nichts davon, daß wir in diesem Zusammenhang so stur an den Rechtsvorschriften und damit an Landesgrenzen festhalten.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Abschluß. Aus den dargelegten Gründen und weil wir grundsätzlich der Auffassung sind, daß bei allen Maßnahmen, die kerntechnische Anlagen betreffen, die Öffentlichkeit von vornherein in breitem Maße zu beteiligen ist, plädieren wir dafür, den Beschlußempfehlungen des Ausschusses nicht zu folgen und den ursprünglichen Anträgen die Zustimmung zu geben. — Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Dr. Lippelt das Wort.

(Bruns [Emden] [SPD]: Jetzt ist alles gesagt!)

Dr. Lippelt (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bruns, in der Tat ist zum Prinzip alles gesagt. Aber jetzt muß ich sagen, warum wir dieses Prinzip in diesem Fall auch durchsetzen müssen. Ich möchte dazu im Abgesang auf unsere Anträge noch ein paar Punkte aus der Geschichte der Behandlung dieser Vorlagen vortragen.

Erstens. Die Sache hat ja eine kleine Vorgeschichte. Ich nehme jetzt zunächst die Vorgeschichte bezüglich des AKWs Lingen I. Im Herbst 1982 entdeckten wir im Ministerialblatt eine Genehmigung zum Ausbau eines Notstromaggregatdiesels im AKW Lingen. Wir fragten uns damals: In welchem Genehmigungszustand befindet sich eigentlich dieses AKW? Wird da einfach nur so zwischendurch abgebrochen, oder wie sieht das rechtlich aus?

Wir haben dann hier einige Anfragen eingebracht. Ich muß vorweg sagen, die lokale Presse hatte die Aussagen des Betreibers — im Jahr 1977 war das AKW bekanntlich abgeschaltet worden — so zitiert: 1979 sind die Brennelemente raus; dann kommt der Antrag auf Stilllegung; wir gehen davon aus, daß der Ende des Jahres 1979 bewilligt worden sein wird.

Anfang 1983 mußte der Herr Minister auf unsere Nachfragen hin zugeben, a) es lagen noch mehr als 100 Brennelemente im AKW herum und b) ein Antrag auf Stilllegung war im Ministerium überhaupt noch nicht eingegangen.

Der zweite Punkt. Da ziehe ich gleich etwas vor. Im Fachblatt der Atomwirtschaft konnte man im April 1984 lesen, daß der Sekundärkreislauf, der ja hochkontaminiert war, gewissermaßen schon zertrennt worden war, und zwar — so hieß es dort — im Rahmen einer Änderung der Betriebsgenehmigung. Das bewegte sich also alles im Rahmen des Betriebszustandes. Auf der Grundlage der Betriebsgenehmigung wurde dieses AKW praktisch nach und nach ausgeschlachtet.

Deshalb schien es uns, nachdem der Antrag auf Stilllegung vorlag, nun auch nötig, zu sagen: Wenn das Ministerium dort einen solchen gesetzeslosen Steinbruch entstehen läßt, dann muß jetzt auch einmal die Öffentlichkeit diese Dinge erörtern.

Ich möchte das zitieren, was der Jurist des Ministeriums im Ausschuß sagte, und zwar den interessantesten Satz. Er sagte, die früher erteilten Betriebsgenehmigungen seien so umgestaltet worden, daß sie den jetzigen Zustand der Anlage unter entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen

noch abdecken. — Man muß es sich auf der Zunge zergehen lassen: Die Betriebsgenehmigungen seien so umgestaltet, daß man schon anfangen kann abzubrechen.

Nächster Satz: Der Unternehmer habe allerdings ein berechtigtes Interesse daran, daß dieser Zwischenzustand in absehbarer Zeit beendet und die Anlage wirklich stillgelegt und sicher eingeschlossen werde.

Ja, Herr Präsident, meine Damen und Herren, mußte nicht in erster Linie die Landesregierung ein Interesse daran haben, daß in ihrem AKW-Park rechtmäßige Zustände entstehen?

Ich will jetzt noch ein paar Sachen anführen, die wir im Ausschuß gewissermaßen herausfragen mußten. Bei näherer Befragung ergab sich, daß in diesem Zustand, also ohne Stilllegungsgenehmigung, als der Sichere Einschluß kommen sollte, beispielsweise im Konzentratsammelbehälter die gesamten Schlämme von zehn Jahren Betriebszeit mit ihrer hohen Radioaktivität eingedickt lagen und offensichtlich dort auch beerdigt werden sollen. Des weiteren ergab sich die Durchsicht der Statistik über die Radioaktivitätsabgaben, daß das AKW Lingen I in den Jahren 1978 und 1979, also nach dem Abschalten, über den Wasserpfad genausoviel Radioaktivität abgab wie im Betriebszustand. Das ist ja auch ganz klar; sie fingen an zu spülen usw. Aber die Kriterien, nach denen bei Stilllegung das Gebot der Strahlenschutzverordnung gilt, sowenig wie möglich in die Umwelt zu emittieren, tauchten offensichtlich nicht auf.

Aus diesem Grunde haben wir gefordert, daß das Konzept nunmehr erörtert werden muß. Dieses Konzept muß um so mehr erörtert werden, als es unter Nr. 2.10 des Kriterienkataloges für die Kernkraftwerke — veröffentlicht im Gemeinsamen Ministerialblatt — heißt, bei der Genehmigung ist auch schon die Konzeption für den Abbruch vorzulegen. Dieses AKW ist allerdings bekanntlich schon im Jahre 1968 eingerichtet worden. Eine Konzeption gibt es also nicht. Aber eine Konzeption mußte jetzt her.

Die rote Lampe blinkt auf. Deshalb will ich nur noch etwas zu Stade sagen. Hierzu haben wir gefordert, daß für den Fall der Einrichtung eines Zwischenlagers in diesem Kernkraftwerk der entsprechende Antrag öffentlich erörtert wird. Der Minister hat uns nun gestern hier gesagt — ich will gleich vorweg sagen, meiner Meinung nach kommt das AKW Stade möglicherweise in diese Gefahr —, einen Entsorgungsnotstand gebe es nicht. Herr Minister, dazu muß ich Ihnen nun doch eine „dpa“-Meldung vorhalten, die sich in

unserem Landtagspressespiegel fand. Diese Meldung war in der „Ostfriesen-Zeitung“ vom 27. Februar 1985 wiedergegeben worden. Sprecher des AKW Stade: Für Stade dürfte aber bereits der 15. März ein kritischer Termin sein, da dann ein Brennelementewechsel bevorstehe und neu abgebrannte Brennstäbe in das Abklingbecken der Anlage gesenkt werden müßten. Dann werde es sicher notwendig, Elemente herauszunehmen, weil das Becken sonst zu voll sei, sagte ein NWK-Sprecher. Sollte keine Lösung für die Abnahme der verbrauchten Brennelemente gefunden werden, sind offenbar verschiedene Möglichkeiten im Gespräch, darunter das Herunterfahren der Leistung, was einen geringeren Abbrand zur Folge hätte, und auch eine Abschaltung der Anlage könnte u. a. in Frage kommen.

Herr Minister, wenn das kein Entsorgungsnotstand ist, dann weiß ich nicht, was ein Entsorgungszustand ist. Sie haben dies gestern, für die Presse überzeugend, anders dargestellt. Ich meine, Sie müßten erst einmal diesem Sprecher widersprechen. Ich würde mich wundern, wenn aufgrund dieses Entsorgungsnotstandes in Stade nicht der Gedanke aufkäme und gesagt würde: Hätten wir doch dieses verdammte Zwischenlager; dann wären wir da raus. Deshalb, so meine ich, ist unsere Forderung, im Falle eines entsprechenden Antrages einen öffentlichen Erörterungstermin anzuberaumen, nach wie vor berechtigt, und wir stehen dazu.

(Beifall bei den Grünen. — Minister Hasselmann: Herr Präsident!)

Vizepräsident Kreibohm:

Möchten Sie sofort antworten, Herr Minister? — Sie dürfen dies sofort tun; ich erteile Ihnen das Wort. Bitte sehr!

Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte das gleich klarstellen, Herr Dr. Lippelt, Sie haben aus einer Zeitung zitiert. Der Journalist, der den Artikel verfaßt hat, hat im Konjunktiv geschrieben. Wie können Sie eigentlich annehmen, daß auch dieser Journalist gewußt hat, welche Verträge das Kernkraftwerk mit der COGEMA und mit Karlsruhe abgeschlossen hat?

(Zuruf von Dr. Lippelt [Grüne].)

Das ist eine reine Vermutung. Ich habe dies gestern schon klargestellt. Da brauchen wir nichts mehr zu ändern. Es bleibt dabei — so, wie wir ge-

Hasselmann

stern hier formuliert haben —: Für Stade gibt es keine Notsituation.

(Beifall bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: Sehr gut!)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Abgeordneter Rau, jetzt können Sie den Weg nach vorn antreten. Ich erteile Ihnen das Wort.

Rau (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich ist es richtig, die öffentliche Beteiligung dann als eine Notwendigkeit zu akzeptieren, wenn es darum geht, für Entscheidungen Akzeptanz zu schaffen. Es ist sicherlich noch dringlicher, Öffentlichkeit herbeizuführen, wenn eine dringende Vermutung vorliegt, daß gewichtige Rechtsgüter Dritter verletzt werden könnten. Aber zur Klärung dieser Frage — das ist auch an Sie, Herr Arens, gerichtet — haben wir das Atomgesetz, die unterschiedlichen Paragraphen für die unterschiedlichen Verfahrensvorschriften. Hier erinnere ich an die Diskussion, die wir in den Ausschüssen geführt haben.

Bezüglich des Kernkraftwerks Lingen gab es im Grunde bei allen Parteien mit Ausnahme der Grünen überhaupt keinen Zweifel darüber, daß hier eine Rechtfertigung für § 6 des Atomgesetzes gegeben ist. Der Vertreter der SPD hat im Rechtsausschuß ja auch deutlich gemacht, daß es rechtlich möglich sei, eine öffentliche Beteiligung vorzusehen oder auch eine öffentliche Beteiligung nicht vorzusehen.

(Arens [SPD]: Rechtlich möglich!)

— Richtig. Er hat daran die Frage geknüpft, ob es politisch klug sei. Hierzu kann ich Ihnen nur sagen: Wenn wir uns darin einig sind — jedenfalls ist den Protokollen zu entnehmen, daß wir uns einig waren —, daß das so ist, dann mag es vielleicht politisch klug sein, die Öffentlichkeit zu beteiligen; aber es wäre nicht gut und nicht richtig, wenn der Landtag die Genehmigungsbehörde aus ihrer Verantwortung entließe, wenn der Landtag der Genehmigungsbehörde vorschreiben wollte, was sie für klug zu halten hat.

(Beifall bei der FDP. — Dr. Lippelt [Grüne]: Sie hat nachgewiesenermaßen ihre Pflichten versäumt!)

Meine Damen und Herren, die Genehmigungsbehörde muß im konkreten Fall auf der Grundlage des Atomgesetzes entscheiden, ob sie von der

Möglichkeit der öffentlichen Beteiligung Gebrauch macht oder nicht.

(Beifall bei der FDP. — Dr. Lippelt [Grüne]: Und dann Umweltschutz als Staatsziel! — Fruck [Grüne]: Das paßt doch nicht!)

— Herr Dr. Lippelt, Sie mögen sich bemühen, Gesetze zu ändern. Tun Sie dieses. Aber solange wir Gesetze haben, müssen wir uns an diese halten.

(Beifall bei der FDP.)

Die Verantwortung dafür, ob es politisch klug ist oder nicht, haben wir qua Gesetz der Genehmigungsbehörde überantwortet. In diesem Sinne haben wir uns ja auch schon im federführenden Wirtschaftsausschuß wie auch im Rechtsausschuß geäußert.

Wie gesagt, haben wir das für das Kernkraftwerk Lingen wohl übereinstimmend so festgestellt. Eine andere Frage mag entstehen bei dem Problem Stade. Das gebe ich gerne zu. Im Jahre 1980 haben wir einen Antrag gehabt, der dann zurückgezogen wurde. Nun liegt ein Antrag bei der PTB vor, der nicht aktuell ist, der ruht. Auch hier ist noch längst nicht die Frage entschieden, ob dieser Antrag nach § 6 oder nach § 7 zu entscheiden wäre. Wenn er denn nach § 6 entschieden werden müßte, müßten wir zu dem gleichen Ergebnis kommen, nämlich die Verantwortung, ob sie es öffentlich macht oder nicht, bei der Genehmigungsbehörde zu belassen. Wenn es sich herausstellt, daß es eine Anlage nach § 7 ist, dann brauchen wir gar nicht zu diskutieren, dann ist die öffentliche Beteiligung zwingend.

(Beifall bei der FDP.)

Zu dem jetzigen Zeitpunkt müssen wir sagen, daß diese beiden Anträge abzulehnen sind. Mit anderen Worten: Wir stimmen der Empfehlung des Ausschusses, nämlich Ablehnung der Anträge, zu.

(Beifall bei der FDP. — Senff [SPD]: Ihr seid gegen die Öffentlichkeit, das ist es!)

Vizepräsident Kreibohm:

Zunächst, vielleicht auch tatsächlich letzter Redner ist der Abgeordnete Dr. Stratmann, dem ich das Wort erteile.

Dr. Stratmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich muß schon sagen, ich bin sehr erstaunt über das, was ich heute von der SPD ge-

hört habe. Ich mußte erst noch einmal nachfragen, denn das scheint im Widerspruch zu dem zu stehen, was Sie im Ausschuß gesagt haben. Herr Arens, habe ich Sie richtig verstanden: Sie haben heute gefordert, für die sichere Einschließung des Kernkraftwerkes wollten Sie die Beteiligung der Öffentlichkeit?

(Zurufe von der SPD: Jawohl!)

— Dann muß ich sagen: Es ist außerordentlich bedauerlich, was Sie hier vorgetragen haben.

Herr Dr. Lippelt, mit Ihnen können wir uns kurz beschäftigen. Sie haben gesagt, Lingen I sei ein Steinbruch. Das ist genau das, was Sie hier immer versuchen, das ist eine Verdummung der Öffentlichkeit und eine Irreführung unserer Bürger.

(Graeber [SPD]: Das verstehen Sie doch eher!)

Es geht keineswegs darum, Lingen als Steinbruch zu benutzen, sondern es geht darum, Lingen abzuschließen, nachdem die aktiven Kernelemente entfernt sind, nachdem das Restinventar auf ein Tausendstel der Aktivität reduziert ist, damit durch den sicheren Einschluß über viele Jahre hinweg in aller Ruhe die Restaktivität weiter abklingen kann. Es geht darum, daß wir erst nach vielen Jahren das Genehmigungsverfahren für den eigentlichen Abbruch durchführen, und zwar nach dem dann gültigen Stand der Technik.

Das ist genau das, was wir alle eigentlich fordern: Minimierung der Belastung der Bevölkerung, Minimierung des Strahlungsausstritts, Minimierung von Material, des radioaktiven Materials, das an die Öffentlichkeit geht. Anstatt daß Sie nun alle sagen, das sei prima, und so sollte man es machen, kommt genau das Gegenteil dabei heraus: Sie versuchen, die Bevölkerung zu beunruhigen und Märchen in die Welt zu setzen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte das einmal mit einem Vergleich sagen. Wenn Sie einen heißen Kessel vom Herd herunternehmen und ihn abkühlen lassen, dann ist es ungefährlicher, ihn anzufassen, als wenn er noch kocht. Genau das ist der Sinn der Maßnahme. Sicherer Einschluß heißt: Abschließen, abklingen lassen und erst nach vielen Jahren abrechen und dann erst tatsächlich — wie Sie gesagt haben: — Steinbruch. Das ist die Wahrheit. Sie haben hier aber das Gegenteil dargestellt.

Meine Damen und Herren, bei den Grünen wundert es mich nicht; die Grünen verfahren immer so. Daß aber die SPD auf diesen Dampf aufspringt, ist sehr bedauerlich.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einem Goetz-Zitat schließen.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Sie brauchen keinen Schreck zu bekommen, Sie hören jetzt nicht das Götz-von-Berlichingen-Zitat, sondern ein Zitat von Curt Goetz, der das einmal in einem anderen Zusammenhang über die Frauen gesagt hat. Ich möchte das nicht auf die Frauen, sondern auf die Grünen anwenden. Es heißt dann:

„Die Grünen sind wie Löschpapier. Sie nehmen alles auf und geben alles verkehrt wieder.“

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Das ist leider Gottes so. Bedauerlich ist nur, daß auch die SPD auf diesen Dampf aufspringt.

Meine Damen und Herren! Für die CDU-Fraktion empfehle ich Ihnen, der Beschlußempfehlung des Ausschusses zu folgen und diese törichten Begehren der Grünen abzulehnen.

(Beifall bei der CDU. — Meinsen [Grüne]: Diese Rede ist noch für das Löschpapier zu schade! — Die müßte man anderenorts verwenden! — Senff [SPD]: Für eine Jungferrede ganz gut!)

Vizepräsident Kreibohm:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Beschlußempfehlungen des Ausschusses in den Drucksachen 3922 und 3923 zustimmen will und damit die Anträge der Fraktion der Grünen in den Drucksachen 1658 und 1659 sowie den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 2986 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke.

(Zuruf: Immer dieselben! — Heiterkeit.)

Wer ist anderer Auffassung? — Danke sehr. Wer enthält sich der Stimme? — Bei einer Stimmenthaltung ist den Beschlußempfehlungen des Ausschusses entsprochen worden.

Ich hatte schon bekanntgegeben, daß wir vereinbart haben, vor der Mittagspause noch den Tagesordnungspunkt 22 zu behandeln, den ich nunmehr aufrufe:

Zweite Beratung: Verhandlungen zwischen Niedersachsen und der Freien und Hansestadt Hamburg — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/2878 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/3926

Vizepräsident Kreibohm

Für die Beratung dieses Antrages sind 30 Minuten Redezeit vereinbart worden. In der Beratung stehen folgende Redezeiten zur Verfügung: für CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, für die Grünen und die FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 2878 wurde in der 59. Plenarsitzung am 12. Juli 1984 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr überwiesen. Berichtersteller ist der Abgeordnete Rau, dem ich das Wort erteile.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Rau (FDP), Berichtersteller:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Berichtersteller ohne Redezeitbegrenzung hier vorn stehen zu dürfen, ist eine Genugtuung. Gestatten Sie mir diese Vorbemerkung.

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege, es gibt zwar keine Redezeitbegrenzung, aber eine Vereinbarung, daß Ihnen ein Achtel der Redezeit zusteht.

Rau (FDP), Berichtersteller:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt Ihnen, den Antrag der Fraktion der Grünen, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, ihre Verhandlungen mit Hamburg über eine Zustimmung zum Bau der Autobahn A 26 in Verbindung mit der Deponierung von Abfällen aus Hamburg auf niedersächsischem Gebiet nicht fortzuführen, abzulehnen.

Bereits in der ersten Beratung dieses Antrages in der 59. Plenarsitzung am 12. Juli 1984 zeichnete sich ab, daß die Vertreter der CDU, der SPD und der FDP den Antrag ablehnen würden. Das Ergebnis der Ausschußberatungen, das ich Ihnen nachfolgend kurz erläutern möchte, bestätigt dies.

Um einen aktuellen Überblick zu erhalten, haben sich die Ausschüsse für Wirtschaft und Verkehr und Häfen und Schifffahrt in gemeinsamer Sitzung am 28. November 1984 zunächst durch den Ministerpräsidenten über den Stand der Gespräche mit Hamburg unterrichten lassen. Dabei sind neben den Überlegungen zum Bau der Autobahn A 26 auch die Probleme des Amerika-Hafens in Cuxhaven, Fragen der Wasserversorgung, Fragen einer weiteren Tunnelröhre unter der Elbe in Hamburg und Möglichkeiten, Hamburg bei der

Hafenschlick- und Müllentsorgung zu helfen, erörtert worden.

Die Vertreter der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP erklärten im Ausschuß im Anschluß an diese Unterrichtung, sie sähen sich in ihrer bisherigen Ablehnung des jetzt zur Abstimmung stehenden Antrages der Fraktion der Grünen bestätigt. Nach ihrer übereinstimmenden Auffassung sei es angesichts der vielfältigen Verflechtungen zwischen Hamburg und Niedersachsen unerlässlich, gemeinsame Probleme auch gemeinsam auf dem Verhandlungswege zu lösen. Dabei sei es nur natürlich, wenn jede Seite prüfe, welche Interessen sie habe und welche Angebote dem Partner gemacht werden könnten, um zu einem gerechten Ausgleich zu kommen. Dies als den Versuch unzulässigen politischen Drucks oder gar als Erpressung zu deuten entbehre jeder Grundlage.

Der Vertreter der Grünen verdeutlichte in den Beratungen, seine Fraktion sehe es durchaus als das Ausnutzen einer Zwangslage an, wenn Niedersachsen versuche, Hamburg die Zustimmung zum Bau der A 26 dadurch abzurufen, daß es Deponieraum für den Hamburger Hafenschlick und Abfall offeriere. Dies gelte auch dann, wenn entgegen bisherigen Annahmen konkrete Deponiestandorte noch nicht besprochen worden seien.

Eine Annäherung der Standpunkte ergab sich im Zuge der Ausschußberatungen nicht. Mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP empfiehlt der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr deshalb die Ablehnung des Antrages.

Ich schließe meinen Bericht mit dem Hinweis, daß sich die mitberatenden Ausschüsse für Umweltfragen und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten diesem Votum ohne weitere Erörterung angeschlossen haben, und bitte um Annahme der Beschlußempfehlung.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich danke Ihnen für die Berichterstattung, Herr Kollege. — Erster Redner ist der Abgeordnete Fruck, dem ich das Wort erteile.

Fruck (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst muß festgestellt werden, daß die Verhandlungen zwischen Niedersachsen und der Hansestadt Hamburg, geführt durch die uns bekannten

Personen Albrecht und von Dohnanyi, insbesondere was diesen Themenbereich anbetrifft, faktisch gescheitert sind. Das wird, wenn man Presseverlautbarungen der Landesregierung Glauben schenken darf, ja auch von ihr exakt so gesehen.

(Zuruf von Senff [SPD].)

Insofern könnte man pointiert sagen: Der Antrag — und damit auch die Beschlußempfehlung — ist obsolet.

Zurück zur Sache; einige wenige kurze Bemerkungen. Ich muß zunächst einmal mit einigen Mißverständnissen aufräumen. Wir haben nie die Position vertreten, zwischen Hamburg und Niedersachsen dürfe nicht verhandelt werden. Selbstverständlich sind wir der Auffassung, daß über gemeinsam interessierende Problembereiche, nicht nur über Müll und über Schulpolitik, sondern grundsätzlich über alle Probleme, die beide Länder gemeinsam haben, nicht nur auf Chefebene gesprochen werden muß. Das hat ja auch Tradition. Ich erinnere an die gemeinsame Landesplanung Hamburg/Niedersachsen und Niedersachsen/Bremen.

Nur: Unser Begehren ging dahin — und ist ja auch faktisch erfüllt —, daß nicht mit dem Ziel verhandelt wird, einerseits Hamburger Müll in Niedersachsen deponieren zu lassen und andererseits die Zustimmung von Hamburg zum Bau der A 26 gleichsam zu erpressen.

(Zuruf von Dr. Lippelt [Grüne].)

Diese Ansicht hat sich ja mittlerweile auch in den Fraktionen der Sozialdemokraten, nicht nur im Niedersächsischen Landtag, sondern auch in der Bürgerschaft in Hamburg, durchgesetzt.

Nun zur FDP. Man kann sich einerseits nicht wortgewaltig, Herr Kollege Fischer, hier hinstellen

(Zustimmung von Dr. Lippelt [Grüne])

und sich in Sonntagsreden als Retter der natürlichen Lebensgrundlagen verkaufen und andererseits, wenn es zur Nagelprobe kommt, für den Bau der A 26 stimmen.

(Zurufe von Hirche [FDP] und von Fischer [Buxtehude] [FDP]. — Zustimmung von Dr. Lippelt [Grüne].)

Sie wissen doch, wie viele Schutzgebiete zerstört werden, wieviel natürliche Substanz, vom Schwingetal angefangen bis hin zu anderen Biotopen, die Sie kennen, zerstört wird.

(Senff [SPD]: Schwingetal ist ja wohl nicht!)

Das paßt nicht zusammen.

(Beifall bei den Grünen.)

Herr Ministerpräsident, man kann nicht, auch nicht in Analogie zur FDP, einerseits wortgewaltig erklären — dazu ein Zitat aus der Weißen Mappe 1983 —:

„Eindeutige Priorität hat heute die Sicherung der letzten Reste naturnaher Landschaft.“

— das sind Ihre Worte — und sich andererseits im Rahmen der Verhandlungen zwischen Hamburg und Niedersachsen dafür einsetzen, daß hier exakt das Gegenteil dessen, was Sie verkaufen, erreicht wird.

(Beifall bei den Grünen.)

Das paßt nun überhaupt nicht zusammen!

(Zuruf von Vajen [CDU].)

Letzte Bemerkung. Nach wie vor sind wir der Auffassung, daß es praktikable und — um Dr. Pohl zu zitieren — machbare Alternativen gibt. Das ist keine grüne Spinnerei, auch keine grüne Utopie, sondern das sind machbare Alternativen: 1. Ausbau der S-Bahn — entweder bis Buxtehude oder bis Stade. 2. Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, flankierend mit dem Ausbau entsprechender Ortsumgehungen.

Aus diesen genannten Gründen bitte ich, die Beschlußempfehlung abzulehnen und unserer Entscheidung zuzustimmen. — Danke schön.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Die nächsten Redner sind in dieser Reihenfolge der Abgeordnete Senff, der Abgeordnete Küpker und der Abgeordnete Gellersen. — Herr Kollege Senff, Sie haben das Wort!

Senff (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Worum geht es? Es geht um ein ganz schlichtes Verfahren der Abstimmung zwischen Nachbarn. Das ist das, worum es hier geht.

(Meinsen [Grüne]: Und ein dritter bleibt auf der Strecke!)

Wie im täglichen Leben wird man sich über Probleme, die man an der Grenze miteinander hat, auch miteinander unterhalten müssen. Die Hamburger, meine Damen und Herren, haben Wünsche an Niedersachsen, und die Niedersachsen haben Wünsche an die Hamburger. Die Hamburger wollen von uns, daß wir ihnen bei der Müllentsorgung helfen. Wie ich meine, äußern sie diesen Wunsch auch zu Recht, denn sie kön-

Senff

nen ihre Müllprobleme innerhalb ihrer Fläche selbstverständlich nicht in Ordnung bringen. Für mich ist das nichts anderes als eine normale nachbarschaftliche Hilfe zwischen zwei Bundesländern, die auch durch den Föderalismus mit begründet ist. Selbstverständlich sind nachbarschaftliche Hilfe und Zusammenarbeit keine Einbahnstraße. Es kann und darf nicht so sein, daß Niedersachsen in jeder Situation Hilfe leistet und Hamburg nicht. — Ich komme gleich noch darauf zu sprechen.

(Zuruf von Meinsen [Grüne].)

Darüber hinaus haben die Hamburger den dringenden Wunsch, eine vierte Röhre für den Elbtunnel zu bekommen. Daran haben wir sogar ein begrenztes eigenes Interesse; zumindest haben wir überhaupt nichts dagegen. Aus unserer Sicht ist hier aber eine niedersächsische Unterstützung nur dann zu gewähren, wenn dadurch gleichzeitig deutlich wird, daß die Hamburger uns umkehrt auf anderen Ebenen entgegenkommen.

(Beifall bei der SPD. — Dr. Hruska [FDP]: So muß das auch sein! — Dr. Stratmann [CDU]: So ist das völlig richtig!)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen hat auch Interessen. Wir haben das dringende Interesse, den Amerikahafen in Cuxhaven nicht weiter verkommen, nicht weiter brachliegen zu lassen, sondern ihn in die wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt einzubeziehen, was auch dringend notwendig ist. Das weiß jeder, der die wirtschaftliche Situation in diesem Gebiet kennt. Dieser Hafen verkommt, und Hamburg weigert sich, hier zu Lösungen zu kommen, die ich einmal mit „Kooperation“ umschreiben will. Das ist nicht gerade sehr nachbarschaftsfreundlich. Sie wollen uns diesen Hafen auch nicht verkaufen, weil sie dann jegliche Einflußmöglichkeit verlieren würden. Das verstehe ich. Aber Kooperation in diesem Bereich ist ein minimaler Wunsch an die Hamburger. Dieser Wunsch ist zu erfüllen, wenn man uns auf der anderen Seite wiederum etwas abverlangt, was uns weh tut — das habe ich vorher beschrieben. Kooperation heißt — das will ich hier ganz deutlich sagen —: Es kann nicht so sein, daß wir die Hamburger fragen müssen, was wir tun dürfen, und daß alles das, was wirtschaftlich interessant ist, den Niedersachsen in Cuxhaven verboten wird. Es kann auch nicht so sein, daß alles das, was die Hamburger schützt, uns verboten wird, und daß umgekehrt nur das, was wirtschaftlich uninteressant ist, den Niedersachsen erlaubt wird.

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stratmann?

Senff (SPD):

Aber gern!

Dr. Stratmann (CDU):

Herr Kollege Senff, es klingt sehr vernünftig, was Sie heute sagen.

Senff (SPD):

Das ist immer so bei mir!

(Beifall bei der SPD. — Heiterkeit.)

Dr. Stratmann (CDU):

Habe ich Sie richtig verstanden, daß das Verhalten der Hamburger in der Frage des Amerikahafens heute sogar der SPD in Niedersachsen peinlich ist?

Senff (SPD):

Das hat mit Peinlichkeit überhaupt nichts zu tun! Die Hamburger vertreten ihre Interessen, wir vertreten unsere.

(Beifall bei der SPD. — Küpker [FDP]: Das macht ihr im Moment ganz gut!)

— Ja, wir machen das öfter ganz gut!

(Zuruf von Auditor [SPD].)

Deshalb sind wir ja sehr dafür, daß wir diesen Interessenausgleich und das Miteinanderreden über unterschiedliche Interessen weiter fortführen.

Meine Damen und Herren! Außer dem Amerikahafen — Zusammenarbeit dort: ja; Unterwerfung wirtschaftlicher Art: absolut nein — gibt es einen zweiten wichtigen Punkt für Niedersachsen. Wir haben große, große Verkehrsprobleme zwischen Hamburg und Stade. Das ist alles das, was unter dem Stichwort „A 26“ diskutiert wird. Ich glaube, es gibt niemanden in diesem Hause, der nicht die Lösung dieser Verkehrsprobleme fordert.

(Beifall bei der SPD.)

Ich glaube, auch die Grünen werden und müssen akzeptieren, daß für die Verkehrssituation zwischen Hamburg und Stade etwas geschehen muß. Das haben sie ja eben auch gesagt.

Es ist nur die Frage, was wir dort tun und wie wir das tun, und in diesem Punkt, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung — so glaube ich — keine sehr glückliche Politik betrieben. Wir haben in der Vergangenheit mehrfach gefor-

dert, auch für die Bevölkerung in dem Raum dort oben, alternative Untersuchungen — eben für verschiedene Vorschläge — anzustellen. Uns wurde immer gesagt: Aber liebe Sozialdemokraten — „lieb“ nicht, aber: Sozialdemokraten —, das haben wir doch alles schon im Vorfeld gemacht; das müssen wir doch nicht noch einmal machen. — Nun erfahren wir, meine Damen und Herren, daß die Landesregierung genau zu diesen Fragen der Verkehrsführung und der Umweltbelastung einer neu zu bauenden A 26 neue Untersuchungsaufträge an zwei Büros in Düsseldorf und Hannover vergeben hat. Diese Büros sollen genau die Frage der Verkehrspolitik in dem Raum dort oben und die Umweltbelastung durch die neu zu bauende A 26 untersuchen!

(Zuruf von Fruck [Grüne].)

An diesem Punkt, meine Damen und Herren, sagen wir folgendes: Es ist ja wohl Irrsinn, erneut solche Fragen untersuchen zu lassen und schon im Vorwege zu sagen: Wir bauen die A 26. — Wir sagen statt dessen: Wir warten die Untersuchungen, die die Landesregierung — nicht wir — in Auftrag gegeben hat und die ungefähr im August dieses Jahres vorliegen werden, ab und werden dann unsere Entscheidung über eine neu zu bauende, wie auch immer geartete A 26 oder über einen Ausbau der B 73 mit Ortsumgehung oder über eine andere Trassenführung fällen, also erst dann, wenn die von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Untersuchungen vorliegen. — Wir denken, es ist auch ein sinnvolles Verfahren, das, was man untersuchen läßt, nicht schon im Vorwege zu beschließen.

Meine Damen und Herren! Wir sind sicher, daß es zwischen Niedersachsen und Hamburg eine Menge Probleme zu bereden gibt. Wir sind sicher, daß wir als Nachbarn auch unterschiedliche Standpunkte verhandeln können, weil jeder vom anderen profitieren kann. Die Hamburger können von uns profitieren, wir können ihnen helfen, und die Hamburger können uns helfen, und wir können von ihnen profitieren. Ich glaube, daß so auch eine Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern aussehen muß. Von daher werden wir der Ausschußempfehlung zustimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich rufe jetzt die Wortmeldung des Abgeordneten Küpker auf.

Küpker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist von dieser Stelle aus oft genug gesagt worden — ich will es dennoch wiederholen —, daß die norddeutschen Länder in einem Boot sitzen. Wir haben die Zusammenarbeit mit Hamburg und mit Bremen über die gemeinsame Landesplanung, aber es gibt noch viele andere Dinge, die länderübergreifend eben auch landesplanerisch bewältigt werden müssen. Zusammenarbeit heißt: Geben und nehmen. Jedes Land — das wissen wir — hat seine speziellen Interessen. Niedersachsen blickt auf Cuxhaven, Niedersachsen blickt insbesondere auf die A 26. Herr Kollege Fruck, Ihre Bemühung, nun hier die FDP-Fraktion sozusagen auseinanderzudividieren, muß scheitern, weil wir uns nämlich in dieser Position einig sind. Wir haben erst kürzlich beschlossen: Die A 26 muß gebaut werden.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Wörtlich heißt es in unserem Beschluß — ich möchte das hier zitieren, damit es im Protokoll erscheint —:

„Aus verkehrs- und strukturpolitischen Gründen ist eine Verbesserung der Verkehrssituation zwischen Hamburg und Cuxhaven dringend geboten. Aus verkehrspolitischen Gründen, aber auch aus Umweltschutz- und Kostengründen hält die FDP-Landtagsfraktion nach bisherigem Erkenntnisstand den Bau einer Autobahn ... bis in den Raum Stade für eine bessere Lösung als einen Ausbau ... der Bundesstraße B 73.“

Später heißt es dann in dem Beschluß:

„Ungeachtet dieser grundsätzlichen Einschätzung begrüßt es die Landtagsfraktion jedoch, daß Gutachten über eine Optimierung der Linienführung unter besonderer Berücksichtigung des Natur- und Umweltschutzes eingeholt und dabei auch Varianten zur jetzigen A 26-Planung untersucht werden. Die FDP-Landtagsfraktion hält es für selbstverständlich, daß bei der genauen Trassierung der A 26 und der B 73 dem Naturschutz weitmöglichst Rechnung getragen wird.“

Das ist, glaube ich, eine ganz klare Position, die durch die Zügigkeit des Verkehrs, durch das Unfallgeschehen, durch die verkehrliche Situation, wie wir sie tagtäglich auf der B 73 beobachten, sowie durch städtebauliche Aspekte und durch Gesichtspunkte des Naturschutzes, aber auch der wirtschaftlichen Entwicklung für diesen Raum be-

Küpker

gründet ist. In dieser Sache gibt es also ganz klare niedersächsische Interessen.

(Fruck [Grüne]: Paßt das zur Staatszielbestimmung?)

Auf der anderen Seite hat Hamburg Probleme mit dem Verkehr. Wir unterstützen sinngemäß das, was der Kollege Senff hier für die SPD vorgebracht hat. Man sollte sich weiter darüber unterhalten. Hamburg hat auch Probleme mit dem Müll. Aber Hamburg darf nicht nur sich selbst sehen. Hamburg muß die Zusammenarbeit suchen. Zwangslagen, wie Hamburg sie für sich geltend macht, könnten auch wir für Niedersachsen geltend machen. In einer solchen Verhandlungssituation — das ist für uns völlig klar — schnürt man Pakete und versucht, so zu einem Interessenausgleich zu kommen.

Wir sind zuversichtlich — die Verhandlungen sind nicht gescheitert —, weil der Hamburger Bürgermeister gesagt hat, unter vernünftigen Leuten gebe es auch vernünftige Lösungen. Aber die Grünen wollen, daß Hamburg den Müll los ist,

(Meinsen [Grüne]: Wir wollen nicht, daß Dritte, Unbeteiligte auf der Strecke bleiben!)

aber wir eine A 26 für die Region nicht bekommen.

(Fruck [Grüne]: Wieder nicht zugehört!)

In diesem Sinne ist unser Antrag zu verstehen. Die FDP-Fraktion unterstützt die Verhandlungsposition der Landesregierung. Wir wollen vernünftige Lösungen und ein vernünftiges Miteinander.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Abgeordneter Gellersen, ich erteile Ihnen das Wort.

Gellersen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab mit Zufriedenheit feststellen, daß schon der Bericht die Einigkeit dreier Fraktionen deutlich gemacht hat und daß die Ausführungen der Kollegen Senff und Küpker dies im wesentlichen weiter unterstrichen haben.

Für die CDU-Fraktion darf ich hinzufügen: Auch wir halten einen Fortgang der Verhandlungen für

notwendig. Herr Fruck, Sie haben hier ausgeführt, die Verhandlungen seien gescheitert,

(Fruck [Grüne]: In diesem Bereich!)

und angegeben, Ziel der Verhandlungen sei eine Deponierung von Hamburger Müll in Niedersachsen. Ich meine, daß nie davon gesprochen worden ist, daß eine Deponierung Hamburger Mülls in Niedersachsen Verhandlungsziel ist.

(Fruck [Grüne]: Doch, das habt ihr doch im Ausschuß gesagt!)

— Herr Fruck, dies ist nie als niedersächsisches Ziel dargestellt worden. Wir als Niedersachsen haben andere Wünsche und andere Ziele. Wir sind nur bereit und müssen meines Erachtens bereit sein, über Hamburger Wünsche zu reden, wobei man Hamburger Wünsche nicht als unser Ziel darstellen kann. Darüber sind wir uns hoffentlich einig.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Senff, Sie haben eben unterschiedliche Ansichten zum weiteren Vorgehen in Sachen A 26 angeführt. Lassen Sie mich dazu folgendes anführen: Die Landesregierung hat zwar gesagt, daß die A 26 gebaut wird, aber noch nicht, wo und wie.

(Fruck [Grüne]: Doch! Natürlich! Die Planfeststellung steht doch schon!)

Wenn die Untersuchungen abgeschlossen sein werden, werden wir darüber reden und uns darüber einigen, wie und wo gebaut wird.

(Senff [SPD]: So klingt das besser! — Fruck [Grüne]: Der Planfeststellungsbeschluß ist doch längst draußen! — Gegenruf von der CDU: Schreien Sie doch nicht immer dazwischen!)

— Herr Fruck, ich bitte Sie, sich ein bißchen zu mäßigen. Sie sollten sich einmal vorstellen, wie dieses Haus aussähe, wenn sich alle 171 Kollegen so verhielten wie Sie.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD. — Fruck [Grüne]: Sie müssen auch bei der Sache bleiben! — Heiterkeit.)

— Ja, ich bin bei der Sache.

Ich möchte noch einige Worte zu der Frage hinzufügen, wie diese Dinge im Hamburger Umland zu sehen sind. Ich bitte Sie, mir abzunehmen, daß es dort noch manches andere an gemeinsamen oder auch gegensätzlichen Interessen zwischen Hamburgern und Niedersachsen gibt. Wir als die dort Verantwortlichen haben zwar in einzelnen Bereichen eine eigene Verhandlungsmöglichkeit. Es gibt — lassen Sie mich eines der Beispiele anführen — Verhandlungen über ein Mu-

seumsdorf in diesem Bereich. In dieser Sache ist der Landkreis ein akzeptabler Partner für die Hansestadt Hamburg. Es gibt darüber hinaus aber Dinge, bei denen die Bundesländer miteinander verhandeln müssen, weil diese Dinge über den Entscheidungsbereich der Kommunen hinausgehen. Wir wünschen deshalb auch aus örtlicher Sicht den Fortgang der Verhandlungen. Wir wünschen uns aber darüber hinaus, daß den örtlichen Partnern — das können sowohl Randgemeinden als auch Landkreise sein — der eigene Spielraum belassen bleibt und daß die Verhandlungen landesseitig in möglichst engem Kontakt geführt werden, um so die Interessen des Randbereichs vielleicht in stärkerem Maße zu vertreten, als das sonst aus der Sicht von weiter her möglich ist.

Abschließend darf ich sagen, daß die CDU-Fraktion den Fortgang der Verhandlungen wünscht.

(Beifall bei der CDU. — Fruck [Grüne]: Auf dem Kreisparteitag ist das Gegenteil beschlossen worden!)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren! Die Beratungen sind mit diesem Redebeitrag abgeschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3926 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 2878 ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Danke. Wer enthält sich? — Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen, wie es der Ausschuß empfohlen hat.

Meine Damen und Herren, vor Beginn der Mittagspause, also jetzt gleich gegen 13 Uhr, wird der polnische Moniuszko-Chor in der Wandelhalle ein Ständchen von 15 Minuten Dauer geben. Er gibt eine Viertelstunde vor Wiederbeginn unserer Beratungen, also von 14.45 Uhr bis 15 Uhr, ebenfalls ein Ständchen. Vielleicht tut es gerade nach dem, was wir hier in der letzten Zeit erlebt haben, Ihren Ohren ganz gut, dem Chor einmal zu lauschen.

(Beifall.)

Dieser Chor hält sich zur Zeit in Hannover auf, wo er zusammen mit der Singakademie Hannover am 9. März im Funkhaus Hannover den „Messias“ von Händel aufführen wird. Ich glaube, wir dürfen diesem Chor einen guten Aufenthalt und ein erfolgreiches Konzert wünschen.

(Beifall.)

Die Sitzung ist unterbrochen bis 15 Uhr. Wir setzen sie dann fort mit der Großen Anfrage der Fraktion der SPD zum Thema „Neue Armut“ in Niedersachsen.

Unterbrechung: 12.47 Uhr.

Wiederbeginn: 15.01 Uhr.

Vizepräsident Bosse:

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wir setzen die für die Mittagspause unterbrochenen Beratungen fort. Wir kommen jetzt zu Punkt 18 der Tagesordnung:

„Neue Armut“ in Niedersachsen — Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 21.1.1985 — Drs 10/3767

Für die Beratung dieser Großen Anfrage stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung. Die Begründung kann bis zu siebeneinhalb Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen dann folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu 15 Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu siebeneinhalb Minuten.

Die Begründung der Großen Anfrage erfolgt durch den Kollegen Dr. Riege, dem ich das Wort erteile.

Dr. Riege (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den meisten von uns erscheinen Berichte über Hunger in einem der reichsten Länder der Erde kaum glaubhaft: Ein Mensch ohne festen Wohnsitz erleidet den Kältetod. — Eine Berliner Rentnerin sagt in den „Tagesthemen“: Entweder kommt nichts auf den Tisch, und ich kann drei Zentner Kohle kaufen, oder ich esse, dann bleibt der Ofen kalt. — Ein Oberbürgermeister schildert, wie die Folgen der Arbeitslosigkeit im Stadtbild seiner Stadt sichtbar werden: geflickte Sachen, kaputte Schuhe, Bettler.

Vermehrt klagen arbeitslose Familienväter auch in unseren Sprechstunden — ich denke, die CDU-Kollegen werden mir darin zustimmen —: kein Geld für Fleisch, Milch, Obst, kein Geld für Medikamente und — in diesem Winter besonders hart — nicht genügend Geld für Öl und Kohle.

(Lindhorst [CDU]: Stimmt nicht! Das zahlt die Sozialhilfe!)

— Sie sagen: „Stimmt nicht.“ Wenn zwei niedersächsische Energieunternehmen erklären, Arbeitslosigkeit und Armut seien die Hauptursache

Dr. Riege

für die zunehmende Sperrung von Strom und Gas, dann werde ich das schon als Alarmzeichen, und ich meine, Herr Lindhorst, da ist schon etwas dran.

(Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: Alarmzeichen ja, aber es stimmt nicht so!)

Auch ich selbst empfinde es immer wieder als Anfechtung — muß ich Ihnen ehrlich sagen —, wenn ich Menschen sehe, die sich an den Wärmeschächten der Kaufhäuser wärmen, Ebenso macht es mich betroffen zu hören, daß die niedersächsischen Ortskrankenkassen sagen, die Zahl der sogenannten Härtefälle sei von 1983 bis 1984 auf das Doppelte gestiegen. Auch die Zahl der Empfänger von Sozialhilfe und Hilfe zum Lebensunterhalt — wir haben das heute in der „HNP“ gelesen — steigt steil an.

Daran erkenne ich, daß Fragen der Sozialmoral und Fragen des sozialen Anstandes in unserem Hause stärker als bisher angesprochen werden müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Hierbei, verehrte Kollegen von der CDU, stimme ich ausdrücklich zwei maßgeblichen CDU-Politikern zu. Damals in der Opposition sagte der jetzige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

„Wie breit muß eigentlich Armut sein, um als verbreitetes Elend anerkannt zu werden!“

Er fuhr dann fort:

„Wenn die Grenzen des Sozialstaates zurückverlegt werden, sind es die Armen, die ins Abseits geraten.“

Der Abgeordnete Geißler meinte:

„Unsere Armen sind nicht in Indien arm, sie sind es hier und jetzt.“

Leider klingt das heute aus dem Lager der Regierenden anders. Heute ist Minister Blüm dagegen, daß von diesem Thema gesprochen wird.

(Lindhorst [CDU]: Das stimmt auch nicht!)

Unser Ministerpräsident Albrecht behandelt dies bekanntlich — Herr Lindhorst, Sie haben das gehört — unter der Überschrift „Restgröße“.

(Frau Pistorius [SPD]: Er ist ja auch gar nicht da! — Lindhorst [CDU]: Herr Ravens auch nicht!)

Damals, in den Jahren 1975/76, ging es in der Mannheimer Erklärung der CDU mehr um Kampfbegriffe und angenommene Zahlen, insbesondere im Hinblick auf psychosoziale Faktoren und unter der Überschrift „Organisierte ge-

gen Nichtorganisierte“. Heute hingegen sprechen die realen Zahlen eine beängstigende Sprache. Ohne daß ich mich jetzt auf die Begriffsdefinition und die Streitigkeiten über absolute, verdeckte, regulierte und nichtregulierte Armut einlassen möchte, steht doch folgendes fest: In der Bundesrepublik Deutschland beziehen 2,4 Millionen Menschen Sozialhilfe, davon etwas mehr als 1 Million Hilfe zum Lebensunterhalt. Darüber hinaus rechnet der Deutsche Gewerkschaftsbund mit 1 Million Menschen, die nicht mehr zu Sozial- oder Arbeitsämtern gehen, und zwar zum Teil deshalb nicht, weil sie kein Vertrauen in den Sozialstaat haben, zum Teil aber auch deshalb nicht, weil sie die Bürokratie langsam satt sind, und zum Teil auch deshalb nicht, weil sie sich ihr Geld auf andere Weise verdienen.

(Dr. Hruska [FDP]: Dann sind sie aber nicht arm!)

Wenn ich die 1 Million Nichtleistungsempfänger bei den Arbeitsämtern hinzurechne, dann ist die Zahl von 1,8 Millionen, die ich genannt habe, schon richtig.

Dazu kommen noch 3 Millionen Menschen mit niedrigen Einkommen, die nur 15 % über dem Sozialhilfesatz liegen. Wir wissen weiter: Seit der Wende ist die Zahl der Arbeitslosen von 1,8 Millionen auf 2,6 Millionen gestiegen. Davon erhalten 35 % Arbeitslosengeld, 27 % Arbeitslosenhilfe. Im Jahre 1981 lauteten die Zahlen noch — das hat der Sozialminister in seiner Antwort ja bestätigt —: 50 % bzw. 12 %. Das heißt, die Struktur der Leistungsempfänger hat sich in Richtung der Arbeitslosenhilfeempfänger erheblich verschoben. Nach unserer Rechnung sind außerdem 940000 Arbeitslos ohne Leistungen; nach der Rechnung der Bundesregierung sind es immerhin 600000. Wenn der Sozialminister in seiner Antwort sagt, daß die verdeckte Armut nicht allein auf die Arbeitslosigkeit, sondern auch auf andere Gründe zurückzuführen sei, stimmt das natürlich nicht ganz; denn auch das Arbeitslosengesetz, also das Bundesgesetz zur Arbeitsförderung, ist geändert worden. Durch längere Sperrfristen, durch Wartezeitverlängerung, durch Herausrechnung von Einkommensteilen, durch schärfere Voraussetzungen und niedrigere Sätze

(Dr. Hruska [FDP]: Längeres Arbeitslosengeld!)

ist das Arbeitslosengeld von 68 % auf heute faktisch 60 % des Nettoentgeltes gefallen, und die Arbeitslosenhilfe ist von 58 % auf faktisch 50 % abgesunken.

(Zurufe.)

— Nein, ein Irrtum; Sie dürfen nicht die Sätze, die im Gesetz stehen, zugrunde legen, sondern Sie müssen das berücksichtigen, was damals faktisch als Nettoarbeitsentgelt angerechnet wurde, und dann müssen Sie die Einkommensteile abziehen, die inzwischen durch den Sozialabbau herausgerechnet worden sind.

(Beifall bei der SPD.)

Besonders alarmierend ist auch die Zahl der Dauerarbeitslosen. Diese Zahl ist nach der Wende von 300 000 auf 700 000 gestiegen. Das führt natürlich auch dazu, daß immer mehr Arbeitslosenhaushalte Sozialhilfe beziehen. Nach einer von uns angestellten Berechnung sind es in der Bundesrepublik Deutschland mindestens 235 000 Haushalte und nicht nur 93 000, wie es die Bundesregierung sagt, denn in der Zahl 93 000 sind nur die Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe enthalten, die nebenher Sozialhilfe beziehen. Es sind aber nicht die Arbeitslosenhaushalte erfaßt, die ausschließlich Sozialhilfe beziehen. Daher ist die Zahl 230 000 bis 250 000 eher richtig als die Zahl 93 000.

Die geringen Veränderungen beim Leistungsbezug für ältere und die Wiedereinführung des Kindergeldes für junge Arbeitslose können über diesen allgemeinen Tatbestand der Armut durch Dauerarbeitslosigkeit nicht hinwegtäuschen, so sehr — das will ich hier sagen, Herr Lindhorst; das stand auch in der Antwort — diese beiden Maßnahmen von uns begrüßt werden. Wir halten diese Maßnahmen für richtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der gesamte Sozialabbau in den Jahren 1983 und 1984 hat so große Löcher in die Familienhaushalte der Kleinverdiener gerissen — beim BAföG, bei den Renten und sogar bei der Sozialhilfe selbst —, daß wir eben doch von einer Umverteilung von unten nach oben sprechen müssen. Hierzu gibt es zwei Rechnungen, die mir vorliegen, von der ÖTV und der IG Chemie. Sie beweisen sich immer mehr. Allein in drei Jahren sind 210 Milliarden DM von unten nach oben, also zu Lasten der Kleinverdiener und zugunsten der Großverdiener, umverteilt worden. Das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer sank 1983 gegenüber dem Vorjahr um 0,9 %, 1984 noch einmal um 0,5 %.

Ich halte es daher für zutreffend, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Reichsbund und der VdK gemeinsam eine Erklärung herausgeben, in der es heißt:

„Durch den Sozialabbau der vergangenen Jahre und durch die Ausgrenzung ohnehin benachteiligter Personengruppen aus dem

Sicherungssystem wurde eine neue Armut geschaffen. Die Erfinder des Neidsteuerbegriffes bzw. deren Klientel wurden hingegen mit Milliardengeschenken bedacht.“

Dies ist wohl eine zutreffende Beschreibung der Situation.

(Beifall bei der SPD. — Dr. Remmers [CDU]: Herr Riege, Herr Riege! — Weitere Zurufe von der CDU.)

In der Sozialhilfe selbst verschlechtert sich der Warenkorb aus dem Jahre 1970. Die reale Lage der Sozialhilfeempfänger wird dadurch weiterhin eingengt. Dazu kommen Einengungen und Verschlechterungen bei der Bekleidungshilfe, der Heizungshilfe und der Miethilfe im kommunalen Bereich.

Ich mache jetzt nicht den Kommunen den Vorwurf, die möglicherweise dazu gezwungen sind, die kommunalen Kataloge für diese Hilfen einzuschränken, weil mir natürlich klar ist — mein Kollege Silkenbeumer wird noch davon sprechen —,

(Gansäuer [CDU]: Auch das noch!)

daß die neue Armut nicht nur eine Armut der Dauerarbeitslosigkeit ist, sondern daß die neue Armut auch eine Armut der Städte und Gemeinden und der Kommunen insgesamt bedeutet.

Die SPD übertreibt daher, meine ich, nicht,

(Stock [CDU]: Sie übertreibt immer, zumindest dann, wenn Riege spricht!)

wenn sie von 3 Millionen Armen und 3 Millionen relativ Armen in unserem Land spricht. Sie übertreibt nicht, wenn sie 20 % der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland auf der Schattenseite der Gesellschaft sieht.

(Schwenke de Wall [CDU]: Da können Sie mal sehen, was 13 Jahre SPD-Verantwortung in Bonn ausmachen! — Gegenrufe von der SPD.)

Wenn das wirklich eine Übertreibung wäre, dann hätte nicht heute im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ gestanden — Entschuldigung, es war nicht heute, sondern das Datum ist der 10. März 1985 —,

(Dr. Hruska [FDP]: Wir haben doch erst den 7. März!)

daß 2,6 Millionen Erwerbslose, ein Drittel davon dauerarbeitslos, etwa 2,5 Millionen Sozialhilfeempfänger und schätzungsweise 2 Millionen Rentner vorhanden sind, die unter dem Existenzminimum leben. In diesem Artikel, der eigentlich sehr Kohl-freundlich, sehr regierungsfreund-

Dr. Riege

lich ist, muß ich sagen, wird dann aber doch gesagt: Das sind alarmierende Nebenkosten der Sparpolitik, über die eine reiche Industriegesellschaft nicht einfach optimistisch — hier ist die Optimismuskampagne der CDU angesprochen — hinweggehen darf.

(Beifall bei der SPD.)

Wir dürfen auch dies nicht geringachten. Dauerarbeitslosigkeit gefährdet ein Stück menschlicher Existenz. Sie geht oft mit Überschuldung, Alkoholismus, Familienzerrüttung, Hoffnungslosigkeit und Zukunftsangst einher. Schuldgefühle treten auch auf — das muß ich Ihnen leider sagen —, wenn z. B. ein Abgeordneter im Fernsehen und damit öffentlich erklärt — ich zitiere —: „Wenn einer arbeitsfähig ist, beschaffe ich ihm Arbeit; er muß aber wollen.“

(Engelhardt [SPD]: Wer war das?)

— Das war ein CSU-Abgeordneter aus Bayern. — Ich sage, es ist eine schlimme Auferstehung dieser „sozialen Hängematte“, mit der einst FDP-Minister in der sozial-liberalen Zeit den Sozialstaat diffamiert haben.

(Beifall bei der SPD.)

Das zuständige Institut der Bundesanstalt für Arbeit hat ermittelt: 50 % der Arbeitslosen empfinden Isolation, Zukunftslosigkeit, Frustration und ein sozial schlechtes Image für sich, 25 % der befragten Arbeitslosen fällt es nicht leicht, im Freundeskreis oder bei Bekannten von ihrer Arbeitslosigkeit zu sprechen. Auch die Selbstmordrate ist bei den Arbeitslosen höher als im Durchschnitt der Gesellschaft.

Dies alles, so meine ich, sollte uns schon an die Nieren gehen. Da die Einbringung nicht zu lange dauern soll, will ich nun noch kurz sagen, was die SPD in Niedersachsen mit ihrer Anfrage erreichen möchte.

(Hampe [CDU]: Polemik!)

Sie will — so sage ich zusammenfassend — erstens dazu beitragen, allen Arbeitslosen die noch immer vorhandene gesellschaftliche Stigmatisierung zu nehmen. Sie will zweitens verlässliche Zahlen und regionale Schwerpunkte für den Bereich Niedersachsen. Sie will drittens — das scheint mir jedenfalls für uns wichtig zu sein — die eigenen Anträge zu einem Sozialpaket mit dem Ziel der Abfederung der Arbeitslosigkeit untermauern. Es sind dies unsere Anträge auf Fortfall von Überstunden und Mehrarbeit zugunsten neuer Stellen, unsere Anträge auf Unterstützung zur Gründung von Beschäftigungsgesellschaften, unsere Anträge auf Verbesserung der Arbeitsbe-

schaffungsmaßnahmen, unsere Anträge auf Schaffung von Werkstätten, Jugendwerkstätten, Arbeitsloseninitiativen und Arbeitslosenzentren. Ich meine, daß es für uns besonders wichtig ist — dies sollte doch einmal hervorgehoben werden —, daß wir viertens die Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe wieder auf den alten Stand anheben. Auch dafür liegt ein Antrag von uns vor.

Uns geht es hierbei nicht darum, etwa nach der Sonthofen-Strategie zu verfahren nach dem Motto, es muß ein mieses Klima in der Gesellschaft herrschen,

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Das machen Sie doch! — Weitere Zurufe)

und die Opposition muß das verbreiten. Dies ist nicht meine Absicht. Aber eines, werter Herr Rau und werter Herr Hildebrandt, muß ich schon sagen: Die Optimismuskampagne der CDU und der Bundesregierung muß aus der Traumwelt in die Wirklichkeit geholt werden. So geht das nicht weiter.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Wir wollen mit unseren Anträgen erreichen, daß das nicht so bleibt und daß ein Stück von dieser neuen Armut auch in Niedersachsen wieder aufgefangen wird. Auch aus der Opposition geben wir unsere Bereitschaft dazu bekannt und machen deutlich, daß wir die Maßnahmen, die die Landesregierung zur Abfederung von Arbeitslosigkeit und insbesondere von Dauerarbeitslosen unternimmt, unterstützt werden. Wir rechnen damit, daß zumindest die CDU und die Grünen auch unsere darüber hinausgehenden Anträge unterstützen werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Wir hören jetzt den Sozialminister.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt eine Reihe von Versuchen, den Begriff Armut zu definieren. In der seit Jahrzehnten auch in der Bundesrepublik angestellten Armutsforschung besteht weitgehend Einigkeit, daß darunter nicht nur das physische Existenzminimum zu verstehen ist, sondern daß auch andere Faktoren wie beispielsweise die zur Verfügung stehenden Gesundheits- und Sozialeinrichtungen bei der Analyse berücksichtigt werden müssen. Unbestritten ist auch, daß ein Existenzminimum

je nach Gesellschaft unterschiedlich ist. Was bei uns als Existenzminimum angesehen wird, kann in Ländern der dritten Welt als durchschnittlicher, ja sogar als höherer Lebensstandard angesehen werden.

In der Bundesrepublik wird die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz zunehmend als Armutsgrenze bezeichnet. Wer mit seinem Einkommen unter den Leistungen der Sozialhilfe liegt, wird als arm definiert. Das bedeutet gleichzeitig: Die Empfänger von Sozialhilfe gelten in der Armutsforschung nicht als arm. Die Leistungen der Sozialhilfe verhindern, daß Armut überhaupt entsteht.

(Campen [Grüne]: Ich war Sozialhilfeempfänger; das müssen Sie erst einmal sein!)

Eine im Jahre 1981 unter der Verantwortung der Frau Bundesminister Antje Huber vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit herausgegebene Studie führt dazu aus:

„Die Zahl der Haushalte mit Empfang von Hilfe zum Lebensunterhalt gibt somit auch die Größenordnung der Bevölkerungsgruppe an, die nach den Berechnungen ‚absoluter Armutquoten‘ gerade nicht mehr zum Armutspotential gehören ...“

Diese Grenzziehung ist nicht unbedenklich. Dagegen spricht bereits, daß sie zu einem widersinnigen Ergebnis führt. Eine Erhöhung der Sozialhilfeleistungen würde nämlich zu einer Vergrößerung des Armutspotentials führen, weil die damit verbundene Anhebung der Armutsgrenze mehr Menschen zu Armen definiert. Mehr Sozialleistungen würden somit mehr Arme bedeuten. Hinzu kommt, daß die Lebensumstände der Sozialhilfeberechtigten sehr unterschiedlich sein können und die gesetzlichen Regelungen der Sozialhilfe Teile des Vermögens schützen.

(Zurufe von Bruns [Reinhausen] [SPD] und Dr. Lippelt [Grüne].)

So ist unzweifelhaft, daß ein Sozialhilfeempfänger, dem ein eigenes Haus im Eigentum verbleibt, nicht als arm bezeichnet werden kann. Für einen Betroffenen, der von Familienangehörigen unterstützt wird, ist die Situation ganz anders als beim Alleinstehenden, der weder Hilfe von anderen erhält noch sein Einkommen selbst aufbessern kann.

Die Landesregierung läßt keinen Zweifel daran, daß viele Sozialhilfeempfänger in schwieriger Situation leben. Sie hat deswegen gerade für Alleinstehende mit einem Kind und für ältere Sozialhilfeempfänger eine Bundesratsinitiative zur

Erhöhung der Sozialhilfeleistungen ergriffen. Weder für das Bundesgebiet noch für Niedersachsen liegen genau Daten über die Zahl der Haushalte vor, deren Einkommen unter den Regelsätzen der Sozialhilfe liegen. Die Schätzungen über diese Dunkelziffer weichen extrem voneinander ab. Sie reichen von 10 % der Gesamtzahl der tatsächlichen Sozialhilfeempfänger bis hin zu 48 %. Es gibt aber Hinweise, daß gerade bei größeren Familien die Erwerbstätigkeit eines Haushaltsmitglieds nicht ausreicht, um ein Einkommen zu erzielen, das über dem Sozialhilfeniveau liegt. Für diese Aussage spricht ein Vergleich der Regelsätze nach dem BSHG mit den Tarifverträgen im Bereich niedriger Löhne und Gehälter.

Die Sozialhilfeleistungen betragen beispielsweise bei einem arbeitslosen Ehepaar mit zwei Kindern im Alter von neun und zehn Jahren im Durchschnitt rund 1966 DM pro Monat. Nach den geltenden Tarifverträgen hat ein Verkäufer im Einzelhandel selbst nach mehreren Berufsjahren inklusive Kindergeld und Wohngeld ein monatliches Gesamteinkommen von 1600 DM.

(Frau Lewandowsky [SPD]: Die Rentenversicherung dürfen Sie nicht vergessen und das Kindergeld!)

Das sind 366 DM weniger. Ein Friseurangestellter hat unter den gleichen Voraussetzungen rund 1671 DM, ein Textilarbeiter 1752 DM. Im Einzelhandel und im Friseurhandwerk sind in Niedersachsen über 308000 Mitarbeiter beschäftigt. Das sind rund 15 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Sozialhilfestatistik läßt eine Tendenz dahingehend erkennen, daß die Bezieher von geringem Erwerbseinkommen zunehmend Sozialhilfeansprüche realisieren. So haben 1980 in Niedersachsen 4759 Haushalte wegen zu geringen Erwerbseinkommens ergänzend Sozialhilfe beantragt. 1983 waren es schon 6362 Haushalte.

Meine Damen und Herren! Ich will damit weder die Höhe der Sozialhilfeleistungen noch die Höhe der Tarifabschlüsse bewerten. Ich muß aber davor warnen, alles in einen Topf zu werfen, um den Eindruck von Armut zu erzeugen.

(Zustimmung von Lindhorst [CDU].)

Wir sind relativ arm an Wissen über die Armut. Aber wir werden offenbar zunehmend reicher an politischem Zweckpessimismus,

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Dr. Hruska [FDP])

Schnipkoweit

der den Menschen neue Verelendungstheorien einreden will.

(Scheibe [SPD]: Unverschämtheit! — Zuruf von der CDU: Herr Scheibe, das stimmt doch!)

Wer so undifferenziert mit dem Begriff „Neue Armut“ umgeht wie derzeit die SPD, stempelt bundesweit Millionen von Erwerbstätigen, die täglich ihrer Arbeit nachgehen, als arm ab.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Ich habe den Einzelhandel, die Friseure und die Textilarbeiter genannt. Meine Damen und Herren, ich spreche hier einmal besonders die SPD an, weil in ihren Reihen eine ganze Reihe von Kollegen sitzt, die hauptamtlich in Gewerkschaften tätig sind, und zwar nicht nur im DGB, sondern auch — wie der Kollege Schultze, an führender Stelle — in der IG Chemie und — wie der Kollege Arens — in der Gewerkschaft der Textilindustrie.

(Kruse [CDU]: Nicht zu leugnen!)

Ich habe mir extra noch einmal die Tarifverträge auch dieser beiden Gewerkschaften zu Gemüte geführt. Ich habe festgestellt, daß jemand, der zwei Kinder hat, selbst bei der IG Chemie — bei der IG Textil sowieso — weniger bekommt als ein Sozialhilfeempfänger, der zwei und mehr Kinder hat.

Meine Damen und Herren! Es wäre in meine Augen eine Verhöhnung der Arbeit der deutschen Gewerkschaften,

(Beifall bei der CDU)

wenn es so wäre, daß wir hier sagen müßten: Ihr habt euch jahrzehntelang nicht in der Lage gesehen, die Arbeitnehmer so zu stellen, daß sie ein menschenwürdiges Leben führen können.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Dr. Hruska [FDP]. — Zurufe von der SPD.)

Ich meine — ich sage das wirklich — — —

(Scheibe [SPD]: Das ist doch nichts weiter als demagogisches Geschwätz, Herr Minister!)

— Sie kennen bestimmt nichts davon, Herr Scheibe. Wie ich Sie einschätze, wissen Sie doch gar nicht, was Arbeit bedeutet!

(Lachen und Beifall bei der CDU. — Starke Unruhe bei der SPD. — Erregte Zurufe von der SPD. — Glocke des Präsidenten.)

Aber jemandem, der täglich — wie der Kollege Schultze oder der Kollege Arens — wirklich harte

Tarifarbeit leisten muß, ist doch wohl klar, was das hier bedeutet.

(Zuruf von der SPD: Unverschämtheit! — Weitere erregte Zurufe von der SPD.)

Ich warne davor, diese Diskussion in dieser Form zu führen. Es muß sich jeder überlegen, was er hier von sich gibt.

(Weitere erregte Zurufe von der SPD. — Anhaltende starke Unruhe bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Das größte soziale Problem der Gegenwart ist die anhaltende Arbeitslosigkeit mit schwerwiegenden Problemen für die Betroffenen und die Gesellschaft insgesamt.

(Anhaltend große Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Die Arbeitslosigkeit ist nicht über Nacht entstanden. Sie kann auch nicht über Nacht beseitigt werden. 1969 gab es 180 000 Arbeitslose. 1982 — nach 13 Jahren Amtszeit der unter anderem von der SPD geführten Bundesregierung — waren es fast zwei Millionen.

(Anhaltend starke Unruhe bei der SPD. — Stock [CDU]: Hört doch mal zu! — Glocke des Präsidenten.)

Ich muß allerdings nachdrücklich der These widersprechen, jeder Arbeitslose sei arm. Auch diesen pauschalen Eindruck will die SPD offenbar in ihrer Begründung der Großen Anfrage erwecken.

(Beifall bei der CDU.)

Das hat sie ja auch in der Haushaltsdebatte schon versucht.

(Zuruf von Möhrmann [SPD].)

Nicht alle Arbeitslosen nehmen die Leistungen in Anspruch, weil sie darauf angewiesen sind, sondern nur weil sie einen Anspruch darauf haben. In der Bundesrepublik sind rund 3 700 Ärzte als arbeitslos gemeldet. Dennoch können nicht alle Stellen für Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst besetzt werden.

Es gibt Tausende von Arbeitslosen, die saisonbedingt nicht arbeiten, die aber während der Saison erhebliche Überstunden leisten. Es gibt arbeitslose Eheleute, deren Partner über ein hohes Einkommen verfügen und die ihre Ansprüche realisieren, ohne arm zu sein.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Für die Mehrheit der Arbeitslosen ist die Situation bedrückend. Aber man kann hier nicht alle über einen Kamm scheren.

Die Landesregierung sieht mit Besorgnis, daß sich die Zahl der Arbeitslosen, die längerfristig arbeitslos sind, in den vergangenen Jahren sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen ständig erhöht hat. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Niedersachsen betrug Ende September 1984 12,2 Monate. 1980 waren es noch acht Monate. Es trifft aber nicht zu, daß immer mehr Arbeitslose keine Unterstützung erhalten. Die Gesamtquote der Leistungsbezieher hat sich nicht gravierend verändert.

(Dr. Riege [SPD]: Aber die Arbeitslosenhilfebezieher sind mehr geworden!)

Sie lag 1983 bundesweit bei 66,4 % und 1984 bei 64,3 %. Nachhaltig verschoben hat sich aber das Verhältnis von Arbeitslosengeld zur Arbeitslosenhilfe.

(Zurufe von der SPD.)

1980 erhielten 79 % der Leistungsempfänger Arbeitslosengeld und 21 % Arbeitslosenhilfe. In der Zeit von Januar bis Oktober 1984 war das Verhältnis 59 % zu 41 %. Davon sind besonders ältere Arbeitnehmer betroffen.

Die Landesregierung begrüßt deswegen ausdrücklich, daß die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld für Arbeitslose, die das 49. Lebensjahr vollendet haben, mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres von bisher zwölf Monaten auf 18 Monate verlängert worden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Diese Maßnahme wird zur Entlastung der Sozialhilfe führen.

Über den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeleistungen gibt es allerdings nur wenige Daten. Nach den zuletzt verfügbaren Zahlen des Statistischen Bundesamtes war 1983 bundesweit bei rund 201000 Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt der Verlust des Arbeitsplatzes die Hauptursache. 1982 waren es 158000. In Niedersachsen betrug die Zahl 1982 rund 16600 und 1983 rund 23000. Das sind nicht einmal 10 % der gemeldeten Arbeitslosen.

Auch ein Vergleich der Arbeitslosenquoten mit der Sozialhilfestruktur in den einzelnen Regionen macht deutlich, daß die unmittelbaren Zusammenhänge nicht klar absehbar sind. Die Sozialhilfebedürftigkeit bzw. die Inanspruchnahme hat sehr vielfältige Ursachen, die auch von der Struktur der jeweiligen Region und anderen Faktoren beeinflußt werden.

So hat zum Beispiel der Landkreis Wittmund mit rund 169 Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt, bezogen auf 10000 Einwohner, die nie-

drigste Sozialhilfequote Niedersachsens, obwohl die Arbeitslosigkeit dort überdurchschnittlich hoch ist.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Sie betrug im Oktober 1984 dort 22,7 %. Den höchsten Anteil mit rund 656 Empfängern bei einer Arbeitslosenquote von 15 % hat die Stadt Oldenburg. Bei etwa gleich hoher Arbeitslosenquote von 15,1 % liegt die Sozialhilfequote in der Stadt Wilhelmshaven dagegen nur bei 397. Oldenburg 656, Wilhelmshaven 397! In der Landeshauptstadt Hannover mit einer Arbeitslosenquote von 13 % liegt der Anteil der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt bei rund 418. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg mit einer Arbeitslosenquote von 17,5 % hat dagegen wiederum nur eine Sozialhilfequote von rund 164.

Diese Aussage wird bestätigt durch den Vergleich der Sozialhilfeausgaben, bezogen auf jeden Einwohner. Im Landkreis Wittmund lagen sie 1983 bei rund 68 DM, in Oldenburg bei rund 242 DM, in Wilhelmshaven bei rund 146 DM, in Hannover bei rund 189 DM, im Landkreis Lüchow-Dannenberg bei rund 72 DM.

Meine Damen und Herren! Bei den Beziehern von Sozialhilfe mit Hauptursache Arbeitslosigkeit ist auffällig, daß nur etwa die Hälfte der alleinstehenden Sozialhilfeempfänger keine Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhalten hat. Dazu gehören Arbeitslose, die keine Ansprüche erworben haben, weil sie zuvor nicht erwerbstätig waren. Das sind beispielsweise Hochschulabgänger, die zunehmend arbeitslos sind. Dazu gehören aber auch Arbeitslose, deren frühere Erwerbstätigkeit zu kurz war, um die Anspruchsvoraussetzungen zu erfüllen. Ich erinnere daran, daß die zuletzt genannte Leistungsbeschränkung im wesentlichen auf das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz der SPD-geführten Bundesregierung aus dem Jahre 1981 zurückgeht. Damals wurde nämlich die notwendige Beitragszeit in der Arbeitslosenversicherung von sechs Monate auf zwölf Monate verlängert.

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion hat in diesem Zusammenhang behauptet, von den Dauerarbeitslosen in der Bundesrepublik seien bereits heute rund 1,8 Millionen ohne Leistungen vom Arbeitsamt. Diese Aussage ist falsch. Er hat die eben genannten Gruppen offenbar ebenso einbezogen wie die sogenannte stille Reserve. In die „stille Reserve“ werden Personengruppen mit latenter Arbeitsbereitschaft eingerechnet. Sie wird bundesweit auf eine Million und mehr ge-

Schnipkoweit

schätzt. Die „stille Reserve“ hat mit der Armutsschwelle aber überhaupt nichts zu tun.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Die damalige Parlamentarische Staatssekretärin Anke Fuchs hat dazu am 10. April 1981 vor dem Deutschen Bundestag folgendes erklärt — ich zitiere —:

„Es ist davon auszugehen, daß jene Nicht-Erwerbstätigen, die an einer Arbeitsaufnahme ernsthaft interessiert sind, sich beim Arbeitsamt melden.“

Sie hat weiterhin ausgeführt:

„Ich wiederhole, daß ich nicht der Auffassung bin, daß die stille Reserve für uns für die Arbeitsmarktpolitik von Bedeutung ist.“

(Dr. Riege [SPD]: Aber für die Armut ist es bedeutsam!)

Die Landesregierung hat dem nur eines hinzuzufügen: Sie bedauert die Oberflächlichkeit und die Vergesslichkeit, mit der die SPD aus politischem Zweckpessimismus jetzt mit solchen Zahlen agiert!

Meine Damen und Herren, es besteht kein Zweifel: Obwohl es 1984 erstmals seit Jahren wieder ein reales Wirtschaftswachstum gab, stehen wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch vor vielen ungelösten Problemen. Über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum hinaus ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik erforderlich. Die Zahl der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigten Arbeitnehmer wurde seit 1982 bereits auf fast 80 000 Beschäftigte nahezu verdreifacht. Die Mittel für berufliche Bildung, Fortbildung und Umschulung stiegen um rund 20 %. Mit dem Vorruhestandsgesetz ist erstmals eine staatliche Mitfinanzierung der Arbeitszeitverkürzung eingeführt worden, aus der sich Chancen für jünger Arbeitslose ergeben. Nach Auffassung der Landesregierung müssen weitere Bemühungen hinzukommen. Dazu zählen unter anderem die Ausweitung der Teilzeitarbeit, die Einschränkung von Nebentätigkeiten, der Abbau von Überstunden, die weitere Steigerung der Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Ausweitung der Übernahme von Sozialhilfeempfängern in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Zusammenarbeit der Kommunen mit der Bundesanstalt für Arbeit und neue Strategien für den Übergang von Ausbildungsverhältnissen in Anschlußarbeitsverhältnisse.

(Kaiser [SPD]: Was für Strategien sind denn das?)

Dazu zählt weiterhin die verstärkte Investitionstätigkeit der öffentlichen Auftraggeber.

(Biel [SPD]: Herr Minister, was heißt das? — Gegenruf von Krapp [CDU]: Zuhören, Herr Biel! Das kommt noch!)

Die Landesregierung hat dafür mit ihrem 500-Millionen-Investitionsprogramm ein deutliches Signal gesetzt. Ich sage Ihnen ganz klar: An die Arbeitslosigkeit und an die Probleme der betroffenen Menschen dürfen und wollen wir uns nicht gewöhnen!

(Beifall bei der CDU.)

Wir können aber auch nicht so tun, als hätte nur der Staat dazu seinen Beitrag zu leisten. Aufgerufen sind alle Arbeitgeber und Gewerkschaften gleichermaßen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch auf einen wichtigen Punkt hinweisen, der viel zu leicht übersehen wird. Ich meine die inzwischen erreichte Preisstabilität. Die Preissteigerungsrate lag 1982 bei 5,3 %. Zu den auch in den Jahren zuvor hohen Preissteigerungsraten hatte die enorme Staatsverschuldung und die damit verbundene hohe Kreditnachfrage der öffentlichen Hand beigetragen. Im Jahre 1984 ist die Preissteigerungsrate auf 2,4 % zurückgegangen. Mit ursächlich dafür waren die eingeleiteten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen. Die Beibehaltung der Preisstabilität ist eine besonders wichtige Voraussetzung für die Sicherung von Einkommen. Ein einziges Prozent weniger Inflation bedeutet für die Arbeitnehmer 5 Milliarden DM mehr,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP — Zuruf von der SPD)

und für die Rentner bedeutet es 2 Milliarden DM mehr an Kaufkraft.

(Hirche [FDP]: Sehr gut!)

Die Stabilität der Preise kommt besonders den finanziell Schwachen zugute.

(Krapp [CDU]: Genauso ist es! — Zuruf von der CDU: Die werden doch wohl satt!)

Große Steigerungsraten bei Sozialleistungen und Arbeitnehmereinkommen nützen wenig, wenn sie durch hohe Inflationsraten aufgezehrt werden. Niedrige Steigerungsraten nützen viel, wenn sie über der Preissteigerungsrate liegen. In den letzten Jahren der SPD-geführten Bundesregierung

fraßen die Preissteigerungen die Lohn- und Rentenerhöhungen restlos auf.

(Beifall bei der CDU. — Hörr, hört! bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Jetzt liegen sie sogar unter den Preissteigerungsraten! — Ravens [SPD]: Und wie ist es mit der Rentenerhöhung zum 1. Juli?)

1980 gab es eine Rentenerhöhung um 4 %. Die Preissteigerungsrate betrug 5,4 %. Die Rentner hatten einen Kaufkraftverlust von 1,4 %. 1981 gab es eine Rentenerhöhung um 4 %. Die Preissteigerungsrate betrug damals 6,1 %. Die Rentner verloren somit 2,1 %.

(Beifall bei der CDU. — Ravens [SPD]: Und wie ist das 1985? — Biel [SPD]: Daß sich ein CDA-Landesvorsitzender hier hinstellt und so etwas sagt, das ist schlimm!)

Dennoch erreichte das Rentenniveau 1984 mit 73,4 % des vergleichbaren verfügbaren Einkommens der Arbeitnehmer ein Spitzenniveau. Erstmals seit Jahren hatten die Rentner 1984 wieder einen realen Einkommenszuwachs.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP.)

Die Regelsätze der Hilfe zum Lebensunterhalt sind in Niedersachsen zum 1. Juli 1984 um 3,19 % erhöht worden. Bei einer Geldentwertungsrates von nur 2,4 % ergibt sich damit auch für die Sozialhilfeempfänger ein realer Kaufkraftzuwachs um 0,79 %. Erstmals seit 1977 ist damit wieder eine reale Steigerung der Sozialhilfeleistungen erreicht worden.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat auf die Große Anfrage eine ausführliche schriftliche Antwort gegeben, die ich hier aus Zeitgründen nicht in allen Einzelheiten wiedergeben konnte. Die vorliegenden Daten und deren Analyse zeigen die Vielschichtigkeit der Problemzusammenhänge. Es wäre nicht sachgerecht — egal von welcher politischen Seite —, diese Vielschichtigkeit durch grobe Vereinfachung zu überdecken. Zu sagen, die Situation aller Betroffenen sei völlig in Ordnung, ist genauso falsch, wie zu sagen, die Lage aller Betroffenen sei völlig schlecht.

(Zustimmung bei der CDU.)

Ich bitte Sie, auch die schriftliche Antwort aufmerksam zu lesen und mit der notwendigen Differenzierung an die Probleme heranzugehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Biel [SPD]: Wenn da der gleiche Tenor ist wie in

Ihrer Rede, dann können wir uns das ersparen!)

Ich habe diese Antwort sehr ausführlich gegeben; denn ich bin mir darüber im klaren, was die SPD in den nächsten Monaten vorhaben wird. Nur über eines muß man sich im klaren sein: Wir haben ganz exakte Zahlen genannt, auch wenn dadurch nicht immer das Bild der Regierung oder der Bundesregierung verschönt wird; denn nur mit exakten Zahlen kann man draußen arbeiten. Ich meine, diese große Antwort ist für jeden in diesem Hause eine Hilfe. Wenn er es ehrlich meint — so glaube ich —, dann kann er auch den Betroffenen und jedem Bürger sagen, wie die Lage in unserem Lande wirklich ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Minister Schnipkoweit, Sie haben in Ihrer Rede eine Bemerkung über den Kollegen Scheibe gemacht, die den Protest von Teilen des Hauses hervorgerufen hat.

(Hampe [CDU]: Nur von Herrn Scheibe!)

Diese Bemerkung ist von der Geschäftsordnung her schwer einzuordnen. Ich sehe deswegen von der Erteilung eines Ordnungsrufes ab. Sie sollten aber vielleicht einmal darüber nachdenken, daß es Absätzlichkeiten gibt, die schlimmer als Beleidigungen sein können. Der Beifall von Teilen der anderen Seite war deswegen nach meiner Auffassung völlig unangebracht.

(Zustimmung bei der SPD.)

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung gemäß § 76 unserer Geschäftsordnung hat der Kollege Scheibe.

(Scheibe [SPD]: Das hat sich erledigt, Herr Präsident!)

— Das hat sich erledigt. — Dann hat das Wort der Kollege Dr. Rohloff.

(Zuruf von der CDU: Dann war es auch nicht schlimm! — Unruhe bei der CDU. — Dr. Rohloff [Grüne] betritt das Rednerpult.)

— Entschuldigen Sie bitte, Herr Kollege Dr. Rohloff, wenn ich noch eine Bemerkung mache. — Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich glaube, das mußte sein. Ich hätte auch bei jedem anderen Kollegen dieses Hauses, der von einer solchen Bemerkung getroffen worden wäre, so gehandelt.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Vizepräsident Bosse

— Ich weise dieses „Na, na“ zurück. So gut sollten Sie mich kennen, daß ich das getan hätte.

(Hirche [FDP]: Genau das wissen wir aus der bisherigen Handhabung des Amtes!)

Bitte sehr, Herr Kollege Dr. Rohloff!

Dr. Rohloff (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß die Emotionen bei diesem Thema so hochgehen, finde ich eigentlich gar nicht schlimm, bloß sie dürfen natürlich nicht bei bloßer Polemik stehenbleiben. Wenn der Herr Minister anhand von Beispielen darzustellen versucht hat, daß die Masse der Sozialhilfeempfänger Leistungen erhält, die über dem Reallohn der unteren Lohngruppen liegen, dann ist das eben Polemik und dient nicht der Sache und schon gar nicht den Betroffenen selber. Wenn man Sie so hört, Herr Minister, dann hat man den Eindruck, als gäbe es Armut überhaupt nicht. Wenn Sie auf der Seite 6 Ihrer Antwort dann auch noch schreiben, die Leistungen der Sozialhilfe verhinderten, daß Armut entstehe, dann macht das dieses einfach deutlich.

Armut vollzieht sich heute bei uns unsichtbarer und leiser als noch vor Jahrzehnten oder Jahrhunderten. Die realen Menschenschlangen gibt es nicht mehr, es gibt nur noch — ironisch gesagt — EDV-Papierschlängen, und die paar ärmlich gekleideten Penner um die Bahnhöfe herum können doch das schöne Bild nicht stören, das Herr Albrecht jüngst hier von Niedersachsen gemalt hat nach dem Motto „Uns geht es ja doch gold“. Denen, die so reden, geht es ja zumeist auch gold. Zu sagen „Ich bin arm“ geht dagegen niemandem so schnell von den Lippen.

Daß sich die Armut zumeist leise vollzieht, wird auch in den Petitionen deutlich, die wir im Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen zu bearbeiten haben. Gerade die letzten Entscheidungen der Bundesregierung schlugen sich hierin schon ganz konkret nieder.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang einmal zwei Quellen, die sicherlich unverdächtig sind, linksradikale Organe zu sein. In den Nachrichten des deutschen Caritasverbandes vom Januar dieses Jahres steht folgendes — ich zitiere —:

„Der Caritasverband weist ferner darauf hin, daß die Zahl der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt ständig ansteigt. Zunehmend betroffen sind Arbeitslose, die kein Arbeitslosengeld oder keine Arbeitslosenhilfe beziehen oder zusätzlich der Sozialhilfe bedürfen. Darunter sind in steigender Zahl Familien mit Kindern bzw. Alleinerziehende.“

Jetzt kommt der entscheidende Satz:

„Die Nachfrage nach wirtschaftlichen Hilfen bei den Beratungsstellen und Kleiderausgabestellen der Caritas zeigt die wachsende Not an.“

Nimmt man noch hinzu, daß nach den Erfahrungen von Professor Hannelore Puckhaber jede dritte Entscheidung der Sozialämter falsch, und zwar meist falsch zu Lasten der Empfänger, ist, so rundet sich dieses Bild ab.

Die zweite Quelle ist die Monatszeitung des VdK. Darin wird den Bundesregierungen — wohlge-merkt: Plural — seit 1976 vorgerechnet, daß sie von 1976 bis 1982 im Bereich der Sozialleistungen durch ca. 200 Änderungen der Sozialgesetzgebung, von Verordnungen usw. ca. 350 Milliarden DM — gerade bei den Ärmsten der Armen — eingespart haben.

Nun noch einige Bemerkungen zur SPD und zu deren Großer Anfrage. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, als habe die SPD die neue Armut erst entdeckt, seitdem sie sich in der Opposition befindet. In Hessen z. B. brachte sie das Kunststück fertig, sich selber nach der neuen Armut zu befragen — natürlich im Hinblick auf Bonn; das ist klar —, anstatt Anstrengungen zu unternehmen, selbst die Armut in ihrem Lande zu lindern.

Die von der SPD behauptete neue Armut ist nicht die neue Armut. Sie ist so alt wie die Geschichte der Restauration der Bundesrepublik selber.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Die Armut wurde durch das Wiederaufleben des privatkapitalistisch organisierten Wirtschaftssystems schon vorprogrammiert. Nur der zweite Weltkrieg mit seinen Zerstörungen verursachte die als Wirtschaftswunder bezeichnete Hochkonjunkturphase ab 1958, die nun in eine dauerhafte Rezessionsphase übergegangen ist. Das Wirtschaftswunder hat nur scheinbar zu einem Verschwinden der Armut in der Bundesrepublik geführt. Tatsächlich gab es sie in der gesamten Nachkriegszeit, allerdings in abgeschwächter Form und abgeschirmt vom Blick der Politiker und der Öffentlichkeit, z. B. in Rentnerhaushalten oder in Obdachlosensiedlungen.

Laut Aussage des Bundesgeschäftsführers — ich komme noch einmal zur SPD — Glotz geht es hierbei um Schlagzeilenpolitik; so hat er es ungefähr formuliert. Die jetzige Anbiederung der SPD an die Gruppen der Rentner, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen ist geradezu peinlich angesichts der Tatsache, daß sie in den Jah-

ren, in denen sie selbst in Bonn regiert hat, dieses Problem genausowenig anerkannte, wie es jetzt die CDU/FDP-Regierung tut.

(Widerspruch bei der SPD.)

— Doch, doch! Hören Sie einmal genau zu! — So bügelte z. B. die damalige Bundesministerin — Herr Schnipkoweit hat Frau Huber schon erwähnt — alle Forderungen betroffener Sozialhilfeempfänger und Rentner nach Erhöhung der Regelsätze, nach Nichtanrechnung des Kindergeldes oder nach einer anderen Lösung der Pflegesituation knallhart als indiskutabel ab. Das können Sie einfach nicht leugnen.

(Dr. Riege [SPD]: Frau Huber hat eine Studie veranlaßt über Armut im ländlichen Raum, zum Beispiel!)

Die Zurückschraubung der Leistungsansprüche nach dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz aus dem Jahre 1981 und vor allen Dingen die sogenannten Haushaltsoperationen des Jahres 1982 durch die sozial-liberale Koalition haben planmäßig eine große Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern der weiteren Verarmung ausgesetzt. Die CDU/FDP-Regierung führte in den weiteren Haushaltsoperationen nur das fort, was ihre Vorgänger schon begonnen hatten, siehe Zitat des VdK.

Die Anfrage der SPD stellt uns nicht zufrieden. Sie ist meines Erachtens oberflächlich, so daß man gar nicht davon ausgehen kann, daß es der SPD wirklich um die Beseitigung der Armut geht. Verteilungsfragen z. B. werden darin überhaupt nicht angesprochen. Entsprechend dünn konnte natürlich die Antwort der Landesregierung ausfallen,

(Zuruf von Frau Lewandowsky [SPD])

die es auch aufgrund der oben angegebenen negativen Vorarbeit sozial-liberalen Koalition mit ihrer Argumentation leicht hat. So bezieht sich die CDU-Landesregierung in ihrer Definition der Armutsgrenze auf eine im Auftrag von Frau Huber herausgegebene Studie — auf die ich jetzt zu sprechen komme — zur Dunkelziffer und Inanspruchnahme von Sozialhilfe, in der die den Sozialhilfeempfängern, den Arbeitslosengeld- und -hilfeempfängern gewährten Leistungen schon als „bekämpfte“ Armut und somit nicht als „definierte“ Armut charakterisiert werden. Arm ist also erst derjenige, der unterhalb der Sozialhilfe und unter AFG-Niveau liegt. Eine solche Definition der Armutsgrenze ist meines Erachtens zynisch und entspricht nicht dem Elend der Hilfeempfänger.

Die Anfrage der SPD beschäftigt sich zum Beispiel mit keinem Wort mit der Verteilung von Reichtum in unserer Wohlstandsgesellschaft, zum Beispiel mit keinem Wort mit der jetzigen Ausgestaltung der Tarifpolitik und dem Investitionsverhalten der Unternehmer. Ich nenne nur ein Beispiel: So verdienen heute in der Bundesrepublik über 300 000 Familien mehr als 10 000 DM im Monat, während ein Drittel aller Haushalte unter 2 000 DM liegt. Der Rest liegt irgendwo dazwischen. Die heutige Politik der CDU ist nichts anderes als eine Zweidrittel-Politik für die Einkommensstärkeren. Die Politik für das restliche Drittel ist rein kosmetischer Natur und dient keinem anderen Zweck als der Unsichtbarmachung von Armut und der Befriedigung der Armen, damit die gesellschaftliche Polarisierung, die hier betrieben wird, nicht zu kraß ausfällt. Die jetzige Politik der Bundesregierung ist geprägt von einem systematischen Herunterschrauben der hierarchischen Stufenleiter, nämlich: Arbeitseinkommen — Lohnersatzeinkommen — Sozialhilfeleistungen. Von 1980 bis 1983, so haben Armutsforscher ermittelt, wurden die Reallöhne um 5 % gesenkt. In der gleichen Zeit wurde das reale Einkommensniveau der Sozialhilfeempfänger ebenfalls um 5,2 % gesenkt. Der angebliche Kaufkraftzuwachs ist also in der Realität ein herber Einkommensverlust für die Betroffenen.

Völlig unbeachtet in der Anfrage und auch in der Antwort der Landesregierung, muß ich sagen, bleibt der enorm angestiegene Anteil der 18- bis 25jährigen an den Sozialhilfeempfängern. Hier wird sichtbar, daß immermehr junge Menschen von vornherein keine Leistungsansprüche mehr erwerben können, da sie weder Ausbildungs- noch Arbeitsplätze bekommen. Sie rutschen also sofort in die Sozialhilfe. Auf Bundesebene ist die Zahl von 1973 bis 1983 um 813 % gestiegen. Die Quelle ist das Statistische Bundesamt.

Zugleich ist es auch, meine ich, völlig unsauber, die stille Reserve von 1 Million Arbeitskräften nicht in einem Zusammenhang mit der Armut zu bringen. Es sind ja gerade die Frauen, die in die Familien zurückgehen müssen und in erneute Abhängigkeit vom oft nicht vorhandenen Einkommen des Haushaltsvorstands geraten.

(Zustimmung von Dr. Riege [SPD].)

Ich komme zum Schluß. Die Perspektiven, die für die zukünftige Landespolitik angegeben werden, stellen überwiegend ein Eigenlob der CDU dar. Das war eigentlich auch nichts anders zu erwarten. Aber immerhin — das möchte ich noch anmerken — vollzieht die CDU eine gewisse sozialpolitische Spitzkehr, indem sie plötzlich so-

Dr. Rohloff

zialversicherungsspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Sozialhilfeempfänger propagiert. Das finden wir in Ordnung; das ist ja auch eine unserer Forderungen. Damit vollzieht sich sie in gewisser Weise eine Wende von der Wende.

(Beifall bei den Grünen. — Frau Lewandowsky [SPD]: Für einen Akademiker war das nicht so toll!)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist der Kollege Rau.

Rau (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der politischen Auseinandersetzung bedient man sich natürlich häufig Klischees, die sachlich eigentlich wenig aussagen können, sondern einfach mehr Polemik beinhalten. Wenn ich daran denke, daß in der Öffentlichkeit bis heute noch erhebliche Probleme damit bestehen, das Thema „Neue soziale Frage“ zu definieren, so muß ich auch zu dem heutigen Thema fragen: Was heißt hier schon „neue Armut“? Ich muß Ihnen sagen, ich kenne Armut, auch weil ich sie selbst erlebt habe. Ich weiß aber nicht, was eine „neue Armut“ ist. Ist Armut „arm“ bzw. ist Armut „wirklich arm“? Ist dann die „neue Armut“ vielleicht nicht wirklich arm? Ich werde den Verdacht nicht los, daß dieses auch so gemeint sein könnte, daß wir möglicherweise diejenigen, die nicht in Arbeit sind, schon als arm bezeichnen, weil sie vielleicht weniger haben, als wenn sie in Arbeit wären.

(Zustimmung bei der FDP.)

Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, daß es uns in der Vergangenheit dennoch gelungen ist — darum sollten wir auch weiterhin bemüht sein —, auch diejenigen, die — aus welchen Gründen auch immer — zur Zeit nicht am Produktionsprozeß teilnehmen können, materiell so zu stellen, daß sie bei weitem nicht mit denjenigen verglichen werden können, die wir aufgrund von Erfahrungen eigentlich als richtig arm bezeichnen könnten.

(Beifall bei der FDP.)

Wenn hier von Armut die Rede ist, dann denke ich, daß die Lösung dieses Problems, das hierbei angesprochen wird, nicht eine vorrangige Aufgabe der Sozialpolitik ist, so sehr das auch die Sozialpolitiker sehen mögen. Ich sehe darin eine Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP.)

Was Sie, Herr Riege, hier vorgetragen haben und was ich auch immer wieder von Ihrer Bundestags-

fraktion höre, ist, daß eigentlich nicht das akzeptiert wird, was nottut, nämlich die Wirtschaft wieder in die Lage zu versetzen, Arbeitsplätze und vor allem auch die materiellen Voraussetzungen zu schaffen,

(Zuruf von Biel [SPD])

damit es unseren Sozialhilfeempfängern, unseren Arbeitslosen und unseren Rentnern wieder besser geht. Was vorgeschlagen wird — — —

(Silkenbeumer [SPD]: Das Kapital hat in den letzten zwei Jahren genug verdient!)

— Herr Silkenbeumer, Sie kommen aus der Erwachsenenbildung und kennen genau die Wege, auf denen man sich weiterbilden könnte. Sie sollten das für den Bereich der Wirtschaftspolitik einmal tun.

(Beifall bei der FDP.)

Dann würden Sie nämlich feststellen, daß es darum geht, z. B. weitere Armut durch Inflationsstopp zu vermeiden.

(Zuruf von Silkenbeumer [SPD].)

— Herr Silkenbeumer, Inflationsstopp ist eine Maßnahme, um weitere Armut zu vermeiden.

(Beifall bei der FDP.)

Dieser Inflationsstopp ist durch diese neue Bundesregierung erreicht worden. Darüber bin ich froh.

(Beifall bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, Armut und Arbeitslosigkeit abzubauen ist durch Wirtschaftswachstum, und zwar durch reales Wirtschaftswachstum, erreichbar. Dieses Wirtschaftswachstum ist durch diese neue Bundesregierung wieder eingeleitet worden. Darüber bin ich froh.

(Beifall bei der FDP.)

Ich muß Ihnen sagen, wenn Sie hier so ein Verleumdungshorrorgemälde

(Silkenbeumer [SPD]: Zeigen Sie mal die Arbeitsplätze!)

aufzeigen,

(Silkenbeumer [SPD]: Neokonservatismus!)

dann ist das undifferenziert und erinnert mich wirklich an Sonthofen. Herr Riege, Sie haben es selbst erwähnt. Ich habe es so gesehen. Das erinnert mich sehr an Sonthofen, weil wir als kleiner Koalitionspartner das natürlich in anderer Partnerschaft schon einmal erlebt haben.

(Kreuzer [SPD]: Sie mit Ihrer Neidsteuer, Sie müssen doch still sein, Herr Rau!)

Das ist genauso undifferenziert wie die Bemerkung unseres Ministerpräsidenten: Niedersachsen geht es auf allen Gebieten besser als je zuvor.

(Beifall bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, ich denke, durch undifferenzierte Betrachtungsweisen helfen wir den Menschen nicht und lösen wir keine Probleme.

(Biel [SPD]: So, wie Sie das eben hier gemacht haben! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Meine Damen und Herren, wir werden im Laufe des morgigen Tages noch an anderer Stelle Gelegenheit haben, uns mit Ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen auseinanderzusetzen. Ich muß Ihnen sagen: Ich sehe darin nur wenige Ansätze, unsere Wirtschaft tatsächlich wieder in Richtung eines sich selbst tragenden Aufschwungs in Gang zu setzen. Was ich immer höre, ist, daß das ausgegeben werden soll, was wir haben, d. h. also im Grunde, von der Substanz zu leben und die Substanz zu verteilen, aber nicht dafür Sorge zu tragen, daß durch eine Vielzahl von Maßnahmen auch im sozialpolitischen und tarifpolitischen Bereich, d. h. etwa über eine Flexibilisierung im Arbeitsleben, wirklich das getan wird, was unsere Wirtschaft — das sind wir alle,

(Dr. Riege [SPD]: Sie mit Ihren Fristarbeitsverträgen! Darauf sind Sie wohl noch stolz! — Hirche [FDP]: Genau!)

das ist nicht ein Betrieb, das ist nicht Mittelstand, sondern das sind wir alle — wirklich in die Lage versetzt, das zu leisten, was sie zu leisten hat. Sie hat uns alle nämlich mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen, d. h. mit öffentlichen und privaten Gütern und Dienstleistungen — zu den öffentlichen gehören auch die Sozialhilfeleistungen — ausreichend auszustatten.

(Beifall bei der FDP.)

Ich meine, das muß einmal in aller Deutlichkeit gesagt und sollte von Ihnen auch erkannt werden, damit solche Klischees nicht in die Welt gesetzt werden und möglicherweise eine Akzeptanz nur für falsche Maßnahmen schaffen, die uns schaden.

(Beifall bei der FDP. — Hirche [FDP]: Die SPD sollte mal beherzigen, was auch Karl Schiller ihr jetzt ins Stammbuch schreibt!)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat nun der Kollege Lindhorst.

(Hampe [CDU]: Willi, jetzt aber ganz sachlich!)

Lindhorst (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen unserem Sozialminister für die Antwort auf diese Große Anfrage danken. Ich bedauere es außerordentlich, daß die klaren Zwischentöne, die hier hervorgetreten sind, einfach nicht zur Kenntnis genommen werden, sondern daß man sich nur einen Punkt heraussucht und darauf herumschlägt, herumdrischt. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der SPD, die Antwort einmal gelesen hätten, hätten Sie gemerkt, daß wir viele gemeinsame Berührungspunkte haben. Hier kommt es aber auf die Basis insgesamt an; darauf werde ich gleich noch eingehen.

Herr Dr. Riege, ich wußte, daß es, wenn dieses Thema an die Reihe kommt, dick kommen würde. Daß Sie aber so dick auftragen und die Tatsachen so auf den Kopf stellen würden, habe ich nicht vermutet. Vorab möchte ich nur ein Beispiel nennen, weil ich vorhin dazwischengerufen habe, nämlich bezüglich der 68 % bzw. der 63 % Arbeitslosengeld bzw. -hilfe. Ich darf einmal aus dem Buch „Die neue Armut“ zitieren, daß auch Sie von der SPD-Fraktion sich sicherlich aus der Bücherei ausgeliehen haben werden. Da heißt es:

„Das Arbeitslosengeld beträgt 68 vom Hundert des um die gesetzlichen Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgeltes“ — so heißt es im Gesetzestext vor und nach der Verabschiedung des AFKG“

— Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz —

„von 1982. Auf den ersten Blick schien also zum Jahreswechsel 81/82 alles beim alten geblieben zu sein. Tatsächlich wurde jedoch die Berechnungsgrundlage für die Arbeitslosenunterstützung geändert.“

Nun wird das aufgeführt. Sie haben es gemacht! Dieses Gesetz ist von der SPD! Es ist von der Regierung Helmut Schmidt verabschiedet worden! Und Sie stellen sich jetzt hier hin und sagen, das stimme alles nicht! Das ist ein Faktum, mit dem deutlich wird, daß Sie die Tatsachen schlichtweg auf den Kopf stellen!

(Beifall bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Ich habe gesagt, daß das abgesunken ist!)

— Ich führe gleich noch weitere Zitate an.

Meine Damen und Herren, mit dem Begriff „Neue Armut“ ist ein neues Schlagwort auf die politische Bühne gebracht worden. Sozialdemokraten ziehen durch das Land — —

(Silkenbeumer [SPD]: Tatsache ist das!)

Lindhorst

— Herr Silkenbeumer, ich bitte Sie herzlich, heute einmal Ihren Kopf und nicht immer nur Ihren Kehlkopf zu benutzen!

(Silkenbeumer [SPD]: Arroganz ist das! — Weitere Zurufe.)

Wir wollen miteinander reden. Die Keiferei gehört nicht mit dazu. Hören Sie einmal zu!

(Zurufe.)

Sozialdemokraten ziehen durchs Land und streuen es überall aus in der Hoffnung, daß dieser neue Begriff von den Bürgern schon aufgenommen werde. Wie jedes Schlagwort klingt auch dieses zunächst bombastisch; es ist griffig und auch eingängig. Wie jedes Schlagwort ist aber auch dieses Schlagwort rein plakativ.

(Silkenbeumer [SPD]: Der Herr Geißler ist ein Meister von Schlagworten! — Dr. Riege [SPD]: Herr Geißler hat uns diesen Begriff vorgegeben!)

Man muß untersuchen, was dahintersteht, was dieses Wort aussagen will und welche Szene hier verkürzt dargestellt werden soll. Insofern, meine Damen und Herren von der SPD, bin ich Ihnen sehr dankbar, daß Sie uns heute Gelegenheit geben, dieses Schlagwort an dieser Stelle einmal zu untersuchen.

Was ist Armut, meine Damen und Herren? Sicherlich gibt es viele Möglichkeiten, Armut zu definieren. Die Schwierigkeit liegt vor allen Dingen aber darin, Armut meßbar zu machen oder doch wenigstens eine quantitative Größe zu finden, deren Unterschreiten sozusagen als Meßlatte für die Bedürftigkeit des einzelnen zu gelten hat. Wir könnten — die Betonung liegt auf „können“ — die Bedarfssätze der Sozialhilfe im Grunde als Meßlatte nehmen. Ich sage bewußt „können“; denn — das ist vorhin vom Minister schon erwähnt worden — in der Armutforschung, die es auch gibt, ist man sich einig darüber, daß die finanzielle Situation allein kein Maßstab sein kann. Hinzu kommt in der Bundesrepublik Deutschland noch die soziale Infrastruktur insgesamt. Ich darf in diesem Zusammenhang zum Beispiel nur einmal an die gesundheitliche Versorgung erinnern. Auch wenn sie kein Geld haben, kommen sie in jedes Krankenhaus hinein, werden untersucht, und ihre Krankheiten werden behandelt.

(Silkenbeumer [SPD]: Das ist für einen Arbeitslosen auch ein Trost, daß er ins Krankenhaus kann!)

Meine Damen und Herren, Armut in Äthiopien, Armut in Polen und Armut in Irland stellt sich anders dar als Armut in der Bundesrepublik

Deutschland. Bei uns braucht niemand zu hungern und zu frieren.

(Zuruf von der CDU. — Gegenruf von Silkenbeumer [SPD]: Unsinn! Schickt doch einmal einen Arbeitslosen ins Krankenhaus! Was ist das denn? Hokuspokus!)

Es ist unbestritten, daß wir einen Bodensatz von wirklich finanziell Armen haben, ohne daß wir allerdings sagen könnten — und das ist eben der Unterschied zur SPD —, die Grenze liege hier bei 300 000, 400 000, 1 Million oder sonstwo.

(Campen [Grüne]: Ich kann das nicht mehr anhören! — Der Abgeordnete verläßt den Sitzungssaal.)

Es gibt individuelle Armut. Wir können in der Bundesrepublik Deutschland keine generelle Armutsgrenze ziehen. Wir können nicht sagen, ab diesem oder jenem Einkommen fängt die Armut an.

Wir lehnen daher, meine Damen und Herren, die Behauptung, die die SPD in ihrer Pressekonferenz gemacht hat, entschieden ab, in Niedersachsen gebe es 500 000 arme Menschen. Jeder 14. bei uns soll also nach Aussage der SPD arm sein. Dies seien vor allem die Dauerarbeitslosen, die vollständig aus jedem Leistungsbezug ausgegrenzt worden sind, die, deren Einkommen noch unter dem Sozialhilfeniveau liegt, und die,

(Silkenbeumer [SPD]: Wir haben ja schon 400 000 Arbeitslose! Das sind wohl die Reichen der Nation!)

— Herr Silkenbeumer, ich sage Ihnen noch einmal: Wenn die Kojoten heulen, schweigt der Löwe —

(Heiterkeit bei der CDU — Zurufe von der SPD)

die sich erst gar nicht beim Arbeitsamt melden, also insgesamt zur stillen Reserve gehören.

Meine Damen und Herren! Das Entscheidende bei der Begriffsbestimmung der SPD ist das Wort „neu“. Die Betonung der SPD liegt auf dem Wort „neu“. Es gibt eine neue Armut. Ich frage Sie, was an der Armut wirklich neu ist, die nach den Ausführungen von Herrn Riege in der Bundesrepublik Deutschland oder in Niedersachsen existiert.

(Frau Lewandowsky [SPD]: So ein Kläffer!)

Ich berufe mich noch einmal auf das Buch „Die neue Armut“, in dem diese ganzen Untersuchungen, über die wir uns hier unterhalten, und in dem wirklich die statistischen und wissenschaftlichen Unterlagen zusammengefaßt worden sind.

Hier heißt es auf Seite 126:

„Sicher läßt sich nicht pauschal sagen, daß alle, die zur Stillen Reserve zu rechnen sind, arm und mittellos sind. Da ausreichendes Untersuchungsmaterial fehlt, gibt es kaum Anhaltspunkte über die finanzielle Situation dieses Personenkreises. Die meisten von ihnen dürften vom Einkommen ihrer Familienangehörigen leben. Einige beziehen aber auch eigenes Einkommen in Form von . . . Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsrenten, Ausbildungsförderung (BAföG), . . . Unterhaltungsgeld oder Sozialhilfe.“

(Dr. Riege [SPD]: Taschengeld, was?)

In diesem Zusammenhang, Herr Dr. Riege, — ich wiederhole das; das ist vom Minister schon gesagt worden — möchte ich ausnahmsweise einmal Frau Fuchs zitieren, die wir leider hier nicht als Ministerpräsidentenkandidatin sehen — sonst könnte ich ihr das vorhalten —, die am 10. April 1981 im Deutschen Bundestag sagte:

(Ravens [SPD]: Ist schon zitiert worden!)

— Herr Ravens, es ist schon vom Minister zitiert worden. Hämmernede Wiederholung, damit Sie sich das merken und das auch einmal akzeptieren.

(Biel [SPD]: Bei Ihnen nützt manchmal auch eine Wiederholung nichts!)

„Es ist davon auszugehen, daß jene Nicht-Erwerbstätigen, die an einer Arbeitsaufnahme ernsthaft interessiert sind, sich beim Arbeitsamt melden. Ich wiederhole, daß ich nicht der Auffassung bin, daß die stille Reserve für uns für die Arbeitsmarktpolitik von Bedeutung ist.“

(Dr. Riege [SPD]: Aber doch für die neue Armut! Das ist doch ein Unterschied! Es ist doch ein Unterschied zwischen Arbeitsmarktpolitik und neuer Armut!)

In der Tat, Herr Dr. Riege, hier ist nichts hinzuzufügen. Sie machen uns Vorwürfe. Wenn Sie doch einmal die Argumente Ihrer eigenen Kollegen aufnehmen würden, dann stünden Sie ganz anders da.

(Biel [SPD]: Herr Lindhorst, Ihr großer Fehler ist, daß Sie immer in der Vergangenheit herumwühlen! Wenn Sie an die Zukunft denken würden, würde etwas Vernünftiges herauskommen!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zur Untermauerung — — — Das ist, glaube ich, der entscheidende Unterschied zur CDU-Anschau-

ung. Sie wollen uns in die Schuhe schieben, seitdem die CDU regiert, sei alles anders, und nun hätten wir erst richtige Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist Ihre Hauptthese. Wenn ich dagegen einmal die Zahlen stelle, dann kann ich Ihnen sagen: Von jeweils 100 Erwerbslosen, die bei den Arbeitsämtern registriert waren, bezogen im September 1982 54 Arbeitslosengeld und 18 Arbeitslosenhilfe. Im September 1983 waren es 47 Arbeitslosengeldbezieher und 23 Arbeitslosenhilfeempfänger.

(Dr. Riege [SPD]: Das habe ich ja auch alles zitiert!)

Es hat sich in der Tat absolut und auch sonst verschlechtert, Herr Dr. Riege. Das streite ich ja gar nicht ab. Aber das Entscheidende ist doch immer, daß Sie nicht die Entwicklung seit 1970 untersuchen, sondern daß Sie beim Jahr 1982 einen Schnitt machen und sagen, ab 1983 ist das so schlimm geworden.

(Ravens [SPD]: Herr Lindhorst, die Menschen von 1980 haben von dem Schnitt von 1970 überhaupt nichts! Denen geht es 1983 schlecht und nicht 1970! Können Sie das begreifen? — Dr. Riege [SPD]: Es geht um die Dauerarbeitslosen!)

— Herr Ravens, es geht hier um Spurensicherung. Sie sagen doch, daß das alles neu sei, daß wir dafür die Schuld tragen und daß es so etwas vorher überhaupt nicht gegeben habe.

(Zurufe von der SPD.)

Ich möchte Ihnen einmal andere Zahlen nennen. Die berühmte stille Reserve, auf die sich die SPD immer beruft: 1982 hatten wir eine stille Reserve von 832 000. Im Jahr 1983 war es 1 Million. Es war absolut mehr. Aber 1974 hatten wir bloß 200 000. Das war eine Verfünffachung unter der SPD-Regierung. Das nehmen Sie anscheinend überhaupt nicht zur Kenntnis.

(Silkenbeumer [SPD]: Und in Niedersachsen sind Sie seit zehn Jahren an der Regierung!)

Ich kann Ihnen genausogut sagen — das müssen Sie doch einmal wissenschaftlich so hinnehmen, wie es ist —,

(Ravens [SPD]: Die Leute leben nicht von Wissenschaft, Sie leben von Brot!)

daß zum Beispiel die Sozialhilfekosten, seitdem wir dran sind, prozentual gefallen sind. Beispiel: 1980 hatten wir ein Plus von 9,8 % gegenüber dem Vorjahr, 1981 ein Plus von 10,9 %, 1982 von 7,8 %, 1983 von 5,4 %, und im Jahr 1984 hatten wir eine Steigerung um 4,5 %. Das heißt,

Lindhorst

von 1980 — SPD — bis 1984 sind die Sozialhilfekosten halbiert worden. Sie sind nicht verdoppelt worden, wie Sie immer sagen, sondern sie sind halbiert worden. Ich meine, das sollten Sie auf jeden Fall zur Kenntnis nehmen.

Zu dem Hinweis, daß die Höhe der Sozialhilfeleistungen die Armutsgrenze darstelle, wird mein Kollege Fischer nachher noch etwas sagen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur mit einem Beispiel belegen, wie schizophoren es ist, mit dieser Definition zu arbeiten. Wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland die Sozialhilfeleistungen um 200 DM pro Person anheben, dann wären alle, die unter dem erhöhten Satz lägen, auf einmal arm. Daran wird deutlich, daß dies keine geeignete Definition ist. Das können wir so nicht hinnehmen.

(Zurufe von der SPD.)

Ich möchte Ihnen ein weiteres Argument vortragen. Dabei gehe ich auf den Hinweis ein, daß soziale Demontage nur durch die CDU betrieben worden sei. Ich zitiere den SPD-Sozialexperten Egon Lutz. Er hat in einer Rede am 6. November 1975 im Deutschen Bundestag zur Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes folgendes ausgeführt:

„Diese Novellierung war notwendig, um, wie der Arbeitsminister schon mehrmals treffend formuliert hat, Wildwuchs zu beschneiden, überzogene Ansprüche zurechtzurücken und den Inhalt und Sinn des Gesetzes den Betroffenen und den Gerichten deutlich zu machen.“

Das ist eine Sprache, die Sie doch am liebsten uns unterstellen. „Wildwuchs zu beschneiden“

(Zuruf von Ravens [SPD])

— Sie haben doch etwas Ähnliches vorhin gesagt, Herr Dr. Riege, „überzogene Ansprüche zurechtzurücken“ — Originalton SPD-Arbeitsexperte.

(Dr. Riege [SPD]: Nein, soziale Hän-gematte!)

Ich möchte noch ein Zitat aus dem schon genannten Buch bringen. Damit beziehe ich mich auf den Hinweis, daß nur bei uns gespart worden sei.

(Zuruf von Dr. Rohloff [Grüne].)

Dort heißt es auf Seite 33:

„Die damalige sozial-liberale Bundesregierung verabschiedete im Rahmen ihrer großangelegten Sparaktion 1982 das Arbeitsförderungsgesetz. Mit dem AFKG wurden nicht nur die verbliebenen

Reste der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter zusammengestrichen; zum erstenmal gab es auch in größerem Umfang Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung. So wurden etwa Überstundenzuschläge nicht mehr bei der Berechnung der Höhe der Arbeitslosenunterstützung berücksichtigt. Die Sperrzeiten bei angeblichem Leistungsmissbrauch und vor allem die Anwartschaftszeiten für den Bezug des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe wurden verdoppelt.“

Herr Dr. Riege, unter Ihrer Regierung ist das eingeführt worden; unter Ihrer Regierung sind die Leistungen gekürzt worden!

(Biel [SPD]: Mit Ihren Schuldzuweisungen helfen Sie doch den Bürgern nicht, die davon betroffen sind, Herr Lindhorst!)

Sie haben damit angefangen. Wenn wir das in bestimmten Bereichen zugegebenermaßen weiterbetrieben haben — ich sage: zugegebenermaßen —, dann können Sie sich nicht hier hinstellen — Sie tun das im Grunde — wie ein Pyromane, der das Haus anzündet und anschließend die Feuerwehr ruft. Genauso ist Ihr Verhalten.

(Beifall bei der CDU. — Schwenke de Wall [CDU]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nunmehr zusammenfassend folgende Einzelpunkte noch vortragen.

Erstens. Die stille Reserve hat mit der Armutsschwelle nichts zu tun. Zweitens. Nicht jeder Sozialhilfeempfänger ist gleichzeitig arm. Drittens. Ein großer Teil der Bevölkerung erhält nach den Tarifverträgen weniger Einkommen als vergleichbare Sozialhilfeempfänger. Viertens. Es gibt Armut in unserem Lande. Das ist unbestritten. Sie ist aber nicht nur unter finanziellen Aspekten zu sehen, und sie ist vor allem nicht in dem Maße vorhanden, wie die SPD es ständig behauptet.

(Silkenbeumer [SPD]: Philosophische Gesichtspunkte!)

Fünftens. Es gibt keine „neue Armut“. Die Ursachen der jetzt aufgetretenen Armut liegen in der Vergangenheit.

(Silkenbeumer [SPD]: Natürlich! Die Sünden der Vergangenheit!)

Die Armut ist durch die ehemals SPD-geführte Bundesregierung verursacht worden und von dieser zu verantworten.

(Beifall bei der CDU.)

Sechstens. Das Hauptübel der finanziellen Armut ist in der Arbeitslosigkeit zu sehen. Arbeitslosig-

keit, die durch eine jahrelang falsche Politik entstanden ist, läßt sich nicht von heute auf morgen beseitigen.

(Silkenbeumer [SPD]: Wer regiert denn hier in Niedersachsen? — Zuruf von Biel [SPD]. — Gegenrufe von der CDU. — Gegenruf von Jahn [CDU]: So ein Quark!)

Siebtens. Die CDU hat die Zunahme der Arbeitslosigkeit genauso wie die aus der Arbeitslosigkeit resultierende stille Reserve und den Zuwachs der Sozialhilfekosten gestoppt. — Herr Biel, ich will Ihnen einfach nicht mehr antworten. Ich habe keine Lust, aus diesem Thema einen Klamauk zu machen.

(Biel [SPD]: Sie können doch mit mir nicht mithalten! So ein Geschwafel, was Sie hier bringen! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Wer sich so benimmt und nur Klämauk statt einer vernünftigen und sachliche Diskussion will, mit dem möchte ich mich nicht auseinandersetzen.

(Beifall bei der CDU. — Biel [SPD]: Es ist traurig, was man sich hier anhören muß! — Kreuzer [SPD]: Sie sind dauernd nur dabei, Klämauk zu machen, Herr Lindhorst!)

Achtens. Nach den großen Erfolgen der CDU in den beiden letzten Jahren beim Abbau der Schuldenlast, der Wiedergewinnung der Preisstabilität und der Zunahme des Wachstums und einer positiven Außenhandelsbilanz

(Zuruf von Biel [SPD])

wird die CDU auch den großen Berg der Arbeitslosigkeit nach und nach abbauen.

(Meinsen [Grüne]: Im Ankündigen sind Sie immer groß!)

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, Ihnen den Teppich ein wenig auszurollen, und gesagt, daß auch wir an dieser Sozialschraube gedreht haben. Aber entscheidend ist doch, daß Sie damit angefangen haben und daß Sie uns die Arbeitslosigkeit überlassen haben. Wenn wir aus diesem Schlamassel herauskommen wollen, dann sollten wir das in der Tat mehr gemeinsam tun. Das geht nicht, Herr Dr. Riege, mit Demagogie und Polemik.

(Biel [SPD]: Wie Sie das eben produziert haben, Herr Lindhorst!)

Ich fordere die SPD auf, zu mehr Sachlichkeit zurückzukommen. Dann können wir auch in der Sozialpolitik gerechter handeln.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist Ministerpräsident Dr. Albrecht.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mich in dieser Debatte zu Wort melde, dann einerseits deshalb, weil sie wirklich besonders wichtig ist, und zum anderen aber auch, weil ich es schade finden würde, wenn uns die Tatsache, daß wir uns näher auf Wahltermine zubewegen, dazu verleiten würde, dieses Thema hier in einer Weise zu behandeln, das den Erwartungen der Menschen draußen im Lande nicht entspricht.

Es beginnt ja mit der Frage: Was ist Armut? Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn wir uns darüber verständigen könnten, wo die Armut beginnt. Mir scheint, in einem Punkt können wir übereinstimmen, nämlich darin, daß, wenn unsere Anstrengungen, ein soziales System zu bauen, einen Sinn machen sollen, der Sinn darin bestehen muß, Armut in unserer Mitte zu verhindern. Das heißt, der Sinn der Sozialhilfe kann eigentlich nur sein, daß das Sozialhilfeleistungsniveau so festgesetzt wird, daß wirkliche Armut nicht entstehen kann.

(Dr. Riege [SPD]: Das Arbeitslosengeldniveau und das Arbeitslosenhilfeniveau müssen entsprechend festgesetzt werden, damit erst gar kein Sozialhilfeniveau dieser Art entstehen kann! Das ist doch das Problem!)

— Herr Kollege Riege, wir müssen ja irgendeinen Maßstab haben, unterhalb dessen das Lebensnotwendige unserer Meinung nach nicht mehr gewährleistet ist.

(Graeber [SPD]: 356 DM!)

Und wir haben für die Sozialhilfe einen Maßstab anzulegen, der sich in einem logischen System in andere Bereiche fortsetzen muß. Wenn wir zu dem Schluß kommen sollten, daß unser Sozialhilfeniveau dieses Ziel nicht erreicht, das heißt, daß es trotz Sozialhilfe Fälle gibt, in denen eindeutig Armut gegeben ist, dann ist die Schlußfolgerung, die man daraus ziehen muß, daß das Sozialhilfeniveau korrigiert werden muß. Aber irgendwo müssen wir ja einmal eine gemeinsame Definition dessen finden, was nun tatsächlich als Armut bezeichnet werden kann.

Was nun das Sozialhilfeniveau angeht, so muß man feststellen — das hat der Minister gesagt —, daß sich in der Tat ein Problem daraus ergibt, daß die reale Kaufkraft, die durch das Sozialhilfeniveau gegeben ist, in den letzten Jahren abgenom-

Dr. Albrecht

men hat, im Jahre 1984 erstmals wieder geringfügig gestiegen ist und 1985 weiter steigen wird. Für mich ergibt sich daraus eine Schlußfolgerung, daß nämlich offensichtlich doch ein enger Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Entwicklungsmöglichkeiten unserer Sozialhilfeleistungen gegeben ist, das heißt, daß wir ein Interesse daran haben müssen, die wirtschaftliche Entwicklung wieder positiver zu gestalten, als sie in den letzten Jahren gewesen ist. Damit erhöht sich, wie jeder weiß, natürlich auch die finanzielle Möglichkeit des Staates.

Ich glaube, wir sollten uns alle eingestehen, daß keine soziale Regelung auf alle Zeiten festgeschrieben werden kann, sondern daß man sich immer wieder fragen muß: Gibt es nicht doch Situationen, die als Notsituationen zu bezeichnen sind; gibt es nicht Situationen, in denen es für die einen auch mit unseren Sozialhilfeleistungen und mit unserem ganzen sozialen System schwerer wird, als wir es eigentlich wollten? Die Konsequenz daraus ist, daß man dann Korrekturen vornehmen muß.

(Zuruf von Frau Heyer [SPD].)

— Ich komme gerade dazu. Die Landesregierung hat jetzt im Bundesrat Vorschläge eingebracht, die zwei Problemgruppen herausgreifen, aber vielleicht gibt es weitere. Die eine Gruppe ist die der alleinstehenden Frauen mit kleinen Kindern. Wir haben hier den Eindruck, daß die Leistungen zu gering sind. Die zweite Gruppe sind die wirklich alten Menschen. Wir meinen, daß über den altersbedingten Mehrbedarf jetzt noch einmal neu entschieden werden müßte.

Ich glaube schließlich, daß wir alle wissen, daß es immer noch Menschen in unserer Mitte gibt, die die Möglichkeiten, die ihnen unser soziales System bietet, nicht in Anspruch nehmen, weil sie glauben, daß es ihrem gesellschaftlichen Ansehen schadet, wenn sie zum Sozialamt gehen und Hilfe in Anspruch nehmen.

(Frau Lewandowsky [SPD]: Und Sie tun alles, um diese Mentalität noch zu stärken, so zum Beispiel in der Diskussion vorhin!)

Ich weiß sehr wohl, daß das ein Problem ist. Ich sage aber, daß es wirklich sehr schwer ist, hier staatlicherseits etwas zu tun.

(Frau Lewandowsky [SPD]: Sie haben doch die Leute diffamiert!)

Der Staat kann ja eigentlich nichts anderes tun, als diese Hilfen gesetzlich festzulegen, so daß jeder in gewissen Situationen einen Anspruch darauf hat. Ob letztlich davon Gebrauch gemacht wird, können wir dann nicht mehr beeinflussen.

Schließlich sollte man bei diesem Thema auch nicht vergessen, daß es in unserer Mitte Notsituationen gibt — das haben ja gerade wir als Christlich-Demokratische Union immer herauszuarbeiten versucht —, die nicht nur materiell bedingt sind, aber trotzdem Notsituationen sind. Ich denke etwa an die Situation der Familie mit vielen Kindern und mit geringem Einkommen, in denen die Mutter einfach keine Hilfe bekommt und die große Last zu tragen hat, alles selber tun zu müssen, oder auch an die Situation von alten Menschen, die sich vereinsamt fühlen, die Angst haben und nicht wissen, wie sie das Leben alleine noch bewältigen sollen. Dies sind Notsituationen, die wir zu mildern versuchen müssen. Wir haben unsererseits versucht — ohne daß wir behaupten, das sei die einzige Antwort darauf —, die Sozialstationen als eine Antwort auf dieses Problem anzubieten. Wir freuen uns, daß wir inzwischen in Niedersachsen 255 solcher Sozialstationen haben.

(Zurufe von Aller [SPD] und von Dr. Riege [SPD].)

Aber natürlich ist auch hier vor allem die örtliche Gemeinschaft gefordert, sich um Menschen in dieser Situation zu kümmern.

Ich mache diese Bemerkung in der Erwartung, daß dieses Thema trotz der harten politischen Auseinandersetzung, die wir jetzt zwischen den Parteien haben, vielleicht auch etwas offener diskutiert werden könnte. Denn, verehrte Kollegen von der SPD,

(Aller [SPD]: Gucken Sie mal Ihre eigenen Truppen an!)

die Situation heute ist nicht so radikal anders, wie sie vor zwei Jahren war.

(Zustimmung bei der CDU. — Lindhorst [CDU]: Genau!)

Wir könnten die Bälle hin- und herspielen und fragen, wie es vor fünf Jahren war, wie es vor zweieinhalb Jahren war, wie es heute ist und wie es morgen sein wird.

(Dr. Riege [SPD]: Bei den Dauerarbeitslosen ist das schon etwas anders!)

Aber das Entscheidende ist das hier nicht. Denn bisher sind wir uns doch immer in dem Punkt einig gewesen, daß wir unser soziales System, das wir in verschiedenen Phasen, im übrigen mit verschiedenen Mehrheiten — mal die Christlichen Demokraten mit den Freien Demokraten, dann die Christlichen Demokraten mit den Sozialdemokraten, dann die Freien Demokraten mit den Sozialdemokraten und jetzt wieder die Christli-

chen Demokraten mit den Freien Demokraten — entwickelt haben, im Ganzen doch von uns allen — bei aller Korrekturbedürftigkeit im einzelnen — getragen wird. Dies kann vielleicht dazu beitragen, diese Diskussion doch noch etwas fruchtbarer zu gestalten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat der Abgeordnete Ravens.

Ravens (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich verhehle nicht, daß ich Ihnen dankbar bin, daß Sie die Diskussion — nach den Statistikreihen, die der Kollege Lindhorst aufgemacht hat und die den Armen in der heutigen Zeit nun wirklich nichts bringen —

(Lindhorst [CDU]: Ihr Geschrei und Ihre Schuldzuweisungen auch nicht, Herr Ravens!)

auf das zurückgeführt haben, um das es eigentlich geht. Darüber kann man dann miteinander streiten. Ich glaube sogar, darüber muß man miteinander streiten.

Ich möchte ein paar Gedanken aufnehmen, von denen ich meine, daß sie es wert sind, in dieser Debatte eingebracht zu werden.

Ich stimme mit Ihnen in der Darstellung überein, Herr Ministerpräsident, daß es darauf ankommt, das — ich nenne das einmal so — untere Netz dessen, was wir an Sozialleistungen gestalten können, nämlich die Sozialhilfe, so auszugestalten, daß es das, was man Armut nennt, nicht zuläßt.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Nun halte ich es nicht für zulässig — ich glaube, das darf man sagen —, daß man bei den Kaufkraftberechnungen — wenn man berechnet, was denn die Sozialhilfeempfänger in dieser Zeit wohl zur Verfügung haben und wie es ihnen geht —

(Zuruf von Lauenstein [CDU])

den Kaufkraftverlust zugrunde legt, den eine Familie mit durchschnittlichem Einkommen hat; denn wir wissen, daß die Bedürfnisse von Sozialhilfeempfängern im wesentlichen auf die Grundausstattungen ausgerichtet sind und daß damit ihre Kaufkraftverluste viel größer sind als die Kaufkraftverluste einer Familie mit durchschnittlichem Einkommen. Das ergibt sich nun einmal daraus, daß industrielle Produkte langlebiger Art in der Regel preisstabiler sind als Grundnahrungs-

und Grundausstattungsmitel. Daher kommt es, daß das Sozialhilfeniveau heute, und zwar schon seit langem, nicht mehr ausreicht; denn wie anders wäre es denn sonst zu erklären, daß die Sozialämter gerade in diesem Winter in so erheblichem Maße zusätzliche Mittel haben ausgeben müssen, damit wir im Lande über die Runden kommen?

(Dr. Riege [SPD]: Da haben die Wohlfahrtsverbände erheblich zugezahlt!)

Zweitens. Wenn es denn stimmt, Herr Ministerpräsident — ich habe dem zugestimmt und bleibe dabei —, daß das Sozialhilfeniveau unten angepaßt sein muß, dann muß man auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß das geschehen kann. Das ist dann der zweite Schritt. Man muß sich dann darüber einig werden und den Landkreisen und Städten und Gemeinden in den Notgebieten soviel Mittel zur Verfügung stellen, daß sie über die Haushaltsmittel verfügen, um die ihnen zugedachte Last auch tragen zu können. Daran fehlt es!

(Beifall bei der SPD. — Aller [SPD]: Da hätten ja einmal die Kommunalpolitiker von der CDU aufpassen können! — Lindhorst [CDU]: Das sind ja völlig neue Erkenntnisse!)

— Nein, Herr Lindhorst. Ich habe den Eindruck, daß von Ihnen dazu nur Statistiken kommen. Da kommen diese Grundüberlegungen gar nicht mehr zustande.

Das heißt, wir müssen eine ausreichende Ausstattung haben, damit zum Beispiel der Stadtrat in Leer in Zukunft einer Sozialhilfeerhöhung mit großer Begeisterung zustimmen kann und nicht sagen muß: Das geht nicht mehr; wir brechen darunter zusammen.

(Lauenstein [CDU]: Das muß der Kreistag machen!)

— Der Kreis und die Stadt, die die Umlage zahlt.

(Lindhorst [CDU]: Woher wissen Sie denn, was die zahlen! — Weitere Zurufe.)

Der dritte Punkt. Dann muß man allerdings auch darauf achten, daß Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht unter die Sozialhilfesätze absinken, wie das bei der Arbeitslosenhilfe heute der Fall ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Lindhorst [CDU]: Das war früher auch so!)

Es ist ein nicht erträglicher Zustand, daß sich eine Leistung, für die die Mittel aus Beiträgen gesammelt worden sind, sowohl beim Arbeitslosen-

Ravens

geld als auch bei der Arbeitslosenhilfe zu einer Leistung entwickelt, die unterhalb der Sozialhilfe liegt. Ich halte es für unerträglich, daß der Finanzminister die sogenannten Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit wieder in seine Tasche zurückholt, anstatt nun endlich dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitslosenhilfe wieder so angehoben wird, daß die Sozialhilfesätze erreicht werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

In dieser Hinsicht unterscheiden wir uns.

(Aller [SPD]: Das ist der entscheidende Unterschied zwischen uns! — Lindhorst [CDU]: 5 % Unterschied!)

Zu der Frage der „verschämten Armut“ haben wir alle miteinander kein Rezept. Aber ich denke, Herr Kollege Lindhorst, daß die Statistik täuscht, wenn Sie sagen, der Landkreis Wittmund mit der hohen Arbeitslosigkeit habe eine so geringe Zahl an Sozialhilfeempfängern. Fragen Sie einmal, warum das so ist! — Weil man sich in den kleinen Dörfern nämlich kennt,

(Zuruf von Lindhorst [CDU])

weil man weiß, wer dahin geht, weil es bestimmte Vorbehalte gegenüber dem gibt, was wir „verschämte Armut“ nennen. Vielleicht wäre es gut, wenn man nicht mit den kalten Zahlen der Statistik arbeitete, sondern den Menschen sagte: Wenn jemand ohne eigenes Zutun in eine Notsituation kommt, hat er in dieser Republik, die eine soziale sein will, einen Anspruch darauf, daß ihm die Gemeinschaft hilft. Das heißt im Notfall: Sozialhilfe!

(Beifall bei der SPD. — Fischer [Göttingen] [CDU]: Das tun wir doch! Wer sagt das denn nicht? — Stock [CDU]: Wer sagt das denn nicht? Wer bestreitet das denn, Herr Ravens?)

— Ich sage, wenn man die kalte Statistik nimmt, wie Herr Lindhorst das macht,

(Lindhorst [CDU]: Nein, nein, nein!)

und sagt: „Sozialhilfe hat ja mit Armut gar nichts zu tun, denn in Wittmund sind viele arbeitslos, und die gehen nicht hin“, dann ist das eine Beweisführung, die an der Sache vorbeigeht.

(Zuruf von der CDU.)

Viertens. Ich habe die Statistik jetzt nicht dabei. Darf ich einmal den gelben Bogen haben, die Pressemitteilung zu der Großen Anfrage? Herr Ministerpräsident, ich muß Sie einmal fragen, was es bedeutet — wenn ich das richtig verstan-

den habe —, wenn der Sozialminister sagt, daß die Sozialhilfeleistung für ein arbeitsloses Ehepaar mit zwei Kindern im Alter von neun und zwölf Jahren

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Welche Seite?)

— auf Seite 7 ist das, das können Sie nachgucken — 1739 DM betrage, hingegen allerdings ein Arbeitnehmer im Einzelhandel in der gleichen Lage nach dem Tarifvertrag nur 1614 DM beziehe.

(Lindhorst [CDU]: Was heißt das denn nun?)

Das heißt wohl nichts anderes, wenn ich die Logik richtig verstehe, daß der Sozialminister anders als Sie der Auffassung ist, daß für diese Familie mit zwei Kindern eigentlich schon zuviel gezahlt wird.

(Lindhorst [CDU]: Das heißt, daß die Armutsgrenze nicht so ist!)

Wenn das denn nicht so sein soll, dann argumentieren Sie auch nicht so herum. Das, was man aus einer solchen Antwort, aus dem, was der Sozialminister sagt, herauslesen kann, hat mich erschreckt.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Ravens, der Abgeordnete Creutzenberg möchte Ihnen eine Frage stellen.

(Hartmann [CDU]: Der Landrat von Wittmund!)

Ravens (SPD):

Gern.

Vizepräsident Bosse:

Wollen Sie antworten?

Ravens (SPD):

Ja.

Creutzenberg (CDU):

Herr Kollege Ravens, Sie sprachen von verschiedenen Armen im Kreis Wittmund, die sich nicht melden. Meinen Sie, daß Sie den Kreis Wittmund kennen?

Ravens (SPD):

Ja, ich bin einige Male dort gewesen. Ich kann aber nicht sagen, daß ich den Kreis so gut kenne wie Sie; Sie kennen ihn besser.

Creutzenberg (CDU):

Sie waren einmal im Dunkeln abends da, und dann kennen Sie den Kreis Wittmund?

(Heiterkeit.)

Ravens (SPD):

Herr Kollege Creutzenberg, ich will nicht sagen, daß ich den Kreis so gut kenne wie Sie — das habe ich schon gesagt —, Sie kennen ihn besser; denn Sie sind dort Landrat, Sie sind dort Abgeordneter, so wie auch mein Kollege Köneke von dort kommt. Ich kenne aber auch ländliche Gebiete und weiß aus meinem eigenen Wahlkreis, wie so etwas in den kleinen Dörfern gehandhabt wird.

(Unruhe.)

Ich bin lange genug Abgeordneter im Teufelsmoor gewesen. Sie wissen ja, daß dort kleine Dörfer sind.

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Ravens, jetzt möchte der Kollege Lindhorst noch eine Frage stellen.

(Zurufe von der SPD.)

Ravens (SPD):

Ja, er darf auch eine Frage stellen.

Vizepräsident Bosse:

Bitte, Herr Kollege Lindhorst!

Lindhorst (CDU):

Ich meine es auch ganz ernst, Herr Ravens.

(Lachen. — Zuruf: Das ist das erstemal!)

Haben Sie zur Kenntnis genommen, daß dieses Beispiel auf Seite 7 mit den 1739 DM dokumentieren soll, daß wir an dieser Höhe nicht die Armutsschwelle aufhängen können?

(Zuruf von der SPD: Das ist doch gar nicht die Frage!)

— Das war der Sinn!

Ravens (SPD):

In der Argumentation, wie das hintereinandergelängt worden ist — — — Ich gehe nach wie vor davon aus, daß das, was wir im Augenblick in der Sozialhilfe haben, ein Satz ist, von dem die Sozialverbände sagen, er sei eigentlich zu niedrig. Ich will auf die Auseinandersetzungen, die dann

mit den Gewerkschaften zu führen sind, die die Gewerkschafter mit dem Sozialminister zu führen haben, gar nicht eingehen. Ich finde das im übrigen auch schon einigermaßen eigenartig; er sollte das seinen eigenen Freunden in der CDU, die im Unternehmerlager sitzen, sagen und nicht den Gewerkschaften, damit solche Leichtlohngruppen schneller verschwinden können.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will noch einen weiteren Punkt ansprechen, Herr Ministerpräsident, weil ich glaube, daß auch der wichtig ist. Ich stimme Ihnen zu, daß die alleinerziehenden Elternteile bei uns in einer ganz besonders schwierigen Lage sind, auch was die Sozialhilfe angeht. Um so schlimmer wirkt es dann, so glaube ich, wenn man die folgende Entwicklung sieht: weg vom Kindergeld und hin zu einer stärkeren Entlastung bei der Einkommensteuer.

(Unruhe.)

Ich glaube, daß damit nicht das erreicht wird, was erreichbar ist,

(Stock [CDU]: Das ist schlicht unwahr!)

daß nämlich denen, die es am meisten drückt, Kinder zu haben, auch der größere Anteil der Hilfe zukommt.

(Beifall bei der SPD.)

Das wird man bei der steuerlichen Erleichterung nicht erreichen.

Herr Ministerpräsident, ich denke, daß es eine ganze Reihe von Punkten gibt, bei denen ich sagen kann: Gut, da mögen Sie recht haben. — Ich sage Ihnen nur, daß dann Ihr Weg an diesen Stellen falsch ist, daß Sie einen anderen Weg gehen müssen. Sie hätten z. B. im vergangenen Jahr sagen müssen: Laßt den Quatsch mit der Vermögensteuersenkung und laßt uns dafür in den Bereichen, in denen solche Lebensunterhaltsgrenzen erreicht worden sind, mehr tun; denn nachweisbar ist, daß uns die Vermögensteuererleichterung an wirtschaftlichem Erfolg nichts gebracht hat. Ein solcher Erfolg ist nicht zu erkennen, im Gegenteil: Das einzige, was überhaupt in erheblichem Maße gestiegen ist, sind die Kapitalexperte oder die Anlagen in Dollar, und damit wird im Augenblick amerikanisches Haushaltsdefizit finanziert, aber nicht deutsches, werden auch in Deutschland keine Investitionen finanziert. Von dorthier ist auch die Frage der Steuererleichterungen für die gehobenen Einkommen, über die man im Augenblick diskutiert, eine Frage, der man sich vor dem Hintergrund nähern muß, daß

Ravens

wir noch 2,4 Millionen Arbeitslose haben mit all den Erscheinungen von Armut, die daranhängen.

(Hirche [FDP]: Deswegen muß die Steuer runter, aber ganz entschieden!)

Nun will ich gar nicht darüber streiten, ob das nun neue oder alte Armut ist, ich will — wie der Ministerpräsident — nur weg von dem Streit, den Herr Lindhorst angefangen hat mit der Statistik nach dem Motto: Rechnen wir mal hoch, und dann sind wir schon hin.

(Lindhorst [CDU]: Sie haben nicht zugehört, was Herr Riege gesagt hat! Lesen Sie doch Ihre Presseerklärung!)

Ich will nur fragen, was man heute tun muß. Wenn wir uns denn darauf einigen könnten, daß die Punkte, die ich genannt habe, notwendig sind, um Armut in unserem Lande abzuwenden und zu überwinden, dann wollen wir das gemeinsam tun.

(Lindhorst [CDU]: Lesen Sie Ihre Presseklärungen mal richtig!)

Ich verspreche Ihnen: Ich Sorge dafür, daß Sie dafür im Bundestag eine Mehrheit bekommen.

(Beifall bei der SPD. — Lindhorst [CDU]: Riege hat das Gegenteil hier von dem gesagt, was er draußen in der Presse gesagt hat!)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Schlagwort von der neuen Armut geht von einer Reihe unrichtiger Behauptungen aus. Das Schlagwort von der neuen Armut verschleiert unser System von sozialen Hilfen in der Bundesrepublik, mit denen wir uns sehen lassen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich möchte einmal von den Schuldzuweisungen, die hier zwischen CDU und CSU, zwischen CDU und SPD ausgetauscht worden sind,

(Heiterkeit)

— ja, die CSU ist auch genannt worden; Sonthofen ist ins Spiel gebracht worden — abgehen und sagen, daß wir alle gemeinsam ein soziales System aufgebaut haben,

(Zustimmung bei der FDP)

das die neue Armut, wenn man sie so grob verallgemeinert, wie Sie, Herr Riege, es tun, verhindert hat. Wenn wir z. B. die Gründe betrachten, die dazu führen, daß die stille Reserve von einer Million Menschen nicht Sozialhilfe in Anspruch nimmt, so ist das doch gerade ein Beweis dafür, daß man von einer neuen Armut nicht sprechen kann.

Es gibt ein ganz anderes Problem. Die Arbeitslosigkeit, die wir in der Bundesrepublik haben, ist eine große Herausforderung für uns, aber nicht so sehr wegen der finanziellen Not der Betroffenen, sondern aus der Situation von Menschen heraus, die morgens, wenn sie aufstehen, nicht wissen, was sie Sinnvolles an diesem Tag verrichten können. Diese Betroffenheit ist wichtig.

(Zurufe von der SPD.)

Die Millionen, die zur stillen Reserve gezählt werden, die Sie hier angesprochen haben, bekämen ja Sozialhilfe, wenn sie anspruchsberechtigt wären.

(Zurufe von und Unruhe bei der SPD.)

Warum sind sie denn nicht anspruchsberechtigt? — Sie sind nicht anspruchsberechtigt, weil sie ein Haus haben, weil ihre Angehörigen ein Einkommen haben, weil sie selbst über Eigenmittel verfügen, so daß sie der Sozialhilfe nicht bedürfen.

(Zustimmung bei der FDP. — Frau Lewandowsky [SPD]: Unverschämt! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Dies ist nicht eine finanzielle Not dieser Menschen. Es wird daran deutlich, daß eine andere Not besteht und daß andere gesellschaftspolitische Auswirkungen zu betrachten sind, daß sich z. B. die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht so ausprägen kann, weil die Frauen zu Hause bleiben und keine Arbeitsstelle suchen. Sie fallen nicht unter den Begriff der neuen Armut; denn das Familieneinkommen ist groß genug. Ich respektiere aber den Willen dieser Frauen zu arbeiten. Dies haben Sie in Ihren Betrachtungen völlig außer acht gelassen.

Meine Damen und Herren! Nur wer so verwöhnt ist durch ein soziales System, durch ein gutes soziales System, wie wir alle es zusammen in der Bundesrepublik aufgebaut haben, kann sich herausnehmen, so, wie die Sozialdemokraten das hier tun, von der neuen Armut zu sprechen,

(Ravens [SPD]: Eine solche Unverschämtheit in einer Rede habe ich noch nie gehört!)

und zwar im Angesicht der Armut in der Welt, des Elends und der Not in der Welt und auch der

vergleichbaren Armut in den anderen europäischen Ländern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat der Abgeordnete Mombaur.

Mombaur (Grüne):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was Sie, Herr Ministerpräsident, gesagt haben, war ja ganz lieb und nett, aber Sie hätten sich vielleicht etwas mehr mit der Denkweise des zuständigen Sozialministers und der Art, wie er mit diesem Antrag umgegangen ist, auseinandersetzen sollen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Die Armut, Herr Schnipkoweit, ist keine Frage der Definition. Mehr Sozialhilfe — etwa so haben Sie das gesagt — definiert unter Umständen mehr Armut. Ist das die Denkweise, nach der bisher im Sozialbereich gekürzt worden ist? Ist das die Denkweise, die unter Umständen dazu führen kann, daß Sie eines Tages in letzter Konsequenz sagen: Ich streiche die Sozialhilfe; dann habe ich keine Armut mehr?

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Es hilft mir auch überhaupt nicht, daß Sie sagen, Anke Fuchs habe gesagt, man könne irgendeine Restgruppe vernachlässigen. Ich frage Sie: Vernachlässigen Sie diese Restgruppe auch? Das möchte ich mal von Ihnen hören, und nicht, was Anke Fuchs gesagt hat.

(Lindhorst [CDU]: Wissen Sie überhaupt, was wir für diesen Bereich ausgeben?)

Schließlich kam noch ein dritter Punkt vor, der mich sehr geärgert hat. Sie haben gesagt, mit der Sozialhilfe — mit der ja noch nicht die Armut definiert wird — könne man wahrscheinlich in anderen Ländern einigermaßen leben. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Sozialhilfesatz, der Ihnen zusteht, nehmen Sie Ihre Familie und gehen Sie — ich nenne Ihnen ein anderes Land — in die USA. Da können Sie vom 10. des Monats an Ihr Essen von der Heilsarmee abholen. Dann haben Sie nämlich kein Geld mehr für Essen und für die Wohnung.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Sie müssen fragen, ob die Leute mit dem Geld, das Sie ihnen zugestehen, hier in diesem Lande und nirgendwoanders in der Welt leben können. Danach bemißt sich auch die Armut, nämlich ob

die Leute hier ihre Wohnung bezahlen können, ob die Leute hier genug zu essen haben, ob die Leute hier ihre Arbeit haben und die Sachen des täglichen Lebens bezahlen können. Das muß Ihre Frage sein. In anderen Ländern wird anders gearbeitet, aber auch anders verdient.

(Beifall bei der SPD.)

Sie brachten hier zum ersten Mal den Ausdruck „vor der Hacke ist es duster“. Ich kann Ihnen nur sagen: Bei dem, was Sie heute nachmittag hier gesagt haben, war es in Teilen Ihrer Rede sehr duster!

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat der Abgeordnete Silkenbeumer.

Silkenbeumer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie sind Sozialminister, Sie sind Arbeitsminister, Sie sind ein christlicher Sozialminister, und Sie sind ein Gewerkschaftler. Aber was haben Sie gemacht? Sie haben hier die Augen vor der Realität verschlossen. Das waren getürkte Zahlen, das war das Weglassen von unbequemen Fakten. Und Sie, Herr Lindhorst, haben da noch einen draufgesetzt. Das war hier eine glatte Selbstbeweihräucherung.

(Lindhorst [CDU]: Ich habe doch nur aus diesem Buch hier zitiert!)

Sehen Sie doch mal die tatsächliche Lage, wie sie auch Herr Mombaur geschildert hat.

(Lindhorst [CDU]: Sie haben das Buch doch auch gelesen!)

Stellen Sie doch nicht jemanden, der Sozialhilfe in Höhe von 1 600 DM bekommt und zuzüglich Zulagen auf 2 000 DM kommt — das ist das Beispiel, das da drinsteht —, einem einfachen Verkäufer im Einzelhandel mit 2 000 DM gegenüber. Was soll dann Ihr Gerede davon, daß die hohen Löhne die Wirtschaft kaputtgemacht haben? Das ist doch lächerlich! Hören Sie doch auf!

(Beifall bei der SPD. — Hirche [FDP]: Das ist richtig, Herr Silkenbeumer; Sie verstehen es nur nicht!)

— Herr Hirche, diese Antwort enthält keine einzige Tabelle, die etwas über die Sozialstatistik aussagt. Minister Schnipkoweit sagt: Es gibt keine Statistiken, wir können nichts über die Zusammenhänge zwischen Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit sagen. — Meine Damen und Herren, dann

Silkenbeumer

nehmen Sie doch mal die Statistik vom Landesamt, die allen Abgeordneten vorliegt.

(Lindhorst [CDU]: Die ist in dem Buch „Neue Armut“ enthalten!)

— Ach, die „Neue Armut“, nehmen Sie mal die von Niedersachsen.

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Silkenbeumer, der Kollege Fischer (Göttingen) möchte Ihnen eine Frage stellen.

Silkenbeumer (SPD):

Nein, ich habe keine Zeit. Die Landesregierung kann hier 30 oder 40 Minuten lang sprechen, und wir haben zwei oder drei oder vier Minuten. Ich bitte dafür um Verständnis.

(Beifall bei der SPD. — Grill [CDU]: Ihr Fraktionsvorsitzender kann jederzeit reden!)

Herr Ravens hat gefragt: Wie sieht es in Leer aus? — Ja, wie sind denn die Realitäten in Leer? 1980 = 3 Millionen DM Sozialhilfe, 1981 = 3,5 Millionen DM, 1982 = 4,6 Millionen DM, 1983 = 5,6 Millionen DM, 1984 = 6,5 Millionen DM Sozialhilfe.

(Oestmann [CDU]: Was beweist das?)

Das sind nicht Familien mit zwei oder drei Kindern, das sind überwiegend Alleinstehende. Herr Ministerpräsident Albrecht hat darauf hingewiesen, aber nicht der Sozialminister!

Was in der Antwort völlig weggelassen wird — lesen Sie es doch mal nach —, ist folgendes: Darin wird überhaupt nicht über die Jugendlichen gesprochen, darin wird überhaupt nicht über die Folgen der Arbeitslosigkeit gesprochen. In Leer sind ca. 30 % derjenigen, die Sozialhilfe bekommen, geschieden oder Getrenntlebende, weil sie es nicht mehr aushalten, zwei oder drei Jahre arbeitslos zu sein.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: Das ist doch wirklich Quatsch!)

Nehmen Sie die Landeshauptstadt Hannover: Da wurden 1975 für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 28 Millionen DM gezahlt, 1984 89 Millionen DM. Von diesen 89 Millionen DM in Hannover waren 21 Millionen DM für Arbeitslose, die nicht ausreichend Geld vom Arbeitsamt bekommen.

Nehmen Sie die Stadt Alfeld: 1981 = 383 Sozialhilfeempfänger, 1984 = 722 Sozialhilfeempfän-

ger. Wir können Ihnen Zahlen über Zahlen nennen.

(Jahn [CDU]: Was ist denn das wieder für eine Statistik? — Fischer [Göttingen]

[CDU]: Das ist doch nicht die Frage der neuen Armut, Herr Silkenbeumer!)

— Wir können ja gleich über die neue Armut sprechen.

Nehmen Sie die Stadt, aus der ich komme, Langenhagen, Flughafenstadt, aufwärts, wie es so schön heißt. Das ist sicherlich eine sehr steuerkräftige Gemeinde im Landkreis. In Langenhagen, verehrter Herr Kollege Fischer, mußten 1983 für Sozialhilfe 4,7 Millionen DM bereitgestellt werden, im Jahre 1984 5,6 Millionen DM. Und jetzt mußten wir in den Haushalt für 1985 6,4 Millionen DM einsetzen.

Meine Damen und Herren! Der größte Teil sind eben nicht die Rentner, die Altenhaushalte, die Obdachlosen,

(Lindhorst [CDU]: Aber der Anstieg ist gebremst worden!)

nein, es sind die jungen Leute, die 18- bis 25jährigen, die keine Arbeit bekommen,

(Beifall bei der SPD)

die Frauen und die Alleinerziehenden. Bitte, meine Damen und Herren, nehmen Sie die Zahl: 50 % aller Sozialhilfeempfänger in meiner Stadt Langenhagen sind unter 40 Jahre alt.

Herr Minister, Sie sagen, es gebe keine gesicherten Erkenntnisse. Ich würde Sie wirklich bitten, darauf noch einmal einzugehen. Statistik des Landesverwaltungsamtes, Gruppe der 18- bis 25jährigen: 1980 = 12 000 Sozialhilfeempfänger, 1982 = 20 000 Sozialhilfeempfänger und 1983 = 25 000 Sozialhilfeempfänger.

(Lindhorst [CDU]: Anstieg gebremst!)

Auch da sind wieder die Hauptempfängergruppen die jungen Leute, die alleinstehenden Frauen mit einem Kind oder mit zwei Kindern — — —

(Zuruf von Fischer [Göttingen] [CDU].)

— Machen Sie doch, wenn Sie die neue Armut bestreiten, eine Ursachenstatistik. Sie sind doch sonst so für Statistiken.

(Zuruf von der CDU.)

Legen Sie doch ähnlich wie in den Vereinigten Staaten einen Armutsbericht vor. Aber das wollen Sie nicht, weil es bei Ihnen eben mit lächelndem Optimismus geht und weil das, was ist, nicht sein darf.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Dr. Rohloff [Grüne].)

Ich fasse zusammen — einfach von der Zeit her, es ist 16.45 Uhr —:

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Mit solchen Beiträgen wird die Reizschwelle für die tatsächlich Bedürftigen gesenkt, und das ist das Problem!)

— Die Reizschwelle? — Was stellt sich denn Herr Rau hier hin und erzählt, das sei alles kein Problem? Was sagt denn Herr Lindhorst? Nackte Zahlen. Was ist denn die große Antwort gewesen? Das ist eine kleinkarierte Antwort gewesen.

(Beifall bei der SPD. — Jahn [CDU]: Was haben Sie denn bisher beigetragen? Außer Polemik haben Sie doch nichts beigetragen! Sie regen sich jetzt künstlich auf und wollen noch zusammenfassen, was Sie überhaupt nicht gesagt haben! — Lindhorst [CDU]: Genau!)

— Künstlich aufregen? Soll ich einmal die Arbeitslosenzahlen und die Zahlen der Sozialhilfeempfänger aus Leer zusammenfassen?

(Zuruf von Lindhorst [CDU].)

Wollen wir über die Zahlen diskutieren? Wollen wir mal darüber diskutieren, warum die Stadt Oldenburg in Niedersachsen die Stadt ist, die am meisten Sozialhilfe bezahlen muß?

(Lindhorst [CDU]: Genau!)

— Einverstanden, verehrter Herr Lindhorst. Warum sind denn — — —

(Jahn [CDU]: Herrn Lindhorst werfen Sie Statistiken vor, und Sie bringen selbst weiter nichts als Statistiken!)

— Sie wollten doch mit mir diskutieren! Oder wollen Sie nur Fragen stellen und keine Antworten haben?

(Zurufe von der CDU.)

Sie kneifen vor der Wirklichkeit die Augen zu. In Oldenburg allein das Problem einphasige Lehrerausbildung: Die Absolventen wissen bis heute nicht, was geschehen wird.

(Jahn [CDU]: Wer hat denn die bloß erfunden!)

Dort gibt es 171 Empfänger. Die Stadt Oldenburg muß dafür jährlich 1,7 Millionen DM bezahlen. Bis 1986 werden, wenn Sie nichts tun und wenn dieses Problem auf Bundesebene nicht gelöst wird, weitere 80 dazukommen. Fragen Sie doch einmal den Kollegen Dierkes aus Oldenburg danach, was er dort seit einem Jahr oder seit zwei Jahren sagt! Er sagt: Wir werden das Problem lösen. Ich werde meine Kollegen im Land-

tag ansprechen. Ich werde das Problem auf Bundesebene ansprechen. — Das sind Ankündigungen. Ihre Alibifunktion ist, Ankündigungen zu machen, aber nichts Reales damit zu tun.

(Beifall bei der SPD. — Fischer [Göttingen] [CDU]: Bis 1982 war das alles besser!)

Meine Damen und Herren, Ihnen geht es um die soziale Ausgrenzung, Ihnen geht es um Armut, Ihnen geht es nicht um soziale Sicherung.

(Lindhorst [CDU]: Wildwuchs beschneiden! SPD!)

Was Sie machen, ist das Aussitzen von Problemen. Ihre Kabinettsdevise ist: So gut wie heute ist es bei uns noch nie gewesen. Es darf keine Armut geben. Da sind die bösen Miesmacher. Wir hören denen gar nicht zu, mit denen diskutieren wir gar nicht.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Silkenbeumer, Sie haben den Kollegen Dierkes direkt angesprochen. Er möchte Sie etwas fragen.

Silkenbeumer (SPD):

Gern.

Vizepräsident Bosse:

Bitte sehr!

Dierkes (CDU):

Herr Kollege Silkenbeumer, würden Sie das, was Sie eben gesagt haben, so konkretisieren, daß Ihnen bisher unbekannt geblieben ist, daß auf meine Anregung hin die Niedersächsische Landesregierung nicht nur angekündigt hat, für die einphasig ausgebildeten Lehrer eine Regelung zu finden, sondern daß sie direkt in die Beratung des Beschäftigungsförderungsgesetzes entsprechende Initiativen eingebracht hat, und daß Ihnen auch unbekannt geblieben ist, daß hier ein eigener Gesetzentwurf erarbeitet worden ist, auf den Weg gebracht worden ist? Ist es das, was Sie gemeint haben?

Silkenbeumer (SPD):

Herr Kollege Dierkes, die Eingaben dieser Gruppe von Betroffenen aus Oldenburg beraten wir im Wissenschaftsausschuß schon seit Monaten, wenn nicht sogar seit Jahren. Ihnen sind diese Eingaben bekannt. Die Antwort der Landesregierung ist:

Silkenbeumer

Wir werden das Problem lösen. Wir bemühen uns. — Ich gebe Ihnen gern die Eingaben und die Antworten dieser Regierung, Ihrer Landesregierung, wenn Sie sie nicht haben sollten. Die Landesregierung bemüht sich angeblich schon sehr, sehr lange. Die Frage ist: Wie lange will sie sich noch bemühen? Sie stellen sich in Oldenburg hin und sagen: Wir werden das Problem lösen. — Das Dilemma sind doch — das habe ich angesprochen — die Belastungen für die Kommunen.

(Lauenstein [CDU]: Das ist Blabla!)

— Blabla? — Dann gehen Sie doch mal nach Oldenburg und fragen Sie, ob das Blabla ist, wenn die Kommune Oldenburg jetzt 1,7 Millionen DM pro Jahr und demnächst 2 Millionen DM pro Jahr bezahlen muß!

(Lindhorst [CDU]: Silkenschaumer!)

Unser Vorwurf — Herr Dierkes, das ist eigentlich der Vorwurf bei diesem speziellen Problem — ist, daß nur Ankündigungen gemacht werden. Dann sagen Sie jetzt: Das Problem wird zum 1. April gelöst. — Dann ist das in Ordnung. Aber das können Sie hier und heute nicht sagen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Remmers.

Dr. Remmers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Silkenbeumer, ein Wort vorweg. Sie brauchen Ihre schauspielerischen Fähigkeiten nicht einzusetzen,

(Dehn [SPD]: Das machen Sie dann schon!)

um uns — auch den Sozialminister — darauf aufmerksam zu machen oder davon zu überzeugen, daß es hier um ein Problem geht und daß es hier Probleme gibt. Wir haben hier in diesem Hause doch nun schon sehr häufig über die Arbeitslosigkeit gesprochen, und wir haben heute anlässlich der Behandlung Ihrer Großen Anfrage versucht, die sogenannte neue Armut zu diskutieren.

(Dehn [SPD]: Der sogenannte Herr Remmers!)

Ich sage Ihnen folgendes: Es ist völlig unsinnig, hier jetzt zu versuchen darzustellen, als müßten wir erst noch überzeugt werden. Der Sozialminister hat meiner Ansicht nach in einer sehr differenzierten Form dargelegt,

(Arens [SPD]: Was hat der? — Dr. Riege [SPD]: Der Ministerpräsident vielleicht! Aber nicht der Sozialminister!)

daß eine Festlegung und Bestimmung der Grenze zur Armut oder zur neuen Armut in dieser Art und Weise nicht vorgenommen werden kann.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

— Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie es denn so genau wissen wollen: Sie wollen uns doch wohl nicht einfach pauschal unterstellen, wir wollten hier Ausgrenzungsmethoden anwenden!

(Zurufe.)

Das muß ich auch einmal zu Herrn Rohloff sagen. Hier zu sagen, Zweidrittelmethode, und bei dem anderen Drittel wollten wir nur beruhigende und kaschierende Maßnahmen ergreifen — — Sie können das ja ruhig weitermachen. Die Bevölkerung wird Ihnen das nicht abnehmen.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von Aller [SPD].)

Die Bevölkerung beobachtet sehr aufmerksam, daß alle Politiker miteinander ihre liebe Last damit haben, nun eine wirklich anständige, klare und hilfreiche Antwort auf die Frage nach der Bewältigung der Arbeitslosigkeit zu bekommen. Das ist die Frage, die die Bevölkerung interessiert. Dann können Sie, Herr Silkenbeumer, nicht hierher kommen, ein Schmierentheater aufführen und versuchen, die Bevölkerung zu überzeugen. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU. — Unruhe. — Zurufe von der SPD.)

— Beruhigen Sie sich wieder! Ich habe Zeit.

Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, wenn Sie es wissen wollen, dann kann ich Ihnen nur sagen, daß ich mich am meisten darüber wundere, daß Ihnen in sozialpolitischen Fragen — gerade auch in dieser Debatte ist das wieder deutlich geworden — nichts anderes einfällt, als die alte Leier weiterzudrehen,

(Beifall bei der CDU)

und daß es den Sozialdemokraten in Niedersachsen noch nicht einmal möglich ist, jene Gedanken bezüglich der Weiterentwicklung der Sozialpolitik aufzugreifen, die Sozialdemokraten in anderen Ländern und in anderen Gruppierungen in der Bundesrepublik vertreten. Darauf sind Sie in Ihrer Debatte noch nicht einmal gekommen.

(Beifall bei der CDU. — Ravens [SPD]: Das ist doch gar nicht das Thema!)

Ich könnte Sie mit Zitaten traktieren. Ich werde Ihnen den Gefallen aber nicht tun, hier auch noch die Namen zu nennen. In Niedersachsen

gibt es aber offensichtlich solche Sozialdemokraten nicht, die in der Lage sind, Sozialpolitik dynamisch weiterzudenken.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Dr. Remmers, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Aller beantworten?

Dr. Remmers (CDU):

Nein, danke!

(Frau Lewandowsky [SPD]: Der läßt sich nicht unterbrechen! Er kann nicht spontan!
— Aller [SPD]: Erst draufhauen und dann kneifen! Das haben wir gern!)

Meine Damen und Herren, ich möchte nur auf folgendes aufmerksam machen.

(Unruhe. — Zurufe von der SPD.)

— Ich weiß gar nicht, weshalb Sie so unruhig sind. Bleiben Sie doch ruhig und hören Sie zu!

Meine Damen und Herren, durch den Sozialminister haben wir vorhin eine interessante Feststellung vorgetragen bekommen, nämlich die Zahlen der Sozialhilfeempfänger in Wittmund in Relation zu den Zahlen der Sozialhilfeempfänger in städtischen Bereichen. Nun sollte es doch eigentlich unsere Aufgabe sein — Herr Riege, ich verstehe nicht, daß Sie nicht darauf gekommen sind —, einmal zu prüfen, welche tatsächliche Wirklichkeit — auch soziale Wirklichkeit — hinter jener sozialen Wirklichkeit steckt, die wir mit Statistiken zu fassen bekommen.

(Aller [SPD]: Das ist das, was Albrecht sagt: Uns allen geht es gut!)

Es müßte doch einmal unser Bemühen sein, auch noch durch genauere Analysen, als wir sie heute bekommen haben,

(Dr. Riege [SPD]: Wir können ja hier keine Seminare abhalten! — Weitere Zurufe von der SPD)

festzustellen, was die soziale Wirklichkeit hinter jener Wirklichkeit ist, die wir mit Statistiken erfassen.

(Dr. Riege [SPD]: Da gibt es sehr viele Untersuchungen! Darauf haben wir hingewiesen! Aber in zehn Minuten kann man kein Seminar abhalten!)

Meine Damen und Herren! Da käme es doch darauf an, zu prüfen, was denn eigentlich zum Bei-

spiel in Wittmund anders ist als etwa in städtischen Bereichen.

(Aller [SPD]: Warum macht Herr Schnipkoweit denn das nicht?)

Ich teile nicht die Meinung von Herrn Ravens dazu, der sagt, da sei so viel verschämte Armut. Durch die Zwischenfrage von Herrn Creutzenberg ist er ja schon darauf aufmerksam gemacht worden.

(Zurufe von der SPD: Worauf?)

Ich würde vermuten, daß in Wittmund gewissermaßen hinter dieser offensichtlichen und statistisch erfaßbaren Wirklichkeit eine andere soziale Struktur, ein anderes, gewissermaßen noch unmittelbares soziales Netz steht.

(Zustimmung bei der CDU. — Ravens [SPD]: Kommt dazu!)

— Das kommt dazu, sagen Sie. Aber Sie sprechen von verschämter Armut. Da ist nicht einfach verschämte Armut, sondern da ist noch eine andere solidarische, unmittelbar spürbare und gelebte Art von sozialem Netz, von der Sie überhaupt nicht reden.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist doch: Kommen wir mit unserer Sozialpolitik, so wie wir sie bisher — gewissermaßen immer orientiert an Wachstumsraten — betrieben haben, weiter? Ich frage das neben der SPD auch die Grünen. Wenn schon von Ihrer Seite gerade Wachstumsfragen in der Wirtschaft so problematisiert werden, muß dann nicht gerade vor dem Hintergrund der Problematisierung von Wachstumsfragen — ich würde sogar sagen, berechtigterweise —

(Aller [SPD]: Von Umverteilung reden wir!)

und Wachstumserwartungen auch die Sozialpolitik neu durchdacht werden?

(Aller [SPD]: Umverteilung von unten nach oben! — Dr. Riege [SPD]: Warum sind Sie denn gegen den Maschinenbeitrag?)

Denn, meine Damen und Herren, wir sind doch mit der Sozialpolitik — Herr Riege, das sollten Sie doch wissen — nicht nur finanziell an Grenzen gestoßen; wir sind doch mit unserem Sozialstaat prinzipiell an Grenzen gestoßen. Deswegen muß man neu darüber nachdenken, was können wir denn wieder mobilisieren, um auf eine neue, auch auf eine alternative Art und Weise durch das Neuknüpfen eines sozialen Netzes hinter den of-

Dr. Remmers

fiziellen Formen der Sozialpolitik weiterzukommen.

(Beifall bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Ergänzend!)

Ich möchte Ihnen sagen — auch wenn Sie das nicht hören wollen —: Laßt uns doch endlich auch einmal darüber nachdenken, was denn die Wirklichkeit — — — Wenn sich Herr Silkenbeumer hier schon so über Leer aufregt; das kennt er ja nun ganz besonders gut.

(Aller [SPD]: Wer regt sich im Augenblick auf?)

Wir sollten einmal darüber nachdenken, wie ist es denn mit der tatsächlichen Wirklichkeit in vielen oder, sage wir, in manchen Fällen der Sozialhilfeempfänger vor dem Hintergrund der heute allseits bekannten Wirklichkeit mit der Erscheinung der Schattenwirtschaft usw.

(Zuruf von Ravens [SPD].)

— Herr Ravens, dann winken Sie ab. Aber genau das wollte der Sozialminister auch zum Ausdruck bringen,

(Aller [SPD]: Warum hat er es denn nicht gesagt?)

nämlich daß die nackten Statistiken überhaupt nichts über den tatsächlichen Wohlstand der einzelnen aussagen.

(Zustimmung bei der CDU.)

Da gibt es Fälle, die sind viel schlimmer und sind in der Statistik überhaupt nicht drin. Und da sind sehr viele in der Statistik, die Sie zur neuen Armut zählen, die nicht arm sind.

(Zustimmung bei der CDU.)

Ich bitte nur darum, meine Damen und Herren, daß wir auf eine neue Art und Weise einmal darüber nachzudenken anfangen, wie die Wirklichkeit hinter der statistischen Wirklichkeit ist und wo hier Anknüpfungspunkte für eine Weiterentwicklung unserer Sozialpolitik liegen, damit sich nicht Herr Silkenbeumer nach wie vor so aufplustern muß und in Wirklichkeit nur ein verkappter Anhänger einer längst überholten Bismarckschen Sozialpolitik ist.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat der Kollege Hirche.

Hirche (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Offenbar gibt es immer wieder Themen — bei diesem Thema war es von vornherein zu erkennen —, mit denen der Wahlkampf eingeläutet werden soll. Die ganze Anlage erinnert an das — muß ich sagen —, was wir aus dem amerikanischen Wahlkampf von beiden Seiten gehört haben: Beschönigungen und Dramatisierungen nach beiden Seiten. Ich glaube, die Wirklichkeit ist viel differenzierter.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wir sollten versuchen, dieser Wirklichkeit gerecht zu werden. Ich glaube, niemand in diesem Hause kann bestreiten, daß es in unserem Land Fälle echter Armut gibt.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Daraus verallgemeinernd zu schließen, daß es in unserem Land generell ein Phänomen — sage ich einmal — einer neuen Armut quer durch alle Kreise gebe, ist schlicht und einfach falsch.

(Beifall bei der FDP. — Zustimmung bei der CDU.)

Das ist genauso falsch wie die Aussage, die hier bei den Haushaltsplanberatungen gemacht worden ist, daß man sozusagen alle Probleme im Griff habe und daß man auch das Arbeitslosenproblem automatisch lösen werde.

(Stock [CDU]: Hat doch keiner gesagt!)

Herr Remmers hat als Vorredner dankenswerterweise noch einmal deutlich gemacht — das ist meiner Meinung nach in den vorangegangenen Beiträgen untergegangen —, daß es einen wirklichen Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik in unserem Lande gibt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Wir können im Sozialbereich nicht mehr tun, als diese Gesellschaft an sich leistungsfähig ist.

(Dr. Riege [SPD]: Wir können umverteilen! Was soll denn das? Wir brauchen nicht unbedingt Wachstum, Herr Hirche! — Gegenrufe von der CDU. — Stock [CDU]: Also, Herr Riege, das wird immer schwächer da hinten! — Dr. Riege [SPD]: Das ist der Unterschied! — Weitere Zurufe.)

Jetzt wird hier gerufen, das sei selbstverständlich. — Es ist eben nicht selbstverständlich. Herr Riege, die Rezepte, die Sie hier vorgetragen haben, nämlich Erhöhung von staatlichen Mitteln für

verschiedenste Gruppen, müssen doch finanziert werden!

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von Bruns [Reinhausen] [SPD]. — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Herr Bruns, hören Sie mal auf das, was Ihr früherer Wirtschaftsminister Schiller dazu sagt! Dann werden Sie nämlich erkennen, daß er etwas mehr wirtschaftlichen Sachverstand hat.

(Beifall bei der FDP.)

Dies kann nur aus dem finanziert werden, was in der Gesellschaft erwirtschaftet wird.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Ja, da wird es ja auch erwirtschaftet!)

Das geht nur entweder über Abgaben oder über neue Steuern. Was wir von Ihnen hier hören,

(Dr. Riege [SPD]: Umverteilung! — Weitere Zurufe von der SPD)

sind ständig weitere Belastungen mit der Folge,

(Zuruf von der SPD: Was wollen Sie eigentlich, Herr Hirche?)

daß dieses Kapital, das Sie meinen,

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Nicht nach Amerika abfließt!)

zusätzlich abwandert und die Schwierigkeiten, die wir unter dem Stichwort Steuerbelastung aus Amerika kennen — wobei die Steuerbelastung in Amerika im übrigen nach unten geht —, in unserer Wirtschaft auftreten, und zwar in verschärfter Form. Wenn Sie die Abgabenschere zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten weiter öffnen, dann bekommen Sie hier im Lande wirklich eine neue Armut!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Jetzt wissen wir, warum die sozial-liberale Koalition kaputtgegangen ist! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren! Wenn, wie hier gesagt worden ist, einfach statt der Abgaben vielleicht die Steuern erhöht werden oder der Staat — das wird als das einfachste Mittel gepriesen — zusätzliche Kredite aufnimmt,

(Ravens [SPD]: Wer sagt das?)

— Ihr ganzes Programm, das Herr Senff hier in den letzten Wochen in die Öffentlichkeit gebracht hat! —

(Ravens [SPD]: Wer sagt das, Herr Hirche?)

dann führt das doch dazu, daß über die Erhöhung von Zinslinien letztendlich mehr Arbeits-

plätze verlorengehen, als jemals mit Beschäftigung geschaffen werden können.

(Beifall bei der FDP. — Zurufe von der SPD.)

Dies produziert dann allerdings in unserer Gesellschaft tatsächlich neue Armut, meine Damen und Herren; denn alles, was hier über Sozialhilfe und über soziale Not diskutiert wird, hat doch im Kern damit zu tun, daß die Menschen Arbeit verloren haben und daß diejenigen, die Arbeit suchen, keine Arbeit finden.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems, der Zahl der Arbeitsplätze und dem, was wir im sozialen Bereich tun können. Es hat überhaupt keinen Sinn, hier immer zu fordern, daß neue Geldausgaben getätigt werden, wenn nicht zuvor die Wirtschaft im Kern gesundgemacht werden kann

(Beifall bei der FDP und bei der CDU — Zurufe von der SPD)

und das erwirtschaftet wird, was anschließend verteilt werden soll. Hier ist immer noch eine Mentalität vorhanden, als könnte man das verteilen, was überhaupt nicht vorhanden ist.

(Dr. Riege [SPD]: Spitzensteuersatz runtersetzen! — Zuruf von Silkenbeumer [SPD].)

Ich sage Ihnen, in Bonn bleibt — Herr Remmers, ich greife da durchaus eines Ihrer Stichworte auf — die Flexibilität nicht nur der Arbeitszeit,

(Unruhe)

sondern auch der Rahmenbedingungen von Arbeit auf der Tagesordnung. Ich meine, insofern — ich habe das schon einmal gesagt — ist der Arbeitsminister auf dem richtigen Weg. Dagegen ist das, was Geißler mit der Arbeitsplatzgarantie vorhat, als gegenläufige bzw. falsche Entwicklung zu betrachten. Wir müssen dazu feststellen, daß nur über Flexibilität auch im Tarifbereich wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Besonders, Herr Silkenbeumer, hat mich geärgert, daß Sie hier zunächst zu Recht davon sprachen, daß Jugendliche von diesen Problemen auf dem Arbeitsmarkt in besonderer Weise betroffen sind, und daß sich anschließend ein Sprecher der gleichen Fraktion hier hinstellt und ein Aktionsprogramm, das wir mit dem Ziel der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt haben, schlichtweg ablehnt, weil es als nicht erforderlich angesehen wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Weil wir doch ein eigenes haben, Herr Hirche!)

Hirche

Meine Damen und Herren! Wenn man sich in dieser Debatte fragt, warum landauf, landab viele Gelder der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht abgerufen werden, Herr Riege, dann müssen wir auch einmal fragen, warum Personalräte in einem solch großen Ausmaß Maßnahmen in den Kommunen blockieren, mit deren Hilfe ABM-Kräfte eingestellt werden könnten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Auf dem Rücken der Arbeitslosen wird hier Personalpolitik betrieben! Meine Damen und Herren, das gehört in die ganze Diskussion hinein,

(Grösch [Grüne]: Herr Hirche, können Sie Beispiele nennen?)

wenn hier gesagt wird, wo die Ursachen liegen und was eigentlich los ist. Wir sollten über die Zusammenhänge und nicht immer nur über einzelne Details reden. Damit kommen wir nicht weiter. Armut und Notfälle — ich wiederhole dies; denn das ist der Kernpunkt — können wir nur beseitigen, wenn die Leistungsfähigkeit in unserer Gesellschaft insgesamt steigt.

(Beifall bei der FDP. — Küpker [FDP]: Sehr gut!)

Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Es hatten sich noch Fragen ergeben, Herr Kollege Hirche, aber die Fragesteller haben inzwischen abgewinkt.

Nächster und letzter Redner in der Debatte ist der Kollege Meinsen. Ich sage das deswegen, meine Damen und Herren, weil ich dann weitere Wortmeldungen wegen einer sehr liberalen Auslegung der ursprünglich festgesetzten Redezeit nicht mehr zulassen werde.

Meinsen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur zwei Bemerkungen machen.

Zunächst zu dem sowohl von Herrn Remmers als auch von der SPD erwähnten Beispiel Wittmund — verschämte Armut oder solidarisches Netz. Herr Remmers, Sie machen es genauso wie die auf der anderen Seite. Sie erwähnen immer bloß die eine Seite der Medaille. Natürlich gibt es beides.

Es gibt im ländlichen Raum ein gewisses solidarisches Netz. Natürlich gibt es auch verschämte Armut. Man muß sogar sehen, daß dieses solidarische Netz dazu beiträgt, verschämte Armut noch zu fördern.

(Beifall bei den Grünen.)

Wenn man einmal in einem gewissen Bereich aufgefangen wird, dann fühlen sich die, die einen auffangen, selbst dann weiter verpflichtet, wenn es über ihre eigenen Kräfte geht.

(Beifall bei den Grünen.)

Das muß man einfach sehen. Man sollte den Sachverhalt in seiner ganzen Breite beschreiben.

Noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Hirche. Ich will dieses Weltbild einmal beschreiben. Sie sagen, man könne nicht vom Staat fordern, es gäbe da ja etwas, aber wenn wir das angemahnt hätten, wandere das Kapital nach Amerika aus.

(Haubold [Grüne]: Das tut es ja schon!)

Das ist doch Ihre Philosophie. Die einen müssen hierbleiben; die können nicht auswandern, die sind auf die Sozialleistungen dieses Staates angewiesen. Aber wenn wir von den anderen etwas fordern, haben sie die Möglichkeit — das ist ja im Kapitalismus eingebaut —, nach Amerika abzuwandern. Sie begreifen die grundlegenden Machtverhältnisse nicht und bauen sie nicht in ihren Forderungskatalog mit ein. Die grundsätzliche Waffengleichheit, die auf diesem Gebiet zwischen Arm und Reich herrscht, muß man einfach sehen. Das ist wirklich blanker Manchester-Kapitalismus.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Ich schränke meinen Hinweis von vorhin ein. Mir lag bereits die Wortmeldung des Sozialministers vor. Bitte sehr, Herr Minister!

(Unruhe bei der SPD und bei den Grünen.)

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verspreche Ihnen, es ganz kurz zu machen. Ich habe mich an sich nur gemeldet, um auf den Kollegen Ravens zu antworten. Herr Kollege Ravens, Sie haben kritisiert, daß ich Sozialhilfe und Einkommen genannt habe. Ich darf auf meine Antwort verweisen, die Ihnen vorliegt. Auf Seite 6 oben steht:

„Die Landesregierung weist ausdrücklich darauf hin, daß mit diesen Beispielen nicht

der Eindruck hervorgerufen werden soll, die Sozialhilfeleistungen seien überhöht."

Ich will das nur deutlich machen.

(Dr. Riege [SPD]: Sie haben die Auffassung, daß die Tarife überhöht sind!)

Ich habe die herzliche Bitte an alle Redner hier, daß sie die Antwort einmal sehr sorgfältig lesen. Anschließend können wir dann weiter darüber diskutieren.

(Arens [SPD]: Und über demagogische Ausführungen!)

Nun eine zweite Anmerkung. Meine Damen und Herren, man könnte den Eindruck haben, wir lebten auf einer Insel der Seligen. Nur, in dieser Bundesrepublik gibt es elf Bundesländer. Sie wissen, daß wir ein Bundessozialhilfegesetz haben. Nach § 22 des Bundessozialhilfegesetzes legen die Länder die Regelsätze fest. Jetzt haben wir ja nicht nur CDU-regierte Länder, sondern wir haben auch SPD-regierte Länder. In dem SPD-regierten Land Nordrhein-Westfalen liegen die Sozialhilfesätze um keinen Groschen höher als in Niedersachsen. Nordrhein-Westfalen hat den gleichen Satz wie Niedersachsen, obwohl ich behauptete, daß zumindest im Ruhrgebiet die längerfristige Arbeitslosigkeit gleich groß ist wie in Niedersachsen.

Wir liegen im Bundesdurchschnitt. Das Bundesland Bremen, obwohl Stadtstaat, liegt für den Alleinstehenden um 2 DM höher, bei der Familie mit zwei Kindern liegt es um 7 DM höher.

(Zuruf von der SPD: Immerhin!)

— 7 DM pro Monat für eine Familie mit zwei Kindern! — Hamburg und Berlin liegen um 7 DM höher. Und in Hessen haben wir ja auch schon die Konstellation, daß die Grünen mitreden.

Jetzt hätten die ja die Möglichkeit gehabt. Wenn man die Grünen hier hört, müßte man meinen, sie hätten das bei den Haushaltsplanberatungen durchgesetzt. Aber, meine Damen und Herren, Hessen liegt — genau wie Bremen — bei dem Satz für Alleinstehende um 2 DM höher als Niedersachsen. So sieht das aus. Meine Damen und Herren, ich werde allen Abgeordneten diese Tabelle von allen Bundesländern — bezogen auf Alleinstehende bis zu den großen Familien — zur Verfügung stellen, damit man wirklich vergleichen kann, wie das aussieht.

Nun ein Letztes, meine Damen und Herren. Herr Kollege Mombaur, Sie haben vorhin den Ausdruck gebraucht: „Vor der Hacke ist es duster“. Da müßten mir die Grünen und auch Sie persön-

lich im nachhinein noch dankbar sein. Wann habe ich den Ausdruck gebraucht? — Kurz nach unserem Amtsantritt kamen drei ausgewachsene Bundesminister angereist und verlangten von dieser Landesregierung, innerhalb von acht Tagen den Standort Gorleben festzulegen und innerhalb kurzer Zeit mit dem Bohren anzufangen. Da habe ich den Ausdruck gebraucht: „Vor der Hacke ist es duster — so einfach ist das nicht, meine Herren!“ Da müßten die Grünen doch dankbar dafür sein, daß ich damals zur Vorsicht gemahnt habe.

(Beifall bei der CDU. — Meinsen [Grüne]: Nur an der falschen Stelle!)

Vizepräsident Bosse:

Ich stelle fest, daß die Große Anfrage erledigt ist.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 19 a, 19 b und 20 auf:

Zweite Beratung: a) **Luftfremdstoffbelastung im Wald** — Antrag der Fraktion der CDU — Drs 10/458 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 10/3254 — b) **Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zur Bekämpfung des Waldsterbens** — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/1851 — **Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen** — Drs 10/3927 — Änderungsantrag der Fraktion der SPD — Drs 10/3966 und

Zweite Beratung: **Umweltprobleme des Straßenverkehrs** — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/1642 — **Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr** — Drs 10/3925

Für die Beratung dieser Anträge stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung. Den Fraktionen stehen dabei folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu 14 Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu sieben Minuten.

Einleitend habe ich dazu noch folgendes zu bemerken: Der Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 458 wurde in der 11. Sitzung am 25. Januar 1983 und der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 1851 wurde in der 38. Sitzung am 8. Dezember 1983 an den Ausschuß für Umweltfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Der Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 1642 wurde in der 32. Sitzung am 13. Oktober 1983 an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Die Nr. 2 der Beschluß-

Vizepräsident Bosse

empfehlung des Ausschusses für Umweltfragen in der Drucksache 3927 ist erledigt, weil der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 1851 in der Drucksache 3966 zurückgezogen worden ist.

Berichterstatter zu dem Tagesordnungspunkt 19 a und b ist der Abgeordnete Dr. Duensing, dem ich das Wort erteile.

Dr. Duensing (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Umweltfragen empfiehlt Ihnen in der Drucksache 3927, den Antrag der Fraktion der CDU betr. Luftfremdstoffbelastung im Wald in einer geänderten Fassung anzunehmen und den Antrag der Fraktion der SPD mit der Bezeichnung „Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zur Bekämpfung des Waldsterbens“ abzulehnen.

Es würde den Rahmen der Berichterstattung bei weitem sprengen, wenn ich die vielfältigen Erörterungen hier referieren würde, die seit Einbringung des Ursprungsantrages der CDU-Fraktion in der Plenarsitzung am 25. Januar 1983 insbesondere im Umweltausschuß geführt worden sind. Ich beschränke mich deshalb auf den Hinweis, daß Ausschußmitglieder aller Fraktionen zum Beispiel an einer Vortragsveranstaltung zum Thema „Saure Niederschläge“ in Lindau teilgenommen und einem Hearing des Bundestagsinhaltsausschusses zu diesem Fragenkomplex beigewohnt haben.

(Vizepräsident Kreibohm übernimmt den Vorsitz.)

Die aktuelle Diskussion um die Entgiftung der Abgase aus Kraftfahrzeugen vertiefte der Umweltausschuß zudem durch eine Anhörung

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

von Vertretern der Automobilindustrie und des Technischen Überwachungsvereins hier in Hannover.

Die Tatsache, daß die CDU-Fraktion ihren Ursprungsantrag mit der Drucksache 3254 umfassend aktualisiert hat und auch die SPD-Fraktion im Ausschuß weitreichende schriftliche und mündliche Ergänzungen Ihres Antrages unterbreitete, kennzeichnet dabei das Bemühen, den aktuellen Diskussionen um die Luftschadstoffe wie auch den absehbaren Entscheidungen auf Bundesebene Rechnung zu tragen.

(Grösch [Grüne]: Welche absehbaren denn?)

Nun zu der Beschlußempfehlung des Ausschusses selbst. Sie entspricht mit einer Ausnahme inhalt-

lich dem Änderungsantrag, den die CDU-Fraktion mit Datum vom 27. September 1984 als Drucksache 3254 vorgelegt hat. Lediglich die Nummer 4.5 ist im Zuge der Ausschußberatungen angefügt worden; ich komme noch darauf zurück.

Wie aus dem Entschließungstext im einzelnen ersichtlich, geht es unter anderem darum, die Landesregierung aufzufordern, auf Bundes- wie auf Landesebene Initiativen zu ergreifen bzw. vorhandene zu unterstützen, die auf eine Reduzierung der Luftschadstoffe gerichtet sind. Während die Nummern 1 und 2 der Entschließung die Voraussetzungen und Ziele solcher Maßnahmen allgemein umschreiben, enthält Nummer 3 einen Katalog konkreter Forderungen, die im Ergebnis zu der angestrebten Schadstoffminderung führen sollen.

Während dieser Katalog im wesentlichen auf die Schaffung ökonomischer Anreize zur Verringerung der Schadstoffe sowie auf die Verschärfung von Immissions- und Emissionsgrenzwerten auf Bundesebene gerichtet ist, soll die Landesregierung in den Nummern 4.1 bis 4.4 unmittelbar zum Handeln aufgefordert werden. Konkret geht es um die Fortsetzung bzw. um die Ausweitung der Untersuchungsreihen über die Schadensursachen im Forstbereich sowie um Maßnahmen zur Schadensverhütung und auch -beseitigung in den niedersächsischen Privat- und Staatsforsten. Damit machte sich die Ausschußmehrheit zugleich weitgehend Forderungen zu eigen, die auch in Teil III des Entschließungsantrages der SPD-Fraktion enthalten sind.

Nach den Vorstellungen der CDU-Vertreter soll der Bereich „Luftschadstoffe aus Kraftfahrzeugen“ schließlich in der neuen Nummer 4.5 dadurch einbezogen werden, daß die Landesregierung aufgefordert wird, ihre Antwort auf die Große Anfrage zum Thema „Umweltfreundliches Auto“ zügig in Regierungshandeln umzusetzen.

Sowohl die Vertreter der SPD-Fraktion als auch das Ausschußmitglied der Fraktion der Grünen hielten diesen Forderungskatalog in weiten Bereichen nicht für ausreichend konkret, in anderen Punkten auch nicht für weitgehend genug.

Zusätzlich zu ihrem Antrag in der Drucksache 1851 hatten die SPD-Ausschußmitglieder deshalb in einer Tischvorlage vom 12. Juli 1984 bereits zusätzliche Maßnahmen verlangt, so etwa

- die Festsetzung von Kraftfahrzeugabgasnormen auf die US-Grenzwerte,
- die Nachrüstpflicht für alte Kraftwerksanlagen,

- weitere Auflagen beim Einbau von Rauchgasentschwefelungsanlagen und
- Zinsverbilligungen für Darlehen zur Umstellung umweltschädlicher Industrieanlagen auf schadstoffarmen Betrieb.

Während der Ausschußberatungen ergänzten sie diesen Katalog noch um die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen und Landstraßen.

Über den CDU- und den SPD-Antrag hinausgehende Forderungen hatte auch das der Fraktion der Grünen angehörende Ausschußmitglied vorgelegt. Danach sollte die Landesregierung veranlaßt werden, neue Abgasreinigungs- und Verbrennungstechniken ebenso finanziell zu fördern wie etwa den Einbau neuer Startzündungsanlagen in Kraftfahrzeuge oder Maßnahmen der Kraft-Wärme-Koppelung im Kraftwerksbereich. Der Katalog forstlicher Maßnahmen sollte zudem um die Ver- und Gebote für den landwirtschaftlichen Bereich ergänzt werden.

Die CDU-Ausschlußmehrheit vermochte sich diesen Vorschlägen aber ebensowenig zuzuwenden wie den Ergänzungen, die die SPD vorgetragen hatte. Sie lehnte sie deshalb sowohl im federführenden Ausschuß als auch in den mitberatenden Ausschüssen für Wirtschaft und Verkehr und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ab. Die Ihnen vorliegende Beschlußempfehlung wurde im Umweltausschuß mit den Stimmen der CDU- und der FDP-Vertreter beschlossen.

Namens des Ausschusses bitte ich Sie, der Empfehlung zu folgen und erstens die Entschließung in der aus der Drucksache 3927 ersichtlichen Fassung anzunehmen.

(Grösch [Grüne]: Das werden wir nicht tun!)

zweitens den Antrag der SPD-Fraktion in der Drucksache 1851 abzulehnen sowie drittens die Eingaben, die in der Beschlußempfehlung aufgeführt sind, dadurch für erledigt zu erklären. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich danke Ihnen für Ihren Teil der Berichterstattung, Herr Dr. Duensing. — Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Haselbacher das Wort zum Bericht zu Tagesordnungspunkt 20.

Haselbacher (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Beschlußempfehlung in der

Drucksache 3925 schlägt Ihnen der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP vor, den Antrag der Fraktion der Grünen betreffend Umweltprobleme des Straßenverkehrs abzulehnen.

Wie bereits anläßlich der ersten Plenarberatung am 13. Oktober 1983 vom Sprecher der Fraktion der Grünen dargelegt worden ist, war der Antrag primär darauf gerichtet, der Landesregierung aufzugeben, sich im Bundesrat für die verbindliche Einführung von Abgaskatalysatoren und bleifreiem Benzin einzusetzen. Damit sollten Überlegungen auf Bundesebene, zu einer bindenden Vorschrift zu kommen, forciert werden. Des weiteren hatte der Antrag zum Ziel, die rechtlichen Voraussetzungen für halbjährliche Abgaskontrollen bei Kraftfahrzeugen zu schaffen und die Geschwindigkeiten auf Autobahnen, Landstraßen und für Wohngebiete zu begrenzen. Da der Antrag gewisse inhaltliche Überschneidungen mit den Forderungen der CDU und der SPD nach Verringerung der Luftfremdstoffbelastungen aufwies, ist er im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr und im Ausschuß für Umweltfragen parallel mit diesen Anträgen beraten worden.

Manches von dem, was in der Berichterstattung des Kollegen Dr. Duensing dazu bereits angeklungen ist, gilt entsprechend. So zeigte sich auch hier, daß die Diskussion über die Schadstoffreduzierung bei Kraftfahrzeugen besonders auf Bundesebene in den zurückliegenden Monaten eine andere Entwicklung genommen hat, als sie der Antrag der Fraktion der Grünen ursprünglich zum Ziel hatte. Dies räumte deren Vertreter im Wirtschaftsausschuß auch ein, hielt dem aber im weiteren entgegen, er vermöge nicht zu erkennen, was die Landesregierung hindern solle, über den Bundesrat für eine nochmalige Änderung der Entscheidung der Bundesregierung einzutreten. Der jüngsten Entwicklung könne man nach Auffassung seiner Fraktion dadurch Rechnung tragen, daß man die Forderung nach verbindlicher Einführung des Abgaskatalysators fallenlasse und statt dessen die Einführung der US-Abgasnorm für Neuwagen zum 1. Januar 1986 verlange. Auch was die Frage der regelmäßigen Kfz-Überwachung angehe, sei seine Fraktion zu einer Änderung bereit. Eine Anhörung im Bundestag habe gezeigt, daß auch eine jährliche Kontrolle hinnehmbar sei. Alle anderen Forderungen hätten dahingegen nichts von ihrer Bedeutung verloren. Dies gelte insbesondere für die verlangte Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen. Selbst wenn man die vom Umweltbundesamt rechnerisch ermittelte Reduzierung des Schadstoffausstoßes in Zweifel ziehe, stehe fest, daß

Haselbacher

Geschwindigkeitsbeschränkungen in der Anfangsphase eine stärkere Schadstoffreduzierung bewirkten, als dies durch die Einführung des Katalysators möglich sei.

Sowohl im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr als auch im Umweltausschuß wurden diese Forderungen unterschiedlich aufgenommen. Hielten die SPD-Vertreter es weiterhin für erstrebenswert, zu einer verbindlichen Einführung des Katalysators vor dem 1. Januar 1989 zu gelangen, so sahen es die CDU-Ausschußmitglieder unter Hinweis auf die auf Bundes- und Länderebene vereinbarten rechtlichen Schritte und steuerlichen Maßnahmen nicht als sinnvoll an, diese sogleich wieder in Frage zu stellen. Auch der FDP-Abgeordnete sah weitergehende Forderungen als zwischenzeitlich erledigt an.

Einhellig lehnten die Vertreter dieser drei Fraktionen dagegen das Verlangen nach Einführung eines autofreien Sonntags pro Monat ab.

Wiederum geteilt war die Auffassung über den Sinn von Geschwindigkeitsbeschränkungen. Bereits die Berichterstattung zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt hat verdeutlicht, daß sich die SPD-Fraktion dieser Forderung — zumindest für Autobahnen und Landstraßen — anschließt. Bedenken hatten ihre Vertreter lediglich gegen „Tempo 30“ auf innerörtlichen Straßen. Zumindest unter dem Aspekt der Schadstoffreduzierung könne eine solche Maßnahme nach ihrem Urteil zum Gegenteil des angestrebten Ziels führen.

Eine gewisse Neigung, Geschwindigkeitsbegrenzungen zumindest für Fahrzeuge ohne Katalysator auszusprechen, ließen auch einige CDU-Abgeordnete im ersten Beratungsdurchgang des Wirtschaftsausschusses erkennen. Sie hielten es aber für ratsam, vor einer Entscheidung zunächst die Antwort der Landesregierung auf ihre Große Anfrage zum umweltfreundlichen Auto abzuwarten. Im zweiten Beratungsdurchgang im Wirtschaftsausschuß haben die CDU-Ausschußvertreter dann dargelegt, sie hielten es angesichts des aktuellen Standes der Diskussion über die Schadstoffbelastung im allgemeinen sowie der nationalen und der europäischen Erörterungen über die Abgasentgiftung im besonderen für angezeigt, die Landesregierung aufzufordern, die Antworten, die sie auf die Große Anfrage gegeben habe, zügig umzusetzen. Darin seien alle notwendigen Schritte enthalten. Zweckmäßigerweise solle deshalb eine entsprechende Formulierung in die — umfassendere — Beschlußempfehlung zum Antrag zur Luftfremdstoffbelastung aufgenommen werden. Im übrigen sähen sie sich außerstande,

den weiteren Forderungen der Fraktion der Grünen zu folgen.

Auch die SPD-Fraktion machte geltend, sie habe ihre Forderungen mittlerweile in den — allgemeineren — Antrag zur Luftreinhaltung eingearbeitet. Sie sehe deshalb ebenfalls keinen Anlaß, dem Antrag der Fraktion der Grünen zuzustimmen. — Auch das der FDP-Fraktion angehörende Ausschußmitglied sah keinen Anlaß, sich dem Antrag der Fraktion der Grünen anzuschließen.

Ich beende meine Berichterstattung mit dem Hinweis, daß sich der mitberatende Ausschuß für Umweltfragen dem ablehnenden Votum des Wirtschaftsausschusses ohne weitergehende Diskussion angeschlossen hat, und bitte, der Beschlußempfehlung entsprechend den Antrag der Fraktion der Grünen abzulehnen.

(Zustimmung bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich danke auch Ihnen, Herr Kollege, für die Berichterstattung. — Wir beginnen mit der Aussprache. Erster Redner ist der Abgeordnete Bartels, dem ich das Wort erteile.

Bartels (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beginne mit dem Zitat:

„Wir alle sind in Not durch das Waldsterben. Wir stehen deshalb unter einem gewaltigen Zeitdruck.“

Das ist keine Aussage panikschürender Medien oder von Angstmacherparteien, das ist niemand gewesen, meine Damen und Herren, der Lust am Untergang hat, sondern das ist kein Geringerer gewesen als Minister Hasselmann — der im übrigen jetzt bei der Diskussion über die Luftreinhaltung fehlt — vor etwa zwei Monaten in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD. — Stock [CDU]: Dann gucken Sie sich mal die Präsenz bei der SPD-Fraktion an!)

— Ja, ja, Herr Stock. Das ist der zuständige Minister!

(Zuruf von Stock [CDU].)

Meine Damen und Herren! Wie steht es denn nun mit den Maßnahmen, die seitens der Landesregierung und seitens der CDU-Fraktion als Antwort auf die bedrohliche Entwicklung gegeben werden? Ich will ganz offen sagen: Die CDU-

Fraktion hat in den vergangenen eineinhalb Jahren der Beratung einen Lernprozeß mitgemacht.

(Zuruf von Döscher [CDU].)

Schauen Sie sich einmal den ersten Antrag an, den Sie eingebracht haben und der viel warme Luft — nicht schlechte, aber warme — enthielt sowie wenig konkrete Aussagen, und dann das, was Sie jetzt mit Ihrem neuen Entschließungsantrag nachgereicht haben. Darin folgen Sie unserem Vorschlag, nämlich den § 17 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes im Hinblick auf die wirtschaftliche Vertretbarkeit zu ändern. Das können wir hier nur ausdrücklich begrüßen. Sie sind des weiteren bereit — zumindest verbal —, ein integriertes Umweltkataster erstellen zu lassen — diese Forderung wird von Ihnen unterstützt und auch von Ihnen an die Landesregierung gerichtet —, und Sie sind bereit, Maßnahmen beim Hausbrand einzuleiten. Ich hatte gerade die Einschränkung gemacht, daß es sich hier offenbar nur um eine verbale Bereitschaft handelt; denn Sie hätten ja in der Tat Teile dieser Punkte, die Sie in Ihrem Antrag genannt haben, schon bei den Haushaltsplanberatungen durchsetzen können. Da haben Sie sich den konkreten Anträgen meiner Fraktion verweigert.

(Zustimmung von Bruns [Reinhausen] [SPD].)

Meine Damen und Herren! Akzeptieren wir die Aussage, daß wir unter einem gewaltigen Zeitdruck stehen — ich halte sie im übrigen für richtig —, dann ist das, was die CDU-Fraktion bereit ist, hier mitzumachen, viel zuwenig. Wir brauchen nicht nur wegen der Schädigungen des Waldes, sondern auch wegen der Gefährdung der menschlichen Gesundheit kurzfristig greifende Verbesserungen bei der Luftbelastung.

(Zustimmung bei der SPD.)

Zu kurzfristig greifenden Maßnahmen ist weder die Landesregierung noch die CDU-Fraktion bereit. Weder sind sie bereit gewesen, die Änderung der Großfeuerungsanlagenverordnung im Hinblick auf eine Verkürzung mitzumachen, noch sind sie bereit gewesen, eine weitere kurzfristig greifende Verbesserung mitzumachen, nämlich die Einführung eines Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen respektive 80 km/h auf Landesstraßen. Diese Maßnahme brächte uns eine Stickoxidreduzierung in der Größenordnung — hierüber mag man trefflich streiten — von 120000 t bis 230000 t. Aber alles, was wir auf diese Weise reduzieren, ist wesentlich mehr als das, was die Bundesregierung mit der Einführung des

abgasarmen Autos bis 1990, wenn überhaupt, erreichen wird.

(Döring [CDU]: In Europa ist die Bundesregierung am weitesten!)

Meine Damen und Herren, weshalb wehren Sie sich? Diese Maßnahme kostet kein Geld, läßt sich sofort umsetzen und bringt nachweisbar eine Verbesserung der Luftgüte.

(Döring [CDU]: 13 Jahre hätten Sie es in Bonn machen können!)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen keinen Großversuch mehr.

Ich erinnere den Ministerpräsidenten und seinen Stellvertreter, der hier nun sitzt, an eine Aussage vom November 1984, als der Ministerpräsident im Zusammenhang mit der Diskussion über ein Tempolimit sagte — ich zitiere

(Zuruf von Döring [CDU])

— Herr Döring, hören Sie doch einmal zu! —:

„Wir werden schon im Frühjahr sehen, ob das greift oder ob das nicht greift und welches der restliche Handlungsbedarf ist.“

Meine Damen und Herren! Ich stelle heute, im Frühjahr, fest: Wir haben noch einen erheblichen Handlungsbedarf, und wir brauchen mehr als das, was bisher vorgesehen ist. Wir brauchen vor allen Dingen Klarheit über die Einführung des abgasentgifteten Pkw. Die jetzige Bundesregierung hat alles Erdenkliche unternommen, um den von ihr angelegten Katalysatorendschungel noch undurchsichtiger zu machen, als er bisher schon war. Welcher Bundesbürger — ich bitte Sie, diese Frage einmal ernsthaft zu durchleuchten — durchschaut denn das Ankündigungschao von Bundesinnenminister Zimmermann hinsichtlich des Termins der Einführung des abgasentgifteten Autos?

(Zustimmung bei der SPD.)

Welcher Bundesbürger durchschaut denn heute noch die steuerlichen Anreize, die konstruiert worden sind? Welcher Bundesbürger durchschaut denn den Terminwarrwitz, die Hubraumklassenunterschiede und die entsprechenden Laufzeiten? — Ich glaube, niemand, auch hier in diesem Hause, wird darauf jetzt eine schlüssige Antwort geben können. — Meine Damen und Herren! Wer durchschaut das, was im Moment auf EG-Ebene aufgrund des Einspruches, den Großbritannien und Frankreich eingelegt haben, ausgehandelt wird? Wir wissen nicht, welcher Kompromiß am Ende dabei herauskommen wird.

Barfels

Ausgangspunkt — das muß man sich bei einer solchen Diskussion immer wieder vor Augen halten — war einmal der Wunsch nach umweltpolitischem Fortschritt bei der Luftverschmutzung. Der vorliegende Entwurf der Bundesregierung verzögert jedoch nur. Ergebnis dieser unentschlossenen Politik ist die Verunsicherung der Automobilindustrie. Das, meine Damen und Herren, muß uns als Stammland des größten Automobilherstellers in Europa besonders berühren. Ein 30prozentiger Auftragsrückgang kann uns nicht unberührt lassen. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, sich für verständliche und wirkungsvolle Richtlinien zur Einführung des abgasentgifteten Autos auszusprechen und einzusetzen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Dazu, meine Damen und Herren, gehört die verbindliche Einführung im Jahre 1986. Ich erinnere den Ministerpräsidenten auch an eine Aussage, die er hier im November 1984 vor diesem Hause gemacht hat. Er hat den Willen erklärt, alle im Rahmen des EG-Vertrages möglichen Mittel auszuschöpfen, um wenigstens, wie er sagte, „für die Bundesrepublik dieses Gesetz zu machen“. Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, von dem § 36 des EWG-Vertrages Gebrauch zu machen und einen nationalen Alleingang zu riskieren.

(Zustimmung bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat mit ihren Äußerungen zur Verunsicherung sowohl der Kraftfahrer als auch der Automobilindustrie beigetragen. Sie hat ein landeseigenes Programm angekündigt. Der Ministerpräsident hat — auch am 8. November 1984 — hier erklärt:

„Wenn wir befürchten müssen, daß das nicht ausreicht, müssen wir zusätzliche Anreize schaffen.“

Dies war auf sein Landesprogramm gemünzt. Ich frage ihn jetzt, wie es sich denn nun stellt, nachdem nichts gelaufen ist, wo das Landesprogramm bleibt.

(Zustimmung bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Wir fordern die Umstellung umweltschädlicher Anlagen auf schadstoffarmen Betrieb. Damit wollen wir insbesondere Maßnahmen zur vorzeitigen Sanierung kleinerer und mittlerer Betriebe erreichen. Sie wissen genauso wie wir, daß es eine große Anzahl gerade kleinerer und mittlerer Betriebe im gewerblichen und industriellen Bereich gibt, für die zwar Auflagen zum Umweltschutz gemacht werden müßten und die Gewerbeaufsichtsämter diese Auflagen zu machen auch vorhaben, aber diese Aufla-

gen nicht umgesetzt werden können, weil sie wirtschaftlich nicht vertretbar sind. Wir wollen mit einem Landesprogramm die wirtschaftliche Vertretbarkeit von Umweltschutzmaßnahmen für solche Betriebe herstellen. Interessant ist, daß Sie diese Forderung bei der Ausschlußberatung abgelehnt haben. Aber schauen Sie einmal in Ihr Wahlprogramm „Umwelt“ für den Landtagswahlkampf;

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Da steht das wieder drin!)

da steht exakt unsere Position drin. Ich fordere Sie auf, ein Stück mehr Glaubwürdigkeit in der Umweltpolitik zu zeigen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, es gibt weitere Maßnahmen, es gibt einen vielfältigen Handlungskatalog, den wir Ihnen vorgelegt haben. Wir fordern Sie auf, mit uns gemeinsam diesen Handlungskatalog zu beschließen.

Wenn wir uns nun einmal fragen, weshalb es eigentlich zu einer so großen Lücke zwischen dem kommt, was die Landesregierung angekündigt hat, und dem, was sie tatsächlich tut, dann ist dieses sicherlich nicht allein damit zu erklären, daß die Landesregierung auf diesem Feld inkompetent ist. Zu fragen ist doch, wie es kommt, daß sich Herr Minister Hasselmann einmal hier im Hause hinstellt und erklärt, wir alle seien in Not, wir könnten gar nicht schnell genug handeln, und dann einige Tage später sagt — ich zitiere jetzt von einer Veranstaltung in Haverbeck —: „So schlimm, wie es Panik schürende Medien machen, ist es gar nicht um die Umwelt bestellt, zeigt doch nicht zuletzt die Zunahme der Hundertjährigen, daß Umweltschäden doch kein allzu gravierendes Maß erreicht haben können.“ — Ich muß Ihnen sagen, Herr Minister Hasselmann, daß Sie in der Vergangenheit für diesen sensiblen Bereich keinerlei Problembewußtsein entwickelt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Ich muß Ihnen ferner sagen, daß Sie das, was Sie bisher getan haben, ohne innere Überzeugung gesagt und dann auch getan haben.

Sie haben dann natürlich auf derselben Veranstaltung auch gesagt, welche Ursachen es für diese Umwelthysterie gibt: „Das ist die unheilvolle Oberstufenreform. Die Schüler wählen die Naturwissenschaften ab. Es fehlt der Jugend das Grundwissen.“ — So einfach ist das in diesem Lande! Meine Damen und Herren, ich halte das für den Gipfel der Unverfrorenheit, wenn dies ein Minister sagt, der sich bisher in diesem Hause da-

durch besonders ausgezeichnet hat, daß er ernsthaften Fragen ständig mit Leerfloskeln ausweichen mußte,

(Schwenke de Wall [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! Sie müssen besser zuhören!)

um damit seine eigene Unwissenheit in der Materie zu verbergen.

Meine Damen und Herren, die Aussagen in Haverbeck haben wieder einmal belegt, daß die Luftreinhaltungspolitik, die Umweltpolitik bei diesem Minister in schlechten Händen sind.

(Döring [CDU]: Wer hat denn die Ehre, bei einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten einmal Minister gewesen zu sein? Die Ehre hat er!)

Ich kann Sie nur auffordern, unserem Entschließungsantrag, den wir heute vorgelegt haben, zuzustimmen. Sonst bringen Sie — Sie besonders, Herr Döring — Ihre Landesregierung in die mißliche Lage, dauernd Beschlüssen der Umweltministerkonferenz hinterherlaufen zu müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Das Wort erhält jetzt die Abgeordnete Frau Garbe.

(Vajen [CDU]: Uns bleibt aber auch gar nichts erspart!)

Frau Garbe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich werde zugunsten unseres Antrages „Umweltprobleme des Straßenverkehrs“ nur kurz auf einen Punkt eingehen. Die CDU hatte Ende 1982 einen — auch ich muß es sagen — etwas dürftigen Antrag eingebracht und diesen erst später durch einen umfangreichen Änderungsantrag aufgefüllt.

(Dr. Holtfort [SPD]: Der auch dürftig ist!)

Meine Herren und Damen, ich sagte es schon in der Haushaltsdebatte: Ich habe nichts dagegen, wenn gute Ideen von der CDU — dasselbe gilt auch für die SPD — übernommen werden,

(Dr. Hruska [FDP]: Von uns nicht, Frau Garbe?)

beweist es doch, verehrte Kollegen und Kolleginnen, daß die Forderungen der Grünen, der Bürgerinitiativen und derer, die den Freudenstädter Appell ausgearbeitet haben, richtig waren. Das ist zwar eine späte, aber dennoch eine erfreuliche Anerkennung. Nur, das Übernehmen dieser For-

derung geht uns dann doch nicht weit genug. Deshalb können wir der Beschlußempfehlung auch nicht zustimmen. Der vorliegende Maßnahmenkatalog der CDU, der ja auch erst einmal umgesetzt sein will, wird unseres Erachtens der akuten Gefahr nicht gerecht, die mit dem Waldsterben einhergeht.

Meine Herren und Damen, eines sollten Sie aber bitte alle hier bedenken: Wären Sie im Jahre 1983 bei den Beratungen über die Großfeuerungsanlagenverordnung unseren Vorstellungen gefolgt, wären wir ein großes Stück weiter, und einige Ihrer Anträge hätten gar nicht gestellt werden müssen. Das gilt auch für unsere Bemühungen im Hinblick auf die Umweltprobleme des Straßenverkehrs, zu denen mein Kollege Grösch noch etwas sagen wird.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Nächster Redner ist der Abgeordnete Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man jetzt den Plenarsaal sieht und sich an die Diskussion von vorhin über die „neue Armut“ erinnert, dann wird man sehr schnell erkennen können, welchen Stellenwert die Umweltpolitik im Vergleich zur Sozial- und Wirtschaftspolitik im nächsten Wahlkampf haben wird.

(Meinsen [Grüne]: Im Programm immer, aber in der Realität!)

Man sieht schon einigermaßen die Gewichtung. Ich weiß, die CDU will sich jetzt in diesem Bereich besonders stark engagieren; sie hat dieses Feld auch entdeckt. Aber trotzdem, man sieht schon, wie sich gewisse Dinge abzeichnen.

(Stock [CDU]: Herr Hildebrandt, wenn Sie und wir hier sind, dann reicht es doch!)

— Gut, Herr Stock, ich erinnere nur daran, daß der Plenarsaal bei der Behandlung des Bereichs Bildungspolitik etwa genauso gefüllt ist wie jetzt bei der Behandlung der Umweltpolitik. Das sind Anzeichen für bestimmte Veränderungen im Setzen von Prioritäten.

(Zustimmung bei der FDP.)

Man kann sich darüber freuen, man kann es aber auch bedauern. Es kann durchaus seine Ursache darin haben, daß sich trotz allen unterschiedlichen Wortgeklingels die Parteien in wesentlichen Bereichen bei dem Erkennen von Problemen

Hildebrandt

doch sehr viel näher sind, als man es nach außen hin gern zugeben möchte. Auch der Bericht von Dr. Duensing über die Ausschußberatungen zeigte, daß eine ganze Menge des Aufeinanderzugehens vorhanden war. Die CDU hat eine Menge des Inhalts des SPD-Antrags aufgenommen, vor allem auch eine uralte Forderung der Freien Demokraten — natürlich auch der Sozialdemokraten — zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, die mein Parteifreund Baum immer wieder erhoben hat. Man kann an diesen Beispielen durchaus erkennen, daß hier ein Aufeinanderzugehen vorhanden ist. Das gibt vielleicht auch etwas Hoffnung, daß man hier wesentliche Schritte vorankommt.

(Beifall bei der FDP.)

Wir werden dem SPD-Antrag in seiner veränderten Form nicht zustimmen können, wenngleich in ihn eine ganze Menge von zusätzlichen Punkten aufgenommen worden ist, wie z. B. die Frage des Tempolimits. Dieser SPD-Antrag hat in Teilen durchaus Vorteile gegenüber dem CDU-Antrag, weil manche Dinge in der Tat präziser gefaßt worden sind,

(Grösch [Grüne]: Was wollen Sie nun wirklich?)

— hören Sie doch zu, warten Sie ab — so z. B. der Bereich des Hausbrandes. Diskussionswürdig wäre auch die Frage der Schadstoffabgabe. Leider ist es nicht mehr möglich gewesen, das alles im Ausschuß zu diskutieren.

Zu dem Problem der Autoabgase wird mein Kollege Rau noch Stellung nehmen. Ich habe nur noch eine Minute oder zwei Minuten Redezeit.

Wir werden dem CDU-Antrag deshalb zustimmen — auch wenn er nicht ganz so präzise ist —, weil er nach unserer Auffassung in der großen Linie richtig ist. Er verbaut — so will ich es einmal sagen — nicht die mögliche Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie.

(Beifall bei der FDP. — Grösch [Grüne]: Aber er versaut im Wald alles!)

Der Antrag setzt auf marktwirtschaftliche Anreize in der Umweltpolitik, was nach unserer Auffassung letzten Endes auf Dauer der erfolgreichste Weg ist,

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Dr. Freytag [CDU])

obwohl er sicherlich — das sagte ich bereits — nicht in allen Teilen befriedigend ist. In ihn sind aber manche unserer Punkte aufgenommen worden. Weil dieser Antrag, wie gesagt, in der großen Linie durchaus in die richtige Richtung

geht, werden wir ihm zustimmen. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich erteile jetzt das Wort dem Abgeordneten Professor Dr. Freytag.

Dr. Freytag (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem etwa 50 Jahre alten Zitat anfangen, und zwar fragt hier ein Dichter:

„Was sind das für Zeiten, in denen ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist, weil es ein Schweigen über soviel Untaten einschließt?“

Dieses hat Bert Brecht vor ungefähr 50 Jahren gesagt.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Siehste!)

Er fragt sich als Dichter rhetorisch — so sehe ich es —, welche Dimension das Problem Wald eigentlich hat. Es hat eben nicht nur die hier so oft diskutierte wirtschaftliche, speziell holzwirtschaftliche Dimension, nicht nur die klimatische Dimension, nicht nur die naturhafte, den Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere bestimmende Dimension, sondern der Wald hat natürlich auch eine kulturelle Dimension, gerade für uns Deutsche, wenn wir nur daran denken, welche Teile unseres Kulturgutes, Dichtung, Märchen usw., sich auf das Leben des Menschen in seinem Verhältnis zum Wald beziehen. Wenn dieses Kulturgut Wald in Gefahr gerät, stirbt, dann wird eine wesentliche Dimension unseres Lebens ausgelöscht sein, und zwar nicht nur für uns, sondern vor allem für unsere Kinder. Viele Philosophen der Gegenwart meinen, daß gegenwärtig die kulturelle Dimension von uns, von den Menschen dieser Generation, unterbewertet wird. Traditionell war sie sehr hoch bewertet. Ich vermute, daß auch unsere Kinder der kulturellen Dimension des Waldes wieder eine höhere Bedeutung geben werden. Um so mehr müssen wir Anstrengungen unternehmen, um den Wald gesund zu erhalten.

Ich glaube, daß hierüber im ganzen Haus ein Konsens bestehen muß. Das ist das, was hier von der FDP eben schon angesprochen worden ist. Ich denke, daß auch die SPD hiervon nicht so weit entfernt sein kann.

(Bartels [SPD]: Wir beschließen auch, daß morgen schönes Wetter ist!)

Die Situation ist ja nun wirklich beängstigend. Über die Zahlen von 1984 haben wir hier noch nicht gesprochen: 36 % des Waldes in Niedersachsen sind geschädigt. In bestimmten Gebieten in Niedersachsen — vor allen Dingen am Meer und im Harz — sind die Prozentsätze wesentlich höher.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Das wissen wir doch alles!)

Wenn man aber an die Ursachenforschung herangeht, dann — so hat eine neuerliche Studie ergeben — werden allein von deutschen Wissenschaftlern schon 167 verschiedene Hypothesen über die möglichen Ursachen des Baumsterbens genannt.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Die sind sich aber auch einig! — Bartels [SPD]: Dann warten wir einmal ab! Die werden sich schon einigen!)

— Die sind sich in wenigen Strichen einig. Und auf diesen wenigen Gebieten, Herr Bruns, muß in der Tat sehr viel getan werden und wird auch viel getan. Ich komme darauf noch zu sprechen.

Es gibt natürlich auch einen großen Forschungsbedarf, und zwar insbesondere in den Bereichen der Wirkungsmechanismen von Synergismen, es gibt einen Forschungsbedarf in dem Bereich der Wirkungen einiger Schadstoffe auf das Baumsterben sowie über Wirkungen des Grund- und des Quellwassers auf das Wachstum der Bäume. Solange aber in wesentlichen Bereichen ein Forschungsbedarf besteht, muß ich es für mich, für den zuständigen Arbeitskreis unserer Fraktion und für unsere Fraktion ablehnen, hier Entscheidungen zu fassen, die zu viele detaillierte Vorschriften zum Ziel haben,

(Beifall bei der CDU)

die sich dann, wenn sie verwirklicht würden, in ihr Gegenteil umkehren können, so daß dann wieder einmal das Falsche gemacht wird und diejenigen, die schnell handeln, wieder die Prügel bekommen.

(Zuruf von Dr. Lippelt [Grüne]. — Mombaur [Grüne]: Man kann nicht nur denken, man muß auch handeln!)

Ich sehe es als richtiger an, daß wir eine Politik betreiben und über eine Verwaltung verfügen, die flexibel, schnell und zielgerichtet auf für richtig erachtete Forschungsergebnisse reagieren und diese dann zumindest versuchsweise umsetzen, wie es bei uns etwa im Bereich der Düngung und im Bereich des Waldbaues schon geschieht.

Ich möchte jetzt noch ein paar Punkte aus dem CDU-Antrag ansprechen.

(Bartels [SPD]: Werd' mal präzise!)

Der CDU-Antrag — die überarbeitete und im Ausschuß ausführlich diskutierte Version — dient der Gesundung des Waldes, der Prävention des schädlichen Lufteintrags. Er soll außerdem Wege öffnen, der weiteren Verschlechterung der Situation des Bodens und des Wassers entgegenzuwirken. Deswegen fordern wir in diesem Antrag ein paar wichtige Dinge, und nur diese wichtigen Dinge möchte ich jetzt nennen. Dazu gehört erstens, daß die dort genannten Altanlagen nach der TA Luft innerhalb einer Frist von fünf Jahren nachgerüstet werden; bei giftigen Verunreinigungen schneller. Dazu gehört zweitens die Aktion, die jetzt schon läuft, daß nämlich dort Vereinbarungen mit den Betreibern getroffen werden, wo dies möglich ist, etwa dann wenn mit den BKB über einen Investitionszuschuß gesprochen wird. Aber so wie in Baden-Württemberg geht es eben nicht, weil das Land an zu wenigen EVU beteiligt ist. Deshalb können da keine Vereinbarungen getroffen, sondern nur Gespräche geführt werden. Diese sind in der Tat geführt worden mit dem Ziel,

(Bartels [SPD]: Wann denn?)

bei Kraftwerken mit mehr als 300 MW Rauchgasentschwefelungsanlagen schon ein Jahr früher als in der Großfeuerungsanlagenverordnung vorgesehen einzubauen, bzw. dort, wo das nicht möglich ist oder nicht wirtschaftlich erscheint, Stilllegungen zu planen oder aber die Umrüstung auf rauchgasärmere Heizstoffe voranzutreiben. In einem anderen Bereich, der sich nun als besonders wichtig erweist — insbesondere nach neueren Forschungen, die gerade erst gestern bekanntgeworden sind —, muß der Stickoxidausstoß schnell und wesentlich reduziert werden.

In diesem Zusammenhang ist die Entstickungsanordnung Niedersachsens bekanntgeworden, die erste dieser Art in der Bundesrepublik Deutschland. In Nordrhein-Westfalen etwa gibt es Entstickungsanordnungsempfehlungen, keine Anordnungen.

(Bartels [SPD]: Was haben wir denn konkret?)

Hier werden konkret Anordnungen getroffen, die zum Ziel haben, die Last von 82 000 t im Jahr 1985 bis 1988 auf 31 000 t zu reduzieren, und eine Reduktion um 73 % bis auf 27 % bis zum Jahre 1993.

(Bartels [SPD]: Und was machen die anderen Bundesländer?)

Dr. Freitag

— Die anderen Länder geben Empfehlungen, während wir hier anordnen können.

(Bartels [SPD]: Das ist doch Unfug!)

Sehr wichtig ist meines Erachtens der Bereich, der auch bei der SPD stark angesprochen wird und der bei der FDP in der letzten Zeit des öfteren erwähnt worden ist. Das ist der Bereich unter Punkt 3.5 „Einführung weiterer Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoffe aus dem Hausbrand“. Hierzu möchte ich sagen, daß gerade dieser Bereich

(Wernstedt [SPD]: Haben Sie den FDP-Antrag noch gemacht?)

— der ist auch von uns; Punkt 3.5 in unserem Antrag — wohl deswegen so wichtig ist, weil sich gerade hierbei erweist, wie dringlich Forschung ist. Denn eine Reduzierung des Schadstoffausstoßes beim Hausbrand kann insbesondere über eine Verbesserung der Brennerleistung erzielt werden. Die Schadstoffbelastung aus den Brennstoffen ist durch die neueste Emissionsschutzverordnung des Bundes schon auf 0,15 % S-Gehalt reduziert worden.

Ich möchte weiterhin sagen, daß ich Ergänzungen der Bemühungen um eine Reduzierung der Wirkungen von Schadstoffemissionen durch Maßnahmen vor Ort, mehr oder weniger freiwillige Maßnahmen vor Ort, wie wir sie etwa am Beispiel des Aktionsprogramms gegen das Waldsterben der Stadt Gifhorn studieren können, für sehr wichtig halte. Das sind Maßnahmen, die jede Kommune durchführen kann. Ich nenne beispielhaft waldbauliche Maßnahmen, Maßnahmen der Bauleit- und Verkehrsplanung, bau- und gewerbeaufsichtliche Maßnahmen, ordnungsrechtliche Maßnahmen, die Verwendung umweltfreundlicher Heizstoffe oder die Umrüstung von gemeindeeigenen Fuhrparken. Das sind Maßnahmen, die die einzelnen Gemeinden selbst durchführen können. Dazu bedarf es keiner neuen rechtlichen Bestimmungen.

Dann zu der Frage des Tempolimits. Ich glaube, daß es richtiger und wichtiger wäre, an alle Betreiber von Kraftfahrzeugen zu appellieren, erstens selbst das Tempo zu limitieren, um den Schadstoffausstoß zu reduzieren, und zweitens möglichst schnell Katalysatoren einbauen zu lassen, um den Schadstoffausstoß zu verringern. Das ist ein Appell an jedermann. Da kann jedermann mitwirken.

In zweiter Linie stellt sich die Frage, wie weit denn der Staat selbst solche Maßnahmen unterstützt,

(Meinsen [Grüne]: Das Kostenlose stellen

Sie frei, das Kostenpflichtige machen Sie zur Auflage!)

entweder durch Vorschriften — ein Tempolimit halte ich für die schlechteste Art von Vorschrift — oder aber durch steuerliche Erleichterungen beim Einbau von Katalysatoren.

(Meinsen [Grüne]: Sie kriegen demnächst einen Posten beim ADAC!)

Wir haben durchaus die Hoffnung, daß heute auf der Ebene der EG eine Einigung über die Reduktion des Ausstoßes von Schadstoffen bei Pkw zustande kommt. Wenn nicht, soll der Bund durchaus allein vorangehen. Im übrigen glaube ich, daß ein Landesprogramm vorläufig nicht nötig ist. Wichtig ist, daß das Land Niedersachsen im Vorgriff auf Regelungen des Bundes ab 1. Januar 1985 steuerliche Entlastungen vorsieht, und zwar sowohl für Fahrzeuge mit Ottomotor als auch für Dieselfahrzeuge.

Abschließend ein Wort zu dem Antrag der SPD-Fraktion, den unsere Fraktion ablehnen wird.

(Grösch [Grüne]: Welche Fraktion?)

Wir haben lange genug versucht, im Ausschuß mit der SPD gemeinsam eine Entschließung zustande zu bekommen.

(Bartels [SPD]: Das ist das Schärfste, was ich je gehört habe!)

— Sehr lange, Herr Bartels, haben wir dies versucht.

(Bartels [SPD]: Nach dem Motto „Frisß, Vogel, oder stirb“!)

Sie sind darauf nicht eingegangen, sondern legen heute einen fünfeinhalb Seiten langen Antrag vor. Den kann man heute hier nicht verabschieden. Darum lehnen wir ihn ab. Im übrigen reflektiert er das schlechte Gewissen im Hinblick auf frühere Jahre.

(Zustimmung bei der CDU. — Bartels [SPD]: Wo denn? — Weitere Zurufe von der SPD.)

Zum Beispiel wollen Sie, Herr Bartels,

(Zurufe von der SPD)

das Energiewirtschaftsgesetz geändert haben.

(Anhaltende Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Sie hätten es ja machen können.

(Zurufe von der SPD.)

Aber Sie haben es nicht ändern wollen.

(Bartels [SPD]: Igitt!)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bruns (Reinhausen)?

Dr. Freytag (CDU):

Nein, ich habe keine Zeit, ich möchte Herrn Duensing auch noch Redezeit lassen.

(Zurufe von der SPD.)

Schließlich besteht Ihr fünfeinhalb Seiten langer Antrag zum Teil aus mit unserem Antrag identischen Teilen, zum Teil aus alten Hüten, die schon verwirklicht sind,

(Bartels [SPD]: Welche denn? Nennen Sie mal einen!)

und zum Teil aus dem alten SPD-Antrag, den wir im Ausschuß schon abgelehnt haben. Wir werden auch diesen Antrag hier ablehnen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege Bruns (Reinhausen), ich rufe Sie jetzt auf. Sie haben, großzügig gesehen, noch fünf Minuten Redezeit.

(Köneke [SPD]: Da kann man viel sagen! —
Bartels [SPD]: Klaus-Peter kann ruhig ein paar Minuten mehr haben!)

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem Punkt könnten wir uns in diesem Hause einig sein, und zwar im konsequenten Handeln gegen das Waldsterben.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Alle hier im Hause wissen, in welchem dramatischem Umfang das Waldsterben voranschreitet. Insofern hätten wir uns die Schilderung sparen können. Die Lage in Niedersachsen läßt sich anhand einer einzigen Pressemeldung des Regierungspräsidenten in Braunschweig verdeutlichen. Darin heißt es:

„Nur knapp die Hälfte des 70000 ha umfassenden Harzwaldes ist ohne sichtbare Schäden. Bei den Fichten der Altersklasse über 60 Jahre sind rund 80 % krank.“

Angesichts dieser Lage, d. h. der Bedrohung unserer Wälder und der Natur insgesamt, haben der Deutsche Waldbauerntag 1984 und der Deutsche Forstwirtschaftsrat die Forderung erhoben, über die Durchführung der bisherigen gesetzlichen Vorschriften hinaus alles zu tun, was dem Stand

der Technik entspricht, um die Luftschadstoffe so bald wie möglich drastisch zu reduzieren.

Mit vollem Recht fordern die Forstwissenschaftler und die Waldbesitzer insgesamt eine verantwortungsvolle Luftreinhaltepolitik, die dem Wald die erforderlichen Lebensmöglichkeiten bietet. Gefordert wird das, was mein Kollege Bartels vorgetragen hat, vom Waldbauerntag und vom Forstwirtschaftsrat. Da sind alle Waldbesitzer und alle, die für den Wald verantwortlich sind, organisiert.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb verstehe ich nicht, daß Sie sich diesen Forderungen nicht anschließen.

Es wird z. B. auch die Geschwindigkeitsbegrenzung und die sofortige Entgiftung der Automotoren einschließlich der großen Diesel- und Nutzfahrzeuge gefordert. Von denen hört man hier gar nichts.

(Meisen [Grüne]: Das kommt noch!)

Der Umweltminister der CDU, Sie, Herr Wilfried Hasselmann, ist selbst führender Vertreter der niedersächsischen Waldbauern.

(Bartels [SPD]: Gewesen!)

Sie haben nichts bzw. wenig dazu beigetragen, diese Forderungen des Deutschen Waldbauerntages durchzusetzen.

(Stock [CDU]: Das ist eine Falschmeldung!)

Bedauerlicherweise gibt es auch bei der Energiewirtschaft und in der Industrie zahlreiche Kräfte, die die Notwendigkeit schneller und drastischer Luftschadstoffminderung in Zweifel ziehen. Bedauerlich ist auch, daß das VW-Werk zwar die notwendige Technik und umweltfreundliche Fahrzeugtypen seit langem besaß, aber bei der Einführung des umweltfreundlichen Autos zu den Bremsern gehörte.

(Dr. Holtfort [SPD]: Hört, hört!)

Man muß sich fragen, was die Mitglieder der Landesregierung im VW-Aufsichtsrat eigentlich tun!

(Beifall bei der SPD.)

Laut „ADAC Motorwelt“ verstehen viele Autofahrer die Umwelt — also die Welt — nicht mehr,

(Zuruf von Fischer [Göttingen] [CDU])

da einerseits die Autohersteller über Absatzeinbußen lamentieren, andererseits die Autoindustrie nicht in der Lage ist, den Wunsch vieler Autofahrer nach alsbaldiger Lieferung eines neuen, umweltfreundlichen Autos zu erfüllen oder die Umrüstung von Altwagen zu gewährleisten. Die-

Bruns (Reinhausen)

se Feststellung können ich und viele andere Autofahrer aus eigener leidvoller Erfahrung bestätigen.

(Beifall bei der SPD.)

Mir kann das Werk kein Ersatzteil liefern, damit ich mein an und für sich schon umweltfreundliches Auto 100prozentig umweltfreundlich machen kann.

(Zurufe von der CDU.)

Regierung und Autoindustrie haben mit ihrer Verzögerungstaktik den dringend gebotenen Wunsch der Mehrheit der Autofahrer boykottiert, so bald wie möglich giftfreie Autos fahren zu können.

(Zurufe von der CDU.)

Die Forstwissenschaftler und die Forstleute und jeder Sachkundige wissen, daß dem Waldsterben mit forstlichen Maßnahmen nicht beizukommen ist,

(Vajen [CDU]: Nicht nur!)

daß es aber damit gelingen kann, den Wald in die Zeit hinüberzuretten, in der die Luft wieder weitestgehend von Schadstoffen befreit ist. Es gilt also, mit den forstlichen Maßnahmen alles zu tun, um dem Wald diese Überlebenschance zu sichern.

(Zustimmung von Bartels [SPD].)

Aber auch hier gibt es seitens der CDU-Landtagsfraktion nur Ankündigungen, und die Landesregierung denkt gar nicht daran, das, was Sie in Ihrem Antrag fordern, umzusetzen. Hier versagt die Landesregierung.

(Vajen [CDU]: Sehen Sie einmal in den Haushalt 1985, Herr Bruns!)

Bisher ist die Landesregierung nicht bereit — und da spreche ich auch unsere Forstabteilung an —, das notwendige Forstfachpersonal für die durch das Waldsterben drastisch gewachsenen Aufgaben bereitzustellen. Es fehlt das Personal für die zügige Auswertung der Schadensermittlung, für die überlegte Herausnahme erkrankter Bäume, für die rechtzeitige und wirksame biologische Bekämpfung der Käferkalamitäten, für die Wiederaufforstung oder den Nach- und Unterbau mit standortangepaßten, robusteren Baumarten auf den gelichteten und abgestorbenen Flächen.

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege Bruns, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vajen?

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Nein. Ich habe leider nicht viel Zeit.

(Vajen [CDU]: Mit Ihrer Ablehnung habe ich gerechnet!)

Jetzt sage ich noch etwas: Für die Standortkartierung, die Sie verlangen, fehlt nach wie vor das Personal.

(Vajen [CDU]: Wissen Sie, daß 18 neue Stellen eingeplant sind, Herr Bruns?)

Alle von uns seit Jahren gestellten Bitten, Forderungen und Anträge, das Forstpersonal entsprechend aufzustocken, waren vergeblich. Wir haben immer wieder auf die Notlage im Privatwald hingewiesen. Im Privatwald können wir weder die Pflegemaßnahmen durchführen noch können wir im Privatwald eine systematisch-biologische Schädlingsbekämpfung durchführen.

(Vajen [CDU]: Sie sind ganz schlecht informiert, Herr Bruns!)

Wer dies nicht glaubt, der frage unsere Wissenschaftler der forstlichen Versuchsanstalt

(Vajen [CDU]: Die Wissenschaftler führen die Pflege nicht durch!)

oder der frage die Forstbeamten im Privatwald.

Der CDU-Abgeordnete und Waldbesitzer Freiherr von Wangenheim

(Zurufe von der SPD: Aha!)

hat die Schaffung neuer Planstellen für die Standortkartierung des Privatwaldes mit der Behauptung abgelehnt, die Standortkartierung sei eine kurzfristige und vorübergehende Aufgabe, die mit ABM-Kräften zu erledigen sei.

(Oh! bei der SPD. — Döring [CDU]: Kein Wahlkampf! — Vajen [CDU]: Das ist schlichtweg die Unwahrheit!)

Diese Aussage ist in doppelter Hinsicht fatal. Einmal verrät sie die völlige Unkenntnis des Freiherrn von Wangenheim über die Bedeutung und den Zeitaufwand für die Standortkartierung, zum anderen bedeutet sie die Umleitung von Mitteln der Arbeitsverwaltung.

(Döring [CDU]: Wir haben seinen Wahlkreis; deshalb sagt er das!)

Die Mittel der Arbeitsverwaltung brauchen wir dringend für die Beschäftigung und Wiedereinführung und die Eingliederung unvermittelbarer Arbeitsloser, aber nicht zur Sanierung des Staatshaushaltes oder der Kommunalhaushalte.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluß. Ich habe Ihnen schon einen großzügigen Senioren-Bonus eingeräumt.

(Heiterkeit.)

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Herr Präsident, es kommt noch etwas hinzu: Hier brennt die rote Lampe, und rot ist für mich eine sehr sympathische Farbe.

(Jahn [CDU]: Aber das löst die Probleme auch nicht! — Stock [CDU]: Nicht immer hält das rote Licht, was es dem Wandersmann verspricht!)

Wenn ich hier als Senior angesprochen werde, darf ich vielleicht um etwas bitten. Ich habe auch in Ihrem Interesse auf meine Rede zum Haushalt verzichtet.

(Vajen [CDU]: Das ist richtig; das war auch gut so!)

Wenn Sie jetzt ein klein wenig aufmerksamer wären, könnte ich meine Rede schneller abschließen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie wissen selber, wie schlimm das ist, wenn man hier steht und gegen eine Wand von Zwischenrufen spricht. Ich glaube, wir sollten uns gegenseitig diesen Respekt zollen. Ich werde meinen Teil dazu beitragen.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: Die Rede war zu einem anderen Punkt gedacht, nicht zu diesem! — Zuruf von der CDU: Die Redezeit ist abgelaufen! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Wir wiederholen unsere Forderung: Wir brauchen mehr Forstbeamte bzw. Waldarbeiter für die stark geschädigten Waldstandorte. Wir brauchen endlich die nötigen Kräfte für die Standortkartierung.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Dazu möchte ich noch eines sagen: Wenn Sie einen standortgerechten Waldbau fordern, können Sie das ohne eine vorherige Kartierung nicht tun.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Wenn Sie Meliorationsmaßnahmen fordern, dann dürfen Sie die Meliorationsmaßnahmen nicht durchführen, ohne vorher den Standort untersucht zu haben. Seien Sie endlich einmal konsequent. Mit Ankündigungen und Lippenbekenntnissen ist unser Wald nicht zu retten. Wer den Wald wirklich retten will, der muß bei der

Luftreinhaltung und in der Forstpolitik konsequent handeln, und zwar hier und heute; denn morgen könnte es zu spät sein.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren! Ich muß ehrlich sagen, ich mochte Herrn Bruns das Wort nicht entziehen. Ich hoffe, Sie haben dafür Verständnis.

(Vajen [CDU]: Wir haben Verständnis dafür!)

Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Grösch das Wort. Herr Grösch, Sie haben noch fünf Minuten Redezeit; bei Ihnen kann ich das dann ein bißchen anders handhaben.

(Heiterkeit. — Zuruf: Grösch, bleib' stehen! — Vajen [CDU]: Aber ohne Senioren-Bonus! — Weitere Zurufe. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Grösch (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will einmal versuchen, anhand unseres Antrages vom 30. September 1983 einige andere Gesichtspunkte in die Diskussion einzubringen.

Ich will mit einem Beispiel beginnen. Vergleichen wir unsere gesellschaftliche Situation mit der der Insassen eines Autos, so sind wir dabei, auf eine nahe Brücke zuzufahren. Alle Insassen des Autos sehen, daß die Brücke kaputt ist, und fragen sich, wie man hinüberkommt. Was passiert? — Die CDU, die am Steuer sitzt, gibt Gas

(Baldauf [CDU]: Gott sei Dank!)

in der Hoffnung, drüberwegzukommen.

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Nur Fliegen ist schöner!)

Die FDP klammert sich am Beifahrersitz fest, die SPD fordert den Einbau von Sicherheitsgurten,

(Zuruf von der CDU)

und wir versuchen vom Rücksitz aus die Handbremse noch zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich will damit deutlich machen, daß wir in unserem Antrag mehrere Forderungen aufstellen, die wohl zusammengehören.

Erstens meine ich, daß die Diskussion über die Katalysatorentechnik — ich will mir jetzt ersparen, alle Einzelheiten der Technik aufzuzeigen — deutlich macht, daß die Union offensichtlich pa-

Grösch

nische Angst vor einer in anderen Ländern seit vielen Jahren ausgereiften Technik hat, während sie mit großem Optimismus an eine ungesicherte Atomtechnologie glaubt.

(Beifall bei den Grünen. — Vajen [CDU]: Das mußte ja kommen von Ihnen!)

Wie anders wäre es sonst zu verstehen, daß Techniken, die in Japan und in den USA seit zehn Jahren angewendet werden, hier in Deutschland so lange hinausgezögert werden, daß man Angst haben muß, den Wald — zumindest in dieser Form — nicht mehr retten zu können!

(Beifall bei den Grünen.)

Mit dem zweiten Punkt in unserem Antrag haben wir den Widerstand aller Fraktionen in diesem Hause hervorgerufen. Ich will Ihnen den Punkt einmal kurz begründen, weil ich glaube, daß er eine ganz andere Dimension hat. Wir haben autofreie Sonntage nicht deshalb gefordert, weil wir per se Feind des Autos sind, sondern weil wir uns daran erinnern, wie das 1973 war. Ich will das hier noch einmal ein bißchen plastisch darlegen. Damals wurden die autofreien Sonntage eingeführt, auch mit Unterstützung der Mineralölindustrie, in der Hoffnung, daß die Deutschen danach jeden Preis bezahlen würden. Was geschah nach dem vierten Sonntag? Die Leute entdeckten plötzlich wieder die Schönheit ihrer Orte und Städte. Sie hatten wirklich einmal wieder das Gefühl, daß es Naherholung gibt. Es gab eine andere Vorstellung von Lebensqualität.

(Zuruf von Rau [FDP].)

— Herr Rau, Sie werden ja noch kontern. Ich will Ihnen aber sagen: Diese Vorstellung von Lebensqualität haben Sie schon alle verloren. Sonst würden Sie einem solchen Antrag nämlich zustimmen können.

(Rau [FDP]: Sie können die doch anderen nicht verordnen!)

Drittens möchte ich noch einmal etwas zu den Tempolimits sagen. Hier gibt es zwei Dimensionen zu beachten, die in der Diskussion miteinander verknüpft sind. Wir wissen alle, daß ein Tempolimit auf 80 oder 100 km/h insgesamt weniger Schadstoffe bedeutet. Warum fordern aber nun die Grünen — sie schließen sich damit den Forderungen vieler Bürgerinitiativen an — auch noch Tempo 30? Das will ich Ihnen genau erklären, weil nämlich manche Vorstellungen hier in diesem Hause einfach verlorengegangen sind. Wir haben eine falsche Vorstellung vom Bruttosozialprodukt. Autofreie Sonntage bedeuten nämlich auch weniger Unfalltote und insgesamt weniger Verletzte, letzten Endes also ein sinkendes Brut-

tosozialprodukt, weil es dann weniger Beschäftigte in den Krankenhäusern gibt. Von diesen veralteten Vorstellungen müssen wir wegkommen.

(Beifall bei den Grünen.)

Lassen Sie mich noch eines sagen: Tempo 30 in geschlossenen Wohngebieten ist für einige Autofahrer bestimmt lästig. Aber fragen Sie einmal Mütter von kleinen Kindern, welche Chancen Fußgänger auch innerhalb von Ortschaften heute noch haben, wenn schnell gefahren wird. Daran sollten wir uns auch einmal erinnern.

(Beifall bei den Grünen.)

Interesse am öffentlichen Verkehr und auch am Personennahverkehr bedeutet auch, zugunsten der Schwächeren zurückzustecken.

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fischer?

Grösch (Grüne):

Wenn das nicht von meiner Redezeit abgeht, gern.

(Zurufe: Das geht ab!)

Vizepräsident Kreibohm:

Das ginge von Ihrer Redezeit ab.

Grösch (Grüne):

Dann geht es nicht; es tut mir leid, Herr Fischer. Wenn mir die CDU-Fraktion etwas von ihrer Redezeit abgeben würde, würde ich gern darauf antworten.

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Herr Grösch, meinen Sie nicht, daß Ihre Forderung glaubwürdiger wäre, wenn Sie selbst ein umweltfreundliches Auto führen? — Weitere Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich gebe Ihnen eine halbe Minute mehr.

Grösch (Grüne):

In Ordnung. Ich werde darauf gleich noch eingehen, weil ich anerkenne, daß Sie einer der wenigen sind, die ein Katalysatorauto gekauft haben.

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Warum Sie denn nicht? Es anderen aber vorschreiben!)

Ich habe dabei zwei Probleme, das will ich Ihnen sagen. Ich habe wegen meines Autos bei der Opelwerkstatt gefragt. Es ist ein Altwagen. Wir Grünen sind nicht so reich. Die Werkstatt hat mir gesagt, momentan könne sie noch nicht umrüsten.

(Zurufe von Rau [FDP], Fischer [Göttingen] [CDU] und Vajen [CDU]. — Gegenruf von Mombaur [Grüne]. — Glocke des Präsidenten.)

Die Alternative dazu, Herr Fischer, ist das, was ich mache. Ich versuche, so wenig wie möglich Auto zu fahren, nämlich nur dann, wenn es unumgänglich erforderlich ist.

(Lachen bei der CDU. — Lauenstein [CDU]: Gehen Sie mal zu Demonstrationen zu Fuß!)

Sie könnten aus Göttingen mit dem Zug sehr viel besser nach Hannover kommen als ich. Versuchen Sie einmal, mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus anderen Teilen des Landes hierherzukommen.

(Beifall bei den Grünen. — Zurufe von Lauenstein [CDU] und Fischer [Göttingen] [CDU].)

Der letzte Punkt: Die Grünen im Bundestag haben eine Anfrage zu den gesellschaftlichen Kosten des Autoverkehrs gestellt. Die Bundesregierung war nicht in der Lage, alle Kosten des Autoverkehrs — sprich: nicht nur Betonierung der Landschaft, Folgen der Unfallverletzungen und ähnliche Sachen — aufzuzeigen. An diesem Beispiel wollte ich aufzeigen, daß sich einige unserer Forderungen fundamental voneinander unterscheiden.

Wenn wir Ökologie als das begreifen, was sie ist, nämlich Langzeitökonomie, und nicht nur als etwas, was nur kurzfristig eingesetzt werden kann,

(Zuruf von Kruse [CDU])

dann müssen wir alle umdenken. Das heißt auch, daß wir Abschied von liebgewordenen Vorstellungen einer alten Wachstumsgesellschaft nehmen müssen.

(Beifall bei den Grünen. — Zurufe.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich erteile nun das Wort dem Abgeordneten Rau. Sie haben noch drei Minuten zur Verfügung.

(Campen [Grüne]: Jetzt wird der Kollege Rau zur Wachstumsgesellschaft sprechen! — Wernstedt [SPD]: Hände aus der Tasche! Sonst werden Sie zu frech! — Gegenruf von

Rau [FDP]: Ich wollte das Portemonnaie festhalten, als ich an Ihrem Platz vorbeiging, nachdem wir vorhin über die „neue Armut“ diskutiert haben!)

Vizepräsident Kreibohm:

Das ist ja eine Beleidigung des Hauses!

(Hirche [FDP]: So schlimm ist es nun auch wieder nicht!)

Rau (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen hier über den konsequenten Abbau der Schadstoffe des Automobils. Ich muß einmal feststellen, daß das, was Sie, Herr Grösch, gesagt haben, natürlich nur die halbe Wahrheit ist.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Der ausgereifte Katalysator, den Sie fordern, ist der, der in den USA verwendet wird. Sie wissen ganz genau, daß es dort andere Autos, andere Verkehrsverbindungen und ein anderes Verkehrsverhalten gibt. Sie wissen ganz genau, daß diese Technologie gar nicht auf unsere Verkehrsverhältnisse und auf unser Verkehrsverhalten anwendbar ist. Sie wissen auch ganz genau,

Vajen [CDU]: Das glaube ich nicht; er weiß das nicht besser!)

daß der Katalysator zum Beispiel eine bestimmte Betriebstemperatur braucht, die bei unserem Fahrverhalten möglicherweise gar nicht erreichbar ist.

(Zuruf von Meinsen [Grüne].)

Ich will Ihnen sagen, was Sie wollen. Was Sie wollen, ist das, was Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen wollen, nämlich die Fordwerke in Köln stilllegen und in den einzelnen Stadtteilen Fahrradfabriken errichten.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP]. — Lachen bei den Grünen.)

Das ist ja nicht etwa als Scherz, sondern das ist ja ernst gemeint.

(Zuruf von Frau Schuran [Grüne]. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Dabei verkennen Sie natürlicherweise, daß anstelle eines Fords, der für etwa 30000 DM verkauft wird, mindestens 50 Fahrräder verkauft werden müßten. Das zeigt, welche Vorstellungen Sie von der Wirtschaft haben. Das ist nämlich sehr wichtig zu wissen.

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Und vor allem die Tandems! — Zuruf von Fruck [Grüne].)

Rau

Sie wollen mit allen Ihren Maßnahmen das Auto abschaffen.

(Grösch [Grüne]: Nein, wir wollen die Umwelt retten!)

Nichts anderes wollen Sie. Sagen Sie das doch offen und ehrlich!

(Fruck [Grüne]: Das ist doch Quatsch! — Zuruf von Campen [Grüne]. — Weitere Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Da der eine oder andere Bürger möglicherweise daran glauben möchte, daß das alles funktioniert, lohnt es sich vielleicht,

(Zuruf von Campen [Grüne])

sich mit dem auseinanderzusetzen, was Sie sagen. Eigentlich lohnt es sich natürlich nicht.

(Dehn [SPD]: Herr Rau, ich denke, der Küpker soll Wirtschaftsminister werden! — Weitere Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, daß wir vorsichtig sein sollten. Wir haben hier jüngst Erfahrungen mit den Eingriffen machen können, die wir uns als Politiker da und dort leisten. Ich denke daran, daß vor nicht ganz einem Jahr Befragungen von Bürgern zu folgendem Ergebnis geführt haben: Natürlich sind wir bereit, mit Mehrkosten jederzeit etwas für den Wald zu tun und uns ein Katalysatorauto zu kaufen. — Tatsache ist, daß die Diskussion darüber, ob es möglicherweise Steuervergünstigungen gibt oder nicht, dazu geführt hat, daß Kaufzurückhaltung geübt wird,

(Zustimmung bei der FDP)

und dies, meine Damen und Herren, bei Käufern großer Autos, die sich ja möglicherweise noch eher den Katalysatorwagen leisten könnten, die es also sicherlich nicht nötig hätten, auf diese Steuervergünstigung zu schauen. So sensibel reagiert unsere Wirtschaft! Ich kann Ihnen daher nur sagen: Achten Sie — auch Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion — darauf, wenn Sie von vornherein das Tempolimit fordern, ohne den Großversuch und sein Ergebnis abzuwarten.

(Zuruf von Meinsen [Grüne].)

Hüten Sie sich davor, das zu fordern, sondern warten Sie ab!

Im übrigen sei Ihnen gesagt, daß es ja gar nicht einmal auszuschließen ist, daß Sie mit dem Tempolimit, wie Sie es fordern, genau das Gegenteil

von dem erreichen, was Sie eigentlich erreichen wollen, nämlich mehr Umweltbelastung

(Bartels [SPD]: Das ist wohl ein Unfug! — Zurufe)

und z. B. mehr Energieverbrauch.

(Bartels [SPD]: Welche Untersuchung haben Sie denn da vor Augen?)

Bedenken Sie auch, Herr Bartels, daß Sie mit dem Tempolimit, wie Sie es formuliert haben, die Bevölkerungsgruppe treffen, die z. B. ein Auto viel länger fahren muß, die sich nicht immer ein neues Auto kaufen kann, die eben ganz besonders benachteiligt ist, weil sie sich möglicherweise nur Altwagen leisten kann oder Gebrauchtwagen kaufen muß. Auch auf diese Gruppe Rücksicht zu nehmen ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Dr. Duensing, Ihr Kollege hat Ihnen noch zwei Minuten Redezeit gelassen. Ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Duensing (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich auch kurz fassen.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Bei den globalen Emissionen der Schwefelverbindungen wie auch der Stickoxidverbindungen in die Atmosphäre — — —

Vizepräsident Kreibohm:

Ich bitte Sie, Ihre Rede einen Augenblick zu unterbrechen. — Meine Damen und Herren, es ist in diesem Hause so unerträglich laut, daß man die Beratung wirklich nicht verfolgen kann. Wenn Sie sich unterhalten wollen, tun Sie das bitte draußen. — Herr Dr. Duensing, fahren Sie bitte fort!

(Arens [SPD]: Es sind schon so viele draußen!)

Dr. Duensing (CDU):

Schönen Dank, Herr Präsident! — Bei den globalen Emissionen sowohl der Schwefelverbindungen als auch der Stickoxidverbindungen in die Atmosphäre überwiegen die anthropogenen den natürlichen Quellen. Das ist ein Tatbestand, der schon

Anfang der 70er Jahre bekannt wurde. Herr Bartels, ich möchte hier jetzt nicht gegenseitige Schuldzuweisungen machen,

(Bartels [SPD]: Das bringt ja auch nichts!)

aber im Grunde haben damals die Japaner und auch die Amerikaner gehandelt, während wir damals auf dem Kurs der auch von außen — — —

(Bartels [SPD]: Herr Dr. Duensing, was haben Sie denn da gefordert, zu dieser Zeit!)

— Daß diese Belastung herunter müsse, daß diese Belastung nicht mehr zu ertragen sei, daß zumindest die Schadstoffe herunter müßten.

(Zuruf von Bartels [SPD].)

Die Japaner haben das gemacht, die USA haben das gemacht, und wir führen das energiesparende Auto. Das war damals der Trend der Zeit, dieses Problem, dieses weltweite, globale Problem nicht zu sehen. Es ist eine Augenwischerei, wenn wir heute dem Bürger weismachen wollen, daß wir die Gesamtbelastung, die auf unsere Pflanzen und letztlich auch auf den Menschen wirkt, reduzieren können, wenn wir nur hier in Deutschland reduzieren; denn etwa 80 % dieser globalen, anthropogen erzeugten Stoffe kommen aus der Nordhalbkugel,

(Zustimmung von Baldauf [CDU] und von Dr. Freytag [CDU])

und darin enthalten ist nur ein sehr geringer Teil, den wir selbst erzeugen.

(Zuruf von Meinsen [Grüne].)

Insofern sollten wir hier keine Augenwischerei betreiben; dieses Problem wird über Jahrzehnte ein weltweites Problem bleiben.

(Meinsen [Grüne]: Die Deutschen sind doch so arm, ja!)

Es ist des weiteren zu wünschen, daß sich auch die UNO-Organisationen und -Unterorganisationen weiter damit beschäftigen.

(Dehn [SPD]: UNESCO!)

Noch eine Bemerkung zum Auto, Herr Bartels. Wir haben etwas erreicht: Die Verkaufsstrategien der Automobilindustrie richten sich heute — zumindest in der Werbung — auf den Katalysator. Ich halte das schon für einen wesentlichen Fortschritt.

Ich möchte abschließend noch auf die Nr. 3.5 unseres Antrages hinweisen, in der Hausbrand, Kleinheizungen, Klein- und Mittelbetriebe und auch Schornsteinhöhen angesprochen sind. Es wird nicht möglich sein, auf den Schornstein ei-

nes jeden Hauses einen Polizisten zu setzen, der aufpaßt,

(Dr. Freytag [CDU]: Oder einen Grünen!)

oder ein Meßsystem einzurichten. Der Weg, den wir gehen wollen, ist die Reduzierung der Schadstoffe im Hausbrand selbst. Das ist schon angesprochen worden. Wir müssen insbesondere von den Schadstoffbelastungen, die von jedem einzelnen Haus ausgehen, wegkommen. Das ist gerade bei der Smogsituation besonders deutlich geworden. Wir müssen wirklich an den einzelnen Ofen herangehen.

(Meinsen [Grüne]: Deshalb Vollgas!)

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen — ich habe es schon einmal gesagt —: Wir brauchen eine Verbesserung und Zusammenfassung der Überwachungsmeßsysteme von Bund, Ländern und Kommunen. Ich glaube, das ist ein Weg, den wir gemeinsam beschreiten müssen. Ohne daß man dafür viel Geld ausgeben muß, ist sicherlich durch eine Zusammenschaltung dieser einzelnen Meßsysteme vieles möglich.

Ferner müssen wir Marktinstrumente schaffen. Wir können nicht durch Subventionen den einen oder anderen bevorzugen; das werden wir nicht zum Ende bringen können.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren! Ich erteile nun Herrn Minister Hasselmann das Wort.

Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme gern zum Schluß noch das Wort. Ich wollte eigentlich einmal fragen: Wer fährt denn hier eigentlich schon ein Katalysatorauto?

(Zurufe von der CDU: Hier!)

— Die reden davon und fahren es nicht!

(Meinsen [Grüne] Haben Sie es bezahlt?)

— Den Dienstwagen nicht, aber meinen privaten ja.

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Minister, wir führen hier keine repräsentativen Befragungen durch.

Hasselmann

Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten:

Jedenfalls können wir schon von einigen Erfahrungen reden.

(Döscher [CDU]: Und der dieselt!)

— Ja, Diesel ist auch gut. Dagegen habe ich nichts.

Herr Bruns, mir macht es immer viel Freude, Ihnen zuzuhören, nicht nur, weil Sie meine persönliche Achtung haben, sondern weil ich Sie in den Kreis der königlich-hannoverschen Sozialdemokraten einreihe.

(Heiterkeit.)

Neben Ihnen sitzt ein Mann, der sich vor allen Dingen dadurch auszeichnet, daß er immer meint, er müsse jemanden an die Beine schlagen. Wissen Sie, das ist bei Herrn Bartels, bezogen auf meine Person, so: Wer mich beleidigen will, das bestimme ich immer noch selbst und kein anderer.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb können wir zur Tagesordnung übergehen, und ich brauche darauf nicht zu antworten. Jedenfalls habe ich bedauert, daß Herr Bartels nicht bei meiner Veranstaltung in Haverbeck gewesen ist und daß er nun nichts anderes zu berichten weiß als das, was in den Zeitungen stand.

(Senff [SPD]: Reine Kasperei da vorne!)

Ich nehme jedenfalls an, daß das die Freunde der Unionsfraktion interessiert hat. Was ich zitiert habe, sind zwei Leitartikel eines namhaften Journalisten einer großen Tageszeitung Hannovers. Der eine Leitartikel, aus dem ich zitiert habe, hat die Überschrift: „Das Unheil herbeisehnen“. Der zweite Kommentar, ein bißchen später, trug die Überschrift: „Katastrophen, die keine geworden sind“ — hochinteressante Leitartikel einer sehr großen Zeitung mit einer ungeheuren Verbreitung. Wir haben selten so viele Zuschriften und Zustimmung wie zu dem, was darin stand, bekommen.

(Zuruf: Sie kriegen demnächst die Goldene Kamera!)

Daß das die Ursache war, hat Herr Bartels aber nicht mitbekommen. So ist es, wenn man über eine Versammlung redet, bei der man selbst nicht war.

(Zustimmung bei der CDU.)

Nun will ich noch eines sagen: Es wäre schön, wenn er sich einmal bei den Sozialdemokraten informierte, die an dieser Veranstaltung mit Herrn Landrat Saacke und mir teilgenommen haben —

sehr ordentliche Sozialdemokraten, Beiträge sehr vernünftig.

(Unruhe und Zurufe.)

Wir haben uns nicht nur verstanden, wir haben uns sogar so gut verstanden, daß wir das nachher noch durch ein vernünftiges Glas Bier bekräftigt haben. Das fand ich auch gut.

(Wernstedt [SPD]: Haben sie auch gleich ein Eintrittsformular vorgelegt?)

— Nein, das tue ich nicht. Ich verlange ja nicht, daß Ihre Freunde austreten; sie sollen uns ruhig nur erst einmal wählen.

(Wernstedt [SPD]: Nein, daß Sie in die SPD eintreten!)

Deshalb meine ich, meine Freunde: Wir haben es gut, wenn Herr Bartels viel im Lande herumfährt und seine Thesen verkündet. Einen besseren Wahlhelfer bekommen wir gar nicht.

(Beifall bei der CDU.)

Nun zur Sache: Die in der Beschlußempfehlung des Ausschusses angesprochenen Maßnahmen sind sinnvoll. Die zur Durchführung notwendigen Schritte sind eingeleitet oder angeordnet. Deshalb bestehen Bedenken seitens der Landesregierung nicht. Wir würden uns freuen, wenn die Beschlußempfehlung eine Mehrheit fände.

Zu dem Antrag der Fraktion der Grünen brauche ich nicht Stellung zu nehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Was wir gehört haben, hat ausgereicht. Aber ich füge noch ganz ernst hinzu: Wenn man heute die Kommentare über den „grünen Kniefall“ und die Schreiben der beiden Abgeordneten der Grünen an Terroristen liest, dann habe ich auch keine Lust zu antworten.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Meinsen hat nach § 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung um zusätzliche Redezeit gebeten. Ich gewähre ihm zwei Minuten.

(Bartels [SPD] meldet sich zu Wort.)

— Ich nehme an, Sie wollen das auch!

(Baldauf [CDU]: Muß das sein?)

Meinsen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich die Wortmeldung abgab, hatte ich geglaubt,

der Minister würde noch etwas sagen. Daß er häufig viel redet und nichts sagt, ist mir bekannt, aber daß er so wenig zu sagen hat wie heute, ist selten.

(Beifall bei den Grünen.)

Herr Minister Hasselmann, Ihr Dienstwagen mit Katalysator — ich könnte jetzt genauso erzählen, daß ich mich schon vor einigen Monaten um die Auskunft bemüht habe, wie es denn wäre, wenn man hier ein kleines Dieselauto kaufte, welche Regelungen dann dafür in Niedersachsen gälten. Das konnte mir niemand sagen. Niedersachsen hat jetzt vor einigen Tagen die Absicht verkündet, da etwas regeln zu wollen. Also, so einfach ist das nicht in jedem Fall. Ihren Schlitten, muß ich ganz ehrlich sagen, könnte ich mir einfach nicht leisten. Das ist trivial.

(Zurufe von der CDU.)

Was Sie hier treiben — — — Wir haben ja gar nichts dagegen, daß die Regierung Katalysatorautos kauft; wir haben es ja gefordert.

(Baldauf [CDU]: Was soll denn das Geschwätz?)

Aber mit den billig erworbenen Dienstaautos hier die Leute zu verhöhnen, die sich so etwas zur Zeit nicht leisten können, das ist einfach zu billig!

(Beifall bei den Grünen. — Unruhe bei der CDU.)

Noch ein Wort zur FDP. Wenn man diesem Slogan „Freie Fahrt für freie Bürger“ folgt, den es vor Jahren schon mal gegeben hat, Herr Rau, dann kann ich nur sagen: Stimmen Sie doch mal dafür, daß die 0,8-Promille-Grenze endlich fällt. Dann fahren die Leute noch mehr Autos zu Schrott. Das könnte für unsere Volkswirtschaft noch sinnvoller sein.

(Beifall bei den Grünen. — Dr. Hruska [FDP]: „Freie Fahrt für freie Bürger“ hat hier doch keiner gesagt!)

Vizepräsident Kreibohm:

Nach der gleichen Bestimmung hat auch der Abgeordnete Bartels um Redezeit gebeten. Ebenfalls zwei Minuten; bitte sehr!

Bartels (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich mache es sehr kurz. Der Minister ist seiner Linie, wie er sie hier in den vergangenen Jahren vorgeführt hat, heute wieder treu geblieben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Er hat im Casinoton mit Ihnen geplaudert, meine Damen und Herren, und die CDU-Fraktion hat sich blindwütig auf die Schenkel geklopft. Das zeichnet sie in der Tat aus!

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

— Meine Damen und Herren, wenn Sie ausgeklatscht haben, werde ich weiterreden.

(Zurufe von der CDU. — Glocke des Präsidenten.)

Ich kann nur feststellen, daß Sie mit außerordentlich wenig Inhalt zufrieden sind. Auch dies zeichnet Sie in der Tat aus.

Meine Damen und Herren, der Minister hat, wenn Sie genau zugehört haben, nicht einen Satz zum Inhalt der hier zur Diskussion stehenden Anträge gesagt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich habe den Eindruck, Herr Minister, Sie haben nicht mal die Entschließungsanträge Ihrer Fraktion gelesen.

Ihrer Einladung, Herr Minister, an Ihren Veranstaltungen teilzunehmen, werde ich in der Karnevalszeit gern nachkommen!

(Beifall bei der SPD. — Wernstedt [SPD]: Auf eine Büttenrede kann man nur mit einer Büttenrede antworten! — Unruhe bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren, die Beratungen sind abgeschlossen. Ich enthalte mich jeder Wertung über den Stil, in dem diese Debatte insgesamt geführt worden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

— Insgesamt!

(Arens [SPD]: Guck dir das mal an, der Herr Hasselmann klatscht und macht vorher solche Sprüche! — Weitere Zurufe.)

— Können wir jetzt vielleicht dazu kommen, unsere Arbeit weiter abzuwickeln, meine Damen und Herren? Würden Sie sich vielleicht bemühen, ein bißchen weniger aufgeregt zu reagieren, als Sie das tun, allesamt hier in diesem Hause, nicht jeder einzelne, aber viele von Ihnen? Es bedarf nicht allzuviel Phantasie, sich vorzustellen, was für ein Bild unser Parlament in der Öffentlichkeit bietet.

(Beifall. — Hirche [FDP]: Richtig!)

Nun zur Abstimmung: Wir stimmen zunächst über die Anträge zu Punkt 19 a ab; die zu b sind

Vizepräsident Kreibohm

erledigt. In diesem Punkt entfernt sich der Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 3966 am weitesten vom Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 458. Nach unserer Geschäftsordnung müssen wir daher zunächst über diesen Änderungsantrag der Fraktion der SPD abstimmen und erst dann, wenn er keine Mehrheit finden sollte, über die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3927 Nr. 1.

Wer nunmehr dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 3966 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? — Danke. Wer enthält sich der Stimme? — Das letzte war die Mehrheit. Der SPD-Antrag ist damit abgelehnt.

Wer nunmehr der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3927 Nr. 1 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Danke. Wer enthält sich? —

(Schwenke de Wall [CDU]: Siehste, Bartels, haste nichts davon gehabt!)

Das erste war die Mehrheit. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3827 Nr. 1 ist damit angenommen, und der Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 3254 ist damit erledigt.

Wir stimmen jetzt über die Nr. 3 der Ausschlußempfehlung ab. Es handelt sich um die Eingaben. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 3927 Nr. 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Danke sehr. Wer enthält sich? — Auch hier ist die Mehrheit für die Beschlußempfehlung des Ausschusses gewesen.

Wir haben dann im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 20 noch über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 3925 abzustimmen. Wer hier zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 1642 ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Gegenstimmen bitte! — Wer enthält sich? — Bei einer großen Zahl von Stimmenthaltungen ist der Antrag des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr angenommen worden. — Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Zweite Beratung: Ausbau des Mittellandkanals — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/2515 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/3924

Der Antrag der Fraktion der Grünen wurde am 10. April 1984 im Vorwege an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. — Vereinbarte Redezeit: 30 Minuten, aufgeteilt auf CDU und SPD mit jeweils bis zu acht Minuten, auf Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten. Berichtersteller ist der Abgeordnete Rau, dem ich das Wort erteile.

Rau (FDP), Berichtersteller:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt Ihnen, den Antrag der Fraktion der Grünen, durch den die Landesregierung aufgefordert werden soll, den weiteren Ausbau des Mittellandkanals zu stoppen und statt dessen ein Alternativkonzept zu verwirklichen, abzulehnen. Die Initiative der Fraktion der Grünen ist sowohl im federführenden Wirtschaftsausschuß als auch im mitberatenden Ausschuß für Häfen und Schifffahrt auf einhellige Ablehnung der CDU-, der SPD- und der FDP-Vertreter gestoßen.

Überdies ist durch die Verabschiedung des Landeshaushalts 1985 in der letzten Plenarsitzung de facto bereits ein Signal gesetzt worden, den Kanalausbau nicht nur fortzusetzen, sondern — soweit möglich — sogar zu beschleunigen.

Ich kann mich in meiner Berichterstattung deshalb auf wenige Anmerkungen zu den Ausschlußberatungen beschränken, dies auch deshalb, weil das Thema bereits Gegenstand der in der Plenarsitzung im Februar besprochenen Großen Anfrage war.

An diese Erörterungen anknüpfend, haben die Vertreter der Grünen in beiden an der Beratung beteiligten Ausschüssen dargelegt, neben den hinlänglich bekannten ökologischen Bedenken gegen den Kanalausbau überzeugten vor allem die behördlicherseits wiederholt vorgetragene Kosten-Nutzen-Analysen nicht. Der Wirtschaftsminister, Frau Breuel, in der Plenarsitzung und nachfolgend auch die Ministerialbeamten in den Ausschußberatungen hätten dargelegt, der Bundesverkehrsminister habe nach letzten Berechnungen

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

einen Kosten-Nutzen-Faktor von 1,6 ermittelt, wobei mehr als 80 % des erwarteten Nutzens durch die Vertiefung des Kanalbettes bewirkt werden sollten. Die Fraktion habe sich bemüht, diese Analyse einzusehen. Das sei ihr schließlich auch in Bonn ermöglicht worden. Allerdings hätten sich die Zweifel in die Richtigkeit der bisher

immer genannten Zahlen dadurch eher verstärkt, denn der Bundesverkehrsminister stelle in seinen Betrachtungen die restlichen Ausbaukosten dem insgesamt erwarteten Nutzen gegenüber. Dies aber führe zwangsläufig zu einem positiven Resultat. Aber selbst wenn man die Richtigkeit der Berechnungen unterstelle, komme die Fraktion der Grünen zu dem Ergebnis, daß der weitere Kanalausbau angesichts des stagnierenden Frachtaufkommens ökonomisch nicht zu rechtfertigen sei. Hinzu komme, daß der Kanalausbau negative Rückwirkungen auf die Bundesbahn habe, weil deren Defizite durch die Transportkonkurrenz noch vergrößert würden.

Sowohl die Ausschußmitglieder der CDU als auch die Vertreter der SPD und der FDP vermochten sich dieser Betrachtung nicht anzuschließen. Sie verwiesen auf ihre ausführlichen Stellungnahmen, die sie — insoweit übereinstimmend — bereits in der Plenardebatte im Februar 1984 abgegeben hätten. Ihre Sprecher hätten dabei die herausragende wirtschaftliche Bedeutung des Kanals sowohl in der Vergangenheit als auch für die Zukunft im einzelnen belegt. So sei es unbestreitbar, daß der Kanal, der seinerzeit für das 600-Tonnen-Schiff und eine jährliche Transportkapazität von rund 4,5 Millionen t gebaut, aber seit mehr als einem Jahrzehnt mit jährlichen Transporten von knapp 10 Millionen t belegt worden sei, den technischen Anforderungen künftig nicht mehr gerecht werde. Zudem sei unverkennbar, daß der Trend europaweit zum 1300-Tonnen-Schiff führe, dieses Schiff jedoch auf dem Mittellandkanal derzeit nur mit rund 50 % seiner Ladekapazität ausgelastet werden dürfe. Die sich daraus ergebenden betriebswirtschaftlichen Nachteile träfen gerade die deutsche Binnenschifffahrt und insbesondere auch die niedersächsischen Häfen.

Wirksam begegnet werden könne dem auf Dauer nur durch die Fortführung und Vollendung des Kanalausbaus. Die CDU-, SPD- und FDP-Ausschußmitglieder sprachen sich deshalb auch in den Ausschußberatungen gegen die Vorstellung der Fraktion der Grünen aus, durch entsprechende Unterhaltungsarbeiten und den Bau von Überholstrecken und Wartebuchten lasse sich der Kanal bedarfsgerecht gestalten. Auch halte man es für ohne weiteres möglich, die notwendigen ökologischen Eingriffe, die die Verbreiterung des Kanalbettes zweifellos mit sich bringen werde, innerhalb kurzer Zeit auszugleichen. Damit bleibe auch der Freizeitwert, der dem Kanal insbesondere in den städtischen Bereichen so oft zugesprochen werde, künftig erhalten.

Ich schließe die Berichterstattung mit der Bitte, der Ausschußempfehlung zu folgen und damit den Antrag der Fraktion der Grünen abzulehnen.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich danke Ihnen, Herr Kollege. — Die Aussprache wird eröffnet durch den Abgeordneten Schultze.

Schultze (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausschußmitglieder der SPD-Fraktion haben sich an den Beratungen in den beiden Ausschüssen, in denen dieser Antrag beraten wurde, natürlich beteiligt und sind zu der Auffassung gekommen, daß der Antrag der Fraktion der Grünen abzulehnen ist.

Unsere Gründe für die Fortführung des Ausbaus des Mittellandkanals möchte ich kurz darstellen:

Erstens. Der überwiegende Teil des Mittellandkanals ist schon ausgebaut. Es sind also bereits gewaltige Investitionen getätigt worden, die nun möglichst bald einer wirtschaftlichen Amortisation zugeführt werden müssen. Das geht aber nur, wenn auch die jetzt bestehenden Engpässe beseitigt werden.

Zweitens. Wesentliche Teile des jetzigen Mittellandkanals müssen ohnehin grunderneuert werden, da die technische Qualität des Kanals bereits erheblich zu wünschen übrig läßt.

Drittens. Wir halten den Transport von Massengütern auf dem Schiffswege — in diesem Fall auf dem Kanal — für außerordentlich wichtig, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Entlastung des Straßenverkehrs von diesen Massengütern.

Insbesondere im Ausschuß für Häfen und Schifffahrt hat es eine sehr gründliche Beratung mit Anhörungsverfahren und Ortsbesichtigungen gegeben. Bei diesen Anhörungen konnten wesentliche Bedenken gegen den Ausbau des Mittellandkanals ausgeräumt werden. Für die Stadt Hannover und die Region Hannover ist dieser Ausbau besonders wichtig; denn in den vier Häfen — zwei kommunal geführte und zwei privat geführte — arbeiten etwa 35000 Beschäftigte in etwa 150 Betrieben, die über diesen Wasserweg direkt oder indirekt beliefert werden oder deren Produkte über diesen Weg wieder weggefahren werden. Inzwischen gibt es auch hier interessante Ansätze für Recycling bei Glas, Metallen und Baustoffen. Die Hafenanlagen geben die Möglichkeit, diese

Schultze

Stoffe auf diesem Weg zu sammeln und mit Schiffen entsprechend abzutransportieren.

Für die Stadt Hannover kommt des weiteren hinzu, daß aufgrund des notwendigen Ausbaus des Mittellandkanals eine Fülle von Brücken erneuert werden muß. An der Finanzierung beteiligt sich im wesentlichen auch der Bund. Das löst innerstädtische Verkehrsprobleme, und der Ersatz von Brücken, deren Haltbarkeit nicht mehr lange bestehen wird und deren Belastung zum Teil schon eingeschränkt werden mußte, kann auf diesem Wege finanziert werden.

Die Stadt Hannover und das Land Niedersachsen haben bereits Vorleistungen erbracht, insbesondere beim Ausbau des Nordhafens, und erwarten, daß der Kanal nun auch vom Europaschiff befahren werden kann. Über die Größenordnungen hat der Kollege Rau eben gesprochen.

Ich will auch den Aspekt der Naherholung hier nicht vergessen. Es ist zweifellos richtig, daß der Kanal in seinem jetzigen Zustand eine wichtige Funktion für die Naherholung hat. Es ist übrigens bemerkenswert, daß ein solches künstliches Bauwerk — wenn es denn nur lange genug besteht — auf einmal auch als in die Landschaft passend und sogar als der Natur zuträglich verteidigt wird. Ich bin sicher — das sage ich an die Adresse der Kollegen von den Grünen —, auch der neue Kanal wird nach einigen Jahren die gleiche Funktion haben.

(Dr. Lippelt [Grüne]: Das zeigt, daß Sie nichts davon verstehen!)

Es wird also darauf ankommen, meine Damen und Herren, daß wir über diesen Weg auch die ökologischen Aspekte genau beachten. Es besteht auch gar kein Zweifel daran, daß die bisherige ausführliche Diskussion mit dazu führen wird, daß die einfachen technischen Lösungen hier nicht realisiert werden, sondern daß man sich bemühen wird, auf Landschafts- und Naturschutz und auch auf eine Anpassung der Flächen Rücksicht zu nehmen. Sicherlich wird es auch Ersatzflächen geben. Darüber sind dem Ausschuß auch unabhängige Gutachten vorgelegt worden.

Eine letzte Bemerkung. Wenn es dazu kommt, daß im Stadtteil Hannover-Stöcken ein neues Kraftwerk auf Kohlebasis errichtet wird, dann benötigen wir die Zuführung von Kohle auf dem Wasserweg.

(Dr. Lippelt [Grüne]: Die kriegen sie doch!)

Es gibt sogar Möglichkeiten, das beim Einsatz von Importkohle in Koordinierung auch mit niedersächsischen Seehäfen besser zu regulieren.

Daher haben wir uns entschlossen, dem Antrag der Grünen nicht zuzustimmen und der Beschlußempfehlung des Ausschusses zu folgen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Um die Reihenfolge halbwegs zu wahren, habe ich gewartet, Herr Dr. Lippelt. Sonst wäre Herr Rau gleich an der Reihe gewesen. Herr Dr. Lippelt, Sie haben das Wort.

Dr. Lippelt (Grüne):

Ich habe nie etwas dagegen, vorher Herrn Rau zu hören. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verbreiterung des Mittellandkanals ist eine jener Handvoll wesentlicher Baumaßnahmen in unserem Lande, die zusammen die Strukturpolitik älteren Typs dieser und vorhergehender Landesregierungen darstellen, eine Altlast von CDU, SPD und FDP. Unser Antrag zum Abbruch dieser Verbreiterung galt — neben unserem Antrag zum Dollarthafen — der zweiten größeren infrastrukturellen Maßnahme, die wir aufgegriffen haben. Es wird nicht die letzte sein. Denn diese Art der Problematisierung Ihrer Strukturpolitik finden wir außerordentlich lehrreich.

Für uns ist die Lehre Nr. 1: Auch in diesem Fall erweist sich wieder einmal die Kritik einer gut arbeitenden Bürgerinitiative als weitaus kompetenter als die Annahmen, von denen die Planer und die Politiker bei der Einleitung der Maßnahme ausgingen.

(Beifall bei den Grünen.)

Lehre Nr. 2: Bei näherer Einsicht und bei näherer Beschäftigung ist alles noch viel deprimierender — auch wenn ich Sie höre, Herr Schultze —, als BI und wir bis dato angenommen haben.

Wir haben unsere Vermutung bestätigt bekommen — Lehre Nr. 3 —, daß ökologische Kosten nicht in die Kostenrechnung eingehen. Das betrifft die Zerstörung der Ufer und — das insbesondere im Bereich Hannover — der begleitenden Waldstreifen. Das kann man nicht einfach ersetzen. Sie müssen sich das einmal topographisch genau angucken, bevor Sie so einen Unsinn reden.

(Zuruf von der SPD.)

Ferner haben wir unsere Vermutung bestätigt bekommen — Lehre Nr. 4; hier kommt eigentlich die entscheidende Frage —, daß Planungsalternativen, wie sie von der Bürgerinitiative und von

uns vorgeschlagen wurden, niemals untersucht werden und daß keine Bereitschaft besteht und auch im Ausschuß nicht bestand, diese einmal, und sei es auch nur hypothetisch, durchzukalkulieren. Dazu kommen auch noch neue Erkenntnisse, die wir über die Kosten-Nutzen-Analyse gewinnen konnten, die wir nicht aus diesem Hause bekamen, sondern die wir uns sehr mühsam über Bonn an Land holen mußten. Wir waren der Meinung, es könnte zum selbstverständlichen Service gehören, so etwas auch von den Ministerien dieser Landesregierung zu bekommen.

(Beifall bei den Grünen.)

Das Papier bestand aus 15 dürftigen Seiten zur Legitimierung einer 3-Milliarden-Verschwendung und -Umweltzerstörung.

(Mombaur [Grüne]: Das ist typisch!)

Ich will die von uns bei der Beratung in den Ausschüssen vorgebrachten detaillierten Argumente — Stichworte „falsche Verkehrsprognosen“, „falsch berechnete Einsparungen bei den Transportkosten“, „mögliche Alternativen“ — nicht wiederholen, sondern nur zwei Kritikpunkte an der Kosten-Nutzen-Analyse vortragen.

Das erste kam durch den Bericht schon gut heraus. Dem gesamten Nutzen stellt die Kosten-Nutzen-Analyse, Stand 1978, noch anfallende und damit nur noch halbe Gesamtkosten gegenüber, und sie kommt damit zu einem Nutzenfaktor von gerade 1,5.

Zweitens. Ein Drittel des Nutzens ergibt sich aus einer fiktiven Berechnung der Kosten, um die der Gesamttransport teurer würde, wenn er über die Bahn abgewickelt würde. Niemand hat je gefordert — auch wir nicht, Herr Schultze; das müssen Sie zur Kenntnis nehmen —, den Kanal zuzuschütten. Unsere Forderung war vielmehr immer, den seit 80 Jahren teilweise etwas eingefallenen Kanal ordentlich grundzuräumen und instandzusetzen. — Nimmt man diesen fingierten Nutzen weg und setzt man Gesamtkosten und Gesamtnutzen ins Verhältnis, so landet man bei einem Nutzenfaktor von vielleicht 0,5.

(Beifall bei den Grünen.)

Nun wird der eine oder andere sagen: Gut, heute würden wir die Maßnahme nicht mehr beginnen; aber wer A gesagt hat, der muß eben, damit jetzt der Nutzen kommt, auch B sagen. Dagegen hält meine Fraktion fest: Wir möchten Alternativen berechnet und durchkalkuliert sehen, also: jetziger Ausbauzustand plus Grundräumung des Restes plus kalkulatorische Grundlage 1100-t-Kahn und nicht die Minikähne, von denen Sie ausgehen; dann ein geordneter Abbruch mit Warte-

buchten und Ampeldienst für die restlichen Strecken. Auf dieser Grundlage hätten wir gern ökologische und andere Kosten der noch anstehenden restlichen Verbreiterung den noch zu erwartenden Vorteilen gegenübergestellt gesehen.

Diese Rechnung steht aus. Sie werden sie nicht anstellen, weil Sie zwar groß über Umweltschutz als Staatsziel hier tönen, aber, wenn es konkret wird, die Natur eben weghobeln,

(Beifall bei den Grünen)

und zwar immer in der Erwartung, diese Einzelmaßnahme könne noch hinnehmbar sein, und immer mit dem Ergebnis, daß Ihnen danach die nächste Folgemaßnahme unbedingt notwendig erscheint. Nach der Mittellandkanalverbreiterung die hannoverschen Häfen, die die Stadt viel Geld kosten, und danach die Weservertiefung. Ich meine, alle diese Häfen werden erreicht; auch das Kohlekraftwerk wird erreicht; Partikuläre werden am Leben bleiben; es wird mehr Arbeitsplätze geben; die Großreedereien können nicht durchrauschen.

(Beifall bei den Grünen.)

Das müßte doch auch im Sinne einer sinnvollen Gewerkschaftspolitik sein.

(Beifall bei den Grünen. — Campen [Grüne]: Das mußte mal gesagt werden!)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich rufe jetzt die Wortmeldung des Abgeordneten Rau auf.

(Weitere Zurufe von Campen [Grüne].)

Rau (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich fällt es dem einen oder anderen schwer zuzuhören. Vielleicht sollte ich den Grünen empfehlen, ihren Kollegen Campen weiter nach vorn zu setzen, damit dessen Zurufe eine Lautstärke haben, durch die nicht alles übertönt wird.

Es scheint auch schwerzufallen, die Industriegeschichte unseres Landes mal zu verfolgen. Wenn man dies tut, dann wird man feststellen, daß die Industriegeschichte unseres Landes eine Geschichte des Mittellandkanals ist.

(Zustimmung von Dr. Lippelt [Grüne].)

Was Sie beabsichtigen, bedeutete, das vom Mittellandkanal abzuhängen, was am Mittellandkanal entstanden ist; denn, meine Damen und Herren, machen wir uns doch nichts vor: Ein Verzicht auf die Modernisierung des Mittellandkanals be-

Rau

deutete doch, ihn verlanden und versanden zu lassen.

(Beifall bei der FDP.)

Etwas anderes scheint auch gar nicht Ihre Absicht zu sein,

(Dr. Hruska [FDP]: Genau!)

wenn ich etwa bei der Diskussion über den Seehafenhinterlandverkehr höre, daß Sie die Binnenschifffahrt nicht fördern wollen, weil dies möglicherweise zu Lasten der Bundesbahn geht. Hieran wird deutlich — ähnlich wie bei der vorangegangenen Diskussion, bei der Sie zum Ausdruck brachten, daß Sie das Automobil nicht wollen —, daß Sie auch die Wasserstraßen nicht wollen.

(Dr. Lippelt [Grüne]: Worauf beziehen Sie sich? Werden Sie ein bißchen genauer!)

— Herr Dr. Lippelt, ich habe mich auf Beratungen und Besprechungen bezogen, die wir in diesen Tagen hier in diesem Hause zur Frage Seehafenhinterlandverkehr und Tarifgestaltung geführt haben. Das hat etwas mit Binnenschifffahrt zu tun. Ich darf Ihnen sagen: Im Interesse der Wirtschaft unserer Industriestädte, nämlich Osnabrück, Hannover, Peine, Salzgitter, Hildesheim, Braunschweig und den anderen, legen wir Wert darauf, daß dieser Kanal modernisiert wird.

(Beifall bei der FDP.)

Wir legen Wert darauf, in den Transport mit Berlin und mit den osteuropäischen Ländernverkehrlich voll eingebunden zu sein.

(Dr. Lippelt [Grüne]: Sie wissen doch, daß in der DDR nicht verbreitert wird; Sie wissen doch, daß an der Zonengrenze Schluß ist!)

Wir legen Wert darauf, daß wir eine Konkurrenzgleichheit zu den westeuropäischen Binnenschifffahrtstraßen haben.

(Beifall bei der FDP.)

Herr Kollege Schultze, das, worauf Sie hingewiesen haben, finde ich richtig. Wir müssen auch an die Güter denken, die hierher transportiert werden sollen, so zum Beispiel an die Kohle, von der wir wissen, wie transportkostenintensiv sie ist. Wenn wir denn Kohle verwerten wollen und müssen — müssen deswegen, weil wir die eigene Energiequelle hochhalten wollen —, dann sollten wir versuchen, alles zu unternehmen, daß das möglichst kostengünstig geschieht.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP] und Rehkopf [FDP].)

Nun zu einer Frage, die Sie, Herr Dr. Lippelt, angesprochen haben. Nur ein Satz; es blinkt schon

wieder die rote Lampe. Sie haben die Kosten-Nutzen-Analyse angesprochen. Natürlich muß ich den Restwert betrachten. Natürlich ist das so.

(Zuruf von Dr. Lippelt [Grüne].)

Das, was unsere Altvordern geschaffen haben, kann ich doch nicht einfach daniederliegen lassen. Ich muß doch überlegen, ob ich es nutzbringend anwenden kann, ob ich es produktiv einsetzen kann.

(Beifall bei der FDP.— Dr. Lippelt [Grüne]: Sie haben durch die jetzige Verbreiterung doch auch schon Nutzen!)

Wenn dazu Mittel zur Verfügung stehen und ich dabei zu einem Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1,6 komme, dann ist das ein gutes Ergebnis, und dann mache ich das im Interesse unserer Wirtschaft.

(Dr. Lippelt [Grüne]: Herr Rau, entweder haben Sie mich nicht verstanden, oder Sie machen jetzt eine Milchmädchenrechnung!)

Lassen Sie mich noch eines sagen. Der Mittellandkanal ist nicht als Freizeiteinrichtung gebaut worden, sondern als Wirtschaftsverkehrsweg, und als solcher soll er uns erhalten bleiben.

(Beifall bei der FDP. — Wernstedt [SPD]: Deswegen darf man das nicht vernachlässigen!)

Vizepräsident Kreibohm:

Zunächst letzter Redner ist der Abgeordnete Döscher, dem ich das Wort erteile.

Döscher (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ausschußbericht war ausführlich. Im Grunde sind wir uns einig. Wir sollten jetzt über den Mittellandkanal nicht mehr reden, sondern ihn beschleunigt ausbauen.

Zwei Punkte will ich nur noch einmal nennen. Es stehen ja 10 Millionen DM zusätzlicher Barmittel zur Verfügung, und 50 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen sind ausgebracht. Es kann also losgehen.

Der Antrag der Grünen ist völlig unverständlich.

(Dr. Lippelt [Grüne]: Die ökologische Wende ist Ihnen unverständlich!)

Es gibt eine Reihe von Kommunen und Städten — ich nenne hier nur einmal Osnabrück —, die schon 24 Millionen DM vorinvestiert haben im Vertrauen darauf, daß der Kanal zügig ausgebaut

wird. Sie können eigentlich erst Nutzen davon haben, wenn ausgebaut worden ist. Man kann also den Antrag der Grünen nur als einen Schildbürgerstreich bezeichnen.

(Beifall bei der CDU.)

Sie haben zwar ausgeführt — das fand ich toll —, Sie wollten ihn nicht zuschütten. So wie Sie es hier dargestellt haben, wollen Sie ihn langsam vor sich hingammeln lassen und dabei noch Arbeitsplätze vernichten.

(Fischer [Göttingen] [CDU]: Die wollen nur Tretboot fahren!)

Da wir das mit Ausnahme der Grünen alle nicht wollen, kann ich nur darum bitten, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses zu diesem Vorgang — Drucksache 3924 — zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der Grünen — Drucksache 2515 — ablehnen möchte, den bitte ich das durch Handzeichen zu erklären. — Danke sehr. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen, wie es der Ausschuß vorgeschlagen hat.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum letzten Punkt unserer heutigen Beratung, zu Tagesordnungspunkt 23.

(Unruhe.)

— Es wäre schön, wenn wir gerade diesen Punkt in Ruhe und Gelassenheit, mit Sachlichkeit und Fairneß diskutierten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich rufe nunmehr auf:

Erste Beratung: Rücktritt vom Amt des Landtagspräsidenten — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/3802

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. Den Fraktionen stehen dabei folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu zehn Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu fünf Minuten.

Der Entschließungsantrag wird vom Abgeordneten Meinsen eingebracht, dem ich das Wort erteile.

Meinsen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als anlässlich der zweifelhaften Tierhaltungspraxis unseres Landtagspräsidenten in unserer Fraktion zum erstenmal die Diskussion darüber aufkam, ob das Ausmaß dieses Ärgernisses nicht das Maß überschreite, das dem Amt des Landtagspräsidenten angemessen sei, war die nahezu einhellige Reaktion der Fraktion: Wer sind wir denn, daß gerade wir uns um die Würde dieses Amtes besonders kümmern sollten? Kann es ein Ziel der Grünen sein, sich darum zu bemühen, einen Landtagspräsidenten ohne Ecken und Kanten zu kriegen? Die klare Antwort war zunächst einmal: Nein, wir reagieren nicht.

Wir waren zwar schon 1982 der Meinung, daß die Art und Weise der Nominierung dieses Präsidenten durch die CDU, deren wesentliches Motiv ja die Feigheit war, ihr Problem mit dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden auf andere Weise zu lösen, nicht unsere Zustimmung finden konnte,

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung bei der SPD)

und wir haben ihn ja auch nicht gewählt. Das Motiv unseres Antrages war nicht etwa kleinliche Hämie. Denn als wir uns dann im Februar dieses Jahres doch zu dem Antrag entschlossen, waren die Ursache des Antrages im wesentlichen die eigenen Reaktionen des Landtagspräsidenten auf die bekanntgewordenen Mißstände bezüglich des Privatzoos und der Baumaßnahmen im Landschaftsschutzgebiet Schießhäuser Talaue.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich erwähne hier nur als Beispiel die postalische Übersendung des toten Hermelins an die Bezirksregierung Hannover, verbunden mit einer Schadenersatzforderung. Ich will die anderen Absurditäten nicht alle aufzählen.

Der Antrag war zu verstehen als ein Anstoß, eine zum Teil beschämende und zum Teil groteske Politposse möglichst schnell zu beenden. Das war die Begründung zur Zeit der Antragstellung.

(Beifall bei den Grünen.)

Aber mit dem nachträglichen Bekanntwerden einiger Dokumente aus dem CDU-Archiv, deren Inhalt bislang in der Presse vermittelt und von niemandem dementiert wurde, hat der Antrag eine ganz andere Qualität bekommen.

Da wird also zum Beispiel bekannt, daß der Landtagspräsident Brandes von einer Firma in der Frage der Abbaurechte einer unter Naturschutz gestellten Gipslage gebeten wird — dies nach Ansicht der Firma klar in seiner Funktion als Abge-

Meinsen

ordneter —, einen Vergleich zu fördern. Dafür stellt er eine Kostenrechnung auf, die er zwar auf Anmahnung reduziert, auf die er aber nicht verzichtet. In mehreren anderen Fällen ist Ähnliches geschehen. In einem Fall führt die Kostenrechnung des CDU-Fraktionsvorsitzenden als Rechtsanwalt — jedenfalls nach Presseberichten — dazu, daß zwar noch seine Rechnung, aber nicht mehr der Sozialplan der inzwischen pleite gegangenen Firma bezahlt werden konnte.

Zumindest bei dem erstgenannten Fall der Firma Rigips geht aus den bekanntgewordenen Unterlagen klar hervor, daß der CDU-Landtagsvorsitzende Hasselmann seit Oktober 1982 über den Sachverhalt informiert war.

(Beifall bei den Grünen. — Hört, hört! bei der SPD und bei den Grünen.)

Seine Antwort vom November 1982 dazu — wie gesagt, er kann es hier dementieren —: Mit den Streitigkeiten zwischen Brandes und Rigips hat die Niedersachsen-CDU nichts zu tun. — Soweit die bekanntgewordenen Tatsachen.

Bisher hat sich Landtagspräsident Brandes — entgegen einer ausdrücklichen Ankündigung — vor seinem beabsichtigten Kuraufenthalt nicht geäußert bzw. er hat nichts äußern lassen, was die Vorwürfe entkräften könnte. Er hat es vorher gesagt, aber nicht getan.

Ich möchte mich hier gar nicht zu den rechtlichen Aspekten der aufgezählten Sachverhalte äußern. Die sind unserer Meinung nach für die Behandlung unseres Antrages irrelevant und eine Sache für den Staatsanwalt. Hier ist zu konstatieren — deshalb ist die sofortige Abstimmung über den Antrag, mit dem der Landtagspräsident ersucht werden soll, von seinem Amt zurückzutreten, die mindeste Reaktion, die der Landtag zeigen muß —,

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung bei der SPD)

daß seitens des Landtagspräsidenten wiederholt der Anschein erweckt worden ist, Mandat und Geschäft in unerträglicher Weise zugunsten der eigenen Finanzen miteinander verknüpft zu haben. Mitsamt der unsäglichen Zoogeschichten ist dies für das Rücktrittsbegehren eine mehr als hinreichende Begründung.

Was aber noch schlimmer ist — davon kann sich die CDU auch durch eine sofortige Abstimmung über unseren Antrag nur bedingt reinigen —, ist die Tatsache, daß schwere Anschuldigungen dieser Art, von respektablen Personen geäußert, von beteiligten Rechtsanwälten geprüft, mit Aktenzeichen versehen, für die CDU und für Minister

Hasselmann erst dann zu einem Fall werden, wenn sie presseöffentlich werden.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie auch nur die mindeste Chance haben wollen, den Eindruck zu erwecken, diese Leichen im Keller seien die einzigen, die es zu beerdigen gilt, dann müssen Sie unserem Antrag sofort zustimmen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Für den Fall — wie aus der Presse ersichtlich —, daß Sie Ihr Gewissen noch bis zum 24. oder 25. April oder sogar noch bis zum Sommer dieses Jahres schlafen lassen wollen, kündigen wir heute schon etwas anderes an. Wir kündigen eine Unterschriftensammlung für eine Abgeordnetenklage gemäß Artikel 13 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung an. Dazu sind die Unterschriften von einem Drittel der Abgeordneten notwendig. Dies ist der einzig vorgesehene Weg, der dem Abgeordneten Brandes die Möglichkeit gibt, sich gegen den Verdacht eines schwerwiegenden Fehlverhaltens, wie hier behauptet, zu rechtfertigen. Unser Antrag gibt dafür nichts her. Über unseren Antrag ist hier lediglich abzustimmen. Wenn es also um die Möglichkeit der Rechtfertigung geht, meine Damen und Herren von allen Parteien, dann sollten Sie schon jetzt Ihre Bereitschaft ankündigen, Ihre Unterschrift dafür zu geben. Der Rücktritt des Präsidenten ist davon unabhängig, er ist längst überfällig.

Wir beantragen sofortige Abstimmung in der heutigen Sitzung über unseren Antrag.

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

In der Debatte erteile ich zuerst dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, dem Abgeordneten Dr. Remmers, das Wort.

Dr. Remmers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem Antrag der Fraktion der Grünen soll der Landtag den Präsidenten dieses Landtages, unser Fraktionsmitglied Bruno Brandes, ersuchen, von seinem Amt zurückzutreten. In der Begründung dieses Antrages werden — wie wir gerade noch einmal gehört haben — einige Vorwürfe vorgetragen, zu denen in der öffentlichen Diskussion inzwischen noch weitere hinzugekommen sind.

Es kann auch für uns, meine Damen und Herren, kein Zweifel daran bestehen, daß es zwingend notwendig ist, für Aufklärung zu sorgen.

(Glogowski [SPD]: Dann mal ran!)

Dies ist notwendig um des Ansehens der Politik und des Ansehens des Parlaments willen, dies ist aber auch notwendig im Interesse des Präsidenten. Dennoch sollten wir hier nicht in eine Sachdiskussion über diese Vorwürfe eintreten. Rechtsstaatliche wie insbesondere auch menschliche Erwägungen schließen eine solche Debatte zum jetzigen Zeitpunkt aus.

Jeder im Haus weiß, daß der Landtagspräsident erkrankt ist und daß er erklären mußte, er behalte sich vor, nach abschließender Klärung seines Gesundheitszustandes durch seine Ärzte weitere Entscheidungen zu treffen. Wir bedauern die Erkrankung des Präsidenten, und wir wünschen ihm baldige Genesung.

Zu den Vorwürfen, die vor seiner Erkrankung gegen ihn erhoben worden sind, hat der Präsident bereits Erklärungen abgegeben, von denen eine baldige Klärung der anstehenden Rechtsfragen zu erwarten ist. Zu den danach aufgetretenen Vorwürfen Stellung zu nehmen, war ihm bisher wegen seiner Erkrankung schlechterdings unmöglich.

Wir respektieren, daß der Präsident Gelegenheit erhalten möchte und erhalten muß, gegenüber dem Rechtsausschuß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe auszuräumen.

(Aller [SPD]: Wann wird das denn sein?)

Er wird dazu in der ersten Sitzung des Ausschusses nach den Osterferien Ende April Gelegenheit haben.

Der Präsident selbst hat erklärt, daß er seine Amtsgeschäfte bis dahin nicht ausüben werde.

(Grösch [Grüne]: Was heißt das?)

Wir halten dies für die zur Zeit im Hinblick auf seinen Gesundheitszustand angemessene Reaktion.

Weder der Präsident selbst noch sonst irgend jemand ist daran interessiert, meine Damen und Herren, daß sich die Angelegenheit dann noch weiter in die Länge zieht. Wir erwarten vielmehr, daß dann alle Vorwürfe ausgeräumt werden.

(Wernstedt [SPD]: Und dann?)

Es ist für uns selbstverständlich, daß dabei nichts unter den Teppich gekehrt wird, sondern daß für den Präsidenten Recht und Gesetz wie für jeden anderen Bürger gelten. Das heißt auf der anderen Seite aber auch, meine Damen und Herren, daß

wir jede Vorwegfeststellung und Vorwegverurteilung ohne Anhörung des Betroffenen nachdrücklich ablehnen.

(Beifall bei der CDU.)

Dies ist nicht nur eines der Grundprinzipien unseres Rechtsstaates, sondern wir betrachten dies auch als ein Gebot der Fairneß gegenüber einem Mann, dessen jahrzehntelange Verdienste um unser Land unbestritten sind. Natürlich habe ich Verständnis dafür, daß in diesem Hause — auch in unseren eigenen Reihen — Verunsicherung um sich gegriffen hat und teilweise heftige Kritik, verbunden mit Rücktrittsforderungen, laut geworden ist.

(Aller [SPD]: Sehr vorsichtig formuliert!)

Jeder hätte sich eine schnellere Klärung gewünscht. Sie wäre mit Sicherheit auch erfolgt, wenn dies der Gesundheitszustand des Präsidenten erlaubt hätte.

(Zustimmung von Döring [CDU].)

Ich fasse deshalb zusammen: Wir sehen die aufgetretenen Probleme. Wir werden diese Probleme unter den gegebenen Umständen möglichst schnell lösen. Diese Lösung muß so aussehen, daß weder dieses Parlament und unsere Demokratie noch unser Rechtsstaat Schaden nehmen. Der Weg zu dieser Lösung führt über die Behandlung der Angelegenheit im zuständigen Rechtsausschuß. Deswegen beantrage ich für unsere Fraktion die Überweisung dieses Antrages, den wir hier diskutieren, an diesen Ausschuß.

(Beifall bei der CDU. — Wernstedt [SPD]: Das war eine Eierei!)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich erteile jetzt das Wort dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, dem Abgeordneten Ravens.

Ravens (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte um den Präsidenten dieses Hauses findet in einer schwierigen Situation statt. Wir haben hier über einen Kollegen zu reden, der nicht anwesend sein kann, und wir müssen über einen Kollegen reden, der krank ist. Das macht die Sache, die zu beraten ist, für mich und, ich nehme an, für uns alle nicht leichter. Ich sehe aber auch, daß wir einen Vorgang, der nun schon seit Monaten in der öffentlichen Auseinandersetzung eine Rolle spielt, nicht weiter vor uns herschieben dürfen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ravens

Im Mittelpunkt der Berichterstattung niedersächsischer Tageszeitungen und anderer Medien stand und steht dieser Fall. Er findet in vielen Gesprächen statt. Der Landtag, dessen Präsident gemeint ist, darf nicht mehr dazu schweigen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Sicherlich kann man die Meinung teilen, daß der Präsident einen Anspruch darauf hat, daß sich das Parlament insgesamt bei ungerechtfertigten oder unbewiesenen Vorwürfen vor ihn stellt und daß nicht wegen ungeklärter Sachverhalte an seiner Stellung gezweifelt wird. Das ist eine Forderung, die ich zunächst einmal auch so unterstreiche. Wenn aber der Präsident dieses Hauses gegen Vorwürfe, die gegen ihn erhoben werden, die Solidarität des Hauses erwartet, dann muß er auch bereit sein, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen und sie, wenn sie ungerechtfertigt sind, zu entkräften. Solidarität kann nicht blind gewährt werden. Sie bedarf der Grundlage auf der Seite dessen, dem Solidarität bekundet werden soll.

(Beifall bei der SPD.)

Daran hat es gemangelt. Es gab seit Anfang dieses Jahres eine Reihe von Vorwürfen im Zusammenhang mit nicht genehmigter Tierhaltung, im Zusammenhang mit nicht genehmigten Zoobauten und Zäunen. Schon in dieser Zeit gab es keine Erklärung des Präsidenten, sondern eine Taktik der Verzögerung, des Abwartens, wohl auch der Hoffnung, daß sich der Sturm schon legen werde. Er legte sich nicht.

(Wernstedt [SPD]: Dickfelligkeit!)

Er wurde im Gegenteil neu entfacht durch die dann publikgewordenen Aktionen um das verendete Hermelin.

Meine Damen und Herren! All dies fand bis Ende Januar statt. Der Präsident war nicht krank, er ging seinen Amtsgeschäften nach. Er sagte aber nichts zur Entkräftung der Vorwürfe.

(Wernstedt [SPD]: Das ist der Punkt!)

Der Präsident hat alles versäumt, zur Aufklärung beizutragen.

(Beifall bei der SPD.)

Im Gegenteil, er hat vieles getan,

(Aller [SPD]: Was ein normaler Bürger nicht hätte tun dürfen!)

um die Auseinandersetzung eskalieren zu lassen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe mich nach der Eskalation der dann offenkundig nicht mehr ungerechtfertigten Vorwürfe,

nachdem auch Stellungnahmen des Präsidenten ausblieben, an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion gewandt. Ich habe Herrn Dr. Remmers als Vorsitzenden der Fraktion, die nach unserer Geschäftsordnung als stärkste Fraktion in diesem Haus das Vorschlagsrecht für das Amt des Landtagspräsidenten hat, am 5. Februar geschrieben und ihn gebeten, das dazu Erforderliche zu veranlassen, um einen Wechsel im Amt des Präsidenten herbeizuführen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ich will noch einmal deutlich machen, daß ich den Brief mit unserer Forderung vor dem Hintergrund der bis dahin bekanntgewordenen Fälle geschrieben hatte. Darauf beziehe ich mich auch heute. Das war also vor dem Bekanntwerden der Vorwürfe, Herr Brandes habe politisches Mandat und berufliche Praxis in unzulässiger Weise verquickt. Es war vor den die Presse dann beherrschenden Schlagzeilen um die Rechnungen an die Firma Rigips, an die Arminiuswerft und — außer anderen — dann schließlich auch an den in Konkurs gegangenen Kübler-Konzern. Diese Vorwürfe haben eine neue Qualität in die Auseinandersetzung gebracht, und ich hätte erwartet, daß Herr Brandes dazu spätestens nach dem Krankenhausaufenthalt eine Erklärung abgeben würde, wie er das ja zunächst auch angekündigt hatte. Er hat diese Erklärung nun für später angekündigt. Ich hoffe, nicht um Zeit zu gewinnen, sondern um bis dahin mit sich selbst ins reine zu kommen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt, die Aufforderung, mit Herrn Brandes zu reden, um einen Wechsel im Amt des Präsidenten herbeizuführen, geht an die CDU als verantwortliche Fraktion und als verantwortliche Partei.

(Beifall bei der SPD.)

Ich spreche hier den Landesvorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten an: Stimmt es, daß Sie seit dem 25. Oktober 1982 über die Vorgänge zwischen Herrn Brandes und der Firma Rigips informiert waren?

(Aller [SPD]: Das wäre ein Skandal!)

Ich frage Sie, Herr Hasselmann, ob es dann angesichts des hohen Amtes von Herrn Brandes ein richtiges Verhalten war, das Anliegen der Firma Rigips einfach wegzuschieben, statt ein klärendes Gespräch zu führen? Mußten bei Ihnen als Landesvorsitzendem nicht alle Alarmleuchten aufblinken ob des Vorwurfs, der Landtagspräsident habe Mandat und Anwaltstätigkeit in unzulässig-

ger Weise vermischt und sich durch einen Trick eine Vollmacht mehr oder weniger erschlichen?

(Beifall bei der SPD.)

Ich frage Sie, Herr Dr. Remmers: Was hat die CDU-Fraktion unternommen, und was will sie unternehmen, um möglichst umgehend zu dem fälligen Wechsel im Präsidentenamt zu kommen?

(Zuruf von der SPD: Gar nichts!)

Ich frage auch den Ministerpräsidenten, den ich hier heute nicht sehe,

(Aller [SPD]: Wo ist denn der eigentlich jetzt? Das ist ja ein dicker Hund, daß der nicht da ist!)

welche Schritte er ergreifen will. Ich denke, er kann nicht auf einer Veranstaltung der Jungen Union die Kritiker damit abspeisen, daß eine ehrenwerte Lösung schon gefunden werde, und die Hände dann in den Schoß legen. Als führender Politiker der Union in diesem Land ist auch der Ministerpräsident gefordert. Das ist kein Problem, das er angesichts seines Amtes gewissermaßen aus der Zuschauerloge heraus betrachten kann.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den Grünen.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorwürfe gegen Herrn Brandes und das Verhalten von Herrn Brandes sind geeignet, dem Ansehen des Parlaments und dem Ansehen des Präsidentenamtes schweren Schaden zuzufügen. Es ist schon ein gewaltiger Schaden entstanden. Wir haben auch kein Vertrauen darauf, daß es ihm jemals gelingen könnte, diesen Schaden wieder zu heilen. Wir erwarten, daß Herr Brandes sein Amt zur Verfügung stellt. Wir gehen davon aus, daß sich die CDU nachdrücklicher und erfolgreicher als bisher darum bemüht, Herrn Brandes zu diesem Entschluß zu bewegen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den Grünen.)

Ein längeres Hinauszögern ist nicht mehr tragbar.

(Dr. Blanke [CDU]: Also doch eine Vorverurteilung!)

Die SPD-Fraktion behält sich für den Fall, daß dieser Schritt des Rücktritts nicht erfolgt — ich sage, Herr Kollege Blanke, ob Ihres Zwischenrufs noch einmal: vor dem Hintergrund der Vorwürfe, die bis Ende Januar bekannt waren und die Grundlage meines Briefes waren —, die Ausschöpfung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel, der parlamentarischen Mittel ebenso wie der

Mittel, die uns die Verfassung unseres Landes bietet, vor.

(Starker Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Es spricht nun der Vorsitzende der FDP-Fraktion, der Abgeordnete Hirche.

Hirche (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Veröffentlichungen über Abgeordnete betreffen nie nur den einzelnen Abgeordneten. Wer in der Demokratie Repräsentant des Volkes ist, wird zugleich auch für das System der repräsentativen Demokratie in Haftung genommen. In besonderer Weise gilt dies für den Präsidenten eines Parlaments.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP] und von Wernstedt [SPD].)

Politiker sind keine Heiligen und müssen dies nicht sein. Politiker aber, die Gesetze machen, müssen sich in besonderer Weise an Recht und Gesetz halten.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD.)

Wenn Zweifel an einer solchen Haltung auftauchen, muß sofort alles Erdenkliche unternommen werden, um die Vorwürfe zu entkräften und den Sachverhalt aufzuklären. Dies gilt dreimal, wenn der Präsident eines Parlamentes betroffen ist.

Meine Fraktion bedauert, daß bisher keine Aufklärung erfolgt ist, und sei es durch Strafanzeige wegen Verleumdung gegen diejenigen, die falsche Vorwürfe erhoben haben.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD.)

Es schadet dem Ansehen des Parlaments nachhaltig, wenn solche Vorwürfe wochen- und monatelang im Raum stehen. Dies ist keine Frage des einzelnen Betroffenen mehr, sondern eine Frage des gesamten Parlaments.

(Beifall bei der FDP sowie Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Es ist der Zeitpunkt erreicht, der öffentliche Klärstellungen erfordert, weil ein Amt, das besonders herausgehoben ist, auch in besonderer Weise Verpflichtungen auferlegt. Es geht beim Amt des Landtagspräsidenten nicht in erster Linie um eine Privatperson oder um einen einzelnen Abgeordneten, sondern um das Ansehen des Parlaments. Dies ist keine Vorverurteilung, wie das in manchen Stellungnahmen zu lesen ist. In machen

Hirche

Veröffentlichungen schwingt unverkennbar Häme darüber mit, daß einmal eine öffentliche Hinrichtung vollzogen werden kann. Dies kritisch festzuhalten hat nichts damit zu tun, die Vorwürfe zu bagatellisieren. Der Präsident hatte und hat es in der Hand, die Vorwürfe schnellstens zu entkräften.

(Beifall bei der FDP.)

Mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Präsidenten meine ich, daß es angemessen ist, ihm noch eine Erklärungsfrist einzuräumen. Genauso klar sage ich jedoch: Je schneller eine Aufklärung erfolgt und Konsequenzen gezogen werden, desto eher kann weiterer Schaden von diesem Hause abgewendet werden.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD.)

Individualität und Eigenverantwortung hält die FDP für herausragende Werte. Aber wir bekennen uns auch zu den Verpflichtungen, die aus Individualität und Verantwortung rühren. Das eine ist nichts ohne das andere. Der einzelne Kollege in diesem Haus hat Anspruch auf Solidarität der Kollegen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Aber das Parlament hat auch Anspruch auf verantwortliches Handeln aller Abgeordneten. Das gilt in besonderer Weise für den Präsidenten.

(Zustimmung bei der FDP.)

Die FDP respektiert heute und in Zukunft das Recht der stärksten Fraktion, den Präsidenten des Landtages vorzuschlagen. Deswegen aber trifft jetzt diejenigen in der CDU-Fraktion eine besondere Verantwortung, die diese Personalentscheidung durchgesetzt haben.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den Grünen.)

Sie insbesondere müssen für eine rasche Klärung sorgen; die Fragen hierzu sind gestellt worden. Herr Brandes hat es in der Hand, die Vorwürfe, wenn sie falsch sind, schnell zu entkräften. Treffen die Vorwürfe zu, bleibt nur ein schneller Rücktritt. So oder so, wir erwarten schnellstens konsequentes Handeln. Eine Taktik weiterer Verzögerung von Aufklärung werden wir im Interesse dieses Parlaments und im Interesse unserer repräsentativen Demokratie nicht dulden.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Für die Fraktion der Grünen spricht in der Debatte der Abgeordnete Grösch.

(Fuchshuber [CDU]: Ausgerechnet!)

Grösch (Grüne):

Meine Damen und Herren, ich möchte dem, was der Kollege Meinsen gesagt hat, noch hinzufügen, daß ich verwundert darüber bin, daß der Vorsitzende der CDU-Landesorganisation bisher in der Debatte zu den erhobenen Vorwürfen keine Stellung bezogen hat. Wir erwarten das von ihm; denn ich denke, daß der Skandal, der sich zumindest in dem Bereich Rigips abzeichnet, nicht nur ein Fall Brandes ist, sondern ein Fall der CDU-Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich werde versuchen, das in einigen Punkten zu belegen.

Osterode ist mittlerweile — die Bevölkerung hätte etwas Besseres verdient — offensichtlich leider eine skandalgeschüttelte Region. Wir von den Naturschutzverbänden haben uns lange darüber gewundert, warum die Firma Rigips nach jahrelangen Prozessen 1981 in einem Vergleich plötzlich ein Naturschutzgebiet zugestanden bekam, das Land 15 Millionen DM zahlte und ein Bundeswehrgelände verlegt wurde. Heute drängt sich doch der Eindruck auf, daß das nicht nur Herr Brandes allein arrangiert haben kann, sondern daß dort Etliche Drähte gezogen haben. Ich denke, daß der Landtag einen Anspruch darauf hat, daß dieser Vorfall insgesamt geklärt wird. Es gibt mittlerweile zu viele Hinweise, die doch belegen, daß die Landesregierung in diesem Fall zugunsten einer Firma tätig war — das kommt ja öfter vor —, daß auf Landesgelder verzichtet wurde. Ich will schon gar nicht davon reden, daß Naturschutzgebiete bei dieser Landesregierung ohnehin wenig zählen.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Ich denke, daß der Vorsitzende der CDU-Landesorganisation in diesem Fall nicht erst seit diesem Brief davon wußte, sondern er muß auch vorher beteiligt gewesen sein. Ich frage auch das Kabinett Albrecht, wer eigentlich 1981 die Bezirksregierung angewiesen hat, diesem Vergleich zuzustimmen, obwohl die Prozeßchancen gut waren.

Ich meine, daß diese Fragen im Zusammenhang zu klären sind. Es wäre zu einfach, jetzt zu sagen, es handele sich um einen Einzelfall. Es gibt viele Hinweise dafür, daß die gesamte Landesregierung über Jahre hinweg zumindest in Teilbereichen mit in diese Sache verstrickt war.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Debatte ist damit abgeschlossen.

Die Fraktion der Grünen hat sofortige Abstimmung beantragt, die CDU-Fraktion demgegenüber Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen, wie es wohl auch der Ältestenrat empfohlen hat. Die Abstimmung hierüber geht nach unserer Geschäftsordnung vor.

Ich lasse also über den CDU-Antrag abstimmen, die Vorlage an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe bitte! — Wer enthält sich der Stimme? — Bei einer großen Zahl von Stimmenthaltungen und einer Reihe von Neinstimmen ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsrecht angenommen. Die Debatte ist damit — — —

(Hirche [FDP] meldet sich zu Wort.)

— Herr Hirche, bitte!

Hirche (FDP):

Herr Präsident, ich habe es leider nicht vorher getan. Ich möchte für meine Fraktion noch zusätzlich Überweisung an den Ältestenrat verlangen.

Vizepräsident Kreibohm:

Ich frage die Antragsteller, und ich frage die Fraktionen überhaupt, ob sie damit einverstanden sind.

(Dr. Blanke [CDU]: Das können wir immer noch sehen!)

Wir sind in der Lage, so etwas auch später während der Beratungen nachzuvollziehen, Herr Hirche. Das läßt die Geschäftsordnung zu. Wenn Sie aber auf Abstimmung bestehen, werde ich jetzt abstimmen lassen. — Sie nicken mit dem Kopf, was heißt das?

(Hirche [FDP]: Ja, abstimmen!)

— Sie bestehen auf Abstimmung.

Herr Hirche hat also für die FDP-Fraktion beantragt, die Vorlage auch an den Ältestenrat zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Es ist jetzt so beschlossen wie ursprünglich, nämlich nur Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen.

(Widerspruch. — Bosse [SPD]: 30 genügen!)

— Moment. Meine Damen und Herren, an welchen Ausschuß überwiesen wird, entscheiden wir mit Mehrheit. Daß überwiesen wird, wird mit 30 Stimmen entschieden!

Die Debatte ist damit abgeschlossen, meine Damen und Herren. Korrigieren können wir das später immer noch, wenn Sie das für notwendig halten.

Wir sind damit am Ende der heutigen Beratungen. Ich schließe die Sitzung. Wir treffen uns morgen um 9 Uhr wieder und beginnen dann mit der Fragestunde.

Schluß der Sitzung: 19.25 Uhr.